

Register

über den

Inhalt des I. Bandes 1939

Hest 1 bis 24 (S. 1-1264)

Bearbeitet von Dr. Gabriele Böhme-Köst, Leipzig

I. Sachregister.

S. *5.

II. Alphabetisches Verzeichnis der im Gesetzesregister (III) angeführten Gesetze und Verordnungen.

S. *68.

III. Gesetzesregister.

A. Zivilrecht. S. *70. - B. Strafrecht. S. *77. - C. Finanz- und Steuerrecht. S. *78. - D. Sonstige Gebiete des öffentl. Rechts. S. *78. - E. Internationale Verträge und Recht zum Vertrag von Versailles. S. *80.

IV. Alphabetisches Verzeichnis der Verfasser von Abhandlungen, kleineren Beiträgen und Entgegnungen (mit Ausnahme der Anmerkungen).

S. *80.

V. Verfasser der Anmerkungen zu den Entscheidungen.

S. *84.

VI. Alphabetisches Verzeichnis des besprochenen Schrifttums.

A. Nach den Namen der Verfasser geordnet. S. *85. - B. Nach den Namen der Besprecher geordnet. S. *87.

VII. Verzeichnis der abgedruckten Entscheidungen.

A. Reichsgericht: a) Zivilsachen S. *88; b) Strafsachen S. *88. - B. Obergericht Danzig. S. *89. - C. Reichserbhofgericht. S. *89. - D. Erbgesundheitsobergerichte. S. *89. - E. Oberlandesgerichte. S. *89. - F. Sondergerichte. S. *90. - G. Landgerichte. S. *90. - H. Amtsgerichte. S. *90. - J. Arbeitsgerichte. S. *90. - K. Verwaltungsgerichte und Verwaltungsbehörden: a) Reichsbehörden S. *91; b) Landesbehörden S. *91.

VIII. Fundstellenverzeichnis der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen Bd 159

S. *91.

I. Sachregister

Dieses Register umfaßt die S. 1—1264 (Heft 1 bis 24)

Bei Zitaten, die nicht ohne weiteres erkennen lassen, ob es sich um Zivil- oder Strafrecht handelt, ist in Klammern „Z.R.“ bzw. „St.R.“ angefügt. Ein Kreuz † vor der Seitenzahl bedeutet, daß es sich um eine Entscheidung handelt, der eine Anmerkung beigelegt ist. Die Abkürzung „Anm.“ hinter der Seitenzahl bedeutet, daß der zitierte Rechtsgedanke nicht in der Entscheidung, sondern nur in der dazugehörigen Anmerkung enthalten ist.

Abänderungsklage (§ 323 ZPO.)

Geheßänderung durch Inkrafttreten der §§ 66, 96 EheG. nicht ohne weiteres Änderung der Verhältnisse i. S. des § 323 ZPO. † 1246⁸

Abbruchgewerbe

§ 35 ABewO. Unterjagung des Gewerbes als Bauunternehmer, insbes. Abbruchtätigkeit 959⁴⁷

Abbürdungsklage

Im Rechtsmittelverfahren gegen wegebaupolizeiliche Verfügung Verbindung von Reklamationsklage und A. gemäß § 56 IV JustG. mit Feststellungsklage gemäß § 56 V unzulässig, daher Abtrennung 1022⁴⁰

Abfindungsvergleich

§ 10 GKG. Wert des A. † 885¹⁰

Abkhnung des Sachverständigen 929¹¹

Abstammung

Die Klagen auf Feststellung der blutsmäßigen A. 132

Das Verhältnis zwischen der A. Klage und der Unterhaltsklage unehelicher Kinder 748

Besteht Entschädigungspflicht der Reichskasse gegenüber Personen, die im Rechtsstreit erb- und raffekundlich untersucht werden? 1128

Steht die rechtskräftige Abweisung einer Ehelichkeitsanfechtungsklage oder die rechtskräftige Feststellung einer Zahlbaterschaft der Erhebung einer neuen Klage unter Verurteilung der erbbiologischen A. Prüfung entgegen? 407

Überprüfung fremdsprachiger Urkunden für den A. nachweis 425

Feststellung der blutsmäßigen Vaterschaft trotz Benennung anderer, nicht untersuchter Mehrverlehrszeugen, wenn aus der nach dem erbbiologischen Gutachten vorliegenden großen Anzahl übereinstimmender Merkmale die blutsmäßige Vaterschaft mit „an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ zu entnehmen ist 666³⁷

Rechtliches Interesse für Klage auf Feststellung der blutsmäßigen A. gegeben durch Nachweis der arischen A. Art. 208 GGVB, soweit er Erforschung der unehelichen Vaterschaft behandelt, nicht mehr in Geltung † 667³⁸

Unter welchen Voraussetzungen genügt zur Begründung des Interesses des unehelichen Vaters für negative Feststellungsklage auf Fehlen der blutsmäßigen A. das Streben nach Beseitigung des rechtskräftigen Unterhaltsurteils? 1243⁸

Zulässigkeit der Klage auf Feststellung der blutsmäßigen A. als Klage auf Feststellung eines Rechtsverhältnisses i. S. des § 256 ZPO. † 667³⁸ † 1258²⁰

Anwendung der Sondernormen der §§ 640—643 ZPO. auf die Klage auf Feststellung der blutsmäßigen A. Keine Verneinung des Feststellungsinteresses, weil das unmittelbare Interesse einer Partei an der Vaterschaftsfeststellung durch ergangenes Unterhaltsurteil oder Anerkenntnis hervorgerufen † 1258²⁰

Für negative Feststellungsklage des unehelichen Vaters gegen das Kind wegen der blutsmäßigen A. ist vermögensrechtliches Interesse am Bestreiten seiner Unterhaltsverpflichtung nicht genügend 585¹⁰

Klageänderung bei Übergang von der Klage auf Feststellung der Zahlbaterschaft als Grundlage für Unterhaltsstreit zur Klage auf Feststellung der blutsmäßigen A. Zulässigkeit dieser Feststellungsklage gegen die Erben des inzwischen verstorbenen Erzeugers. Vorläufige Vollstreckbarkeitsklärung des Urteils auf Feststellung der blutsmäßigen A. in der Kostenentscheidung † 578⁴

Abtreibung

Keine Einbeziehung anderer als der in Anklageschrift und Eröffnungsbeschluss einzeln aufgeführten, als selbständige Handlung zu beurteilenden A. fälle 712⁴

Keine Strafmilderung für Halbjüdin bei A. wegen ihrer russischen Zugehörigkeit † 922³

Abtretung

Die Verfallklausel bei Sicherungsübertragung und SicherungsA. 851

Bei A. einer Forderung erfüllungshalber treuhänderische Bindung des A. empfängers gegenüber dem Abtreitenden, für Erhaltung und gute Verwertung der abgetretenen Rechte Sorge zu tragen † 631¹²

Bei rechtlich und wirtschaftlich einwandfreien Sicherungsübertragungen und -abtretungen regelmäßig Absicht der Parteien dahin, daß es zur Geltendmachung der erworbenen Rechte durch den Sicherungsempfänger gar nicht kommen sollte † 865¹

Verbollständigung eines Blankowechsels durch denjenigen, der ihn durch A. erworben hat 724²⁵

Genehmigung gemäß WD. über Einfaß des jüdischen Vermögens erforderlich zur A. einer Eigentümer-

grundschuld durch einen Juden 1206 Ziff. 7 1251¹²

A. einer auf Erbhof ruhenden Fremdbgrundschuld nicht genehmigungsbedürftig, auch nicht bei gleichzeitiger Auswechslung der durch sie zu sichernden, aber nicht bestehenden Forderung gegen andere neu begründete Forderung † 946²⁵

§ 265 II 1 ZPO. Bei Feststellungsklagen nach Abtretung nicht ohne weiteres Erledigung der Hauptsache wegen Wegfalls des rechtlichen Interesses des Abtreitenden; vielmehr genügt Übergang des Interesses an der Feststellung auf den A. empfänger 666³⁰

In dem bei Umwandlung eines Gutsbezirks in Gemeinde zwischen Gutsbesitzer und neugebildeter Gemeinde abgeschlossenen Auseinanderseßungsvertrag verpflichtet sich der Gutsbesitzer unter anderem zur A. privater Rechte. Zulässigkeit des Rechtswegs für die aus dieser Vereinbarung sich ergebenden Streitigkeiten 460³²

Abwidlung

vgl. auch Liquidation

A. verfahren zur Beseitigung der Übersetzung im Einzelhandel gemäß WD. v. 16. März 1939 418

A. größerer jüdischer Unternehmen durch Wirtschaftsrechtswahrer. MittBl. zu Heft 1/2 S. 5

WD. zur Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben. Einzelvollstreckung gegen die in A. begriffenen jüdischen Firmen grundsätzlich statthaft 581⁶; desgl. gerichtliche Geltendmachung von Forderungen 1168²⁰

Abzahlungsgeßchaft

Zur Rechtsfindung in Abzahlungssachen 616

Fragewürdige A. Gegen das Borgunwesen 843

Die Rechte des Abzahlungsverkäufers beim Zahlungsverzuge des Abzahlungskäufers 1044

Zum neuen englischen Abzahlungsgeß 916

Adernahrung

Frage des Vorliegens der A. bei den auf Vieh- und Milchwirtschaft eingestellten Grünlandbetrieben im Allgäu 388⁴¹

Agent

vgl. HandlungsA.

Academie für Deutsches Recht

Die wissenschaftliche Arbeit in der A. 539

RMin. Dr. Frant sprach über das Volksgeßbuch 766

Zur Denkschrift des Erbrechtsausschusses der A. f. D. R.: Regelung der Erbenhaftung 566

Die Neugestaltung des deutschen Urheberrechts. Vorschläge des Fachausschusses für Urheber- und Verlagsrecht der A. f. D. R. 1221. Schrifttum 1235

Altien

bgl. auch Beiaften

Sicherung geschichtlich wertvoller A. MittBl. zu Heft 3/4 S. 24

Alteneinsicht

Kein A. recht des Verteidigers im Devisenstraßverfahren 1211

Ablehnung des Schuldbereinigungsantrags wegen Weigerung des Schuldners, Zustimmung zur Einsicht in die Steuerakten zu gewähren 658³²

Altensage, Entscheidung nach (§ 331 a ZPO.)

Seit Einführung des § 331 a ZPO. eingeschränkte Bedeutung der Frage, ob das bei Säumnis des Verkl. die Berufung als unzulässig verwerfende Urteil der Revision zugänglich oder als echtes Versäumnisurteil nur mit Einspruch angreifbar; nunmehr häufig Entscheidung nach Lage der Akten + 662³⁵

Altiengeßellschaft

Die Bestimmungen des neuen rumänischen GGB. über die A. 912
Der englische Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Aktienswindels 916

Aktiengeß. Schrifttum 430 1141

Die Umstellung österreichischer A. Schrifttum 1142

Zur Haftung von Mitgliedern des Vorstands der A. wegen unwahrer Erklärung über Bareinzahlung als Haftung aus unerlaubter Handlung. § 243 III, IV GGB., § 84 III, V AktG.: Ersatzanspruch wegen Ausgabe von Aktien vor voller Einzahlung des Nennbetrags; Entlastung durch Nachweis, daß den Fehlbetrag ausgleichender Wert ins Gesellschaftsvermögen geflossen + 316⁹

§§ 86, 92 AktG. Beschlußfähigkeit des Aufsichtsrats der A. bei ordnungsmäßiger Ladung aller Mitglieder ohne Rücksicht auf ihre Zahl + 314⁸

§ 92 AktG. Unzulässigkeit der telefonischen Abstimmung im Aufsichtsrat der A. 718¹⁰

Unzulässigkeit der Beschwerde gegen gerichtliche Bestellung von Abschlußprüfer gemäß § 136 IV 2 AktG. 719²⁰

§ 148 AktG. Ausschluss einzelner wichtiger Satzungsbestimmungen durch den Vorstand der A. von der Eintragung in der Anmeldung zum Handelsregister 718¹⁰

§§ 263 ff. AktG. Bei Umwandlung von A. in GmbH. Erfüllung aller zwingenden gesetzlichen Voraussetzungen für GmbH. erforderlich. Fortführung der Firma der A. durch die GmbH. unter Berichtigung der Rechtsform 720²¹

Bestehen der für A. bestellten beschränkten persönlichen Dienstbarkeiten bis zur Beendigung ihrer Liquidation 460³¹

§ 826 BGB. Unzulässigkeit der Aus-

nutzung der formalen Verschiedenheit zwischen Einmann-Aktionär und seiner Gesellschaft als dem herrschenden Volksbewußtsein widersprechend 1083²⁰

§§ 244, 240 I Ziff. 1 AO. Bestrafung für „in der Eigenschaft“ als Mitglied des Verwaltungsrats einer A. begangenen übermäßigen Aufwand 365¹⁵

Alkoholgenuß

Zur Frage der Anwendung des § 2 StGB. auf Fälle, in denen der unter Alkoholkonsum stehende Fahrer sich nach dem Unfall entfernt und nachträglich — wenn der Alkoholgehalt des Blutes nicht mehr feststellbar — stellt 113

Entziehung der Fahrerlaubnis für Kraftwagenhalter, der Steuerung seines Kraftwagens von einem Fahrer duldet, obwohl er weiß, daß dieser unter Alkoholkonsum steht 1107³⁴

Alkoholmißbrauch

Aktion gegen den Alkohol- und Tabakmißbrauch 1058

Allgemeines Preussisches Landrecht

Zur Frage der Übertragbarkeit eines nach A. P. L. begründeten Wiederkaufsrecht 891²⁴

§§ 468 f. I 12. Unwirksamkeit von unentgeltlichen Verfügungen des Vorerben, soweit sie das Recht des Nacherben beeinträchtigen, nach den im Rahmen des Art. 213 GGVB. fortgeltenden Bestimmungen des P. A. L. + 635¹⁴

Vor Inkrafttreten des BGB. Beurteilung der Amtspflichtverletzungen preussischer Gemeindebeamter nach §§ 88—91 II 10 ALR. 1249¹¹

§ 11 II 15. Zulässigkeit der Vereinbarung bei Deklassierung einer Chausseestrecke zu gewöhnlichem öffentlichen Weg, daß die Unterhaltspflicht anderem als den ordentlichen Wegebaupflichtigen obliegen soll 1022⁴⁰

Bei „nicht gehörig erfolgter“ Bekanntmachung des Erbrechts einer Stadtgemeinde (Kürsorgeverband) nach §§ 50 ff. II 19 ALR. wird die Stadtgemeinde nicht Erbin, sondern nur Nachlassgläubigerin in Höhe der aufgewendeten Wohlfahrtskosten 248²¹

Altenteil

§ 15 ABG. Unehrbarkeit des Bauern, der nach Übergabe des elterlichen Anwesens an ihn die übernommenen A. leistungen schuldhaft nicht gewährt, so daß die Eltern der Wohlfahrt anheimfallen 386⁴⁰

Zuständigkeit des ABG gemäß § 36 GPRB nur für Versorgungstreitigkeiten aus echten Übergabeverträgen, dagegen nicht für solche

1. aus selbständigen Auszugsverträgen + 809³⁸

2. aus Kaufvertrag mit stypischem Erwerber 809³⁹

Pfändung eines Nießbrauchs, der zur Sicherung von Ansprüchen des Schuldners gegen Drittschuldner bestellt worden 884¹⁴

Altensversorgung der Rechtsanwälte 833 1113 1115

Amerika

Das Völkerrecht als anglo-amerikanisches Kampfmittel 512

Gemäß nordamerikanischem Recht neuerdings keine Ansprüche mehr aus Verlöbnißbruch 1012³²

Amtsanmaßung (§ 132 StGB.)

Die strafrechtliche und polizeiliche Bekämpfung der A. 88

Amtsanwalt

A. Laufbahn und Verwaltungsakademie 838

Von der Reichsuntergruppe A. MittBl. zu Heft 3/4 S. 13

§ 68 StGB. Keine Unterbrechung der Verjährung durch die amtserichterliche Verfügung „urschriftlich mit Akten dem Leiter der A. schaft zur Anstellung weiterer Ermittlung gegen den Beschuldigten“ 1145¹

Amtsdelikte

Voraussetzung für Anwendung des § 332 StGB. ist, daß die Amtshandlung, für die sich der Täter bezahlen läßt, als solche nach Lage der Dinge überhaupt vorgenommen werden kann 994¹³

§§ 266, 348 StGB. Wann hat Notar, der bei ihm hinterlegtes Geld für sich verbraucht, das Erfordernis erfüllt, jederzeit eine entsprechende Summe baren Geldes zum Vorlegen zur Verfügung zu haben? 989¹⁰

Weber unmittelbare noch entsprechende Anwendung (§ 2 StGB.) des § 352 (Gebührenüberhebung) auf Rechtsbeistand + 713⁶

§ 354 StGB. Briefgeheimnis auch gegenüber postamtlichen Briefen + 924⁵
Begriff der „Rechtsache“ i. S. des § 356 StGB. 714⁹

Der Geschäftsführer einer Landesleitung der Reichskammer der bildenden Künste als Beamter i. S. des § 359 StGB. 625⁴

§ 359 StGB. Beamtenzugehörigkeit der Fleischbeschauer auch, soweit sie Veranlassung zur Schlachtsteuer vornehmen 1068⁹

Amtsgerichte

Ein Weg zur volksnahen Justiz; ein Beitrag zu den amtsgerichtlichen Zweigstellen 545

Forderung einer organischen Verbindung der Zuständigkeit und des Aufbaus der A. und Landgerichte 79

Amtspflichtverletzung

Mitwirkendes Verschulden von Richter und Rechtsanwalt im Grundstücksvollstreckungsrecht 139

Zur Staatshaftung aus Verschulden von Beamten bei politischen Maßnahmen 53

§ 839 I 2 BGB. Ausschluss der Ersatzpflicht bei fahrlässiger A. durch im Zeitpunkt der Klagerhebung bestehende andere Ersatzmöglichkeit, auch wenn deren Nichtnutzung dem Geschädigten nicht als Verschulden anzurechnen ist 169¹²

Mitverschulden des durch A. Geschädigten, der durch späteres Handeln den Schaden erhöht und diesen erhöhten Schaden auf den Schädiger abwälzt 630¹¹

Bei Zusammentreffen von Gefährdungshaftung (§ 9 KraftG.) und Beamtenhaftung ist für beide die Schadensausgleichung nach § 254 BGB. vorzunehmen + 784¹⁰

Entscheidungen des Beschwerdeausschusses der kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands nicht „Urteile in Rechtsachen“ i. S. des § 839 II BGB. 1084²⁷

Im Verwaltungsrecht gilt Grundsatz der rechtlichen Verhinderung des Beamten infolge persönlicher Beteiligung an der Sache. Ursächlicher Zusammenhang zwischen Handlung des Schädigers und dem Schaden nicht ohne weiteres dadurch aufgehoben, daß der nämliche Erfolg auch durch anderes Ereignis sicher herbeigeführt worden wäre + 1007²⁰

Unzulässigkeit des Rechtswegs für Schadensersatzklage wegen unterbliebener Anstellung oder Beförderung als Beamter mit der Begründung, der mit der Entscheidung befaßte Beamte habe willkürlich gehandelt + 659³⁴

Amtsrichter, der als Grundbuchrichter die zu Auflassung erforderlichen Erklärungen entgegennimmt und protokolliert, beurkundet auf Antrag auch den Verkaufsvertrag. Haftung für die hierbei begangene A. nach § 12 GBO. a. F. 940¹⁰

Regelmäßig keine Pflicht des Notars, einen im Geschäftsleben stehenden Grundstückskäufer besonders über Begriff und Umfang der Wertzuwachssteuer zu belehren 1241³

Keine Anwendung des § 839 BGB., Art. 131 RVerf. auf die RSDMB. + 241¹⁵

Haftung des Reichs für Verschulden eines Arbeitsdienstangehörigen, der Arbeitsmänner im Kraftwagen zum Besuch eines vaterländischen Festspiels befördert 950²⁰

A. durch Krankenkassenangestellte gegenüber dem Arbeitgeber anlässlich des Umtauschs von Karten der Invalidenversicherung und der damit zusammenhängenden Verrichtungen 243¹⁰

A. durch verzögerte Erteilung einer Legitimationskarte nach § 44 a GewO. 244¹⁷

Zuständigkeit des LG. ohne Rücksicht auf den Streitwert für Ansprüche aus A. nicht nur der unmittelbaren Staatsbeamten, sondern auch aller andern im öffentlichen Dienst angestellten Beamten. Vor Inkrafttreten des DVO. Beurteilung der A. preussischer Gemeindebeamter nach §§ 88—91 II 10 RVerf. Kein Verschulden eines Bürgermeisters wegen Unkenntnis der Tragweite des RVerfAbbAbw. v. 25. März 1926 für die Abänderung des § 13 KommBeamtG. 1249¹¹

§ 547 Ziff. 2 ZPO. Zulässigkeit der Revision, wenn in Landesgesetz die LG. für ausschließlich zuständig ohne Rücksicht auf den Streitwert erklärt sind für „Ansprüche gegen den Staat wegen Verfügungen der Verwaltungsbehörden“ und wegen „Verschuldung von Staatsbeamten“ 882¹³

Amtsrichter

A., der als Grundbuchrichter die zu Auflassung erforderlichen Erklärungen entgegennimmt und protokolliert, beurkundet auf Antrag auch den Verkaufsvertrag. Haftung für die hierbei begangene Amtspflichtverletzung nach § 12 GBO. a. F. 940¹⁰

Analogie (§ 2 StGB.)

Grundsätze für entsprechende Anwendung von Strafgesetzen 483

Zur Frage der Anwendung des § 2 StGB. auf Fälle, in denen der unter

Alkoholwirkung stehende Fahrer sich nach dem Unfall entfernt und nachträglich — wenn der Alkoholgehalt des Blutes nicht mehr feststellbar — stellt 113

§ 173 StGB. trifft nur den Beischlaf, keine entsprechende Anwendung (§ 2 StGB.) auf sonstige Unzuchtshandlungen 623²

Bestrafung wegen schweren Diebstahls, wenn der Täter die unter erschwerten Umständen gestohlene Kassette in seiner Wohnung erbricht 921¹

Weder unmittelbare noch entsprechende Anwendung (§ 2 StGB.) des § 352 (Gebührenüberhebung) auf Rechtsbeistand + 713⁸

Bestrafung des Geschäftsführers von GmbH., der das vorgeschriebene Baubuch nicht führt, in entsprechender Anwendung des § 6 Gef. v. 1. Juni 1909 362²

Überschreitung des gesetzlichen Höchstmaßes für Geldstrafe nur unter den Voraussetzungen des § 27 c II StGB., nicht auch in entsprechender Anwendung des § 27 c I 1152⁷

Anerbe

ErbbhofErgänzZD. v. 26. April 1939: erweiterte Vorrangstellung der Töchter in der A.ordnung; abweichende A.bestimmung in Härtefällen in Österreich 841

Grundbesitz, Beispruch und A.recht in Ostfriesland. Schrifttum 847

Die bauerliche Einzelnachfolge im Sachsenspiegel. Schrifttum 848

Bestimmung der A. für die einzelnen Erbhöfe durch den Bauern selbst in letztwilliger Verfügung, wodurch Wahlrecht nach § 23 RGO ausgeschlossen 250³⁰

Bauer kann die in Erbvertrag getroffene, vom AG. genehmigte Bestimmung eines nach dem 30. Sept. 1933 angenommenen Kindes zum A. durch neuen Erbvertrag wieder aufheben 945²⁴

Milde Beurteilung der Bauernfähigkeit des A., der das einzige Bindeglied für Erhaltung des Hofes in der Sippe ist; strengere Beurteilung bei Vorhandensein eines anderen tauglicheren Sippenangehörigen + 590¹⁷

§ 11 EGBV. Unzulässigkeit der Anwendung der lebenslänglichen Verwaltung und Ruhenießung des Erbhofs durch letztwillige Verfügung eines Bauern, der Alleineigentümer des Erbhofs ist, an Ehefrau für den Fall, daß beim Eintritt seines Todes A. erbberechtigt der ersten oder vierten Ordnung A. wird 806³⁰

§ 51 IV EGBV. Wahl des Nacherben als A. durch den Vorerben nur aus den Personen, die als A. vom Erblasser hätten bestimmt werden können 810⁴⁰

§ 62 II EGBV. Beschwerdeberechtigung des nächstberufenen A., auch wenn er eigenen Erbbhof besitzt; ferner auch Beschwerdeberechtigung des nächstfolgenden, der an Stelle des das Übernahmerecht nicht ausübenden erstberechtigten A. nach § 22 I 2 RGO treten würde 591¹⁸

Anerbenausweis (§ 15 II EGBV) 227

Anerbenbehörden

vgl. unter Erbhof

Anerkenntnis

Berechnung der Vergleichsgebühr nach dem vollen Streitwert auch nach Ankündigung von Klageermäßigung und TeilA. durch Schriftsatz 457²⁷

§ 9 GebrMusikG. Bei sofortiger A. des Vekl. Kostenpflicht des Kl., der ohne zuvor den Inhaber des Gebrauchsmusters zur Bösung aufzufordern, Bösungsklage erhoben hat 958⁴⁴

Anerkennung ausländischer Urteile

L'exécution à l'étranger des obligations alimentaires. Schrifttum 920

Zuständigkeit der deutschen Gerichte für Klagen auf Ehelichkeitsanfechtung zwischen Ausländern ohne Rücksicht auf die A. solcher Urteile 246¹⁹

A. eines in der Schweiz über Reichsdeutsche ergangenen Scheidungsurteils, soweit nach der deutschen ZuständigkeitsD. schweizer. Gericht zuständig war 267³⁵

Entsprechende Anwendung des § 328 ZPO. auf die A. einer dänischen Egl. Scheidungsbewilligung. Die Wiederverheiratung eines ausländischen Staatsangehörigen im Ausland nach dort erfolgter Ehescheidung, obwohl diese Scheidung in Deutschland nicht anerkannt wird, regelmäßig kein Grund für Ehescheidung nach §§ 47, 49 EheG. 1015³⁸

A. eines in Schweden ergangenen Urteils betr. Zuteilung der Kinder unter schwedischen Staatsangehörigen nach Scheidung der Ehe unter den Voraussetzungen des § 328 ZPO. + 869³

Anfechtung

Wirksame Anfechtung eines Vaterschaftsanerkennnisses wegen arglistiger Täuschung seitens der Kindesmutter + 1156¹³

Anfechtung der Ehelichkeit

vgl. Ehelichkeitsanfechtung

Anfechtungsgesetz

Führer durch das A. Schrifttum 710

Anfechtungsklage (§§ 271 ff. GmbHG.)

+ 720²²

Angehörige

Schutzbefristung des § 618 BGB. auch für Familienangehörige der Dienstverpflichteten, die während der zu leistenden Dienste sich in den Räumen des Dienstberechtigten mit aufhalten + 374³¹

Angestellte

Schadensersatzpflicht des „Beschäftigten“, besonders des Autoführers 346

Pensionsverträge mit Juden 1230

Zur Frage der Gewährung von Pensionschutz für A., der neben der Arbeitsvergütung Ruhegehalt bezieht + 587¹⁴

Zur Frage, ob Ruhegehaltsversprechen an A. als Bestandteil eines Leibrentenvertrags aufzufassen ist 769²

Wann sind Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und selbständige Buchführer der Gewerbesteuer wegen der Beschäftigung von Gehilfen unterworfen? + 1199⁶³

Beim verkehrsüblichen Auftrag an den Empfangspediteur, auch die Zollabfertigung zu besorgen, ist der vom Spediteur beauftragte A. nicht als

Bevollmächtigter des Zollschuldners i. S. der §§ 102 f. AbgD. zu handeln 715¹³
 Ist § 899 I ABG. auf die Tätigkeit des angestellten Kraftwagenfahrers anwendbar? 260³² + 1172²⁵

Angeklagtenversicherung
 § 194 ArbGG. Ausschluß des Rechtswegs auch für Anspruch desjenigen, der an Stelle der sonst notwendigen A. Beiträge an andersartige Versorgung gezahlt hat, auf Erstattung dieser Beiträge durch jemand, der angeblich zur Ausführung von Arbeiten verpflichtet gewesen sei + 260³³

Angeklagte der Bezüge (§§ 40 ff. Beamten- und G.) 654²⁰

Angriffs- und Verteidigungsmittel (ZPD.)
 Die Wiedereinführung des Zwischenurteils über selbständige A. u. B., eine gesetzgeberische Notwendigkeit 1134

Begriff des selbständigen A. u. B.; es liegt auch vor bei Einwand, das BG. Urteil sei vor Entscheidungsreife erlassen. Ist nach Ansicht des BG., im Gegenfall zum Gericht erster Instanz, das A. u. B. nicht entscheidend, dann keine Zurückverweisung des Rechtsstreits zur Verhandlung und Entscheidung über den übrigen Prozeßstoff, sondern eigene Entscheidung des BG. + 879¹¹

Ankaufsrecht
 Sicherung eines erst nach dem Tode des Eigentümers auszuübenden A. durch gegen den Eigentümer gerichtete Vormerkung 170¹³

Anlagebeschriftung
 Keine Einbeziehung anderer als der in A. und Eröffnungsbeschuß einzeln aufgeführten, als selbständige Handlungen zu beurteilenden Abtreibungsfälle 712⁴

Anlagevermögen (GemSt.) 192³⁶

Anlieger
 vgl. unter StraßenA.

Annahme an Kindes Statt
 Ist die Aufhebung von Kindesannahmeverträgen jetzt nur nach den Bestimmungen des Ges. v. 12. April 1938 möglich? 422

Bauer kann die in Erbvertrag getroffene, vom AG. genehmigte Bestimmung eines nach dem 30. Sept. 1933 angenommenen Kindes zum Anerben durch neuen Erbvertrag wieder aufheben 945²¹

Anordnungen, einstweilige (§§ 627, 627 b ZPD.)

A u f s ä t z e
 E. A. im Eheprozeß:
 Wohnungsverbot und vorläufiges Ruhegebot 609
 Herausgabe von Sachen und Veräußerungsverbot 609
 Anordnung auf kurze Zeit und auf Widerruf 610
 Einstellung der Zwangsvollstreckung aus e. A. 610
 Anordnung betr. der Kinder 610
 Kosten 610
 Sühnetermin 611

Die Kostenentscheidung in e. A.:
 Stand der Frage in Schrifttum und Rechtsprechung 1121
 Unterliegen als Grundsatz der Kostenentscheidung 1122
 Das gesunde Rechtsempfinden 1122
 Kostenverteilung nach Quoten 1122

Das inhaltliche Verhältnis der Entscheidung des Hauptverfahrens und des Anordnungsverfahrens 1123

Die selbständige Kostenentscheidung in e. A. 1123

Die Armenrechtsbewilligung im Eheprozeß und im Verfahren über e. A. gemäß § 627 ZPD. 352

Unterschiede im Eheprozeß im Verfahren nach § 627 b ZPD. 605 669⁴¹

Bedürfen die e. A. in Ehesachen nach § 627 ZPD. der Vollstreckungsklausel? 225

Die Prozeßbevollmächtigten im Verfahren der e. A.:
 Der Prozeßbevollmächtigte des Antragstellers 976
 Der Prozeßbevollmächtigte des Antragseigners 977
 Der Prozeßbevollmächtigte vor Erhebung der Hauptklage 977
 Die Prozeßbevollmächtigten in der Rechtsmittelinstantz 978
 Die Zustellungen an die Prozeßbevollmächtigten 978
 Gebührenfragen 979

Entscheidungen
 § 627 ZPD. Unzulässigkeit der Anordnung auf Zahlung eines Prozeßkostenvorschlusses bei mangelndem Rechtsschutzinteresse 669⁴⁰

Vergleichsweise Regelung des endgültigen gesetzlichen Unterhaltsanspruchs für die Zeit nach der Scheidung im Verfahren aus § 627 b ZPD. 669⁴¹

Im Verfahren über e. A. nach § 627 ZPD. n. F. keine selbständige Kostenentscheidung 1189⁴⁸

Kein besonderer Streitwert für das bei Gestattung des Getrenntlebens gemäß § 627 ZPD. ausgesprochene Verbot an den einen Ehegatten, die eheliche Wohnung zu betreten 330¹⁷

Armenrechtsbewilligung für Eheprozeß erstreckt sich nicht ohne weiteres auch auf Verfahren aus §§ 627 ff. ZPD. 331²⁰ 332²¹ 1014³⁰ 1189⁴⁷

Anschlußberufung
 Unzulässigkeit des Teilurteils über eine durch unselbständige A. in den Rechtsstreit eingeführte Widerklage 329¹⁶

Anstellung
 als Beamter vgl. unter B.

Anwaltsassessor
 Die Befolgung der Probe- und A. 424
 Die Dauer des anwaltlichen Probe- und Anwärterdienstes 1116

Anwaltsgemeinschaft
 § 91 ZPD. Anwaltswechsel innerhalb A., deren Mitglieder nicht bei demselben Gericht zugelassen 1183³⁹

Arbeitgeberversorgung
 Arbeitgeber hat seinen Arbeitnehmern Versorgung zugesagt und zur Rückdeckung hierwegen Verträge mit Versicherungsgesellschaft abgeschlossen. Beiträge zu dieser Versicherung kein steuerpflichtiger Arbeitslohn + 1198⁶²

Arbeitsbuch
 Pflicht des Unternehmers zur Rückgabe des A. an ausscheidende Angestellte oder Arbeiter 956⁴¹

Arbeitsdienst
 Das Recht der Familienunterstützung gemäß Ges. über Unterstützung der Angehörigen der einberufenen Wehr- und Arbeitsdienstpflichtigen und das Unterhaltsrecht des BGB. 102

Art. 131 WeimVerf. Haftung des Reichs für Verschulden eines A.angehörigen, der Arbeitsmänner im Kraftwagen zum Besuch eines vaterländischen Festspiels befördert 950²⁰

Arbeitseinsatz

Nationaler A. in der Rechtspflege 193
 Berufseinsatz der Wirtschaftstreuhänder 572
 A. und unzulässige Einstellung 899
 Das Arbeitsrecht aus den Kündigungsbeschränkungen des A.rechts 905
 Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung. Schrifttum 621

Arbeitsfront, Deutsche

Jahrbuch 1938, herausgegeben vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der DAF. Schrifttum 1060
 Zur Umsatzsteuerpflicht von Rechtsanwälten, die bei den Rechtsberatungsstellen der DAF. tätig sind 1102⁴³

Arbeitsgericht

Der Wert des Streitgegenstands im arbeitsgerichtlichen Verfahren 764
 Bzgl. der Streitigkeiten der zur Schiffsbesatzung gehörenden Personen (§ 481 SGB.), für die das A. gemäß § 2 ArbGG. unzuständig, Ermächtigung des Treuhänders der Arbeit zum Ausschluß der ordentlichen Gerichtsbarkeit 950³⁰

Unter welchen Voraussetzungen ist das Verhältnis des Handlungsagenten „arbeitnehmerähnlich“ i. S. der §§ 2, 5 ArbGG.? + 957⁴²

§ 72 ArbGG. Geltung der Zulassung der Revision im Urteil des ArbG. für den gesamten Streitstoff, auch bei Beschränkung auf bestimmte Rechtsfrage 958⁴³

Keine Anwendung der Vorschriften des § 100 V ArbGG. über Unanfechtbarkeit der Urteile auf Aufhebungs-klagen gegen Schiedssprüche nach Verweisung des Rechtsstreits an das BG. 950³⁰

Arbeitslohn

vgl. auch unter Lohnsteuer

Wirken die früheren Lohnarifverträge noch heute nach? 907

Anspruch auf Lohnzahlung an den in der Durchführungsanordnung zum Vierjahresplan bestimmten Feiertagen, auch wenn diese in außertariflichen unbezahlten Urlaub fallen 391⁴⁴

Während des Urlaubs grundsätzlich Anspruch des Gefolgsmannes auf Zahlung des Lohns, den er verdient hätte, wenn er gearbeitet hätte 955³⁸

Arbeitsordnungsgeheß

Keine Schadenersatzpflicht des Beschäftigten bei Fahrlässigkeit nach dem A. 348

Erfüllung eines tariflich begründeten Urlaubsanspruchs unter Berücksichtigung der in § 2 ArbGG. bestimmten Pflichten der Beteiligten 390⁴³

§§ 10, 11, 14. Kündigungschutz für Vertrauensmänner an sich erst nach Verpflichtung, aber ausnahmsweise auch schon nach Berufung, wenn die Kündigung wegen ihres Zwecks sittenwidrig oder unzulässige Rechtsausübung darstellt 391⁴⁵

Arbeitsrecht

Auskunftserteilung über ehemalige Gefolgshaftsmittelglieder 220

Arbeitsvermittlung des NSRB. MittBl. zu Heft 1/2 S. 3; MittBl. zu Heft 3/4 S. 11; DR. 571 1140

Arbeitswerk des NSRB. MittBl. zu Heft 1/2 S. 4; DR. 570 1058

Arbeitszeit

bgl. unter JugSchG.

Überstundenvergütung muß unpfändbar sein 1231

Gemäß Art. d. für das Baugewerbe ist zuschlagspflichtige Mehrarbeit die zur Reinigung und Instandhaltung der Maschinen über die 48-Wochenstunden-A. hinaus erforderliche Zeit 951³¹

Architekt

Sorgfaltspflicht des von privatem Bauherrn mit der Errichtung eines steuerfreien Eigenheims beauftragten A., insbes. bzgl. der Einhaltung des zur Erhaltung der Steuerfreiheit zulässigen Ausmaßes 1237¹

§ 1 SchuldBerG. Berufsausübung durch A. derart, daß er Bauten auf eigene Rechnung ausführt, um sie alsbald zu verkaufen 1253¹⁴

Arglist

§ 138 I BGB. Kein A.einwand gegenüber dem Vertragspartner, der Einrede der Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts geltendmacht, obwohl er sich selbst eines Sittenverstoßes schuldig gemacht hat 930¹³ + 1158¹⁴

§ 826 BGB. Erneute Unterhaltsklage nach rechtskräftiger Abweisung einer früheren Klage. A.einwand gegenüber der Berufung des Bgl. auf die Rechtskraft des früheren Urteils 377³²

Wirksamkeit der Vereinbarung zwischen den Parteien des Ehetritts, durch die die klagende Partei der beklagten die Klagerücknahme verspricht. Erhebung des Einwands der A. durch den Bgl. gegen die Fortsetzung des Ehetritts durch den A. 183²⁹

Kein A.einwand gegenüber unfallverletzten Kraftwageninassen, der nach Unfall den einen ausgleichspflichtigen Schädiger beerbt und vollen Schadenersatzanspruch erhebt, ohne sich Ausgleichsansprüche anrechnen zu lassen 1093³⁰

Arglistige Täuschung

bgl. unter T.

Armenanwalt

Unter welchen Voraussetzungen genügt formlose mündliche Mitteilung des Urundsbeamten über Beordnung des A. zum vorherigen Wirksamwerden eines bereits gefaßten, aber erst später zugestellten Beordnungsbeschlusses? 1186⁴³

Bei Tod der armen Partei nach Beordnung eines A. gilt diese Beordnung solange als fortbestehend, als der A. von dem Tode keine Kenntnis hat oder zu haben braucht + 584⁹

Armenanwaltsgebühren

Gebührenfragen im Verfahren der einstweiligen Anordnungen in Ehesachen 979

§ 1 ArmAnwG. Erstattungsanspruch des ArmAnw. gegen die Reichskasse nicht auf Grund Beordnung, sondern erst durch Vollmächterteilung der Partei, auch bei vorheriger Tätigkeit des ArmAnw., um Gefahr im Verzuge abzuwenden + 330¹⁸

Kein Erstattungsanspruch des ArmAnw. gegen die Reichskasse für Tätig-

keit im Anordnungsverfahren nach §§ 627, 627 b ZPO., wenn er für den Eheprozeß, nicht auch besonders für das Anordnungsverfahren beigeordnet worden 331²⁰ 332²¹

Voraussetzungen der Erstattungsfähigkeit von Reiseflosten des ArmAnw. zu seiner Partei 1192⁵³

A. bei vergleichsweiser Regelung des endgültigen gesetzlichen Unterhaltsanspruchs für die Zeit nach der Scheidung im Verfahren aus § 627 b ZPO. 607 669⁴¹

Abänderung einer Streitwertfestsetzung auf Erinnerung der Reichskasse und demgemäß Rückforderung von dem ArmAnw. zuviel gezahlten Gebühren nur ausnahmsweise unzulässig 1191⁵²

Armenrecht

Die armenrechtliche Behandlung von Unterhaltsvergleichen im Eheprozeß 607

Unzulässigkeit der Bewilligung von RatenA. 793²³

Festsetzung der Reisentschädigung an mittellose Partei in entsprechender Anwendung des § 20 ZeugGebD. durch das Gericht + 335²⁹

§ 125 ZPO. Nachzahlungsanordnung + 794²⁵ 1013³³

Armenrechtsbewilligung

A. für Eheprozeß erstreckt sich nicht ohne weiteres auch auf Verfahren aus §§ 627 ff. ZPO. 352 331²⁰ 332²¹ 1014³⁰ 1189⁴⁷

Bindende Wirkung rückwirkender A. durch das Prozeßgericht für das Kostenverfahren 331¹⁹

Armenrechtsgefuch

Kostenrechtliche Behandlung bei gleichzeitiger Einreichung von A. und Klage- oder Rechtsmittelschrift 794²⁴

Einreichung eines A. gebührenrechtlich bedeutungslos, außer in den Fällen fristbennender Wirkung (§§ 519 VI, 554 VII ZPO.) 583⁸

§ 519 VI ZPO. Hemmung der Verpflichtung zur Zahlung der Prozeßgebühr für die Ber. Inst. durch Einreichung von A. besteht bis zur Entscheidung über das A. 668³⁹

§ 618 ZPO. Vertagung, wenn der Bgl. im ersten Termin ohne Rechtsanwalt erscheint und noch begründetes A. stellen will 187³²

Armenrechtsverfahren

Im Beschwerdeverfahren über Armenrecht keine Kostenentscheidung + 1184³⁹

Armenrechtsverfugung

Zur Revisionsrüge ausreichende Verfassung des rechtlichen Gehörs, wenn das BG. einer Partei das Armenrecht wegen Ausichtslosigkeit eines Beweismittels entzieht, dann dennoch unter Forderung eines hohen Kostenborschusses von der Partei die Erhebung dieses Beweises beschließt und wegen Nichtzahlung ungünstige Entscheidung fällt + 1156¹³

Armutzeugnis

Unzulässigkeit der Sachbeschwerde gegen Erteilung eines A. durch das Vorm. Ger. oder Nachlaßgericht 1181³³

Arrest

Bei Kostenpflicht des A.beklagten sowohl bzgl. des Anordnungs- als auch des Aufhebungsverfahrens kein Anspruch des A.klägers bzw. seines Rechtsanwalts nach Aufhebung des

A. auf nochmalige Festsetzung von Rechtsanwaltsgebühren 888²⁰
Auf Antrag des zuständigen OStA. hat das OStA. die vom Strafgericht in Ermittlungsverfahren wegen Delikten verhängte gem. § 27 der 1. Durchf. VO., §§ 42 I Ziff. 7, 45 DevG. auf Grund A. angeordnete Pfändung der auf Dritten eingetragenen Hypothek einzutragen 944²³

Arresthypothek

Zur Eintragung von A. auf Grundstück eines Juden Genehmigung gemäß VO. über Eintrag jüdischen Vermögens v. 3. Dez. 1938 nicht erforderlich 1169²¹ 1206

Arzt

bgl. auch unter Kassenarzt
Der A. für Naturheilkunde nach dem Heilpraktikergesetz 695

Arztrechtliche Entscheidungen betr. Sorgfaltspflicht, Beratungspflicht des A., Kausalzusammenhang bei Kunstfehlern, Ansprüche des Kindes gegenüber dem von seinen Eltern zugezogenen A. 31

Gebühren für ärztliche Gutachten 1137
Der A. im Strafrecht. Schrifttum 767
Erfordernis der Einholung der Einwilligung des Patienten durch A. vor Operation 1159¹⁵

Ärztliches Verschulden. Beweispflicht des A. für den Ursachenverlauf nicht erfüllt durch Nachweis des Verlaufs im Regelfall 769⁴

Entziehung des Führerscheins eines A. wegen sittlicher Verfehlungen gegenüber Patientin 400⁵⁸

Affessor

bgl. auch unter AnwaltsA., ProbeA.
Vorbereitung auf die A.prüfung im Berliner Arbeitswerk MittBl. zu Heft 3/4 S. 16

Auflage

A. zu Lasten des Erbhofs 1054

§ 37 II BGB. Beachtung des Grundgesetzes des Ges. v. 29. März 1935, für Zwecke der Wehrmacht geopfertes Erbhofsland durch anderes zu ersetzen, auch bei freihändigem Verkauf von Land für Wehrmächtszwecke; sonst A. betr. Verwendung des Erlöses 803³⁴

Auflassung

Amtsrichter, der als Grundbuchrichter die zu A. erforderlichen Erklärungen entgegennimmt und protokolliert, beurkundet auf Antrag auch den Veräußerungsvertrag. Haftung für die hierbei begangene Amtspflichtverletzung nach § 12 BGB. a. F. 940¹⁹

Berücksichtigung der Grundstücksbelastung bei Streitwertfestsetzung in Rechtsstreit auf Erteilung der A. 1182³⁴

Auflassungsvormerkung

Zur auf Bewilligung eines Juden beruhenden Eintragung einer A. Genehmigung gemäß VO. über Eintrag des jüdischen Vermögens v. 3. Dez. 1938 nicht erforderlich 1169²² 1205

Auflösung

bgl. unter Liquidation

Aufrechnung

Voller Schadenersatzanspruch des unfallverletzten Kraftwageninassen, der nach dem Unfall den einen ausgleichspflichtigen Schädiger beerbt. Der Schadenersatzanspruch — insbes. als Rentenanspruch — nicht pfändbar;

daher auch A. des Schädigers gegen ihn mit Ausgleichsanspruch unzulässig 1093³⁰

Vergleichsgebühr entsteht nicht bei Zwischenvergleich, z. B. Anerkennung der Berechtigung der Klageforderung, aber Vorbehalt der A. gegen sie 1193³⁷

§§ 266, 350 StGB. Reichsbahnbeamter darf nicht mit seinen Forderungen gegen die Reichsbahn gegen die Forderung der Reichsbahn auf Ablieferung der im Dienste eingenommenen Gelder aufrechnen und dieses nicht abliefern 994¹⁴

Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft
Beschlussfähigkeit des A. d. A. bei ordnungsmäßiger Ladung aller Mitglieder ohne Rücksicht auf ihre Zahl + 314⁸

Unzulässigkeit der telephonischen Abstimmung im A. d. A. 718¹⁹

Aufsichtsratsmitgliederversammlung
Änderungen betr. die A. durch die Einf-StNov. 690

Auftrag
Grundsätzlich Widerruf eines von mehreren A.gebern erteilten A. durch einen von ihnen zulässig. Wie kann bei Gemeinschaft gemäß §§ 741 ff. BGB. zwischen den A.gebern und Ausschluß des Widerrufsrechts des einzelnen dieser Änderung des bestehenden Zustandes herbeiführen? 1005²⁷

Aufwandsentschädigung
Pfändungsschutz der A. von Beamten, Angestellten und Arbeitern 604

Mehr A. im Baugewerbe 952³³

Aufwertungshypothek
Rechtsfragen bzgl. der Eigentümergrundschulden aus Aufwertungsstilgungshypotheken 413

Ausbildung, juristische
Berufserziehung des Rechtswahrmachwuchses 5 503 540 829

Justizausbildungsordnung. Schrifttum 986

Ausschließen des Angeklagten in der Hauptverhandlung (§ 230 StPD.) 1154¹⁰

Ausfuhr
Verpflichtung zur Abgabe von Exportvalutaerklärung, auch bei Verkauf und Übereignung der Waren an Ausländer Zug um Zug gegen Zahlung des Kaufpreises 366¹⁰

Ausgleichsanspruch (§ 17 KraftfG.)
+ 256²⁹ 745 + 784¹⁹ 1093³⁸

Auskunft
A.erteilung über ehemalige Gesellschaftsmitglieder 220

Beweisanordnung i. S. der Gebührenvorschriften ist A.einholung sowohl durch Beweisbeschluß nach mündlicher Verhandlung als vorbereitender Weise durch Vorsitzenden gemäß § 272 b ZPD. 1014³⁷

Ausland
Verneinung des unlauteren Wettbewerbs bei Hinweis auf die ausländische Herkunft des Erzeugnisses des Mitbewerbers 707

Verletzung des Warenzeichenrechts durch Verlehen der Ware mit dem geschützten Zeichen, auch wenn die Ware im A. verkauft werden soll 255²⁷

Reise ins A. zwecks rassenschänderischer Geschlechtsung im A. ist Versuch des Verbrechens 711¹

Ausländer

SchuldvereinG. Zusammenbruch eines ausländischen Gläubigers als Ursache für den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Schuldners in Deutschland. Forderung eines A. fällt auch unter die Schuldenvereinbarung + 655²⁸

Anordnung der Sicherungsverwahrung eines A., der auf Grund des Ges. über Reichsberweisungen ausgewiesen werden kann 161²

Auslegung

GesetzesA. nach nationalsozialistischer Weltanschauung 482 489

§§ 133, 157 BGB. A. von Willenserklärungen aus früherer Zeit unter Berücksichtigung des damals geltenden objektiven Rechts 930¹⁴

Keine A. einer Willenserklärung gegen den völlig unzweideutig ausgedrückten Willen. Einsetzung als „Alleinerbe“ + 936¹⁷

A. eines GmbH-Gesellschaftsvertrags mit gemischter Sacheinlage + 431¹

Für A. von Tarifordnungen maßgebend, was darin erklärt ist, nicht, was der Reichstreuhänder bei ihrem Erlass gedacht oder gewollt hat 951³¹

Auslösungsansprüche

Voraussetzungen der A., insbes. nach RTarD. für das Baugewerbe vom 26. Nov. 1936 953³⁴

Ausschluß der Öffentlichkeit (StP.)

236¹⁰

Ausschlußurteil

Bedarf der Antrag auf Eintragung des Eigentümers auf Grund von A. (§ 927 BGB.) der Form des § 29 GBD.? 157

Außenpolitik

Der Frieden im böhmisch-mährischen Raum — Grundlage einer vernünftigen mitteleuropäischen Ordnung 129

Ausführung des Verfahrens

A. d. B. im Urkunden- und Wechselprozeß 328¹⁵

A. des Fürsorgeerziehungsverfahrens 873⁵ 1178³¹

§ 8 ErbtNachwGes. A. d. B. 735³⁷

Auswanderung

Vormundschaftsgerichtliche Genehmigung der A. von Minderjährigen? 154

Prozesskostenvorschußpflicht für ausgewanderte jüdische Kl. 154

Die Rechtsstellung des Auswanderers im Devisenrecht:

Begriff des Auswanderers 969

Zeitpunkt der A. 970

Rechtsstellung des Auswanderers 970

Ausweisung

Anordnung der Sicherungsverwahrung eines Ausländers, der auf Grund des Ges. über Reichsberweisungen ausgewiesen werden kann 161²

Autoreparaturwerkstatt

§ 831 BGB. über die Pflicht zur sorgfältigen Auswahl und Anleitung eines Lehrlings durch Inhaber von A. + 1238²

Bäcker-Arbeitszeitgesetz. Schrifttum

1062

Baltische Staaten

Die Staatsideologie der b. St. 530

Bant

Heilung des Börsentermingeschäfts bei Leistung nur eines Teils und Einverständnisklärung des Gegners; letztere setzt Kenntnis von der Art der Erfüllungshandlung voraus 723²⁴

Bantier

DevBD. Darlehensgewährung durch inländischen B. auf Wunsch des Ausländers, der Sperrmarkforderung gegen ihn hat, in Höhe dieser Forderung gegen Inländer unter Verpfändung der Sperrmarkforderung 716¹⁴

Bantrott

Verhältnis mehrerer Begünstigungen verschiedener Gläubiger nach § 241 StD. bei derselben Zahlungseinstellung oder Konkursöffnung 924⁶

§§ 244, 240 I Ziff. 1 StD. Bestrafung für „in der Eigenschaft“ als Mitglied des Verwaltungsrats einer Aktiengesellschaft begangenen übermäßigen Aufwand 365¹⁵

Baubeschränkung

B. ist ordnungswidrig unter einer Nummer zugunsten des Staats und des jeweiligen Eigentümers des Nachbargrundstücks eingetragen. Zerschlagung der öffentlich-rechtlichen B. des Staates gemäß Art. 7 HambG. v. 16. Juni 1987 zur Anpassung an die GBD., Lösung des Rechts des Nachbarn nur nach Feststellung, daß die Beteiligten bzgl. Bestellung einer privatrechtlichen Grunddienstbarkeit nicht einig geworden 463³³

Baubuch

Bestrafung des Geschäftsführers von GmbH., der das vorgeschriebene B. nicht führt, in entsprechender Anwendung (§ 2 StGB.) des § 6 Ges. vom 1. Juni 1909 362²

Bauernfähigkeit

Fehlen der bäuerlichen Einstellung und Bodenverbundenheit des Grundeigentümers, der 22 Jahre lang eine der Landwirtschaft fremde Tätigkeit ausgeübt hat, bald nach Übernahme des elterlichen Besitzes größeren Handel eröffnet und dann das Anwesen an einen Gläubiger zur Befriedigung seiner Forderungen aus dem Handelsbetrieb verpachtet. Unehrbareit des Bauern, er nach Übergabe des elterlichen Anwesens an ihn die übernommenen Anteilsleistungen schuldhaft nicht gewährt, so daß die Eltern der Wohlfahrt anheimfallen 386⁴⁰

Mitbe Beurteilung der B. des Aneben, der das einzige Bindeglied für Erhaltung des Hofes in der Sippe ist; strengere Beurteilung bei Vorhandensein eines anderen tauglicheren Sippenangehörigen + 590¹⁷

Baugewerbe

Gemäß RTarD. für das Baugewerbe ist zuschlagspflichtige Mehrarbeit die zur Reinigung und Instandhaltung der Maschinen über die 48-Wochenstunden-Arbeitszeit hinaus erforderliche Zeit 951³¹

Reisekosten, Mehraufwandsentschädigung und Trennungszulage für Bauarbeiter nach TarD. für Betriebe des B. bei Bauvorhaben des Reichs vom 20. März 1937 und für die Bauten der Wehrmacht in Niederjachsen vom 28. April 1937 952³³

Voraussetzungen des Auslösungsanspruchs, insbes. nach RTarD. für das B. v. 26. Nov. 1936 953³⁴

§ 35 RWGD. Unterlagung des Gewerbes als Bauunternehmer, insbes. Abbruchfähigkeit 959⁴⁷

Bauherr

vgl. unter Architekt

Baupolizei

Wiederaufbau eines abgebrannten Hauses nach den zur Zeit des Wiederaufbaus geltenden Vorschriften. Durch Vorschriften einer Bauordnung über bauliche Ausnutzung der Grundstücke Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit (Gesundheit) und der öffentlichen Ordnung 1111⁶⁷

Pollzeimäßiger Zustand bei Gefährdung nicht der Allgemeinheit, sondern nur der Grundstückseigentümer selbst durch Bauzufälligkeit der Gebäude 1112⁶⁸

Durch gemäß einer Befreiung erteilte Bauerlaubnis für einen die bebaubare Grundstücksfläche überschreitenden Bau regelmäßig erschöpfende Begrenzung des zulässigen Baubolumens für das Grundstück. Keine Überschreitung geltender Bauvorschriften mit Bezug auf die nat.-soz. Bestrebungen zur Ausgestaltung gewerblicher Betriebe. Fehlleitung von Material und Arbeit infolge rechtswidriger Bauarbeiten als Verstoß gegen Vierjahresplan 960⁴⁸

Unzulässigkeit der Klage im Verwaltungsstreitverfahren gegen Verfassung der Baugenehmigung auf Grund der VO. über baupolizeiliche Maßnahmen zur Einsparung von Baustoffen 399⁵⁷

Bauparreform

Die Erhöhung von Darlehns- und Hypothekenzinsen im Rahmen der B. 740

Baufstelle i. S. des § 1 III WegereineG. 1108⁵⁵

Bauborhaben

4. Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans. Strafbarkeit jedes, der vor Erfüllung der dem Bauherrn obliegenden Anzeigepflicht mit dem Bau beginnt 1065¹

Beamte

bgl. auch Amtsdelikte, Amtspflichtverletzung

Beitragspflicht der beamteten Rechtswahrer zum NSRB. und DRB. MittBl. zu Heft 1/2 S. 2

Schulungsveranstaltungen für beamtete Rechtswahrer der zum Reich zurückgekehrten Gebiete: Ostmark, Sudetenland 559

Überführung von Rechtsanwälten in den Staatsdienst 1115

Die Anwendung beamtenrechtlicher Vorschriften auf Parteiamtsträger 401

Zur Frage der Gewährung von Pfändungsschutz für B., der neben seinen Dienstgeschäften oder neben Ruhegehalt noch private Erwerbstätigkeit ausübt 602

B.gesetze. Schrifttum 710

§§ 61, 178 DVBG. Ausnahme vom Grundsatz der lebenslänglichen Anstellung der B. nicht schon bei Diätarstelle; erforderlich vielmehr Vorbehalt des Widerrufs oder der Kündigung bei oder vor der Anstellung. — § 146 DVBG. Keine Bindung der Gerichte an die gesetzlich unzulässige und daher nichtige Entlassung eines lebenslänglich angestellten B. 1247⁹

Umwandlung der Anstellung eines Versorgungsanwärters auf Probe nach Ablauf der Probezeit, wenn er nicht zwei Wochen vorher davon verständ-

igt worden, daß er auf dauernde Übernahme nicht zu rechnen habe, in B.verhältnis auf Lebenszeit † 789²²

Unzulässigkeit des Rechtswegs für Schadenersatzklage wegen unterbliebener Anstellung oder Beförderung als B. mit der Begründung, der mit der Entscheidung befaßte B. habe willkürlich gehandelt † 659³⁴

Im Verwaltungsrecht gilt Grundsatz der rechtlichen Verhinderung des B. infolge persönlicher Beteiligung an der Sache † 1007²⁸

Verneinung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs bei Ausübung eines selbständigen Berufs i. S. des SchuldvereinsG., wenn BerufsB. neben seinem Amt ein Gewerbe betreibt 450¹⁷

Beamtenentschuldung

Sachbearbeiter für B. im NSRB. MittBl. zu Heft 5/6 S. 31

B. in der Ostmark 620

Bedingung

Beweiskraft des Fordernden, wenn der auf Erfüllung eines Rechtsgeschäfts in Anspruch Genommene behauptet, das Rechtsgeschäft sei unter aufstiegender B. abgeschlossen und diese nicht eingetreten 769¹

Auflösung einer GmbH. durch Gesellschaftsbeschluss unter einer B. 1166¹⁸

Beerdigung

Wann erscheint B. des Sachverständigen geboten? (ZibA.) 185⁵⁰

Beförderung

eines Beamten bgl. unter Beamter

Beförderungsteuer

Die auf Grund der RotVD. v. 8. Dez. einer Kapitalgesellschaft erlassenen B.beträge nicht am steuerpflichtigen Gewerbeertrag absetzbar 1102⁴⁷

Beglaubigung

§ 29 VGD. Beglaubigte Namens- oder Firmenunterzeichnung keine genügende Unterlage für Grundbucheintragung, wenn wesentliche Namens- oder Firmenbestandteile nicht erkennbar 718¹⁸

§ 268 StGB. B.vermerk als öffentliche Urkunde 712⁹

Begünstigung

Beistandsleistung i. S. des § 257 StGB. möglich durch Handlungen aller Art, die geeignet sind, den Täter der Bestrafung zu entziehen z. B. durch Einwirkung auf einen anderen, in Strafverfahren keine Angaben zu machen. Bestimmte Kenntnis des Begünstigenden von der Begehung des Verbrechens oder Vergehens nicht erforderlich 1067⁷

Behörde

Bei Beschwerdeeinlegung nach § 21 KGG. durch Einreichung einer Beschwerdeschrift Unterzeichnung durch den Beschwerdeführer nicht wesentliches Erfordernis, insbes. nicht Unterschrift des zuständigen Beamten bei telegraphischer Beschwerdeeinlegung durch B. 1179³²

Beifallen

Beweisaufnahme durch Urkundenbeweiserhebung aus B., ohne daß das Urteil die Beweisaufnahme verwerdet und die Benutzung der B. überhaupt erkennen läßt 334²⁷

Beitreibungsrecht von Steuern

Steuervollstreckungsrecht. Schrifttum 710

Im Widerspruchsverfahren gemäß

§ 330 II ABGD. Entscheidung des FinA. und des ordentlichen Gerichts nur darüber, ob bürgerlich-rechtlicher Erwerbsgrund (z. B. Vermögensübernahme) vorliege, demzufolge der Übernehmer für die Schulden des Steuerpflichtigen hafte † 941²¹

Beitreibungssachen

Leistungssteigerung und Rationalisierung der deutschen Firmen durch Zusammenarbeit mit der deutschen Rechtsanwaltschaft in B. 353

Beleidigung

Wirksamer Schutz gegen Verleumdung von im öffentlichen Leben stehenden Personen 219

B. des Vaters durch Geschlechtsverkehr mit der minderjährigen Tochter 233⁶

B. der minderjährigen Tochter durch den Vater, der unzüchtige Handlungen mit ihr vornimmt 623²

Voraussetzung der Zusammenfassung der B. oder falschen Anschuldigungen mehrerer Personen in einem Schriftstück zu einer strafrechtlichen Einheit 623¹

Urteilsveröffentlichung gemäß § 200 StGB. auch bei Latenz der B. mit anderer Tat, wobei die Strafe aus dem anderen Gesetz (hier § 183 StGB.) zu entnehmen 364¹⁰

Bereicherung, ungerechtfertigte

Keine Haftung des Mieters nach § 557 BGB., sondern nach § 812 BGB., wenn er nach Beendigung des Mietverhältnisses die Mieträume nicht herausgibt, weil Vermieter Fortdauer des Mietvertrags behauptet 642¹⁹

Indizierung des Vaterschaftsanerkennnisses gemäß § 812 BGB. † 1156¹³

Kein Einwand des Bereicherten aus § 817 S. 2 BGB., wenn die umstrittene Leistung nicht zu dauernder Vermögensvermehrung, sondern nur zu vorübergehendem Zweck gemacht worden 770⁵

§ 818 BGB. Ausgaben, die der Empfänger nach Eintritt der Rechtshängigkeit aus eigenem Entschluß ohne Einverständnis der Gegenseite gemacht hat, nicht bei Herausgabe der B. abzugsfähig 634¹³

Berichtigung

B. des Protokolls über Aussagen von Zeugen, Sachverständigen und benannten Parteien im Zivilprozeß 1125, desgl. der ins Urteil aufgenommenen Aussagen 1127

Berufsbetreuung

NSRB.-Arbeitswerk und B. 570

Berufsfahrer (§ 222 II, 230 II StGB.) † 628⁹ 989⁹ 1066⁶ † 1148⁵

Berufung

Die B. im Strafverfahren 55

Die B. des Strafprozeßentwurfes in der Erfahrung der österreichischen StPD. 116

Einreichung eines Armenrechtsgefühls gebührenrechtlich bedeutungslos, außer in den Fällen fristhemmender Wirkung (§§ 519 VI, 554 VII StPD.) 583⁸

§ 519 VI StPD. Hemmung der Verpflichtung zur Zahlung der Prozeßgebühr für die VerZust. durch Einreichung von Armenrechtsgefühls be-

steht bis zur Entscheidung über das Armenrechtsgeſuch 668³⁰
 Bauer, der ſeinen Erbhof verkauft hat, darf über den Erlös nur mit Genehmigung der Landesſtelle verfügen. Ablehnung der Wiedereinſetzung, wenn er es unterläßt, zu verſuchen, den zur V.einlegung gegen ein ihn zu Zahlung mäßigen Betrags verurteilendes Urteil erforderlichen Betrag von der Landesſtelle freizubekommen 881¹²

§ 519 b ZPO. Seit Einführung des § 331 a ZPO. eingeſchränkte Bedeutung der Frage, ob das bei Säumnis des Verſl. die V. als unzuläſſig verwerfende Urteil der Reviſion zugänglich oder als echtes Verſäumnisurteil nur mit Einſpruch angreifbar; nunmehr häufig Entscheidung nach Lage der Akten + 662³⁵

§ 528 c 2 ZPO. Beachtung der in erſter Inſtanz erfolglos erhobenen Rüge, daß das AG., nicht das ordentliche Gericht zuſtändig ſei, auch in der Verſt. + 1188⁴⁵

§ 539 ZPO. Iſt nach Anſicht des BG., im Gegenſatz zum Gericht erſter Inſtanz, das Angriffs- und Verteidigungsmittel nicht entscheidend, dann keine Zurückverweiſung des Rechtsstreits zur Verhandlung und Entscheidung über den übrigen Prozeßſtoff, ſondern eigene Entscheidung des BG. + 879¹¹

Unzuläſſigkeit des Teilurteils über eine durch unſelbſtändige AnſchlußV. in den Rechtsſtreit eingeführte Widerklage 329¹⁶

Keine Umdeutung der V.einlegung der ſiegreichen Partei im Eheprozeß mit gleichzeitiger Erklärung, ſie behalte ſich Antrag und Gründe vor, in Zurücknahme der Scheidungsklage 183²⁹

§§ 60, 61 EheG. Auch durch nur gegen die Entscheidung über die Schuldfrage gerichtete Rechtsmittel gegen Scheidungsurteil wird dieſes als Ganzes ergriffen 782¹⁸

§ 4 ZPO. Zur Frage, ob bei zahlenmäßig herabgeſetzt zugewocheener Hauptforderung in erſter Inſtanz die im Streit befangenen Zinſen in der V. als Haupt- oder Nebenforderung anzupprechen 1182³⁸

§ 6 ZPO. Zur Frage der Streitwertbeurteilung in der V., wenn der verurteilte Beſl. unter Beſchränkung, aber mit Vorbehalt der Verweigerung das Rechtsmittel eingelegt hat und dann gegen ihn Verſäumnisurteil ergangen + 1187⁴⁴

Auch im V.verfahren in Patentnichtigkeitsſachen richtet ſich Gebühr für eine Entscheidung nach der Form, in der die Entscheidung tatſächlich ergangen. Verluſtigkeits- und Kostenentscheidung gemäß § 6 III ZPO. über V.verfahren in Patentſachen erfolgt in Form des Beſchlusses 670⁴³

Zur Frage, ob aus Anlaß einer Mängelbehebung nach § 85 c ÖſterrZPO. nicht nur Formfehler, ſondern auch inhaltliche Fehler behoben werden können 1264²²

Gegen nach § 1 Teil 1 Kap. I Art. 7 RotZD. v. 14. Juni 1932 ergangenes Urteil ſowohl V. als Reviſion

gegeben. Keine entſprechende Anwendung des § 313 StPO. auf Verwerfungsurteil 1069¹³

Dem Beſchwerdeführer, deſſen Reviſion gemäß § 1 Ziff. 4 IV Art. 2 Kap. I ZD. v. 14. Juni 1932 als V. behandelt worden, ſteht gegen das Urteil des BG. nicht mehr die Reviſion zu + 1155¹²

Nach rechtskräftiger Verſagung der Wiedereinſetzung gegen Verſäumung des Termins zur Hauptverhandlung über den Einſpruch erfolgreiche V. gegen das Urteil, durch das der Einſpruch wegen Ausbleibens in der Hauptverhandlung verworfen worden 1154¹⁰

Veruſungsbegründung

Koſten für Privatgutachten für Zwecke der V. 1185⁴¹

Veruſungsurteilnahme

Erſtattung und Berechnung der Rechtsanwaltsgebühr für den nach Ablauf der Veruſungsfrist geſtellten Antrag auf Erlaß des Verluſtigkeitsurteils 333²⁴

Beſchluß

Verluſtigkeits- und Koſtenentscheidung gemäß § 6 III ZD. über das Veruſungsverfahren in Patentſachen erfolgt in Form eines V. 670⁴³

§ 329 ZPO. Unter welchen Vorausſetzungen genügt formloſe mündliche Mitteilung des Urkundsbeamten über Beiordnung des Arm. Antw. zum vorherigen Wirksamwerden eines bereits geſetzten, aber erſt ſpäter geſtellten BeiordnungsB.? + 1186⁴³

Beſchränkung des Rechtsmittels

Auch bei V. d. R. gegen Scheidungsurteil auf die Schuldfrage wird das Scheidungsurteil als Ganzes ergriffen 782¹⁸

Geltung der Zuſaſſung der Reviſion im Urteil des ArbG. für den gesamten Streitſtoff, auch bei V. auf beſtimmte Rechtsfrage 958⁴³

Zur Frage der Streitwertbeurteilung im zweiten Rechtszuge, wenn der verurteilte Beſl. unter V., aber mit Vorbehalt der Veruſungserweiterung das Rechtsmittel eingelegt hat und dann gegen ihn Verſäumnisurteil ergangen + 1187⁴⁴

§ 11 SchuldVereinG. V. der Zuſaſſung der ſofortigen weiteren Beſchwerde durch das AG. auf Teil ſeiner Entscheidung 1095³⁸

Beſchwerde

V. gegen Verfügunen der Preisbehörden betr. Wohnungsbefaffung für kinderreiche Familien 1221

§ 569 ZPO. Einreichungsgericht bei einer beim BG. eingereichten, „an das AG. durch das BG.“ adreſſierten V. 1189⁴⁰

Im V.verfahren über Armenrecht keine Koſtenentscheidung + 1184³⁹

In StreitwertV. des Rechtsanwalts beſtimmter Antrag über Höhe des ge-wünſchten Streitwerts erforderlich; Antrag auf „angemeſſene Feſtſetzung“ ungenügend 332²²

Erfolgloſigkeit der ſofortigen V., die gegenüber Erinnerungsentſcheidung den Anſpruch auf Beſchreibung des Beſtandes der Vollſtreckungsgegenklage (§ 767 ZPO.) durchſehen will, wenn nur

Rechtsfrage ſtreitig iſt und das AG. auch für die Vollſtreckungsgegenklage das Gericht erſter Inſtanz wäre 586¹¹

§ 8 SchuldVereinG. Wiedereinſetzung in den vorigen Stand gegen auf Unkenntnis einer verfahrensrechtlichen Beſtimmung beruhende Verſäumnis der V.ſt. 659³³

§§ 10, 11 SchuldVereinG. Sofortige V. gegen eine vorläufige Vollſtreckungsſchutz gewährende Anordnung des AG., wenn das AG. zu Unrecht angenommen hat, das SchuldVereinG. finde auf den Schuldner Anwendung 658³¹

Keine Wiedereinſetzung in den vorigen Stand bei Verſäumnis der V.ſt. dadurch, daß Rechtsanwalt in Schuldvereinigungsſache die ſofortige V. an das unzuſtändige AG. ſendet 949²⁸

§ 11 SchuldVereinG. Beſchränkung der Zuſaſſung der ſofortigen weiteren V. durch das AG. auf Teil ſeiner Entscheidung 1095³⁸

§ 81 EheG. Bei rechtskräftiger Eſcheidung erſt nach Inkrafttreten des EheG. Perſonenſorge und geſellſchaftliche Vertretung einſtweilen weiterhin bei demſelben Elternteil wie bisher; bei Gefährdung des Kindes anderweite Regelung durch vorläufige Anordnung des VormGer. BG. kann aufheben und neueregeln 179²²

Gegen Volljährigkeitserklärung des minderjährigen Kindes kein Verbiethungsrecht (§ 4 II BGB.) des beſchränkt geſchäftsfähigen Vaters, ſondern nur der Mutter, wenn ſie die elterliche Gewalt ausübt. Auch kein V.recht des Vaters 237¹²

Ausſetzung des Fürſorgeerziehungsverfahrens durch das VormGer. V.recht, Entscheidungsbefugnis des AG. 873⁵

Bei Ausſetzung des V.verfahrens durch das AG. im Verfahren der endgültigen Fürſorgeerziehung gemäß § 66 JugWohlfG. hat es eine rechtskräftig angeordnete vorläufige Fürſorgeerziehung aufzuheben, nach Erledigung der Ausſetzung erneute Anordnung der vorläufigen Fürſorgeerziehung 1178³¹

Unzuläſſigkeit der SachV. gegen Erteilung eines Urteilszeugniſſes durch das VormGer. oder Nachlaßgericht 1181³³

Vorliegen beſchwerdefähiger Entscheidung in Form der durch Zwiſchenverfügung erfolgten Mitteilung des Nachlaßgerichts, daß ein auf abweichender Rechtsauffaſſung beruhender Antrag abgelehnt werde 248²¹

V.recht der Ehefrau gegen Verichtigung ihres Mädchennamens im Perſonenſtandsregister 448¹⁴

Für Einlegung der V. nach § 21 ZOG. durch Einreichung einer V.ſchrift Unterzeichnung durch den V.führer nicht weſentliches Erfordernis 1179³²

Nach V.einlegung gegen die eine Anmeldung zum Handelsregister beſtandene Zwiſchenverfügung Pflicht des V.gerichts zur Nachprüfung

fämtlicher Beanstandungen und der Mittel zu ihrer Behebung 1166¹⁸
 § 126 FGG. Keine B.befugnis der Industrie- und Handelskammer gegen Zurückweisung der Eintragungsanmeldung eines Beteiligten, außer zur Anregung eines Ordnungsstrafverfahrens gegen den Beteiligten, um neue Anmeldung zu erzwingen + 321¹⁰
 Unzulässigkeit der B. gegen gerichtliche Bestellung von Abschlußprüfer gemäß § 136 IV 2 AktG. 719²⁰

§ 62 II EGBfD. B.berechtigung des nächstberufenen. Auerben, auch wenn er eigenen Erbhof besitzt; ferner auch B.berechtigung des nächstfolgenden, der an Stelle des das Übernahme-recht nicht ausübenden erstberechtigten Auerben nach § 22 I 2 NGB treten würde 591¹⁸

Keine Befugnis des MGL. und der B. stelle zur Ablehnung des Antrags auf Ermittlung der Friedensmiete, weil die Preisbildungsbehörde bereits den Mietzins festgesetzt hat und die dagegen eingelegte B. zurückgewiesen ist 1086²⁰

B. des Rechtsanwalts gegen Festsetzung der ihm als Pflichtverteidiger vor dem Sondergericht zustehenden Gebühren 629¹⁰

Auf B. des Sachverständigen hin Nachprüfung des Gesamtansatzes durch das B.gericht 335²⁸

Entscheidungen des B.ausschusses der kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands nicht „Urteile in Rechtsache“ i. S. des § 839 II BGB. 1084²⁷

Befolgung

bgl. auch unter Ruhegehalt
 Die B. der Probe- und Anwaltsassessoren 424

Zur bevölkerungspolitischen B.reform 96
 B.befolgung. Schrifttum 710

Nach Verneinung der von Beamten erhobenen vermögensrechtlichen Ansprüche durch den ihm eingeholten Vorbescheid erbringt sich Einholung von Vorbescheid durch Gemeinde für negative Feststellungsabweiderklage, unter Umständen auch Entfallen des Feststellungsinteresses der Gemeinde 459²¹

§§ 40, 48 BVerfGG. Anwendung der Angleichungsvorschriften bei vorausgegangener Feststellung der Verwaltung, daß im gegebenen Fall ein Anlaß zur Herabsetzung der Bezüge nicht gegeben sei 654²⁰

Bestandteil

Einzuführung eines mit dinglichen Rechten, die zur Wirksamkeit gegenüber dem öffentlichen Glauben des Grundbuchs der Eintragung bedürfen, belasteten Grundstücks als B. zu einer Heimstätte 1175²⁸

Bestechung

Voraussetzung für Anwendung des § 332 StGB. ist, daß die Amtshandlung, für die sich der Täter bezahlen läßt, als solche nach Lage der Dinge überhaupt vorgenommen werden kann 994¹³

Bestellkontore

BD. zur Beseitigung der Übersetzung im Einzelhandel v. 16. März 1939: Schließung von Verkaufsstellen, Versandgeschäften und B. 416

Beteiligte im Devisenstrafverfahren 1211
 Betriebsabteilung

Merkmale der tariflich gesondert zu behandelnden selbständigen B. 955³⁷

Betriebsaufseher i. S. des § 899 ABG. 260³² + 1172²⁵

Betriebsausgabe (EinkSt.)

Gewährung freier Wohnung und Verpflegung an die im gewerblichen Betrieb des Vaters vollbeschäftigten Kinder als B. des Vaters + 191³⁵

Betriebsgefahr

Der Ausgleich zwischen einer mitwirkenden B. und einer Verschuldenshaftung 745

Betriebsordnung

Wirken die früheren Lohn tarifverträge noch heute nach, insbes. wenn die B. eine dem Gefolgschaftsmitglied ungünstigere Regelung trifft? 907

Betrug

Wohlanständigkeit eine rein persönliche Empfindung? Zur Wandlung eines Rechtsbegriffs (§ 263 StGB.) 156

Restitutionsklage (§ 580 Biff. 4 ZPO.) bei ProzeßB. 476 697

Personenstandsunterdrückung und ProzeßB. durch falsche Angaben über den Erzeuger des unehelichen Kindes und den Mehrverkehr 921²

Beurkundung

Erfordernis der gerichtlichen oder notariellen B. nach § 313 BGB. 309³

Amtsrichter, der als Grundbuchrichter die zu Auflassung erforderlichen Erklärungen entgegennimmt und protokolliert, beurkundet auf Antrag auch den Veräußerungsvertrag. Haftung für die hierbei begangene Amtspflichtverletzung nach § 12 GBO. a. F. Kreis der bei schadensstiftender Handlung Ersatzberechtigten im Kreis des B.wesens weit zu ziehen 940¹⁰

Genehmigungspflicht einer vor dem Inkrafttreten der BD. über Einlaß des jüdischen Vermögens notariell beurkundeten Schenkung, wenn der Antrag auf Eintragung beim GBA. erst nach dem Inkrafttreten gestellt worden 181²⁴

Bevölkerungspolitik

Die bevölkerungspolitische Lage und die Rechtspflege 76

Richter und Volkspflege 1133

Zur bevölkerungspolitischen Befolgungsreform 96

Beweis des ersten Anscheins

B. d. e. A. bei Anspruch aus § 823 I BGB. wegen der einer Stadtgemeinde obliegenden Verkehrssicherungspflicht + 374²¹

Beweisantrag

§ 286 ZPO. Darf das Gericht von nochmaliger Vernehmung der Personen, auf deren Zeugnis sich eine Partei beruft, absehen, weil diese schon in einem anderen Verfahren über denselben Gegenstand vernommen worden? 183²⁸

Verstoß gegen § 286 ZPO. durch Ablehnung einer Beweiserhebung in Form der Sachverständigenvernehmung 185³⁰

Begründung der Ablehnung von an sich erheblichem B. damit, daß der Zeuge wegen in gleichliegender Sache gegen ihn erhobener Anklage auf Untreue ungeeignet sei, ungenügend 1069¹²

Zur Beurteilung der Aussagen von Mädchen in der Entwicklungszeit über geschlechtliche Erlebnisse regelmäßig Beziehung eines Sachverständigen mit Kenntnissen in der Seelenkunde Jugendlicher geboten (StP.) 929¹²

Beweisaufnahme

Beweisanordnung i. S. der Gebührenvorschriften ist Auskunftseinholung sowohl durch Beweisbeschluss nach mündlicher Verhandlung als vorbereitenderweise durch Vorstenden gemäß § 272 b ZPO. 1014³⁷

Beweisgebühr des Rechtsanwalts

Beweisaufnahme durch Urkundenbeweiserhebung aus Beilagen, ohne daß das Urteil die Beweisaufnahme verwertet und die Verwertung der Beilagen überhaupt erkennen läßt 334²⁷

Erstattungsfähigkeit der Beweis- und weiteren Verhandlungsgebühr 1193⁵⁰

Unbegründete Ablehnung der B. d. A. und Annahme der Chescheidung ohne Beweisaufnahme auf nur einseitige Verhandlung 333²³

Beweisgebühr, gerichtliche

Keine Haftung desjenigen, der im Vergleich Kosten mitübernommen hat, für g. B., die durch den Vergleichsschluss weggefallen ist und durch spätere Fortsetzung des Rechtsstreits wieder auflebt 888¹⁰

Beweislast

B. für Verschulden der Eisenbahn bei Verlust und Beschädigung von Handgepäck 298

B. des Fordernden, wenn der auf Erfüllung eines Rechtsgeschäfts in Anspruch Genommene behauptet, das Rechtsgeschäft sei unter aufschiebender Bedingung abgeschlossen und diese nicht eingetreten 769¹

Ärztliches Verschulden. B. des KL. für den Ursachenverlauf nicht erfüllt durch Nachweis des Verlaufs im Regelfall 769⁴

B. bei Gastaufnahmevertrag 1004²⁵

B. bei Schadenersatzklage einer Genossenschaft gegen ihre Verwaltungsträger wegen pflichtwidriger Geschäftsführung 723²³

Nach bisheriger ständiger Rechtsprechung des RG. B. des Eheanfechtungsklägers für das Vorliegen der Voraussetzung des § 1333 BGB., des Vell. für Fristversäumnis des KL. 778¹³

B. für Bewirkung der Zustellung des Schriftsatzes gemäß § 14 RAWebD. 1193⁶⁴

Beweismittel

Beweiswert der Blutgruppenbestimmung + 576²

Beweisverteilung

Bereitstellung der der Gegenpartei obliegenden Beweisführung hinsichtlich der Ursachen eines Schadens durch Vernichtung des Beweismittels, Annahme des dem Beweispflichtigen günstigen Sachverhalts als festgestellt + 1262²¹

Bewertung

Die Festsetzung des Grundstückswerts im Zwangsversteigerungsverfahren und ihre Bedeutung 72

Grundsätze für B. von Grundstücken für Festsetzung der Enteignungsschädigung 291

- § 22 ABewG. Wertfortschreibung eines Grundstücks bei Abweichung des Werts des Grundstücks im Fortschreibungszeitpunkt von dem auf den Feststellungszeitpunkt festgestellten Einheitswert + 1101⁴⁵
- §§ 29, 54 ABewG. Brennerei als Nebenbetrieb mehrerer landwirtschaftlicher Betriebe + 1019⁴²
- § 53 ABewG. B. von Kleingartenland + 894²⁶
- Berücksichtigung der Fertigungsgemeinkosten in den Herstellungskosten i. S. des § 6 EinkStG. + 394⁴⁸
- EinkStG. Buchführender Kaufmann erwirbt Gebäude, um es für Zwecke seines Betriebs als Fabrikgebäude einzurichten. Unter welchen Voraussetzungen gehört der Aufwand hierwegen nicht zu den Herstellungskosten? + 1196⁵¹
- § 6 E. 1 KörperStG. Zur Abzugsfähigkeit eines Umwandlungsverlustes bei Ermittlung des steuerpflichtigen Betriebsergebnisses aus dem letzten Rumpfwirtschaftsjahr einer umgewandelten oder aufgelösten Kapitalgesellschaft nach § 7 III der 2. UmwandlStDurchfVO. + 270⁴¹; dasselbe bzgl. Betriebsverlustes 272⁴²
- § 6 E. 1 KörperStG. Keine Bänderung von GmbH-Stammanteilen, die buchführungspflichtige Körperschaft erworben hat und die erst nach bestimmter Zeit am Gewinn teilnehmen, bei Eintritt der Gewinnerhebung + 895²⁷
- §§ 21, 22 ErbschStG. B. von Wertpapieren nach dem Tageskurswert des Stichtags der Schenkung 397⁵¹
- Sinzurechnung der Teilwerte der in § 12 II Ziff. 2 GewStG. bezeichneten Wirtschaftsgüter zum Einheitswert des Gewerbebetriebs bei Ermittlung des steuerpflichtigen Gewerkekapitals 399⁵⁶
- Bibliothek**
B. der Stiftung Preußenhaus. MittBl. zu Heft 3/4 S. 23
- Bilanz**
§ 5 EinkStG. Nach Vermittlung eines Geschäfts durch Handlungsagenten und Anzeige des Abschlusses an den Geschäftsherrn Ausweis der daraus anfallenden Provision in der B. des Handlungsagenten + 393⁴⁷
- Bildende Künste**
Der Geschäftsführer einer Landesleitung der Reichslammer der h. R. als Beamter i. S. des § 359 StGB. 625⁴
- Bimsstein**
Durch Verwendung der Bezeichnung Kunst- oder Güttenbims für aus Hochfenschlacke hergestellten Baustoff keine Verwechslungsgefahr mit dem Naturbims als Baustoff 439⁴
- Bindung des Gerichts**
B. d. G. an die Entscheidung der Preisbehörde über Zulässigkeit einer Mietkündigung 496
Keine Bindung der Gerichte an die gesetzlich unzulässige und daher nichtige Entlassung eines lebenslänglich angestellten Beamten 1247⁹
- Bismarck**
Bismarcks Reichsidee 130 564
- Blankowechsel**
Verbollständigung eines B. nach Verfall, ferner durch denjenigen, der den Wechsel durch Abtretung erworben hat. Keine Abänderung der Rechtsnatur eines B. durch Parteivereinbarung 724²⁵
- Blutgruppenuntersuchung**
Durch auf Grund der Methode A¹, A² gewonnenes Ergebnis der B. kein Beweis der offensbaren Unmöglichkeit, sondern nur wertvoller Anhaltspunkt zur Unterstützung des weiteren Beweisergebnisses bei Feststellung der Unehelichkeit + 576²
Gebühren für B. durch staatliche Institute 458³⁰
- Blutshande**
§ 173 StGB. trifft nur den Beischlaf, keine entsprechende Anwendung (§ 2 StGB.) auf sonstige Unzuchtshandlungen 623²
- Blutschutzgesetz**
§§ 2, 5. Regelmäßig ist Exhibitionismus nicht als „Geschlechtsverkehr“ i. S. des B. anzusehen 163³
§§ 1, 5. Reise ins Ausland zwecks rassenschänderischer Geschlechtsverkehr im Ausland ist Versuch des Verbrechens 711¹
Strafzumessung für Zuwiderhandlung gegen § 2 BlutSchG. Nachprüfung des hierbei geübten Ermessens des Richters durch das RevG. 164⁸
§ 5 BlutSchG. Für Strafzumessung maßgebend das Maß der von dem jüdischen Rassenschänder beabsichtigten Verletzung der Rassenchutzvorschriften, nicht das artvergeßene Verhalten der deutschblütigen Frau 925⁸
- Bodenrecht**
Boden, Ware und Geld. Grundfragen, B. Schrifttum 36
- Böhmen-Mähren**
Der Frieden im böhmisch-mährischen Raum — Grundlage einer vernünftigen mitteleuropäischen Ordnung 129
Zuständigkeit der deutschen Gerichte für die Ehecheidung von Staatsangehörigen des Protektorats B. M., die im Deutschen Reich ihren Wohnsitz haben 1015³⁹
- Börsertermingeschäft**
Heilung des B. bei Leistung nur eines Teils und Einverständniserklärung des Gegners; letztere setzt Kenntnis von der Art der Erfüllungshandlung voraus 723²⁴
- Brennerei**
ABewG. B. als Nebenbetrieb mehrerer landwirtschaftlicher Betriebe + 1019⁴²
- Breslau**
In B. Verpflichtung der Straßenanlieger zur Unterhaltung der Bürgersteige weder nach geschriebenem Recht noch nach Observanz 1109⁵⁰
- Bruchteilsarmenrecht** 793²³
- Buchberater**
Reichsfachschaft der Buch- und Steuerberater MittBl. zu Heft 1/2 S. 6; zu Heft 3/4 S. 16
Reichsberufsgruppe Buch- und Steuerberater 621 1229
- Bücherrevisor**
Zulassungs- und Prüfungsverfahren für bereidigte B. MittBl. zu Heft 3/4 S. 15
- Buchführer**
Wann sind selbständige B. der Gewerbebesteuer wegen der Beschäftigung von Gehilfen unterworfen? + 1199⁶³
- Buchführung**
Die steuerlichen Folgen des Übergangs zur ordnungsmäßigen B.:
- Gewinnermittlung auf Grund des EinkStG. 216
Die steuerlichen Auswirkungen 216
Schätzung nach Richtsätzen 217
Berücksichtigung der am 1. Jan. 1925 vorhandenen Warenbestände 217
Nachversteuerung 218
Ablehnung der Schuldenbereinigung wegen nachlässiger B. im früheren Betrieb des Schuldners 451¹⁸
- Buchmacher**
§ 2 GewStG. B. üben Gewerbebetrieb aus 398⁵³
- Bürgerliches Recht**
Duer durch das B. R. Schrifttum 230
BBB. Schrifttum 919
- Bürgermeister**
Kein Verschulden eines B. wegen Unkenntnis der Tragweite des PrVerf.-AbbauAbwidlG. v. 25. März 1926 für die Abänderung des § 13 Komm.-BeamtG. 1249¹¹
- Bürgersteigunterhaltung**
In Breslau Verpflichtung der Straßenanlieger zur B. weder nach geschriebenem Recht noch nach Observanz. Öffentlich-rechtliche polizeiliche Begebaulast (B.pflicht) durch eine nach FluchtG. erlassene Ortsatzung über kommunale Anliegerbeiträge unberührt 1109⁵⁰
- Bürgschaft**
§ 3 I SchuldVereinG. Vereinigung von Forderungen gegen Mitschuldner oder Bürgen 542¹⁹
Antragstellung des Bürgen aus § 6 SchuldVereinG. nur bei Vorliegen der allgemeinen Voraussetzungen für die Schuldenbereinigung bei dem Hauptschuldner oder bei dem Bürgen + 1098⁴²
- Büromöbel**
§ 1 SchuldVereinG. B. als wirtschaftliche Grundlage der selbständigen Lebenshaltung des Schuldners, der einen im wesentlichen auf seiner persönlichen Arbeitskraft beruhenden freien Beruf ausübt 1096³⁹
- Buße**
Unzulässigkeit der Erhebung von Nebenklage nach Verwirkung des Bußanspruchs bei fahrlässiger Körperverletzung + 628⁹
- Chauffee**
vgl. unter Wegeredht
- Clausula rebis sic stantibus**
Anwendung der c. r. s. st. gegenüber dem Versailles Diktat 963
- Code civil**
Bestimmung des Art. 208 CCBBG., soweit sie die Erforschung der unehelichen Vaterschaft behandelt (Art. 340, 342 CC.), durch die neue Rechtsentscheidung überholt + 667³⁸
- Dänemark**
Vortrag von Reichsrechtsführer Dr. Frank im dänischen Juristforbundet über „Das Recht als Brücke zwischen den Völkern“ 1025
Entsprechende Anwendung des § 328 ZPO. auf die Anerkennung einer dän. Egl. Scheidungsbewilligung 1015³⁸
- Darlehn**
Gewährung von D. durch den REHB. 620
DebVO. D.gewährung durch inländischen Bankier auf Wunsch des Ausländers, der Sperrmarkforderung ge-

gen ihn hat, in Höhe dieser Forderung gegen Inländer unter Verpfändung der Sperrmarkforderung 716 ¹⁴

Darlehenszinsen
Die Erhöhung von D. und Hypothekenzinsen im Rahmen der Bauparreform 740

Dauerichulden i. S. des GewStG. 398 ⁵⁴ 35 1102 ⁴⁶

Deflorationsanspruch 1012 ³²

Demokratie
Die Pflichten der westlichen D. als Kolonialnationen 509
Liberalismus und D. in der Theorie und Praxis der französischen Kolonialpolitik 519
Die demokratischen Irrwege der Tschechoslowakei und ihre Gefundung 525
D. und Diktatur. Schrifttum 857

Depot
WertpapierD. eines Auswanderers im Ausland (DevR.) 972

Detektivkosten
§ 91 ZPO. Voraussetzungen der Erstattungsfähigkeit von D. 181 ²⁵

Deutsch-Ostafrika
Die Rechtsentwicklung in D.-O. unter britischem Mandat. Schrifttum 573

Deutsche Arbeitsfront
vgl. unter A.

Deutschland
Volk unter dem Schicksal 42

Devisenrecht
Die Rechtsstellung des Auswanderers im D.:
Begriff des Auswanderers 969
Zeitpunkt der Auswanderung 970
Rechtsstellung des Auswanderers 970
Das Devisenstrafverfahren vor der Devisenstelle 1208

Grundriß des D. Schrifttum 359
Importeur und D. Schrifttum 861
DevG. v. 12. Dez. 1938. Schrifttum 1063

§§ 9, 42 DevG. 1935. Mißbräuchliche Ausnutzung der „Freigrenze“ im D. Lateinheit, nicht Latmehrheit, zwischen genehmigungsloser Verfügung über anbieterpflichtige Werte und Verletzung der Anbieterpflicht § 926 ⁹

§§ 36, 19 DevBD. Verletzung der Anbieterpflicht, wenn der Anbieterpflichtige selbst während der Anbieterfrist die Erfüllung der Anbieterpflicht schuldhaft unmöglich macht 716 ¹⁴ § 926 ⁹

Darlehensgewährung durch inländischen Bankier auf Wunsch des Ausländers, der Sperrmarkforderung gegen ihn hat, in Höhe dieser Forderung gegen Inländer unter Verpfändung der Sperrmarkforderung 716 ¹⁴

Umstellung der einem Inländer gegen anderen Inländer in ausländischer Währung zustehenden Forderung in Reichsmarkforderung ist genehmigungspflichtige Verfügung i. S. des § 14 Ziff. 4 DevG. 1935 943 ²²

Verpflichtung zur Abgabe von Exportvalutaerklärung, auch bei Verkauf und Übereignung der Waren an Ausländer Zug um Zug gegen Zahlung des Kaufpreises. Anbieterpflicht gegenüber der Reichsbank. Irrtum

des Täters gemäß § 71 DevG. 1938. Besonders schwerer Fall i. S. des § 69 I DevG. 366 ¹⁰ § 927 ¹⁰

Auf Antrag des zuständigen OStA. hat das GBA. die vom Strafgericht in Ermittlungsverfahren wegen Devisenvergehens gemäß § 27 der 1. DurchfVO., §§ 42 I Ziff. 7, 45 DevG. auf Grund Arrests angeordnete Pfändung der auf Dritten eingetragenen Hypothek einzutragen 944 ²³

Diätarisches Beamtenverhältnis 1247 ⁹

Diebstahl
Bestrafung wegen schweren D., wenn der Täter die unter erschwerenden Umständen gestohlene Kassetten in seiner Wohnung erbricht 921 ¹

Dienstbarkeiten, beschränkte persönliche Grundbucheintragung der nachträglichen Änderung eines bestehenden Wohnrechts dergestalt, daß der neue Berechtigte einen Teil der Räume sofort, die übrigen Räume nach dem Tode des ursprünglichen Berechtigten benutzen soll 1012 ³¹

Bestehen der für Aktiengesellschaft bestellten b. p. D. bis zur Beendigung ihrer Liquidation. Grundbucheintragung der Überlassung der Ausübung einer b. p. D. i. S. von § 1092 BGB. unzulässig 460 ³²

Dienststrafverfahren
Zuständigkeit des RG. in Disziplinarangelegenheiten der Notare aus dem Lande Österreich 425

Dienstvertrag
Einschränkung der Haftung des Dienstpflichtigen, insbes. des Autofahrers 346
Schutzvorschrift des § 618 BGB. auch für Familienangehörige der Dienstverpflichteten, die während der zu leistenden Dienste sich in den Räumen des Dienstberechtigten mit aufhalten § 374 ³¹

Entsprechende Anwendung des § 618 I BGB. auf Werkvertrag, wenn der Unternehmer zur Herstellung des Werkes Raum des Bestellers betreten muß 239 ¹⁴

Diktatur
Demokratie und D. Schrifttum 857

Dingliche Rechte
Änderungsvorschlag zum SchuldvereinG.: Eingriff des Richters in d. R. 595

Dolmetscher
Reichsfachschaft für das D. wesen Mittl. Bl. zu Pest 1/2 S. 7

Doppelbesteuerungsverträge
Internationales Steuerrecht und D. 150

Duldungsanspruch
§ 890 ZPO. Vollstreckung eines D. oder Unterlassungsanspruchs 975

Eheanfechtung
Nach Abweisung einer auf Irrtum über geistige Erkrankung gestützten Klage Erhebung der Aufhebungs-klage wegen Irrtums über vererbliche Geisteskrankheit des Ehegatten. Nach bisheriger ständiger Rechtsprechung des RG. Beweislast des Klägers für das Vorliegen der Voraussetzungen des § 1333 BGB., des Besf. für Fristversäumnis des Kl. Wahrung der E. frist durch Scheidungs-klage 778 ¹³

Eheaufhebung

Schuldbeststellung und Schuldabwägung im Ehecheidungs- und E. urteil:
Die Schuld als Ursache der Ehezerstörung 19
Der Schuldausspruch im Ehecheidungs-urteil 20
Der Schuldausspruch im E. urteil 21
Der Schuldausspruch bei Klage- mischung 22
Schuldabwägung im Scheidungs-urteil 22
Schuldabwägung bei Klagenmischung 23
Kritik 23

Nach Abweisung einer auf Irrtum über geistige Erkrankung gestützten Eheanfechtungs-klage Erhebung der Klage wegen Irrtums über vererbliche Geisteskrankheit des Ehegatten 778 ¹³

§ 37 II EheG. Berufung auf Aufhebungsgrund, der im Lauf der langjährigen Ehe seine Bedeutung verloren und auf diese in keiner Weise ungünstig eingewirkt hat, unstatthaft 172 ¹⁵

Einforderung eines Strafregisterauszugs im E. verfahren wegen des Vorlebens des anderen Ehegatten ist Beweisanordnung 1014 ³⁷

Aufhebung einer bisher österreichischem Recht unterstehenden Mischehe wegen Irrtums über Rassenfrage nach dem 1. Aug. 1938 — Inkrafttreten des EheG. — noch mindestens ein Jahr lang 173 ¹⁷

Ehebild
Das E. im deutschen Mittelalter. Schrifttum 849

Ehebruch
Unmöglichkeit des Schuldausspruchs aus § 61 Abs. 2 S. 2 EheG. wegen eines nicht als Ehezerstörend empfundenen E. 780 ¹⁵

Ehefrau
Wann ist die geschiedene Frau nach dem neuen EheG. zur Übernahme einer Erwerbstätigkeit verpflichtet? 345 468
Über den Unterhaltsanspruch der geschiedenen Frau 467
Zur Anwendung der §§ 66 ff. EheG. bei Konkurrenz der geschiedenen und der jetzigen E. in der Zwangsvollstreckung 589 ¹⁵

§ 66 EheG. Der geschiedenen E., die zwei minderjährige Kinder zu erziehen hat, ist nicht zwecks Entlastung des unterhaltspflichtigen Ehemanns zuzumuten, Stellung in Heil- und Pflegeanstalt anzunehmen § 1246 ⁸

§ 1604 BGB. Unterhaltspflicht der E. ihren Verwandten gegenüber beim gesetzlichen Güterstand und bei Gütertrennung 589 ¹⁵

§§ 850 b, 850 III ZPO. Kein Vorteil des persönlichen Gläubigers des Schuldners aus dem von der E. des Schuldners für den ehelichen Aufwand beigesteuerten Gelde 1191 ⁵¹

§ 1 IV SchuldvereinG. Zur Frage der Gewährung des Schutzes des SchuldvereinG. für die arische E. eines Juden 1097 ⁴⁰

Beschwerderecht der E. gegen Berichtigung ihres Mädchennamens im Personenstandsregister 448 ¹⁴

Ehegattenerbhof

§ 43 EGNB. Gebühr für Übertragung des E. in Alleineigentum 227

Einfluß des Erbhofrechts auf ehe- und güterrechtliche Erbschaftforderungen bei E. 1051

Ehegesetz vom 6. Juli 1938

vgl. auch Anordnungen, einstweilige (§§ 627, 627 b ZPO.)

Schuldfeststellung und Schuldbabwägung im Ehescheidungs- und Eheaufhebungsurteil:

Die Schuld als Ursache der Ehezerüttung 19

Der Schuldausspruch im Ehescheidungsurteil 20

Der Schuldausspruch im Eheaufhebungsurteil 21

Der Schuldausspruch bei Mlagemischung 22

Schuldbabwägung im Scheidungsurteil 22

Schuldbabwägung bei Mlagemischung 23

Kritik 23

Die Grundzüge des § 55 EheG. 24

Die Erfahrungen mit § 55 EheG. und ihre rechtspolitischen Lehren:

Die Auseinandersetzungen um den Ehescheidungsgrund der objektiven Ehezerüttung 470

§ 55 EheG. und seine praktische Handhabung 471

Die Gründe für die Schwierigkeiten der Praxis 471

Die Bedeutung klarer Fassung und zweckentsprechender Einführung neuer Gesetze 472

Die Notwendigkeit der eigenen Teilnahme des Rechtswahrs an der Neugestaltung des Rechts 472

Über den Unterhaltsanspruch der geschiedenen Frau 467

Wann ist die geschiedene Frau nach dem neuen E. zur Übernahme einer Erwerbstätigkeit verpflichtet? 344 468

Ist die Eheherstellungsklage durch das neue EheG. gegenstandslos geworden? 27

Die Sorge für die Person gemeinschaftlicher Kinder nach dem neuen E. 199

Die Ehevorschriften im Lande Österreich und in den sudetendeutschen Gebieten. Schrifttum 860

§ 37. Nach Abweisung einer auf Irrtum über geistige Erkrankung des Ehegatten gestützten Eheanfechtungsklage Erhebung der Aufhebungsklage wegen Irrtums über vererbliche Geisteskrankheit des Ehegatten 778 ¹³

§ 37 II. Berufung auf Aufhebungsgrund, der im Lauf der langjährigen Ehe seine Bedeutung verloren und auf diese in keiner Weise ungünstig eingewirkt hat, unstatthaft 172 ¹⁰

Die Wiederverheiratung eines ausländischen Staatsangehörigen im Ausland nach dort erfolgter Ehescheidung, obwohl diese Ehescheidung in Deutschland nicht anerkannt wird, regelmäßig kein Grund für Ehescheidung nach §§ 47, 49 EheG. 1015 ³⁸

Vorwurf des ungerechtfertigten Getrenntlebens als Grundlage des Scheidungsbegehrens aus § 49 EheG. nach Wegfall des § 1567 BGB. 177 ²⁰

§ 49. Tätlichkeiten eines Ehegatten, auch

nach vorangegangennem Streit, regelmäßig als Eheverfehlungen anzusehen 1244 ⁸

Begriff der „schweren Eheverfehlung“ in § 1568 BGB. und § 49 EheG. übereinstimmend. Im alten und im neuen Recht soll Wiederherstellungsklage außer als Vorstufe für Scheidung wegen bösslichen Verlassens auch dazu dienen, für beide Eheleute klarzustellen, ob Recht zum Getrenntleben gegeben + 1071 ¹⁵ 1244 ⁹

Behandlung einer Scheidungsklage, die im ersten Rechtszug auf § 1567 II Ziff. 1 BGB. gegründet war, im zweiten Rechtszug nach Inkrafttreten des EheG. auf dessen § 49 gestützt wird 305 ¹

Abwägung der beiderseitigen Verfehlungen gemäß § 49 E. 2 382 ³⁷

Voraussetzung des § 50 EheG. ist nicht zur Zeit der letzten Tatsachenverhandlung noch bestehende geistige Störung, sondern Andauern der durch das hierdurch bedingte Verhalten des Ehegatten verursachten Zerrüttung. Zur Frage, ob die Auflösung der Ehe die Ehefrau besonders hart treffen wird 383 ³⁸

§ 50. Grad der Zerstörung der Ehe durch auf geistiger Störung beruhendes Verhalten eines Ehegatten im wesentlichen Tatfrage. Zur Frage, ob Scheidung aus § 50 EheG. außergewöhnliche Härte i. S. des § 54 EheG. darstellt 1072 ¹⁸

Anwendung des EheG. bei Beurteilung auch von vor Inkrafttreten des EheG. liegenden Scheidungsgründen. Zulässigkeit der Anrufung eines Gerichts des Altreichs durch früher österreichische Staatsangehörige in Ehesachen. — Gegnerchaft eines Ehegatten gegen väterländische Einsatbereitschaft des anderen als schwere Eheverfehlung. — Scheidung der Ehe bei zunächst unfreiwillig erfolgter Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft aus § 55 EheG., wenn kein Widerspruch erhoben 174 ¹⁸

Anwendung des § 55 auch auf die Fälle, in denen die häusliche Gemeinschaft überhaupt nie bestanden hat 996 ¹⁸

Für den Begriff der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft i. S. des § 55 EheG. ist Grund der Trennung und Tatsache, ob in diesem Zeitpunkt bereits Entfremdung bestand, unerheblich 1245 ⁷

Anwendung des in § 254 BGB. niedergelegten Grundsatzes bei Feststellung des alleinigen oder überwiegenden Verschuldens eines Ehegatten i. S. des § 55 II 1 174 ¹⁹

§ 55. Bei schweren Verstößen nur eines Ehegatten gegen die ehelichen Pflichten und Verzeihung aller Treuebrüche durch den beklagten Ehegatten ist Aufrechterhaltung der unheilbar zerrütteten Ehe im allgemeinen nicht sittlich gerechtfertigt 1073 ¹⁷

Im Rahmen des § 55 ist unerheblich der Grund, aus dem die Ehe zerrüttet, entscheidend allein das Maß, in welchem ein Ehegatte die eheliche Gesinnung verloren hat 639 ¹⁵

Bei Vorhandensein erziehungs- und unterhaltungsbedürftiger Kinder Rechtfertigung des Scheidungsbegehrens

nur unter ganz besonderen Umständen 640 ¹⁰

Bei Prüfung der Frage des alleinigen oder überwiegenden Verschuldens des aus § 55 EheG. klagenden Ehegatten hat das Gericht die wahren Ursachen der Zerrüttung zu erforschen ungehindert durch § 616 ZPO., durch Verzeihung oder Fristablauf 783 ¹⁷

Bejahung des Rechtsschutzbedürfnisses für die von der beklagten Partei gegenüber der Scheidungsklage wegen Verschuldens erhobene Widerklage aus § 55 EheG. 779 ¹⁴ + 780 ¹⁵

Beachtlichkeit des Widerspruchs gemäß § 55 II 174 ¹⁹ 177 ²⁰ 382 ³⁷ 639 ¹⁵ 640 ¹⁶ 779 ¹⁴ + 997 ¹⁹ 1073 ¹⁷ + 1074 ¹⁸

Keine Vorkehrpflicht des Ehemanns für die Scheidungsklage der Ehefrau aus § 55, wenn seine Verurteilung zur Kostenersatzung nach § 93 a ZPO. nicht zu erwarten 182 ²⁷

Durch § 56 EheG. ist frühere Rechtsprechung zu § 1568 BGB. überholt, wonach eine Ehe niemals soweit zerrüttet sein könne, daß die Zerrüttung durch weitere Eheverfehlungen nicht noch vertieft werden könne. Unmöglichkeit des Schuldausspruchs aus § 61 Abs. 2 E. 2 EheG. wegen eines nicht als ehezerstörend empfundenen Ehebruchs + 780 ¹⁵

Gemäß § 58 II Berücksichtigung des Lebensalters der Ehegatten und der Tatsache, daß die Ehegatten sich mit der Unfruchtbarkeit abgefunden haben 639 ¹⁵

§ 59 II EheG. Heranziehung auch von verziehenen und durch prozeßrechtliche Präklusion (§ 616 ZPO.) ausgeschlossenen Tatsachen zur Unterstützung der auf andere Tatsachen gestützten Scheidungsklage 178 ²¹

§§ 60, 61 EheG. Auch durch nur gegen die Entscheidung über die Schuldfrage gerichtetes Rechtsmittel gegen Scheidungsurteil wird dieses als Ganzes ergriffen 782 ¹⁰

§ 60. Nach dem E. gibt es als Form der Geltendmachung des Scheidungsanspruchs der bekl. Partei nur die Widerklage oder den Antrag dieser Partei, die Mitschuld des Kl. anzuspochen 998 ²⁰

§§ 61, 69 EheG. ergeben Zulässigkeit der Scheidung gleichzeitig auf die Klage des einen Ehegatten aus einem auf Verschulden beruhenden Grund und auf die Klage des anderen Ehegatten aus einem nicht auf Verschulden beruhenden Grund 779 ¹⁴

Zur Anwendung der §§ 66 ff. EheG. bei Konkurrenz der geschiedenen und der jetzigen Ehefrau in der Zwangsvollstreckung 589 ¹⁵

Die durch Inkrafttreten der §§ 66, 96 EheG. eingetretene Gesetzesänderung nicht ohne weiteres Änderung der Verhältnisse i. S. des § 323 ZPO. Bei Prüfung der Frage, ob die frühere Ehefrau, die noch zwei minderjährige Kinder zu erziehen hat, der Arbeitspflicht gemäß § 66 EheG. unterliegt, Berücksichtigung der Verhältnisse der Volksgemeinschaft, nicht die des Unterhaltsverpflichteten + 1246 ⁸

§ 80 EheG. Unterhaltsabkommen von Ehegatten für die Zeit nach der Ehescheidung. Nach dem EheG. nicht sit-

tenwidrig und daher gültig ist Unterhaltsvertrag, nach dessen Abschluß ein Ehegatte, dem Scheidungsgrund zur Seite steht, sich erst zur Scheidung entschließt + 306²

§ 80 EheG. Entscheidung der Frage, ob Unterhaltsvertrag nach Inhalt, Beweggrund und Zweck dem Anstandsgesühl aller Berechtigten zuwiderläuft, durch das Gericht nach freiem Ermessen 999²¹

§ 81 EheG. Bei rechtskräftiger Ehescheidung erst nach Inkrafttreten des E. Personensorge und gesetzliche Vertretung einstweilen weiter bei demselben Elternteil wie bisher; bei Gefährdung des Kindes anderweite Regelung durch vorläufige Anordnung des VormGer. Beschwerde dagegen 179²²

Einstweilige Anwendung des § 81 EheG. gemäß § 97 C. 2 erst dann, wenn § 1635 BGB. kein befriedigendes Ergebnis bringt. Abweichende Regelung im Interesse des Kindes gemäß § 81 auch, wenn das Kind vorteilhafter bei dem anderen Elternteil untergebracht wäre, als bei demjenigen, dem bisher das Sorgerecht zusteht 577³ 1000²²

„Besonderer Grund“ i. E. des § 81 III EheG. für Übertragung des Personensorgerichts auf den schuldigen Elternteil nicht nur, wenn das Kind bei dem schuldlos geschiedenen Elternteil unmittelbar gefährdet sein würde 1000²²

§ 81 IV EheG. Übertragung nur des Aufenthaltsbestimmungsrechts, nicht des gesamten Personensorgerichts auf Pfleger 1076¹⁰

Bei letzter mündlicher, vor dem OLG. stattgefundenen Verhandlung vor Inkrafttreten des EheG. Vorbringen neuer, erst durch das EheG. erheblich gewordener Tatsachen im dritten Rechtszug zulässig, unabhängig davon, ob die Revision auch nach dem früheren Recht hätte Erfolg haben müssen + 997¹⁰

Anwendung der Sondervorschriften des E. für das Land Österreich nicht auf Österreich beschränkt. Aufhebung einer bisher österreichischem Recht unterstehenden Mischehe wegen Irrtums über Rassenfrage nach dem 1. Aug. 1938 noch mindestens ein Jahr lang 173¹⁷

Nach Einführung des großdeutschen Eherechts im Sudetenland gemäß B.D. v. 22. Dez. 1938 Fortbestehen der Wirkungen der vorher ausgesprochenen Scheidung, insbes. der Unterhaltsansprüche 1077²⁰

Ehegesundheitsgesetz

Zur Frage der Erstattungsfähigkeit der Auslagen für Gutachten, die in Erb- und Ehegesundheitsverfahren auf eigene Kosten eingeholt worden sind 1137

§ 1 Ziff. 1 a. Versagung des Ehefähigkeitszeugnisses bei ansteckender Krankheit. Zu beurteilen ist gesetzliche Zulässigkeit der Eheschließung zwischen zwei bestimmten Partnern 736³⁰

Eheleute

Bestellung von Ehegatten als Pfleger in Erbgesundheitsfällen 1054

§ 826 BGB. Zur Frage der Sitten-

widrigkeit der Geschäftsübertragung eines zahlungsunfähig gewordenen Schuldners auf seine Ehefrau, ohne daß er pfändbares Gehalt oder Gewinnbeteiligung erhalten soll 1081²⁵

Zur Anwendung des § 1 I 2 SchuldVereinG. bei wirtschaftlichem Zusammenbruch von E. bei der gemeinschaftlichen Ausübung eines selbständigen Berufs 657³⁰

Bedeutung der Klausel in den Allg. VersVerd., durch die sich die Unfallversicherung — wenn der Versicherte verheiratet ist — bei gemeinsamer Haushaltsführung auf den Ehegatten erstreckt und durch die „an Stelle des Ehegatten“ eine weitere erwachsene Person mitversichert werden kann 1090³³

Eheliches Güterrecht

vgl. auch unter Gütergemeinschaft

Der Einfluß des Erbfhofrechts auf ehe- und güterrechtliche Ersatzforderungen 1051

§ 1604 BGB. Unterhaltspflicht der Ehefrau ihren Verwandten gegenüber beim gesetzlichen Güterstand und bei Gütertrennung 589¹⁵

§ 1387 BGB. Vor Nachzahlungsanordnung gegen die Ehefrau, der das Armenrecht bewilligt, keine Kostenhaftung des Mannes. Bei Klagerücknahme durch die Ehefrau Kostenbelastung des Vorbehaltsguts, auch ohne daß Kostenurteil ergangen 1013³³

Ehelichkeitsanfechtung

Staatsanwalt, E. und öffentliches Interesse 75 353

Steht die rechtskräftige Abweisung einer Klage oder die rechtskräftige Feststellung einer Zahlvaterschaft der Erhebung einer neuen Klage unter Benutzung der erbbiologischen Abstammungsprüfung entgegen? 407

Zulassung der Klage auf Feststellung der Unehelichkeit des Kindes ohne Widerlegung der Ehelichkeitsvermutung durch vorausgegangene Klage 338

Für Lauf der Anfechtungsfrist nach § 1594 n. F. BGB. nur maßgebend Kenntnis der tatsächlichen Umstände, nicht der Rechtslage. Aber Genennung des Fristlaufs, solange der Anfechtungsberechtigte auf Richtigkeit einer in Wirklichkeit unrichtigen Geburtsurkunde vertraute 1013³⁴ + 1241⁴

Keine richterliche Nachprüfung des Entschlusses des Ekl., die Klage gemäß § 1595 a BGB. zu erheben 1014³⁵

Zulässigkeit der Begründung der gerichtlichen Feststellung im E. Streit, daß die Vaterschaft des Kl. „offenbar unmöglich“ sei (§ 1591 I 2 BGB.) allein mit erbbiologischem Gutachten 773¹⁰ 775¹¹

Gerichtsstand nach § 8 II FamRAndG. für Klage gegenüber Kind, dessen Vater eine ausländische Staatsangehörigkeit, die Mutter die Reichsangehörigkeit besitzt 246¹⁸

Zuständigkeit der deutschen Gerichte für Klagen auf E. zwischen Ausländern ohne Rücksicht auf die Anerkennung solcher Urteile 246¹⁹

Abstammungsstatut bei Inkrafttreten

der Änderung des Art. 29 GGVB. durch das FamRAndG. nach der Geburt des Kindes des Staatenlosen 247²⁰

Ehemann

§ 845 BGB. Die Anrechenbarkeit des ersparten Unterhalts für Ehefrau oder Kind 979

Antwortschuldverletzung eines Amtsrichters bei Beurkundung. Befugnis des E. zur Geltendmachung des die Ehefrau treffenden Schadens 940¹⁹

Keine Vorkehrungspflicht des E. für die Scheidungsklage der Ehefrau aus § 55 EheG., wenn seine Verurteilung zur Kostenersatzung nach § 93 a ZPO. nicht zu erwarten 182²⁷

Eherecht

Der Einfluß des Erbfhofrechts auf ehe- und güterrechtliche Ersatzforderungen 1051

Nach griechischem Recht Schenkungen zwischen Eheleuten nichtig. Im Sinne des deutschen ZPR. ist dieses Schenkungsverbot als Folge der Eheschließung, nicht als dem Güterrecht zugehörig anzusehen. Berücksichtigung des Staatsangehörigkeitswechsels im Ehevertragsrecht, dagegen nicht im Ehegüterrecht + 938¹⁸

Ehesachen

Unterhaltsvergleiche im Eheprozeß: Verfahrensrechtliche Behandlung 605

Äkte der freiwilligen Gerichtsbarkeit 607

Armenrechtsfragen 607

Streitwertfragen 608

Zulassung der Revision in E. 300

Die Armenrechtsbewilligung im Eheprozeß und im Verfahren über einstweilige Anordnungen gemäß § 627 ZPO. 352

Einstweilige Anordnungen im Eheprozeß:

Wohnungsverbot und vorläufiges Ruhegebot 609

Herausgabe von Sachen und Veräußerungsverbot 609

Anordnung auf kurze Zeit und auf Widerruf 610

Einstellung der Zwangsvollstreckung aus einstweiliger Anordnung 610

Anordnung betr. der Kinder 610

Kosten 610

Sühnetermin 611

Die Kostenentscheidung in einstweiligen Anordnungen:

Stand der Frage in Schrifttum und Rechtsprechung 1121

Unterliegen als Grundsatz der Kostenentscheidung 1122

Das gesunde Rechtsempfinden 1122

Kostenverteilung nach Quoten 1122

Das inhaltliche Verhältnis der Entscheidung des Hauptverfahrens und des Anordnungsverfahrens 1123

Die selbständige Kostenentscheidung in einstweiliger Anordnung 1123

Bedürfen die einstweiligen Anordnungen in E. nach § 627 ZPO. der Vollstreckungsklausel? 225

Die Prozeßbevollmächtigten im Verfahren der einstweiligen Anordnungen:

Der Prozeßbevollmächtigte des Antragstellers 976

Der Prozeßbevollmächtigte des Antraggegners 977

Der Prozeßbevollmächtigte vor Erhebung der Hauptklage 977



Die Prozeßbevollmächtigten in der Rechtsmittelinstanz 978
 Die Zustellungen an die Prozeßbevollmächtigten 978
 Gebührenfragen 979
 Der Umbau des englischen Rechtssystems, insbes. bzgl. der E. 915

Wirksamkeit der Vereinbarung zwischen den Parteien des Ehestreits, durch die die klagende Partei der beklagten die Klagerücknahme verspricht. Keine Umdeutung der Berufungseinlegung der siegreichen Partei im Eheprozeß mit gleichzeitiger Erklärung, sie behalte sich Antrag und Gründe vor, in Zurücknahme der Scheidungsklage 183²⁰

§ 618 ZPO. Bei Erscheinen des Vell. im ersten Termin ohne Rechtsanwalt kann regelmäßig sofort zur Sache verhandelt werden 187³²

Vergleich in E. auch unter dem neuen Eherecht nicht möglich, insbes. nicht als gerichtlicher Vergleich mit Rücknahme von Klage und Widerklage, aber Vergleichsgebühr für Mitwirkung des Rechtsanwalts zur Ausöhnung 187³³

Keine Vergleichsgebühr in E. bei Vereinbarung der Parteien zur Vereinfachung der Ehescheidung, als sogenannter Zwischenvergleich 190³⁴

§ 627 ZPO. Ungültigkeit der Anordnung auf Zahlung eines Prozeßkostenvorschlusses bei mangelndem Rechtsschutzinteresse 669⁴⁰

Armenrechtsbewilligung für Eheprozeß erstreckt sich nicht ohne weiteres auch auf Verfahren aus § 627 ff. ZPO. 331²⁰ 332²¹ 1014³⁰ 1189⁴⁷

Kein besonderer Streitwert für das bei Gestattung des Getrenntlebens gemäß § 627 ZPO. ausgesprochene Verbot an den einen Ehegatten, die eheliche Wohnung zu betreten 330¹⁷

Im Verfahren über einstweilige Anordnung nach § 627 ZPO. n. F. keine selbständige Kostenentscheidung 1189⁴⁸

Ehescheidung

Schuldfeiststellung und Schuldabwägung im E.- und Eheaufhebungsurteil:
 Die Schuld als Ursache der Ehezerüttung 19
 Der Schuldausspruch im Urteil 20
 Der Schuldausspruch im Eheaufhebungsurteil 21
 Der Schuldausspruch bei Klagemischung 22
 Schuldabwägung im Scheidungsurteil 22
 Schuldabwägung bei Klagenmischung 23

Kritik 23

Die Grundzüge des § 55 EheG. 24
 Die Erfahrungen mit § 55 EheG. und ihre rechtspolitischen Behren:
 Die Auseinandersetzungen um den Grund der objektiven Ehezerüttung 470
 § 55 EheG. und seine praktische Handhabung 471
 Die Gründe für die Schwierigkeiten der Praxis 471
 Die Bedeutung klarer Fassung und zweckentsprechender Einführung neuer Gesetze 472
 Die Notwendigkeit der eigenen Teil-

nahme des Rechtswahrs an der Neugestaltung des Rechts 472
 Wann ist die geschiedene Frau nach dem neuen EheG. zur Übernahme einer Erwerbstätigkeit verpflichtet? 345 468
 Über den Unterhaltsanspruch der geschiedenen Frau 467
 Die Sorge für die Person gemeinschaftlicher Kinder nach dem neuen EheG. 199
 Versagung des Personensorgerechts im Widerspruch zu § 1636 BGB. wegen sittlichen Tiefstands des Antragstellers 339
 Kann das Gericht den Parteien bescheinigen, daß das Scheidungsurteil durch Zurücknahme der Klage wirkungslos geworden ist? (§ 614 a ZPO.) 1130

§ 826 BGB. Wann stellt Benutzung eines den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechenden Scheidungsurteils zur Erlangung von Unterhalt Sittenverstoß dar? 771⁷

§ 1333 BGB. Wahrung der Eheanfechtungsfrist durch Erhebung der E.-klage 778¹³

Behandlung einer Scheidungsklage, die im ersten Rechtszug auf § 1567 II Ziff. 1 BGB. gegründet war, im zweiten Rechtszug nach Inkrafttreten des EheG. auf dessen § 49 gestützt wird 305¹

Vormurf des ungerechtfertigten Getrenntlebens als Grundlage des Scheidungsbegehrens aus § 49 EheG. nach Wegfall des § 1567 BGB. 177²⁰

Abwägung der beiderseitigen Verfehlungen gemäß § 49 E. 2 EheG. 382³⁷

§ 49 EheG. Tätlichkeiten eines Ehegatten, auch nach vorangegangenen Streit, regelmäßig als Eheverfehlungen anzusehen 1244⁶

Begriff der „schweren Eheverfehlung“ in § 1568 BGB. und § 49 EheG. übereinstimmend. Im alten und im neuen EheG. soll Wiederherstellungsklage außer als Vorstufe für Scheidung wegen bösslichen Verlassens auch dazu dienen, für beide Eheleute Klarzustellen, ob Recht zum Getrenntleben gegeben + 1071¹⁵ 1244⁶

Voraussetzung des § 50 EheG. ist nicht zur Zeit der letzten Tatsachenverhandlung noch bestehende geistige Störung, sondern Andauern der durch das hierdurch bedingte Verhalten des Ehegatten verursachten Zerrüttung. Zur Frage, ob die Auflösung der Ehe die Ehefrau besonders hart treffen wird 383³⁸

§ 50 EheG. Grad der Zerstörung der Ehe durch auf geistiger Störung beruhendes Verhalten eines Ehegatten im wesentlichen Tatfrage. Zur Frage, ob Scheidung aus § 50 EheG. außergewöhnliche Härte i. E. des § 54 EheG. darstellt 1072¹⁶

Anwendung des § 55 EheG. auch auf die Fälle, in denen die häusliche Gemeinschaft überhaupt nie bestanden hat 996¹⁸

Für den Begriff der Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft i. E. des § 55 EheG. ist Grund der Trennung und Tatsache, ob in diesem Zeitpunkt bereits Entfremdung bestand, unerheblich 1245⁷

Anwendung des EheG. bei Beurteilung auch von vor Inkrafttreten des EheG. liegenden Scheidungsgründen. Zulässigkeit der Anrufung eines Gerichts des Altreichs durch früher österreichische Staatsangehörige in Ehesachen. — Gegnerschaft eines Ehegatten gegen vaterländische Einsatzbereitschaft des anderen als schwere Eheverfehlung. — Scheidung der Ehe bei zunächst unfreiwillig erfolgter Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft aus § 55 EheG., wenn kein Widerspruch erhoben 174¹⁸

Anwendung des in § 254 BGB. niedergelegten Grundsatzes bei Feststellung des alleinigen oder überwiegenden Verschuldens eines Ehegatten i. E. des § 55 II 1 EheG. 174¹⁹

§ 55 EheG. Bei schweren Verstößen nur eines Ehegatten gegen die ehelichen Pflichten und Verzeihung aller Treubrüche durch den beklagten Ehegatten ist Aufrechterhaltung der unheilbar zerrütteten Ehe im allgemeinen nicht sittlich gerechtfertigt 1073¹⁷

Im Rahmen des § 55 EheG. ist unerheblich der Grund, aus dem die Ehe zerrüttet, entscheidend allein das Maß, in welchem ein Ehegatte die eheliche Gesinnung verloren hat 639¹⁵

Bei Vorhandensein erziehungs- und unterhaltungsbedürftiger Kinder Rechtfertigung des Scheidungsbegehrens nur unter ganz besonderen Umständen 640¹⁶

Bei Prüfung der Frage des alleinigen oder überwiegenden Verschuldens des aus § 55 EheG. klagenden Ehegatten hat das Gericht die wahren Ursachen der Zerrüttung zu erforschen ungehindert durch § 616 ZPO., durch Verzeihung oder Fristablauf 783¹⁷

Beachtlichkeit des Widerspruchs gemäß § 55 II EheG. 174¹⁹ 177²⁰ 382³⁷ 639¹⁵ 640¹⁶ 779¹⁴ + 997¹⁹ 1073¹⁷ + 1074¹⁸

Bejahung des Rechtsschutzbedürfnisses für die von der beklagten Partei gegenüber der Scheidungsklage wegen Verschuldens erhobene Widerklage aus § 55 EheG. 779¹⁴ + 780¹⁵

Keine Vorschusspflicht des Ehemanns für die Scheidungsklage der Ehefrau aus § 55 EheG., wenn seine Beurteilung zur Kostenersatzung nach § 93 a ZPO. nicht zu erwarten 182²⁷

Durch § 56 EheG. ist frühere Rechtssprechung zu § 1568 BGB. überholt, wonach eine Ehe niemals soweit zerrüttet sein könne, daß die Zerrüttung durch weitere Eheverfehlung nicht noch vertieft werden könne. Unmöglichkeit des Schuldausspruchs aus § 61 Abs. 2 E. 2 EheG. wegen eines nicht als chezerstörend empfundenen Ehebruchs + 780¹⁵

Gemäß § 58 II EheG. Berücksichtigung des Lebensalters der Ehegatten und des Umstandes, daß die Ehegatten sich mit der Unfruchtbarkeit abgesunden haben 639¹⁵

§ 59 II EheG. Heranziehung auch von verziehenen und durch prozeßrechtliche Präklusion (§ 616 ZPO.) ausgeschlossenen Tatsachen zur Unterstützung der auf andere Tatsachen gestützten Scheidungsklage 178²¹

§§ 60, 61 EheG. Auch durch nur gegen die Entscheidung über die Schuldfrage gerichtetes Rechtsmittel gegen Scheidungsurteil wird dieses als Ganzes ergriffen 782¹⁰

§ 60 EheG. Nach dem EheG. gibt es als Form der Geltendmachung des Scheidungsanspruchs der beklagten Partei nur die Widerklage oder den Antrag dieser Partei, die Mitschuld des Kl. auszusprechen 998²⁰

§§ 61, 69 EheG. ergeben Zulässigkeit der Scheidung gleichzeitig auf die Klage des einen Ehegatten aus einem auf Verschulden beruhenden Grund und auf die Klage des anderen Ehegatten aus einem nicht auf Verschulden beruhenden Grund 779¹⁴

Zur Anwendung der §§ 66 ff. EheG. bei Konkurrenz der geschiedenen und der jetzigen Ehefrau in der Zwangsvollstreckung 589¹⁵

Die durch Inkrafttreten der §§ 66, 96 EheG. eingetretene Gesetzesänderung nicht ohne weiteres Änderung der Verhältnisse i. S. des § 323 ZPO. Bei Prüfung der Frage, ob die frühere Ehefrau, die noch zwei minderjährige Kinder zu erziehen hat, der Arbeitspflicht gemäß § 66 EheG. unterliegt, Berücksichtigung der Belange der Volksgemeinschaft, nicht die des Unterhaltsverpflichteten + 1246⁸

§ 80 EheG. Unterhaltsabkommen von Ehegatten für die Zeit nach der Ehescheidung. Nach dem EheG. nicht sittenwidrig und daher gültig ist Unterhaltsvertrag, nach dessen Abschluß ein Ehegatte, dem Scheidungsgrund zur Seite steht, sich erst zur Scheidung entschließt + 306²

§ 80 EheG. Entscheidung der Frage, ob Unterhaltsvertrag nach Inhalt, Weggrund und Zweck dem Anstandsgefühl aller Gerechtfertigten zuwiderläuft, durch das Gericht nach freiem Ermessen 999²¹

§ 81 EheG. Bei rechtskräftiger E. erst nach Inkrafttreten des EheG. Personensorge und gesetzliche Vertretung einstweilen weiter bei demselben Elternteil wie bisher; bei Gefährdung des Kindes anderweite Regelung durch vorläufige Anordnung des VormGer. Beschwerde dagegen 179²²

Eingemäße Anwendung des § 81 EheG. gemäß § 97 S. 2 erst dann, wenn § 1635 BGB. kein befriedigendes Ergebnis bringt. Abweichende Regelung im Interesse des Kindes gemäß § 81 auch, wenn das Kind vorteilhafter bei dem anderen Elternteil untergebracht wäre, als bei demjenigen, dem bisher das Sorgerecht zusteht 577³ 1000²²

„Besonderer Grund“ i. S. des § 81 III EheG. für Übertragung des Personensorgerechts auf den schuldigen Elternteil nicht nur, wenn das Kind bei dem schuldlos geschiedenen Elternteil unmittelbar gefährdet sein würde 1000²²

Entscheidung darüber, wem die von beiden Ehegatten gemietete Wohnung bei nach Scheidung von einem Ehegatten gegen den anderen erhobener Räumungsklage zuzusprechen ist, unter Berücksichtigung des Schuldausspruchs im Scheidungsurteil und der

Regelung der Personensorge für die Kinder 934¹⁵

Vergleichsweise Regelung des endgültigen gesetzlichen Unterhaltsanspruchs für die Zeit nach der Scheidung im Verfahren aus § 627 b ZPO. 669⁴¹

Bei letzter mündlicher, vor dem OLG. stattgefundener Verhandlung vor Inkrafttreten des EheG. Vorbringen neuer, erst durch das EheG. erheblich gewordener Tatsachen im dritten Rechtszug zulässig, unabhängig davon, ob die Revision auch nach dem früheren Recht hätte Erfolg haben müssen + 997¹⁰

Nach Einführung des großdeutschen Ehrechts im Sudetenland gemäß B.D. v. 22. Dez. 1938 Fortbestehen der Wirkungen der vorher ausgesprochenen Scheidung, insbes. der Unterhaltsansprüche 1077²⁰

Zuständigkeit für den Scheidungsstreit sudeten deutscher Parteien, die durch Wiedervereinigung mit dem Reich die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben 454²³

Zuständigkeit der deutschen Gerichte für die E. von Staatsangehörigen des Protektorats Böhmen-Mähren, die im Deutschen Reich ihren Wohnsitz haben 1015³⁰

Trotz Fehlens einer ausdrücklichen Bestimmung im österreichischen Recht Verpflichtung des schuldigen Teils bei E., mit Rücksicht auf die Ehe empfangene Geschenke zurückzustellen 1194⁵⁸

Im österreichischen Prozeßrecht keine dem § 616 ZPO. entsprechende Vorschrift vorhanden 998²⁰

Internationales Ehescheidungsrecht

Zuständigkeit der deutschen Gerichte für die E. von Schweden 187³¹

Art. 19, nicht Art. 17 GGVB. maßgebend für Zuteilung der Kinder auch aus geschiedenen Ehen. Scheidung der Eltern i. S. des Art. 19 GGVB. dem Tod des Vaters nicht gleichgestellt. Anerkennung eines in Schweden ergangenen Urteils betr. Kinderzuteilung unter schwedischen Staatsangehörigen nach Scheidung der Ehe unter den Voraussetzungen des § 328 ZPO. + 869³

Anerkennung eines in der Schweiz über Reichsdeutsche ergangenen Ehescheidungsurteils, soweit nach der deutschen Zuständigkeitsordnung schweizerisches Gericht zuständig war 267³⁸

Entsprechende Anwendung des § 328 ZPO. auf die Anerkennung einer dän. tgl. Scheidungsbewilligung. Die Wiederverheiratung eines ausländischen Staatsangehörigen im Ausland nach dort erfolgter E., obwohl diese Scheidung in Deutschland nicht anerkannt wird, regelmäßig kein Grund für E. nach §§ 47, 49 EheG. 1015³⁸

Für Entscheidung der Frage nach der Ehelichkeit eines Kindes aus vor seiner Geburt geschiedener Ehe ist maßgebend das Recht des Ehemanns zur Zeit der Auflösung der Ehe 246¹⁰

Kostenfragen

§§ 92, 93 a ZPO. Zur Kostenfrage bei Scheidungsurteilen 1184⁴⁰

Volle Prozeßgebühr des Rechtsanwalts für Rücknahme der Klage im Ehe-

prozeß durch Schriftsazeinreichung auch bei gemeinschaftlicher Anzeige der Ausöhnung der Parteien und Erklärung der Rücknahme von Klage und Widerklage durch von beiden Rechtsanwälten eingereichten Schriftsatz 457²⁸

Unbegründete Ablehnung der Beweisgebühr des Rechtsanwalts und Annahme der E. ohne Beweisaufnahme auf nur einseitige Verhandlung 333²³

Eheschließung

Reise ins Ausland zwecks rassenchänderischer E. im Ausland ist Versuch des Verbrechens 711¹

Ehetauglichkeitszeugnis

§ 1 Ziff. 1 a EhegesundhG. Verjagung des E. bei ansteckender Krankheit. Zu beurteilen ist gesetzliche Zulässigkeit der Eheschließung zwischen zwei bestimmten Paaren 736³⁰

Ehrengerichtsbarkeit

Aus der Arbeit des Ehrengerichtshofs der Deutschen Rechtsfront 358

Tagung der Ehrenrichter des NSRB. und der Deutschen Rechtsfront auf dem „Tag des Deutschen Rechts“ 1939 897

Nationalsozialistischer Ehrenschatz. Schrifttum 83

Eidesdelikte

vgl. auch unter Eidesstattliche Versicherung, fahrlässiger Falscheid, Meineid

Wiederaufnahme des Verfahrens auf Grund neuer Tatsachen und Beweismittel, die die Glaubwürdigkeit beideter Zeugen erschüttern können, auch ohne Verurteilung der Zeugen wegen E. (StR.) 236¹¹

Eidesstattliche Versicherung

§ 156 StGB. Keine Bestrafung wegen Abgabe falscher e. V., der nach den Verfahrensvorschriften keine Beweis kraft zuerkannt wird 988⁷

Eigengrenzübergang (§ 912 BGB.)

+ 1159¹⁰

Eigenheim

Sorgfaltspflicht des von privatem Bauherrn mit der Errichtung eines steuerfreien E. beauftragten Architekten, insbes. bzgl. der Einhaltung des zur Erhaltung der Steuerfreiheit zulässigen Ausmaßes 1237¹

Eigentümergrundschuld

Die E. bei Abtragung der Tilgungshypothek 409

Genehmigung gemäß B.D. über Einfaß des jüdischen Vermögens erforderlich zur Abtretung einer E. durch einen Juden 1206 Ziff. 7 1251¹²

Eigentumserwerb

§ 932 BGB. Erwerb eines Kraftwagens von Nichtberechtigtem, der einen auf den Namen einer anderen Person lautenden Kraftfahrzeugbrief vorlegt 381³⁴

Eigentumsstörungen

Unzulässigkeit des Rechtswegs für Geltendmachung von Ansprüchen aus §§ 906, 1004 BGB. gegenüber Störungen durch vorschriftsmäßigen Betrieb öffentlicher Schulen oder durch Übungen des Jungvolks und der SA., zulässig hingegen gegenüber Störungen aus Sportbetrieben der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ 1010²⁹

Eise von Repchow

Zum Gedenken an E. v. R. 499

Einfuhr

Importeur und Devisenrecht. Schrifttum 861

Einheitshypothek

Eintragung der E. 225

Einheitswert

vgl. auch unter Bewertung

Würdigung des E. bei Feststellung der Enteignungsschädigung 293

Einkommensteuer

Die Übernahme einer Anwaltspraxis und das E. recht 750

Die einkommensteuerliche Behandlung der bei Grundstücksenteignungen gewährten Entschädigungen 146

Die einkommensteuerliche Behandlung der für ein neu erworbenes Grundstück aufgewendeten Instandsetzungskosten 350

Die steuerlichen Folgen des Übergangs zur ordnungsmäßigen Buchführung: Gewinnermittlung auf Grund des EinkStG. 216

Die steuerlichen Auswirkungen 216

Schätzung nach Nichtfällen 217

Berücksichtigung der am 1. Jan. 1925 vorhandenen Warenbestände 217

Nachversteuerung 218

Die neuesten Änderungen im Einkommensteuerrecht:

Tarifliche Änderungen 688

Änderungen betr. Pauschätze für Sonderausgaben und Werbungskosten betr. die als steuerfrei anerkannten Zuflüsse 689

Frage des Arbeitslohns bei Leistungen des Arbeitgeber zur Versorgung seiner Gefolgschaft 689

Auswirkungen des neuen Finanzplanes 690

Änderungen betr. Abgabe der Aufsichtsratsmitglieder 690

Inkrafttreten der neuen Vorschriften 692

Auf Grund der RotVD. v. 8. Dez. 1931 einer Kapitalgesellschaft erlassene Beförderungssteuerbeträge keine Unterstützung wegen Hilfsbedürftigkeit i. S. des § 3 Ziff. 10 EinkStG. 1934; daher nicht vom steuerpflichtigen Gewinnertrag abzusetzen 1102⁴⁷§§ 4, 5, 12 EinkStG. Keine Abzugsfähigkeit der Ordnungstrafen wegen Verfehlungen gegen die Wirtschaftsgesetze am Gewinn eines gewerblichen Unternehmens + 1104⁵¹§ 5 EinkStG. Nach Vermittlung des Geschäftsdurch Handlungsagenten und Anzeige des Abschlusses an den Geschäftsherrn Ausweis der daraus anfallenden Provision in der Bilanz des Handlungsagenten + 393⁴⁷§§ 5, 6, 7 EinkStG. Erwerb eines Gebäudes durch buchführenden Kaufmann, um es für Zwecke seines Betriebes als Fabrikgebäude einzurichten. Unter welchen Voraussetzungen gehört der Aufwand hierwegen nicht zu den Herstellungskosten? + 1196⁶¹Berücksichtigung der Fertigungsgemeinkosten in den Herstellungskosten i. S. des § 6 EinkStG. + 394⁴⁸

§ 8 II EinkStG. Einkommensteuerliche Behandlung der Beschäftigung von

Kindern im gewerblichen Betrieb des Vaters; Gewährung von Wohnung und Verpflegung als Arbeitslohn der Kinder und als Betriebsausgabe bei dem Vater + 191³⁵§§ 8, 20 EinkStG. 1934. Verdeckte Gewinnausschüttung bei Erwerb eigener Geschäftsanteile durch GmbH. und bei Erwerb von Geschäftsanteilen durch die Gesellschafter mit Mitteln der GmbH. + 1016⁴¹§ 19 EinkStG. Arbeitgeber hat seinen Arbeitnehmern Versorgung zugesagt und zur Rückdeckung hierwegen Beiträge mit Versicherungsgesellschaft abgeschlossen. Beiträge zu dieser Versicherung kein steuerpflichtiger Arbeitslohn + 1198⁶²Unentgeltliche Überlassung einer Wohnung an den Schwiegerohn und die Tochter zur Ermöglichung der Haltung eines angemessenen Haushalts. Versteuerung dieser Zuwendung an unterhaltsberechtigter Person bei dem Geber gemäß § 22 Ziff. 1 c EinkStG. + 1104⁶⁰Lateinheit der Steuerhinterziehung von E. und Umsatzsteuer bzw. E. und Gewerbesteuer durch dieselbe Erklärung 235⁸ + 369¹⁸**Einkünfte**

Höhe der E. der freien Berufe, insbes. der Rechtsanwälte 1117

EinlageUrkundensteuerpflicht der Vereinbarung, wonach Gesellschafter einer OHG. oder KomGef. seinen Gewinnanteil als E. im Geschäft stehen läßt 1019⁴³**Einnamengesellschaft**

Kampf um die Einmann-GmbH..

Die Bedrohung der E.-GmbH. im Jahre 1936 und ihre Rettung 1937/38 9

Konfessionszwang für die GmbH. 11
Kein Sonderrecht gegen die E.-GmbH. 15
Nachwort 106§ 826 BGB. Unzulässigkeit der Ausnutzung der formalen Verschiedenheit zwischen Einmann-Aktionär und seiner Gesellschaft als dem herrschenden Volksweltwusstsein widersprechend 1083²⁰**Einsicht**

in Akten vgl. unter Akteneinsicht

EinsparungsverordnungUnzulässigkeit der Klage im Verwaltungsstreitverfahren gegen Versagung der Baugenehmigung auf Grund der VD. über baupolizeiliche Maßnahmen zur Einsparung von Baustoffen 399⁶⁷**Einspruch**

vgl. auch E. gegen Veräumnisurteil unter B.

Nach rechtskräftiger Versagung der Wiedereinsetzung gegen Veräumnung des Termins zur Hauptverhandlung über den Einspruch erfolgreiche Berufung gegen das Urteil, durch das der E. wegen Ausbleibens in der Hauptverhandlung verworfen worden 1154¹⁰**Einstellung der Zwangsversteigerung**

Preisstop-VersteigerVD. v. 6. April 1939 und Verfahrenseinstellung gemäß § 9 a VollstrMaßnVD. bei Teilungsversteigerung 143

Einstellung der Zwangsvollstreckung

E. d. Z. aus einstweiligen Anordnungen (§§ 627, 627 b ZPO.) 610

E. d. Z. unter Beschränkung auf Sicherungsmaßnahmen 853

Kosten der Verfahren aus §§ 707, 719 ZPO. sind Teil der allgemeinen Rechtsstreitkosten. Einstweilige E. aus § 770 ZPO. stets gerichtskostenfrei 456²⁵**Einstellung des Devisenstrafverfahrens**

1209

Einstellung des Strafverfahrens

auf Grund Straffreiheit vgl. unter Straffreiheit

Zu § 153 III StPO.: Verfahrenseinstellung statt Freisprechung 1038

Einstweilige VerfügungZulässigkeit der Vollstreckungsgegenklage gegenüber Vergleich, die in der Wirkung als Schutttitel etwa einer auf vorläufiger Beurteilung gehenden e. V. entsprechen 1189⁴⁰**Einzelhandel**

VD. zur Beseitigung der Überfetzung im E. v. 16. März 1939 417

Einzichung

Das Verhältnis von § 407 ABGd. zu § 396 ABGd. 762

§ 401 ABGd. E. eines Kraftwagens, der zwecks Verheimlichung der steuerpflichtigen Vorgänge benutzt wird 368¹⁷**Eisenbahn**

Die Vertretungsverhältnisse bei der Deutschen Reichsbahn 917

Neuregelung der Haftpflicht der E. für Sachschäden 213

Schadensersatzansprüche bei Verlust und Beschädigungen von Gütern im Gepäckverkehr nach der EisenbVerfD. v. 8. Sept. 1938 298

Die rechtliche Bedeutung der Sperrten im Güterverkehr der E. 220

EisenbVerfD. Schrifttum 360

Elterliche Gewalt

E. G. und Vormundschaft. Schrifttum 127

Gegen Volljährigkeitserklärung des minderjährigen Kindes kein Verbiegungsrecht (§ 4 II BGB.) des beschränkt geschäftsfähigen Vaters, sondern nur der Mutter, wenn sie die e. G. ausübt. Widerruf der Einwilligung der Mutter zur Volljährigkeitserklärung durch den Vater nach Erlangung der vollen Geschäftsfähigkeit 237¹²**England**

Der Umbau des englischen Rechtssystems 915

Das Völkerrecht als anglo-amerikanisches Kampfmittel 512

Die Pflichten der Kolonialnationen 509

Die Eingeborenenrechtspflege im britischen Mandatsgebiet Tanganika und ihre praktische Auswirkung 537

Vormund und Mündel im englischen Recht. Schrifttum 864

Der Ausschluss der Strafbarkeit im englischen Recht im Vergleich mit dem deutschen Strafrecht. Schrifttum 1064

Die Rechtsentwicklung in Deutsch-Ostafrika unter britischem Mandat. Schrifttum 573

Enteignung

Die Feststellung der angemessenen Entschädigung in der E.praxis 291

Hat der durch § 3 Gef. über einstweilige Regelung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung vom 26. März 1934 in seiner Rechtsstellung beeinträchtigte Straßeneigentümer einen Entschädigungsanspruch? 221

Die einkommensteuerliche Behandlung der bei Grundstücks E. gewährten Entschädigungen 146

Eigentum und E. Schrifttum 303

Rechnerische Methode bei Festlegung der Entschädigung für im Jahre 1911 enteignetes Grundstück nach §§ 7, 8 PrEnteignG. 185³⁰

Entlastungsbeweis

Der E. nach § 7 II KraftfG. 442⁷

E. des Geschäftsherrn (§ 831 I E. 2 BGB.) 168¹¹ + 374³¹ + 1238²

Entmannung

Wahl zwischen Anordnung der Sicherungsverwahrung, der Unterbringung in Heil- oder Pflegeanstalt oder der E. 161¹

Behandlung eines gefährlichen Sittlichkeitsverbrechers auch als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher und demgemäß Anordnung von Sicherungsverwahrung gegen ihn 711²

Entschädigung

vgl. auch unter Enteignung

Schadensregelung beim Bau der Reichsautobahnen 296

Epilepsie

vgl. unter Fallsucht

Erbbaurecht

Unzulässig ist Pfändung des „Rechts, das dem Schuldner als Eigentümer auf Erteilung der Zustimmung zu Belastungen des E. zusteht“, weil kein „Recht“ in Frage steht + 454²⁴

Erbbiologie

Steht die rechtskräftige Abweisung einer Ehelichkeitsanfechtungsklage oder die rechtskräftige Feststellung einer Zahlvaterschaft der Erhebung einer neuen Klage unter Verurteilung der erbbiologischen Abstammungsprüfung entgegen? 407

Feststellung der blutsmäßigen Vaterschaft trotz Benennung anderer, nicht untersuchter Mehrverkehrszeugen, wenn aus der nach dem erbbiologischen Gutachten vorliegenden großen Anzahl übereinstimmender Merkmale die blutsmäßige Vaterschaft mit „an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ zu entnehmen ist 666³⁷

Feststellung der Erzeugerschaft allein durch erbbiologisches Gutachten. Schadenersatzanspruch des als Vater eines unehelichen Kindes Beurteilten aus § 826 BGB. gegen den Mehrverkehrszeugen, der eidlich Verleumdung mit der Kindesmutter während der Empfängniszeit geäußert hat, bei Nachweis der Vaterschaft des Zeugen durch erbbiologisches Gutachten 772⁹

Zulässigkeit der Begründung der gerichtlichen Feststellung im Ehelichkeitsanfechtungsstreit, daß die Vaterschaft des Kl. „offenbar unmöglich“ sei (§ 1591 I 2 BGB.), allein mit erbbiologischem Gutachten + 773¹⁰ 775¹¹

Erbe

§ 2065 BGB. Erblasser gibt im Testament einen eng begrenzten Kreis von Personen an, aus dem Dritter den

E. nach bestimmten sachlichen Gesichtspunkten, z. B. Eignung für besondere Aufgabe, auswählen soll + 310⁴

Bezeichnung als „Alleinerbe“ spricht nicht gegen die Einsetzung als Vorerbe. „Alleinerbe“ bedeutet, daß gleichzeitig kein anderer E. sein soll + 936¹⁷

Zulässigkeit der Klage auf Feststellung der blutsmäßigen Vaterschaft gegen die E. des in Anspruch genommenen inzwischen verstorbenen Erzeugers + 578⁴

§ 17 KraftfG. Dem unfallverletzten Kraftwageninassen, der nach dem Unfall den einen ausgleichspflichtigen Schädiger beerbt, steht der volle Schadenersatzanspruch, dem anderen Schädiger nur Ausgleichsanspruch zu 1093³⁶

Erbenhaftung

Die Denkschrift des Erbrechtsausschusses der Akademie für Deutsches Recht: Regelung der E. 566; Schrifttum 859

§ 2013 BGB. Unbeschränkte Haftung des Erben für Nachlassverbindlichkeiten, wenn auf Grund seines Verhaltens die Geltendmachung seiner Haftungsbeschränkung gegen Treu und Glauben verstößen würde 331³⁵

Erbhof

Die Verpachtung des E. 70

Der Einfluß des Erchts auf ehe- und güterrechtliche Erbschaften 1051

Auflagen zu Lasten des E. 1054

Fragen aus dem erbhofrechtlichen Verfahren: Benachrichtigung des AG durch das GBL bei Grundstücksverkauf zum E. usw.; Gebühren für Übertragung von Ehegatten E. in Alleineigentum; desgl. für Erteilung des Anerbenausweises 227

Neues Ercht: ErbhofergänzungsBD. Feststellung der Deutschblütigkeit 840

Bindende Feststellung der Erbbräuche 841

Erweiterte Vorrangstellung der Töchter in der Anerbenordnung 841

Abweichende Anerbenbestimmung in Härtefällen in Österreich 841

Genehmigungsbedürftigkeit von Pachtverträgen über E. land 842

Einheitlicher Rechtsmittelzug bei Versorgungstreitigkeiten 842

Erbhofrecht im Memelland 842

REG. Schrifttum 574

Führer durch das REG. Schrifttum 710

Adernahrung 388⁴¹

E. zubegehört 389⁴²

Bauernfähigkeit 386⁴⁰ + 590¹⁷

insbes. Ehrbarkeit 386⁴⁰

Berufung zum Anerben + 590¹⁷ 591¹⁸

§ 21 VI REG. Bauer kann die in Erbvertrag getroffene, vom AG genehmigte Bestimmung eines nach dem 30. Sept. 1933 angenommenen Kindes zum Anerben durch neuen Erbvertrag wieder aufheben 945²⁴

Bestimmung des Anerben für die einzelnen E. durch den Bauern selbst in letztwilliger Verfügung, wodurch Wahlrecht des § 23 REG. ausgeschloffen. Anordnung der Testamentsvollstreckung für E. unzulässig 250²³

§ 37 REG. Abtretung einer auf E. ruhenden Fremgrundschuld nicht genehmigungsbedürftig, auch nicht bei gleichzeitiger Auswechslung der durch sie zu sichernden, aber nicht bestehenden Forderung gegen andere neu begründete Forderung. Entscheidung der Frage der Erteilung oder Verjagung der Genehmigung zu Belastung des E. durch die Anerbenbehörden, der Vorfrage der Genehmigungsbefähigung eines bestimmten Rechtsgeschäfts durch das Prozeßgericht + 946²⁵

§ 37 II REG. Beachtung des Grundgesetzes des Gef. v. 29. März 1935, für Zwecke der Wehrmacht geopfertes E. land durch anderes zu ersetzen, auch bei freihändigem Verkauf von Land für Wehrmattzwecke; sonst Auflage betr. Verwendung des Erlöses 803³⁴

Subjektive Zulässigkeit der Beschwerde 591¹⁸

§ 57 REG. Ausschließliche Zuständigkeit des REG für Schadenersatzansprüche wegen Nichterfüllung einer für den Bauern als Nachben testam. begründeten Pflicht zur Unterhaltung eines Familienangehörigen bei Eintritt des Nacherfalls nach dem 1. Okt. 1933. Beachtung der im ersten Rechtszug erfolglos erhobenen Rüge, daß das REG, nicht das ordentliche Gericht zuständig sei, auch in der zweiten Instanz. Keine Verweisung an das REG + 1188⁴⁵

§ 11 EGB. Unzulässigkeit der Zumeinung der lebenslänglichen Verwaltung und Nutzung des E. durch letztwillige Verfügung eines Bauern, der Alleineigentümer des E. ist, an Ehefrau für den Fall, daß beim Eintritt seines Todes Anerbenberechtigter der ersten oder vierten Ordnung Anerbe wird 806³⁸

Zuständigkeit des REG gemäß § 36 EGB nur für Versorgungstreitigkeiten aus echten Übergabeverträgen, dagegen nicht für solche

1. aus selbstständigen Auszugsverträgen + 809³⁹

2. aus Kaufvertrag mit fipfremdem Erwerber 809³⁹

§ 30 EGB. Prüfung der Höhe des Pachtzinses durch das REG bei der Entscheidung über die Genehmigung einer Verpachtung 807³⁷

§ 51 IV EGB. Wahl des Nacherben als Anerben durch den Vorerben nur aus den Personen, die als Anerben vom Erblasser hätten bestimmt werden können 810⁴⁰

§ 76 EGBfD. Durch Tod des Bauern keine Beendigung der Wirtschaftsführung des Treuhänders 812⁴¹

„Erforderliche Maßnahmen“ i. S. von Abs. 4 b der Gemeinsh. Richtlinien Nr. 80 v. 14. Aug. 1937 bei Einkauf von Land zu einem Anwesen zwecks Erlangung der Eigenschaft und Herbeiführung der Entschuldung bis zum 15. Jan. 1937 804³⁵

Bei Beurteilung eines durch Versteigerung eines Hofes vor Inkrafttreten des REG entstandenen Schadens, der in späterem Zeitpunkt geltend gemacht wird, Berücksichtigung der durch das REG eingetretenen prakti-

ischen Unberäuerlichkeit des Hofes als E. 940¹⁹

Bauer, der seinen E. verkauft hat, darf über den Erlös nur mit Genehmigung der Landesstelle verfügen. Ablehnung der Wiedereinsetzung, wenn er es unterläßt, zu versuchen, den zur Berufungseinlegung gegen ein ihn zur Zahlung mäßigen Betrags verurteilendes Urteil erforderlichen Betrag von der Landesstelle freizubekommen 881¹²

Erbhöfrolle 985

Erbkranker Nachwuchs

Schwangerschaftsunterbrechung an zur Unfruchtbarmachung bestimmten Frauen vor Ausführung des Eingriffs 338

Bestellung von Ehegatten als Pfleger in Erbgesundheitsachen 1054

Zur Frage der Erstattungsfähigkeit der Auslagen für Gutachten, die in Erb- und Ehegesundheitsverfahren auf eigene Kosten eingeholt worden sind 1137

§ 1 ErbkrNachGef. Keine Möglichkeit zur Unfruchtbarmachung asozialer Psychopathen, die keinerlei Intelligenzausfälle zeigen † 731³¹

§ 1 II Ziff. 1. Schwachsinn 732³²

§ 1 II Ziff. 2. Schizophrenie 731³¹

§ 1 II Ziff. 4. Erbliche Fallsucht 733³³ 34

§ 1 II Ziff. 7. Taubheit 734³⁵

§ 1 II Ziff. 8. Schwere körperliche Mißbildung 734³⁶

(vgl. Einzelheiten unter den vorstehenden Stichworten)

§ 8 ErbkrNachGef. Aussetzung des Verfahrens 735³⁷

Art. 5, 14 AusfBD. zum ErbkrNachGef. Unfruchtbarmachung ohne Zustimmung der Gutachterstelle nur bei gegenwärtiger, nicht späterer Lebensgefahr 626⁵

Art. 4 II AusfBD. zum ErbkrNachGef. Übernahme eines wegen Schizophrenie schwebenden Erbgesundheitsverfahrens durch anderes ErbgefGer. aus Zweckmäßigkeitsgründen 735³⁸

Erbkrankheit

Nach Abweisung einer auf Irrtum über geistige Erkrankung gestützten Eheanfechtungsklage Erhebung der Aufhebungsklage wegen Irrtums über vererbliche Geisteskrankheit des Ehegatten 778¹³

Erbkundliche Untersuchung

Besteht Entschädigungspflicht der Reichskasse gegenüber Personen, die im Rechtsstreit erb- und rassetkundlich untersucht werden? 1128

Erbpflege

Grundlagen der Erb- und Rassenpflege. Schrifttum 127

Erbrecht

Zur E.reform 107

Kommentar zum Schweizer. Zivilgesetzbuch. III. Band: E. Schrifttum 360

Familienerbe in Friesland. Schrifttum 849

Bei „nicht gehörig erfolgter“ Bekanntmachung des E. einer Stadtgemeinde (Fürsorgeverband) nach §§ 50 ff. II 19 RM. wird die Stadtgemeinde nicht Erbin, sondern nur Nachlassgläubigerin in Höhe der aufgewendeten Wohlfahrtskosten 248²¹

Frage der Vererblichkeit der für den privaten und geschäftlichen Betrieb

eines Kraftwagens abgeschlossenen Haftpflichtversicherung, wenn nach Tod des Versicherungsnehmers Schadens- und Versicherungsfall eingetreten und Testamentvollstreckung besteht 645²³

Erbhaftsausschlagung

Keine zur Unwirksamkeit führende Vereinträchtigung eines Nacherben durch unentgeltliche Verfügung des Vorerben zugunsten eines anderen Nacherben, wenn der begünstigte die Erbschaft ausschlägt † 635¹⁴

Erbhaftsteuer

vgl. auch unter Schenkungsteuer

§§ 21, 22 ErbSchStG. Bewertung von Wertpapieren nach dem Tageskurswert des Stichtags der Schenkung 397³¹

Erbhchein

Bei Veräußerung der Anwartschaft des Nacherben an anderen ist im E. der Erwerber als Nacherbe und demnächst als Erbe zu bezeichnen 1085²⁸

Erbvertrag

Auslegung von E., worin dem überlebenden Ehegatten die Verfügung zu Abänderungen der Vertragsbestimmungen vorbehalten 312⁶

Bauer kann die in E. getroffene, vom AG genehmigte Bestimmung eines nach dem 30. Sept. 1933 angenommenen Kindes zum Anerben durch neuen E. wieder aufheben 945²⁴

Erinnerung

§ 766 ZPO. E. des Abzahlungskäufers bei Pfändung der Abzahlungssache durch den Abzahlungsverkäufer 1046

Wirksamkeit des vom unzuständigen Vollstreckungsgericht erlassenen Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses bis zu seiner Aufhebung auf E. hin 587¹³

Erfolglosigkeit der sofortigen Beschwerde, die gegenüber Entscheidung des Wegs der Vollstreckungsgegenklage (§ 767 ZPO.) durchsetzen will, wenn nur Rechtsfrage streitig ist und das AG. auch für die Vollstreckungsgegenklage das Gericht erster Instanz wäre 586¹¹

Erledigung der Hauptsache

§ 265 II 1 ZPO. Bei Feststellungsklagen nach Abtretung nicht ohne weiteres E. d. S. wegen Wegfalls des rechtlichen Interesses des Abtretenden; vielmehr genügt Übergang des Interesses an der Feststellung auf den Abtretungsempfänger 666³⁰

Zur Frage der Erlangung eines Vollstreckungstitels über die Kosten des Güteverfahrens, wenn der Güteanspruch sich nach übereinstimmender Erklärung der Parteien während des Güteverfahrens erledigt hat 1134

Ermessensentscheidung

Zur Frage der Zulässigkeit des Rechtswegs gegenüber E., die politischen Akten zugrunde liegen 54

§ 80 EheG. Freie E. des Gerichts über die Frage, ob Unterhaltsvertrag nach Inhalt, Beweggrund und Zweck dem Anstandsgefühl aller gerecht Denkenden zuwiderläuft 999²¹

E. des Tatrichters darüber, ob für Zuwiderhandlung gegen § 2 MißbrauchG. Gefängnis- oder Zuchthausstrafe aus-

zuwerfen; Nachprüfung dieser E. durch das RevG. 164⁶

Ermittlungen

E. der Devisenstellen im Devisenstrafverfahren 1208

Eröffnungsbeschluss

Keine Einbeziehung anderer als der in Anklageschrift und E. einzeln aufgeführten, als selbständige Handlung zu beurteilenden Abtreibungsfälle 712⁴

Ersatzfreiheitsstrafe

Festsetzung von E. für jede Geldstrafe gemäß § 29 StGB., auch wenn diese durch Anrechnung der Untersuchungshaft für getilgt erklärt 233³ 627⁷

Für Anwendbarkeit des StrafrechtG. maßgebend nicht Höhe der zusammengerechneten E., die nach § 27 b StGB. für mehrere Straftaten ausgeworfen, sondern die für jede Einzeltat bestimmte Geldstrafe 233²

Ersatzeile

Frage der Wettbewerbswidrigkeit des Gebrauchs von Vergleichsnummern, mit denen Händler beim Vertrieb ihrer nicht originalen E. für Kraftwagen auf Katalognummern der Kraftwagenfabriken verweisen 1170²³

Keine Patentverletzung durch denjenigen, der dem Erwerber der patentierten Gesamtvorrichtung einen während deren normaler Lebensdauer wiederholt auszuwechselnden E. liefert 251²⁴

Erfüllung

Bedarf der Antrag auf Eintragung des Eigentümers auf Grund Ausschlußurteils (§ 927 BGB.) der Form des § 29 GSD.? 157

Ertragswertberechnung

Die E. für Feststellung der Enteignungsentschädigung 292

Erziehungsheim

Umfaksteuerfreiheit der Einnahmen aus einem von Staat oder NSDAP. unterhaltenen E., das zu einer von demselben Gewaltträger betriebenen öffentlichen Schule gehört 464³⁴

Estland

Gemeindeneuordnung in E. auf politischem Hintergrund 119

Europa

Rosenberg über die deutsche Mission in E. 766

Exhibitionismus

Regelmäßig ist E. nicht als „Geschlechtsverkehr“ i. S. des BlutschußG. anzusehen 163⁵

Exportvalutaerklärung (DebR.) 366¹⁰

† 927¹⁰

Fabrikgebäude

EinfStG. Erwerb eines Gebäudes durch buchführenden Kaufmann, um es für Zwecke seines Betriebes als F. einzurichten. Unter welchen Voraussetzungen gehört der Aufwand hierwegen nicht zu den Herstellungskosten? † 1196⁶¹

Fahndung

Der Wert der F.meldung 63

Fahrerflucht

Frage zur F. 113

Zur Frage des Verlustes des Versicherungsanspruchs nach Treu und Glauben, wenn der Versicherungsnehmer bei Haftpflichtversicherung eines Kraftwagens den Überfahrenen vorsätzlich in hilfloser Lage verlassen hat † 871⁴

Fahrlässiger Falscheid

§ 163 StGB. Weichfertig abgegebene falsche Aussage, wenn dem Angekl. geeignete Hilfsmittel zur Verfügung standen, die Unrichtigkeit des fest eingewurzelten Erinnerungsbildes zu erkennen 988^o

Fahrlässigkeit

Zur Frage der Haftpflicht des Beschäftigten, besonders des Autoführers, für fahrlässige Schadensverursachung 348

Fahrlässige Begehung von Verstößen gegen das JugSchG. 758

Durch Regelung der Gewährschaftshaftung in §§ 459 ff. BGB. Haftung für fahrlässiges Verhalten beim Vertragschluß durch unzutreffende Angabe von Sacheigenschaften ausgeschlossen 799³⁰

Ausschluß der Erfolgshaftung des Flugzeugführers durch Vereinbarung mit Ausnahme der Haftung des Flugzeugführers für eigene F. möglich 867²

§ 839 I 2 BGB. Anderweite Ersatzmöglichkeit bei fahrlässiger Amtspflichtverletzung 169¹²

Keine Mietaufhebung nach § 2 MietSchG., wenn der Mieter sein Verhalten für vertragsmäßig hielt und diese Annahme nicht auf F. beruhte 1086³⁰

§ 48 III StrafVerfO. Fahrlässiges Nichtbeachten oder Nichthören der Fahrersignale 1154^o

Fallsucht, erbliche (§ 1 II Ziff. 4 Erbkr-NachwGes.)

Dhymnachsähnliche Anfälle außerhalb des epileptischen Formkreises 733³³
„Reflexepilepsie“ als Erscheinungsform der endogenen Epilepsie 733³⁴

Falsche Anschuldigungen

Voraussetzung der Zusammenfassung der Beleidigungen oder f. A. mehrerer Personen in einem Schriftstück zu einer strafrechtlichen Einheit 623¹

Familienangehörige

vgl. unter Angehörige

Familienfideikommiß

Gemeines Recht. Einsetzung auf bestimmtes Vermögensstück als fideikommissarisches Vermächtnis (fideikommissarische Substitution) 250²³

Familienunterstützung

Das Recht der F. und das Unterhaltsrecht des BGB. 102

Feiertage

Anspruch auf Lohnzahlung an den in der DurchfAnD. zum Vierjahresplan bestimmten F., auch wenn diese in außertariflichen unbezahlten Urlaub fallen 391⁴⁴

Feld- oder forstwirtschaftlich genutzte Fläche i. S. des § 1 III Wegereing. 1108⁵⁵**Fernsprecher**

Unzulässigkeit der telephonischen Abstimmung im Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft 718¹⁰

Fernverkehrsstraße

Geschwindigkeit von Kraftwagen auf F. Besondere Vorsicht beim Überholen 786²⁰

Festspiel

Art. 131 WeimVerf. Haftung des Reichs für Verschulden eines Arbeitsdienst-

angehörigen, der Arbeitsmänner im Kraftwagen zum Besuch eines vaterländischen F. befördert 950²⁹

Feststellungsklage

§ 265 II 1 ZPO. Bei F. nach Abtretung nicht ohne weiteres Erledigung der Hauptsache wegen Wegfalls des rechtlichen Interesses des Abtretenden; vielmehr genügt Übergang des Interesses an der Feststellung auf den Abtretungsempfänger 666³⁰

Bei nicht auf Fahrlässigkeit beruhender Annahme des Mieters, sein Verhalten sei vertragsmäßig, steht dem Vermieter nur F. oder Unterlassungsklage, nicht Mietaufhebungsklage gemäß § 2 MietSchG. offen 1086³⁰

F. über die den einzelnen Gesellschaftern zustehenden Rechte gegen die GmbH. zu richten 720²²

Im Rahmen des KraftfG. (§§ 10, 12) die Grenzen für Zulässigkeit der F. nicht zu eng zu ziehen 798²⁸

§ 148 KO. Streitwert der F. über die Höhe des Berücksichtigungsbetrags, wenn für Konkursforderung mehrere Konkursmassen gesamtschuldnerisch haften und Abschlagszahlungen aus diesen geleistet worden 1182³⁵

Bejahung des Feststellungsinteresses, wenn das Entscheid. in Selbstentscheidungsverfahren die Auflage gemacht hat, hinsichtlich einer Forderung gerichtliches Feststellungsurteil zu erwirken 795²⁷

Im Rechtsmittelfverfahren gegen wegebaupolizeiliche Verfügung Verbindung von Reklamations- und Abürdungsklage gemäß § 56 IV ZustG. mit F. gemäß § 56 V unzulässig, daher Abtrennung 1022⁴⁰

Abstammungsfeststellungsklage

Die Klagen auf Feststellung der blutsmäßigen Abstammung 132

Zulassung der Klage auf Feststellung der Unehelichkeit des Kindes ohne Widerlegung der Ehelichkeitsvermutung durch vorausgegangene Ehelichkeitsanfechtungsklage 338

Die in Unterhaltsprozessen von den Jugendämtern neben der Unterhaltsverurteilung begehrte Vaterschaftsfeststellung des unehelichen Erzeugers — ein überflüssiger Antrag mit unerwünschten Folgen? 73 357

Feststellung der blutsmäßigen Vaterschaft trotz Benennung anderer, nicht untersuchter Mehrverkehrszeugen, wenn aus der nach dem erbbiologischen Gutachten vorliegenden großen Anzahl übereinstimmender Merkmale die blutsmäßige Vaterschaft mit „an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ zu entnehmen ist 666³⁷

Rechtliches Interesse für Klage auf Feststellung der blutsmäßigen Abstammung gegeben durch Nachweis der arischen Abstammung. Art. 208 GG-BGB., soweit er Erforschung der unehelichen Vaterschaft behandelt, nicht mehr in Geltung 667³⁸

Zulässigkeit der Klage auf Feststellung der blutsmäßigen Abstammung als Klage auf Feststellung eines Rechtsverhältnisses i. S. des § 256 ZPO. 667³⁸ 1258²⁰

Mangel des Feststellungsinteresses für Klage auf Feststellung der Zahlvater-

schaft als Grundlage für Unterhaltsprozeß. Klageänderung bei Übergang von dieser F. zur Klage auf Feststellung der blutsmäßigen Vaterschaft. Zulässigkeit der letzteren F. gegen die Erben des verstorbenen Erzeugers. Erklärung des Urteils über Feststellung der blutsmäßigen Vaterschaft für vorläufig vollstreckbar in der Kostenentscheidung 578⁴

Für negative F. des unehelichen Vaters gegen das Kind wegen der blutsmäßigen Abstammung ist vermögensrechtliches Interesse am Bestreiten seiner Unterhaltsverpflichtung nicht genügend 585¹⁰

Unter welchen Voraussetzungen genügt zur Begründung des Interesses für negative F. des unehelichen Vaters auf Fehlen der blutsmäßigen Abstammung das Streben nach Beseitigung des rechtskräftigen Unterhaltsurteils? 1243⁵

Anwendung der Sondernormen der §§ 640—643 ZPO. auf die Klage auf Feststellung der blutsmäßigen Abstammung. Keine Verneinung des Feststellungsinteresses, weil das unmittelbare Interesse einer Partei an der Vaterschaftsfeststellung durch ergangenes Unterhaltsurteil oder Anerkennung hervorgerufen 1258²⁰

Feststellungsmiderklage

Klageabweisendes Teilurteil nach erhobener Zwischenf., wenn das Gericht den Klageanspruch für abweisungsreif hält, ohne daß es nach seiner Ansicht zugleich einer Entscheidung auf die Zwischenf. bedarf 879¹¹

Nach Verneinung der von Beamten erhobenen vermögensrechtlichen Ansprüche durch den von ihm eingeholten Vorbescheid erübrigt sich Einholung und Vorbescheid durch Gemeinde für negative F., unter Umständen auch Entfallen des Feststellungsinteresses der Gemeinde 459³¹

Fettwirtschaft

Unzulässigkeit des Rechtswegs gegenüber der Zuteilung der Fettkontingente an Wiederverkäufer 652²⁵

Fideikommiß

vgl. Familienf.

Film

Verstoß der F.verleihgesellschaft gegen Treu und Glauben durch Verlangen der vertraglich vereinbarten Herstellung eines bestimmten F., wenn geeigneter Spielleiter nicht zu beschaffen und Herstellungskosten den Voranschlag weit überschreiten würden 575¹

Filmpreisausschreiben der Tobis und des NSRB. MittBl. zu Heft 5/6 S. 29**Firmenfortführung**

Bei Umwandlung von Aktiengesellschaft in GmbH. Fortführung der Firma der Aktiengesellschaft durch GmbH. in entsprechender Anwendung des § 22 HGB. unter Berichtigung der Rechtsform 720²¹

Zum Begriff der Vermögens-, Geschäfts- und Firmenübernahme. Keine Fortführung der bisherigen Firma i. S. des § 25 HGB., wenn die Firmen von zwei Unternehmungen zu einer neuen Firma verschmolzen werden 316^o

Firmenzusatz

§ „Copir-Union“ zur Täuschung geeignet, wenn Vereinigung weder von Betrieben noch von Kräften vorliegt. Anwendung des § 18 II BGB. auch bei teilweiser Firmenänderung im Fall der Geschäftsübernahme + 1165¹⁷

§. ist keine unrichtige Angabe i. S. des § 3 UWG. bei Kenntnis der beteiligten Kreise, daß der F. das Unternehmen eines Einzelkaufmanns bezeichnet, auch wenn der Firmeninhaber den Zusatz als Firmenschlagwort allein gebraucht 441⁵

Fiskus

Die Vertretung der Deutschen Reichspost als F. 155

Fleischbeschauer

§ 359 StGB. Beamteneigenschaft der F. auch, soweit sie Veranlagung zur Schlachtsteuer vornehmen 1068⁹

Flugzeugführer

Begriff der erforderlichen Sorgfalt eines F. beim Flug über eine Stadt. Ausschluß der Erfolgshaftung des F. durch Vereinbarung mit Ausnahme der Haftung des F. für eigene Fahrlässigkeit möglich + 867²

Formvorschriften

§ 125 S. 2 BGB. Nichtigkeit des der durch Rechtsgeschäft bestimmten Form ermangelnden Rechtsgeschäfts wegen dieses Mangels nur im Zweifel, also nicht bei entgegenstehendem Parteiwillen + 371²⁰

Keine Anwendung des Gesetzes des Ortes der Geschäftsvornahme gemäß Art. 11 I S. 2 EGBGB., wenn das Gesetz das betr. Rechtsgeschäft überhaupt nicht kennt 1001²³

Zur Frage, ob aus Anlaß einer Mängelbehebung nach § 85 c ÖsterrZPD. nicht nur Formfehler, sondern auch inhaltliche Fehler behoben werden können 1264²²

Formularbuch

F. und Praxis der Freiwilligen Gerichtsbarkeit. Schrifttum 861

Forschung und Lehre

Die Befreiung des Strafrechts vom zivilistischen Denken 68

Zur Erbrechtsreform 107

Ein Franzose über die nationalsozialistische Rechtsauffassung 158

Zum Neubau des Internat. Privatrechts 228

Die Rechtsnatur der Landesgesetze 426

Reichsproblem und Hegemonie 561

Zur Reform des Erbrechts 566

Politische Völkerrechtswissenschaft. Ein kritischer Rückblick auf die mit der 25-Jahr-Feier des Kieler Instituts für Politik und Internat. Recht verbundene Tagung der Arbeitsgemeinschaft Völkerrecht der Reichsfachgruppe Hochschullehrer im NSRB. 703

Die Strafbestimmungen des JugSchG. 756

Recht und Verwaltung. Zu der gleichnamigen Schrift von RMin. Dr. Frank 845 857

Das neue deutsche Recht und die Rechtsgeschichte; Überblick über neues Schrifttum 846

Der Umbau des englischen Rechtssystems 915

Nationalsozialistische Strafrechtspolitik 1225

Wesen und verfassungsrechtliche Stellung des Richters 1227

Forstwirtschaft

vgl. Landwirtschaft

Forstwirtschaftliche Grundstücke

vgl. Landwirtschaftliche G.

Fortgesetzte Gütergemeinschaft

vgl. unter G.

Fortsetzungszusammenhang

Bei Hinterziehung verschiedener Steuern nicht F., wohl aber Tateinheit möglich. Verhältnis von Einkommen- und Gewerbesteuerhinterziehung 235⁸ + 369¹⁰

Frankengrundschild, Schweizer

Keine persönliche Verpflichtung des Grundstückseigentümers zu Maßnahmen zur Befriedigung des F.-gläubigers 170¹⁴

Frankreich

Ein Franzose über die nat.-soz. Rechtsauffassung 158

Die Patentanwaltschaft in F. 618

Liberalismus und Demokratie in der Theorie und Praxis der französischen Kolonialpolitik 519

Bestimmung des Art. 208 EGBGB., soweit sie die Erfschung der unehelichen Vaterschaft behandelt (Art. 340, 342 CC.), durch die neue Rechtsentwicklung überholt 667³⁸

Frau

Die Rechtsstellung der germanischen F. Schrifttum 848

Frauenbewegung

Die Homosexualität der Frau und die F. 65

Freie Berufe

Statistiken und Zahlen über die Einkünfte der f. B. 1117

§ 1 SchuldVereinG. Büromöbel als wirtschaftliche Grundlage der selbständigen Lebenshaltung des Schuldners, der einen im wesentlichen auf seiner persönlichen Arbeitskraft beruhenden f. B. ausübt 1096³⁰

Freiheitsstrafe

vgl. unter ErsatzF.

Freipruch

Zu § 153 III StPD.: Verfahrenseinstellung statt F. 1038

Freiwillige Gerichtsbarkeit

Für Einlegung der Beschwerde nach § 21 FGG. durch Einreichung einer Beschwerdeschrift Unterzeichnung durch den Beschwerdeführer nicht wesentliches Erfordernis 1179³²

Schrifttum

Jahrbuch für Entscheidungen in Angelegenheiten der f. G. und des Grundbuchrechts 232

Formularbuch und Praxis der f. G. 861

Die Gesetze des Reichs und Preußens über die f. G. 304

Führer durch die f. G. 710

Freizügigkeit

Das Recht der F. Schrifttum 622

Fremdsprachen

Übersetzung fremdsprachiger Urkunden für den Abstammungsnachweis 425

Friedensmiete

Keine Befugnis des MEX. und der Beschwerdestelle zur Ablehnung des Antrags auf Ermittlung der F., weil die Preisbildungsbehörde bereits den Mietzins festgesetzt hat und die dagegen eingeleitete Beschwerde zurückgewiesen ist 1086²⁹

Friedensrichter

Reichsverband der F. und Schiedsmänner. MittBl. zu Heft 1/2 S. 8

Friesland

Grundbesitz, Beispruch und Anerkennung in Ostf. Schrifttum 847

Das Familienerbe in F. Schrifttum 849

Frift für Nachbringung einer Erklärung (§ 272 a ZPD.) 1186⁴²

Frühche der Jungen Rechtswahrer. MittBl. zu Heft 3/4 S. 16

Führer

Zum 50. Geburtstag des F. 273

Der F. als Gesetzgeber 275

Wie Reichsleiter Dr. Frank zum F. kam 569

Unzulässigkeit des Rechtswegs gegen Alte und Entscheidungen des F. und Reichskanzlers 52

Führerschein

§ 4 KraftfG. ist nach wie vor Rechtsquelle für Entziehung der Fahrerlaubnis, nicht die Vorschrift des § 3 II StrahVerfZulassD. über Ungeeignetheit zum Führen von Fahrzeugen und Tieren. Schluß auf Ungeeignetheit aus einmaligem Verstoß gegen Verkehrsvorschriften nicht zwingend 1107⁵³

Entziehung der Fahrerlaubnis für Kraftwagenhalter, der Steuerung seines Kraftwagens von einem Fahrer duldet, obwohl er weiß, daß dieser unter Alkoholeinfluss steht 1107⁵⁴

Entziehung des F. eines Arztes wegen sittlicher Verfehlungen gegenüber Patientin 400⁵⁸

ÖsterrZPD. „Behördlicher F.“ i. S. der AllgVerfB. Vereinbarung, daß für den durch einen Fahrer ohne behördlichen Führerschein verursachten Schaden nicht gehaftet wird 1195⁵⁹

Führertum

Reich und Hegemonie; Soziologie des F. 565

Die Verwaltung im Führerstaat 820 845

Die Stellung des Richters im Führerstaat 831

Der Führer am 30. Jan. 1939 über Führung und Volksgemeinschaft 41

Fürsorge, öffentliche

Rückgriffsrecht der F.verbände gegen die Unterhaltspflichtigen der Unterstützten 102

Bei „nicht gehörig erfolgter“ Bekanntmachung des Erbrechts einer Stadtgemeinde (F.verband) nach §§ 50 ff. II 19 AB. wird die Stadtgemeinde nicht Erbin, sondern nur Nachlassgläubigerin in Höhe der aufgewendeten Wohlfahrtskosten 248²¹

Fürsorgeerziehung

Anordnung der vorläufigen F. eines Minderjährigen von über 18 Jahren durch das VormGer., ohne Vorliegen der Zustimmung der F.behörde 1177³⁰

Aussetzung des F.verfahrens durch das VormGer. Beschwerdeberechtigt, Entscheidungsbefugnis des LG. 873⁵

Bei Aussetzung der Beschwerdeverfahrens durch das LG. im Verfahren der endgültigen F. gemäß § 66 JugWohlfG. hat es eine rechtskräftig angeordnete vorläufige F. aufzuheben; nach Erledigung der Aussetzung erneute Anordnung der vorläufigen F. 1178³¹

Gegen den die Aufhebung der F. ablehnenden Bescheid der F.behörde Anrufung des VormGer. nur durch den Antragsteller, dessen Antrag auf Aufhebung abgelehnt worden. Zuständiges VormGer. Entscheidung des VormGer., wenn die F.behörde einen gemäß § 72 IV JugWohlfG. zeitlich verfrühten Antrag auf Aufhebung der F. mit materieller Begründung abgelehnt hat 1179³²

Gaststättengesetz

Schrifttum 231

Entziehung der Schankerlaubnis gemäß § 12 GaststättG. nur im ganzen, nicht für einzelne konfessionierte Räume 1021⁴⁵

§ 22. Verneinung der Eigenschaft als Gastwirtschaftsbetrieb nicht allein wegen des Umstands, daß die Gäste sich überwiegend längere Zeit aufhalten 1020⁴⁴

Gastwirt

Prüfung der politischen Zuverlässigkeit auch bei Konzessionserteilung für G. 1053

Bei Überlassung von Räumen durch G. ohne Vergütung zu einer Veranstaltung regelmäßig entgeltlicher Vertrag anzunehmen wegen des Verzehr der Gäste. Haftung des G. gegenüber den Teilnehmern der Veranstaltung für gefahrlosen Zustand der Räume. Beweislast 1004²⁵

Gebäudeinstandsetzung

EntstG. Buchführender Kaufmann erwirbt Gebäude, um es für Zwecke seines Betriebs als Fabrikgebäude einzurichten. Unter welchen Voraussetzungen gehört der Aufwand hierwegen nicht zu den Herstellungskosten? + 1196⁶¹

Gebrauchsmuster

§§ 8, 24 GebrMusterG. Unzulässigkeit des Antrags auf Feststellung, daß durch die Eintragung eines G., das vor dem Inkrafttreten des GebrMusterG. v. 5. Mai 1936 bereits durch Zeitablauf erloschen war, Schutzrecht nicht begründet sei 730³⁰

§ 9 GebrMusterG. Vor Erhebung der Löschungsklage hat der Kl. den Inhaber des G. zur Löschung aufzufordern 958⁴⁴

Gebühren

G. für Übertragung eines Ehegatten-erbhofs in Alleineigentum; desgl. für Erteilung des Auerbenausweises 227

Gebührenbefreiung

bzgl. Gerichtskosten vgl. unter Gerichtskosten

G. beim Wohnungsbau 425

Gebührenüberhebung (§ 352 StGB.)

+ 713⁸

Geburtenbuch und Geburtsurkunde

vgl. unter PersEntG.

Geburtenschein

Die bevölkerungspolitische Lage und die Rechtspflege 76

Gefälligkeitsfahrt

G. und vorvertragliche Haftung. Schrifttum 1142

Gefälligkeitsflug + 867²

Gefangenenfürsorge

Gefangenen- und Strafklassenfürsorge:

Die Zurückführung der Strafgefangenen in die Gemeinschaft als Problem 17

Die Entlassenenfürsorgeorgane 17

Der von der Fürsorge erfasste Kreis 18

Inhalt der Fürsorge 18

Gefangenschaft

vgl. KriegsG. unter Kriegsvölkerrecht
Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft i. S. des § 55 EheG. dadurch, daß ein Ehegatte längere Zeit in Strafhafte sich befindet 1245⁷

Gefängnisbeamter

§ 302 StPD. Erklärung des Rechtsmittelverzichts gegenüber einem G. 370²⁵

Gefängnisstrafe

G. für Jugendliche? 115

Gefolgschaftsmitglieder

Auskunftserteilung über ehemalige G. 220

Gegenseitiger Vertrag

Bei fortgesetzter Verweigerung der ihm selbst obliegenden Gegenleistung durch den klagenden Gläubiger kann Verzicht auf Rechtsbehelf aus § 322 BGB. angenommen und die Klage als verfrüht abgewiesen werden 1005²⁶

Gehör, rechtliches

vgl. unter R. G.

Geisteskrankheit

Nach Abweisung einer auf Irrtum über geistige Erkrankung gestützten Eheanfechtungsklage Erhebung der Aufhebungsklage wegen Irrtums über vererbliche G. des Ehegatten 778¹³

Anwendung des § 51 StGB. nicht nur bei Vorliegen einer G. im medizinischen Sinne 987²

§ 51 StGB. Unfähigkeit zu moralischen Vorstellungen 987³

Begriff der krankhaften Störung der Geistestätigkeit i. S. des § 51 StGB. 1066²

§ 250 StPD. Unzulässigkeit der Beweisaufnahme über den Geisteszustand des Angekl. durch Verlesung eines in anderer Sache erstatteten ärztlichen Gutachtens 716¹⁵

„Geisteskrante Frauenpersonen“ i. S. des § 176 I Riff. 2 StGB. 364⁸

Geisteschwäche

§§ 51, 176 StGB. Sittliche Verfehlungen von durch ein langes Leben straffrei gebliebenen Männern infolge einer durch Verfallung hervorgerufenen G. 712³

Geistige Störung (§ 50 EheG.)

Voraussetzung des § 50 EheG. ist nicht zur Zeit der letzten Tatsachenverhandlung noch bestehende g. St., sondern Andauern der durch das hierdurch bedingte Verhalten des Ehegatten verursachten Zerrüttung 383³⁸

§ 50 EheG. Grad der Zerstörung der Ehe durch auf g. St. beruhendes Verhalten eines Ehegatten im wesentlichen Tatfrage. Zur Frage, ob Scheidung aus § 50 EheG. außergerichtlich hätte i. S. des § 54 EheG. darstellt 1072¹⁰

Geldstrafe

Die Verfahrenskosten bei einer Anordnung nach § 28 StGB. 918

Überschreiten des gesetzlichen Höchstmaßes der G. gemäß § 27 c III

StGB. nur unter den Voraussetzungen des § 27 c II 1152⁷

Für Anwendbarkeit des StraffreiG. maßgebend nicht Höhe der zusammen gerechneten Ersatzfreiheitsstrafen, die nach § 27 b StGB. für mehrere Straftaten ausgeworfen, sondern die für jede Einzeltat bestimmte G. 233² 627⁷

Festsetzung von Ersatzfreiheitsstrafe für jede G. gemäß § 29 StGB., auch wenn diese durch Anrechnung der Untersuchungshaft für getilgt erklärt 233³

Gemeinde, jüdische

vgl. unter J.

Gemeindebeamte

Gleichstellung von Beamten hinsichtlich seiner Pensionsberechtigung in Anstellungsurkunde mit städtischen Beamten durch Bezugnahme auf §§ 12, 13 PrKommBeamtG. betrifft auch Anwartschaft auf Hinterbliebenenversorgung. Nach Verneinung der von Beamten erhobenen vermögensrechtlichen Ansprüche durch den von ihm eingeholten Vorbescheid erübrigt sich Einholung von Vorbescheid durch Gemeinde für negative Feststellungswiderklage, unter Umständen auch Entfallen des Feststellungsinteresses der Gemeinde 459³¹

Vor Inkrafttreten des DBG. Beurteilung der Amtspflichtverletzungen preussischer G. nach §§ 88—91 II 10 ALR. Zur Frage des Wegfalls der Pension bei Weiterbeschäftigung eines G. im Privatdienstvertrag in den Jahren 1925—1927. Kein Verschulden eines Bürgermeisters wegen Unkenntnis der Tragweite des PrPersAbhandlwidG. v. 25. März 1926 für die Abänderung des § 13 KommBeamtG. 1249¹¹

Gemeinderecht

Gemeindeneuordnung in Ostland auf politischem Hintergrund 119

Führer durch das Gemeindeverfassungs- und Gemeindefinanzzrecht. Schrifttum 710

Zur Rechtsstellung bäuerlicher Realgemeinden in Oberschlesien, insbes. hinsichtlich der Vertretungsbefugnis. Zur Frage der grundbuchmäßigen Eintragung von derartigen Gemeinschaften zustehenden Rechten 930¹⁴

In dem bei Umwandlung eines Gutsbezirks in Gemeinde zwischen Gutsbesitzer und neugebildeter Gemeinde abgeschlossenen Auseinandersetzungsvertrag verpflichtet sich der Gutsbesitzer u. a. zur Abtretung privater Rechte. Zulässigkeit des Rechtswegs für die aus dieser Vereinbarung sich ergebenden Streitigkeiten 460³²

Gemeines Recht

Nach g. R. Einsetzung auf bestimmtes Vermögensstück kein Erbschaftsvermächtnis, sondern Einzelvermächtnis mit unter Umständen dinglicher Wirkung oder fuzessives Vermächtnis 250²³

Gemeingebrauch an öffentlichen Wegen 813⁴²

„Gemeinnutz geht vor Eigennutz“

Verwirklichung dieses Programmgrundsatzes der NSDAP. durch die Rechtsprechung 488

Gemeinschaft

Der Führer am 30. Jan. 1939 über Führung und Volksgemeinschaft 41
Grundsätze einer politischen Lehre 3
Verwirklichung des Gedankens im Programm der NSDAP. durch die Rechtsprechung 487
Mietvertrag und HausG. in der Rechtsprechung 144
Urteilsbegründung aus dem Gedanken 114

Gemeinschaft (§§ 741 ff. BGB.)

Bei G. gemäß §§ 741 ff. BGB. zwischen mehreren Auftraggebern desselben Auftrags und Ausschluss des Widerrufsrechts des einzelnen Änderung des bestehenden Zustandes durch Geltendmachung wichtigen Grundes für Aufhebung der G. (§ 749 II) 1005²⁷

Keine Anwendung der Vorschriften über Aufhebung der G. (§§ 741 ff. BGB.) auf die von beiden Ehegatten gemietete Wohnung nach Ehecheidung 934¹⁵

Gemeinschaftswert des NSRW. Mittl. zu Heft 3/4 S. 17, zu Heft 5/6 S. 29**Generalvollmacht**

Erteilung von G. durch in allgemeiner Gütergemeinschaft lebende Ehefrau an ihren Mann umfasst Verfügung und Belastung des Gesamtguts ohne ihre Zustimmung für den Einzelfall. Einwendungen aus Mißbrauch der Vollmacht gegen denjenigen, der infolge des Mißbrauchs Rechte erworben hat † 371²⁰

Wirksamkeit der von Vorstand einer jüdischen Synagogengemeinde vor dem 1. April 1938 erteilten G. auch nachdem die Gemeinde nicht mehr Körperschaft des öffentlichen Rechts, sondern rechtsfähiger Verein des bürgerlichen Rechts geworden 1077²¹

Genossenschaft

Das Genossenschaftliche Prüfungswesen. Schrifttum 359

GenG. Schrifttum 710

§§ 38 ff. GenG. Beweislast bei Schadensersatzklage einer G. gegen ihre Verwaltungsträger wegen pflichtwidriger Geschäftsabbarung 723²³

Gepäckverkehr

vgl. unter Eisenbahn

Gerichtskosten

Streitwertberechnung und gerichtliche Vergleichsgebühr (§ 36 GRG.) bei Unterhaltsvergleich im Eheprozeß 608
Prozeßkostenvoranschusspflicht für ausgewanderte jüdische Al. 154

Die Gebühr bei Zurücknahme eines Antrags aus § 5 SchuldVereinG. 355
Die kostenrechtliche Behandlung der Unterwerfungsklausel 1135

Die Gebühren im Devisenstrafverfahren 1212

Deutsches G. Gesetz und deutsche Rechtsanwaltsgebührenordnung. Schrifttum 986

Rückwirkende Armenrechtsbewilligung erfasst auch zwischenzeitlich gezahlte G. 331¹⁰

Einreichung eines Armenrechtsgesuchs gebührenrechtlich bedeutungslos, außer in den Fällen fristhemmender Wirkung (§§ 519 VI, 554 VII ZPO.) 583⁸

§ 519 VI ZPO. Hemmung der Verpflichtung zur Zahlung der Prozeßgebühr für die VerZust. durch Einreichung von Armenrechtsgesuch besteht bis zur Entscheidung über das Armenrechtsgesuch 668³⁰

Bauer, der seinen Erbfos verkauft hat, darf über den Erlös nur mit Genehmigung der Landesstelle verfügen. Ablehnung der Wiedereinlegung, wenn er es unterläßt, zu versuchen, den zur Verurteilung nötigen Betrag vorurteilendes Urteil erforderlichen Betrag von der Landesstelle freizubekommen 881¹²

§ 627 ZPO. Unzulässigkeit der Anordnung auf Zahlung eines Prozeßkostenvorzuschusses bei mangelndem Rechtsschutzinteresse 669⁴⁰

Forderung der Gerichtskasse gegen den Schuldner auf Zahlung von G., die in Rechtsstreit wegen einer alten Schuld nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch des Schuldners entstanden, keine alte Schuld i. S. des § 1 III SchuldVereinG. 1254¹⁰

Gebührenfreiheit für ein durch Antragszurücknahme beendetes Verfahren nach § 10 SchuldVereinG. 452²⁰

Bei Zurückweisung oder Zurücknahme des Schuldenvereinigungsantrags Mindestgebühr von 5 RM, aber unter Umständen Gebührenfreiheit gemäß § 15 I KostO. Festsetzung der Gerichtsgebühr nach § 12 II SchuldVereinG. erst nach Beendigung des ersten Rechtszugs 452²¹ † 1256¹⁰

§ 20 GRG. Auch im Berufsungsverfahren in Patentnichtigkeitsachen richtet sich Gebühr für eine Entscheidung nach der Form, in der die Entscheidung tatsächlich ergangen 670⁴³

§ 20 GRG. Kostenrechtliche Behandlung bei gleichzeitiger Einreichung von Armenrechtsgesuch und Klage- oder Rechtsmittelschrift 794²⁴

§ 20 Ziff. 2 GRG. Beweisaufnahme durch Urkundenbeweiserhebung aus Beifakten, ohne daß das Urteil die Beweisaufnahme verwertet und die Benutzung der Beifakten überhaupt erkennen läßt 334²⁷

§§ 23, 79 GRG. Keine Haftung desjenigen, der im Vergleich Kosten mitübernommen hat, für gerichtliche Beweisgebühr, die durch den Vergleichsschluss weggefallen ist und durch spätere Fortsetzung des Rechtsstreits wieder auflebt 888¹⁹

§ 34 Ziff. 1 GRG. Einstweilige Einstellung aus § 770 ZPO. stets gerichtskostenfrei 456²⁵

§§ 36, 77 GRG. Bei gerichtlichem Vergleich über weitere als die bisher rechtshängigen Ansprüche Haftung jedes am Vergleichsschluss als Partei Beteiligten als Antragsteller für die gerichtliche Vergleichsgebühr 671⁴⁴

§§ 74, 90 GRG. Nur bei ausdrücklicher Rückwirkungsbestimmung gilt Wegfall einer gesetzlichen Gebührenbefreiung auch für bereits fällig gemordene Gerichtsgebühren. Ausnahme für die Prozeßgebühr 457²⁸

§§ 77, 79 GRG. Nach Konkursöffnung über das Vermögen des Al. schließt Konkursverwalter, ohne den Rechtsstreit aufzunehmen, mit dem Bell. außergerichtlichen Vergleich. Keine Belastung der Konkursmasse mit den G. als Masseischuld † 887¹⁸

Gerichtsschreiber

Der Vorchrift des § 345 II StPO. genügt nicht Revisionsbegründung, in der der Urkundsbeamte auf privatschriftliche Erklärung des Angekl. protokollmäßig Bezug nimmt oder verweist 1089¹³

Gerichtsverfassung

G. und Landschaft 78

Gerichtsvollzieher

Erstattungsfähigkeit der Mehrkosten der Zustellung durch G. an Stelle der Zustellung von Rechtsanwalt zu Rechtsanwalt, wenn die Anwaltsbüros nicht am gleichen Orte 877¹⁰

Gesamtgläubiger

Zur Rechtsstellung bürgerlicher Realgläubiger in Oberschlesien, insbes. hinsichtlich der Vertretungsbefugnis. Rechtliche Befugnis eines Mitglieds oder eines Teils der Mitglieder, nach § 432 BGB. einen zum Gemeinvermögen gehörigen Anspruch geltend zu machen 930¹⁴

Gesamthypothek

Verpflichtung des Gläubigers von G., bei gemeinschaftlicher Kündigung und Zahlung durch die Eigentümer der belasteten Grundstücke Löschungsbeurteilung bzgl. aller Grundstücke auszustellen 935¹⁰

Gesamtschuldner

Gemäß § 416 ABG. Nachhaftung der Vertreter usw., nicht gesamtschuldnerische Haftung 715¹³

Geschäftsfähigkeit

Gegen Volljährigkeitserklärung des minderjährigen Kindes kein Verbotungsrecht (§ 4 II BGB.) des beschränkt geschäftsfähigen Vaters, sondern nur der Mutter, wenn sie die elterliche Gewalt ausübt. Widerruf der Einwilligung der Mutter zur Volljährigkeitserklärung durch den Vater nach Erlangung der vollen G. 237¹²

Geschäftsunfähiges Kind kann anderen Wohnsitz als sein Vater haben 246¹⁹

Geschäftsführer der GmbH.

GmbH.-Gesellschafter bringt als Sacheinlage ein Geschäft ein und veranlaßt, daß die G. diese — mangelhafte — Sacheinlage bewußt und vorbehaltlos annehmen. Einwand unzulässiger Rechtsausübung, wenn er sich seiner Gewährleistungspflicht entziehen will † 431¹

Rechtliche Zulässigkeit der Vereinbarung, wonach G. d. GmbH. zugleich als Treuhänder eines Gesellschafters tätig sein soll 769³

Durch Satzungsbestimmung von GmbH., wonach im Fall einer Auflösung der Gesellschaft die Liquidatoren durch die Gesellschafter ernannt werden, gesetzliche Befugnis der G. zu Liquidatoren unberührt 1166¹⁸

Ausübung eines selbständigen Berufs i. S. des § 1 I 1 SchuldVereinG. durch Gesellschafter und G. einer GmbH. 655^{27 28}

Bestrafung des G. von GmbH., der das vorgeschriebene Baubuch nicht führt, in entsprechender Anwendung (§ 2 StGB.) des § 6 Gef. v. 1. Juni 1909 362²

Geschäftsübernahme

Zum Begriff der Vermögens-, Geschäfts- und Firmenübernahme. Keine Fortführung der bisherigen Firma i. S. des § 25 HGB., wenn die Firmen von zwei Unternehmungen zu einer neuen Firma verschmolzen werden † 316⁹

Anwendung des § 18 II HGB. auch bei teilweiser Firmenänderung im Fall der G. 1165¹⁷

§ 826 BGB. Zur Frage der Sittenwidrigkeit der Geschäftsübertragung eines zahlungsunfähig gewordenen Schuldners auf seine Ehefrau, ohne daß er pfändbares Gehalt oder Gewinnbeteiligung erhalten soll 1081²⁵

Geschäftsveräußerung

Genehmigungspflicht der Veräußerung eines gewerblichen Betriebs durch Juden, auch wenn das Verpflichtungsgeschäft zur Zeit seines Abschlusses noch nicht genehmigungsbefähigt war † 716¹⁷

Geschäftswert

Einkommensteuer. Der G. einer Annahmspraxis bei Übernahme 751

Geschichte

bgl. auch RechtsG.

Deutsches Volkshandbuch. Schrifttum 573

Geschlechtsverkehr i. S. des BlutschutzG.

163⁵

Gesellschaft, bürgerlich-rechtliche

Keine Anwendung der Formvorschrift des § 313 BGB. auf G.vertrag über gemeinsame Bewirtschaftung und Verwertung der im Eigentum des einen Vertragspartners stehenden Grundstücke, wenn keine Verpflichtung des Eigentümers zur Übertragung der Grundstücke auf die Gesellschafter zu Miteigentum darin enthalten 309³

Zur subjektiven Körperschaftsteuerpflicht eines in die Form einer G. des bürgerlichen Rechts gekleideten Preis- und Konditionenkartells. Sind die von den Mitgliedswerken gezahlten Umlagen Mitgliedsbeiträge i. S. des § 8 KorpStG. 1934? 396⁴⁰

GmbH.

Kampf um die Einmann-GmbH.:

Die Bedrohung der Einmann-GmbH. im Jahre 1936 und ihre Rettung * 1937/38 9

Konzeptionszwang für die GmbH. 11

Kein Sonderrecht gegen die Einmann-GmbH. 15

Rachwort 106

Die Bestimmungen des neuen rumänischen HGB. über die GmbH. 912

Das Gesetz betr. die GmbH. Schrifttum 358

Erfazansprüche der GmbH. gegen Gesellschafter, der Sacheinlage zu überhöhtem Wert einbringt. Einwand unzulässiger Rechtsausübung gegen Gesellschafter, der sich auf vorbehaltlose Annahme eines mit Mängeln behafteten Geschäfts als Sacheinlage durch die den Mangel kennenden Geschäftsführer beruft † 431¹

§§ 3—8 GmbHG. Bei Umwandlung von Aktiengesellschaft in GmbH. Erfüllung aller zwingenden gesetzlichen Voraussetzungen für GmbH. erforderlich. Fortführung der Firma der Aktiengesellschaft durch die GmbH. unter Verichtigung der Rechtsform 720²¹

§ 43 GmbHG. Rechtliche Zulässigkeit der Vereinbarung, wonach Geschäftsführer einer GmbH. zugleich als Treuhänder eines Gesellschafters tätig sein soll 769³

§§ 47, 3 I Ziff. 2 GmbHG. Erfordernis der Anfechtungsklage zur Geltendmachung der Anfechtbarkeit von Gesellschafterversammlungsbeschlüssen. Durch Aufgabe des bisherigen Betriebs oder Teils davon noch nicht ohne weiteres Änderung des Gegenstands des Unternehmens der GmbH. Feststellungsklage über die den einzelnen Gesellschaftern zustehenden Rechte gegen die GmbH. zu richten † 720²²

§§ 60, 66 GmbHG. Auflösung einer GmbH. durch Gesellschafterbeschluss unter einer Bedingung. Durch Satzungsbestimmung, daß im Falle der Auflösung die Liquidatoren durch die Gesellschafter ernannt werden, gesetzliche Berufung der Geschäftsführer zu Liquidatoren unberührt 1166¹⁸

§§ 73, 65 GmbHG. Bei Anmeldung des Schlußes der Abwicklung und des Erlöschens der Firma einer GmbH. Nachweis des Ablaufes des Sperrjahrs gegenüber dem Registergericht nicht erforderlich † 1167¹⁹

Ausübung eines selbständigen Berufs i. S. des § 1 I 1 SchulbVereinG. durch Gesellschafter und Geschäftsführer einer GmbH. 655^{27 28}

Bestrafung des Geschäftsführers von GmbH., der das vorgeschriebene Baubuch nicht führt, in entsprechender Anwendung (§ 2 StGB.) des § 6 Gef. v. 1. Juni 1909 362²

EinkStG. Verdeckte Gewinnausschüttung bei Erwerb eigener Geschäftsanteile durch GmbH. und bei Erwerb von Geschäftsanteilen durch die Gesellschafter mit Mitteln der GmbH. † 1016⁴¹

KorpStG. Keine Bewertungsänderung von GmbH.-Stammanteilen, die buchführungspflichtige Körperschaft erworben hat und die erst nach bestimmter Zeit am Gewinn teilnehmen, bei Eintritt der Gewinnberechtigung † 895²⁷

Gesetzesanzeiger, Deutscher. Schrifttum 160

Gesetzesauslegung

G. nach nationalsozialistischer Weltanschauung 482 489

Gesetzesammlungen (Schrifttum)

Das neue Deutsche Reichsrecht (Ausg. Österreich) 232 769

Das neue Recht in Preußen 232

Deutsche Reichsgesetze 863

Die Gesetze des Reichs und Preußens über die freiwillige Gerichtsbarkeit 304

Gesetzgebung

Der Führer als Gesetzgeber:

Der Begriff des Gesetzes 275
Gesetz und Verordnung:

Sachbegriff und Formbegriff des Gesetzes 277

Der gleichzeitige Führerentscheid 277

Die gesetzesabhängigen Verordnungen 278

Rechtsbegriff und G. 673

Einfach der Rechtswissenschaft in der G. 825

Neues Recht im Gesetz 33 80 121

Neues Recht im Dritten Reich. Schrifttum 302

Nationalsozialistisches Recht und Rechtsdenken. Schrifttum 83

Gesundheitswesen

Jugendhilfe- und Gesundheitsfürsorge-recht. Schrifttum 919

Getrenntlebende Eheleute

Nach früherem Recht wie nach dem Ehegesetz soll Wiederherstellungsklage außer als Vorstufe für Scheidung wegen bösslichen Verlassens dazu dienen, für beide Eheleute klarzustellen, ob Recht zum Getrenntleben gegeben † 1071¹⁵ 1244⁶

Kein besonderer Streitwert für das bei Gestattung des Getrenntlebens gemäß § 627 ZPO. ausgesprochene Verbot an den einen Ehegatten, die eheliche Wohnung zu betreten 330¹⁷

Gewährleistungsanspruch

bgl. unter Kauf

Gewerbeordnung

Schrifttum 430 1236

Keine Schadenersatzpflicht des Beschäftigten bei Fahrlässigkeit nach der G. 348

§ 35. Unterjagung des Gewerbes als Bauunternehmer, insbes. Abbruch-tätigkeit 959⁴⁷

Unterschiedsverletzung durch verzögerte Erteilung einer Legitimationskarte nach § 44 a GewD. 244¹⁷

Gewerbesteuer

Stellung der Reichsgruppe Wirtschaftsrechtswahrer zum RZP.-Urteil betr. G.pflicht. MittBl. zu Fest 3/4 S. 15
Praktischer Führer durch das G.recht. Schrifttum 304

§ 2 GewStG. Grenzen zwischen künstlerischem Schaffen und gewerblicher Betätigung für die Frage nach der G.pflicht 397⁵²

§ 2 GewStG. Buchmacher üben Gewerbebetrieb aus 398⁵³

§ 2 GewStG. Wann sind Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und selbständige Buchführer der G. wegen der Beschäftigung von Gehilfen unterworfen? † 1199⁶³

§§ 2, 7 GewStG. Bei Kapitalgesellschaften keine betriebsfremden Vorgänge, die bei Ermittlung des steuerpflichtigen Gewerbeertrags auszuscheiden. Die auf Grund der RotWD. v. 8. Dez. 1931 einer Kapitalgesellschaft erlassenen Beförderungsteuerbeträge nicht am steuerpflichtigen Gewerbeertrag abziehbar 1102⁴⁷

§§ 8 Ziff. 1, 12 II Ziff. 1 GewStG. Stillhalte-schulden als Dauerschulden 398⁵⁴

§§ 8 Ziff. 1, 12 II Ziff. 1 GewStG. Dauerschulden, deren Gegenwert am Stichtag nicht mehr vorhanden ist. Verstärkung des Betriebskapitals durch aufgelaufene und dem Schuld-kapital zugeschlagene Zinsen 398⁵⁵

§ 8 GewStG. Wechselkredit als Dauerschulden. Bei als Dauerschulden anzusehenden Wechselkrediten Hinzurechnung von Akzept- und Zusageprovisionen für weitere Bereitstellung schon in Anspruch genommenen Kredite zu den nichtabzugsfähigen Zinsen i. S. des § 8 Ziff. 1 GewStG. 1102⁴⁰

Hinzurechnung der Teilwerte der in § 12 II Ziff. 2 GewStG. bezeichneten Wirtschaftsgüter zum Einheitswert des Gewerbebetriebs bei Ermittlung des steuerpflichtigen Gewerbelapitals 399⁵⁰

Kein Anlagevermögen i. S. des § 17 der 1. GewStDurchfVO. bilden in der Zwangsversteigerung zur Rettung einer Forderung erworbene Grundstücke, die innerhalb drei Jahren wieder verkauft werden 192⁵⁰

Lateinheit der Steuerhinterziehung von Einkommen- und Umsatzsteuer bzw. Einkommen- und G. durch dieselbe Erklärung. Anwendung des früheren Landesrechts auf das G. recht bis 1. April 1937 235⁵ + 369¹⁰

Gewinnausschüttung
vgl. Verdeckte G.

Gewinnbeteiligung
Einkommensteuerliche Behandlung der Übernahme einer Anwaltspraxis gegen befristete Rente oder G. 750

Gewinnermittlung
G. auf Grund des EinkStG. bei Übergang zur ordnungsmäßigen Buchführung 216
EinkStG. Keine Abzugsfähigkeit der Ordnungsstrafen wegen Verfehlungen gegen die Wirtschaftsgesetze am Gewinn eines gewerblichen Unternehmens + 1104⁵¹

Gewohnheitsverbrecher
Begriff des gefährlichen G. nicht abhängig von der Größe des im Einzelfall angerichteten Schadens 233¹
Abgehen von Anordnung der Sicherungsverwahrung trotz Vorliegens der Voraussetzungen des § 20 a StGB. wegen wahrscheinlicher Besserung 987¹
Anordnung der Sicherungsverwahrung, nicht Unterbringung in Heil- oder Pflegeanstalt, für G. mit erheblich verminderter Zurechnungsfähigkeit, der aber weder heilbar noch pflegebedürftig 161¹
Zulässigkeit der Anordnung beider Maßregeln der Sicherung und Besserung nebeneinander, auch für Straftaten, die vor dem 1. Jan. 1934 begangen und abgeurteilt. Behandlung eines gefährlichen Sittlichkeitsverbrechers auch als gefährlicher G. und demgemäß Anordnung der Sicherungsverwahrung gegen ihn 711²
Anordnung der Sicherungsverwahrung eines Ausländers, der auf Grund des Gesetzes über Reichsverweisungen ausgewiesen werden kann 161²
Auch bei Raubtat (§ 330 a StGB.) Beurteilung als gefährlicher G. und Anordnung der Sicherungsverwahrung zulässig + 1150⁰
Keine Erhebung des gemäß § 265 StPD. erforderlichen Hinweises des Vorsitzenden auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes durch den

Antrag des StA., gegen den Angekl. Sicherungsverwahrung anzuordnen 370²⁴

Gläubigerbegünstigung (§ 241 RD.) 924⁰ **Goldhypothekenaufkommen, Deutsch-Schweizer**

Keine persönliche Verpflichtung des Grundstückseigentümers zu Maßnahmen zur Befriedigung des Frankensgrundschuldgläubigers 170¹⁴

Goldmarkhypothek

Zur Umwandlung von G. in Reichsmarkhypothek Zustimmung der gleich- oder nachstehend Beteiligten nicht erforderlich 445¹⁰

Unzulässigkeit der grundbuchlichen Eintragung einer auf Goldmark lautenden Darlehnshypothek 941²⁰

Gottelerkenntnis

Völkischer Staat und deutsche G. Schrifttum 128

Grenzüberbau

Analoge Anwendung der Bestimmungen der §§ 912 ff. BGB., wenn die beiden durch den Überbau betroffenen Grundstücke dem gleichen Eigentümer gehören + 1159¹⁰

Griechenland

Nach griechischem Recht Schenkungen zwischen Eheleuten nichtig. Im Sinne des deutschen ZBR. ist dieses Schenkungsverbot als Folge der Eheschließung, nicht als dem Väterrecht zugehörig anzusehen + 938¹⁸

Grober Anflug (§ 360 Ziff. 11 StGB.)

Zahl der Personen, die an der Handlung Anstoß nehmen, unerheblich 1068¹⁰

Grundbesitz

GBA. und Entjudung des deutschen G. 1203

Die Entjudung des deutschen G. Schrifttum 709

SchuldVereinG. Verwaltung eigenen Hausbesitzes unter Umständen Ausübung eines selbständigen Berufes 1253¹⁴

§ 1 SchuldVereinG. Zugehörigkeit von Wohngrundstück des Schuldners, das er zur Sicherung geschäftlicher Kredite belastet hat, zur wirtschaftlichen Grundlage der selbständigen Lebenshaltung 1097⁴¹

Voraussetzungen der Zulässigkeit der Schuldvereinbarung, wenn der Schuldner nach seinem wirtschaftlichen Zusammenbruch das Eigentum an einem Grundstück behalten hat 449¹⁰

Freihändiger Verkauf des G. durch Schuldner auf Drohung des Gläubigers mit Zwangsversteigerung dem Verlust des G. „infolge Anordnung der Zwangsversteigerung“ i. S. des § 1 II SchuldVereinG. nicht gleichzustellen 450¹⁷

Grundbuch

Eintragung der Einheitshypothek 225
G. rechtliche Frage bzgl. der Eigentümergrundschuld, die bei Abtretung der Tilgungshypothek entsteht 410

Bedarf der Antrag auf Eintragung des Eigentümers auf Grund Ausschlußurteils (§ 927 BGB.) der Form des § 29 GBD. ? 157

§ 52 I GSBfD. Benachrichtigung des AEG durch das GBA. von Grundstückszinzuverwerb zum Erbhof 227

Jahrbuch für Entscheidungen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und des G. rechts. Schrifttum 232

Kommentar zur GBD. Schrifttum 862

Zur Frage der grundbuchmäßigen Eintragung von Rechten, die einer deutsch-rechtlichen bäuerlichen Realgemeinde in Oberschlesien zustehen 930¹⁴

Eintragung der nachträglichen Änderung eines bestehenden Wohnrechts dergestalt, daß der neue Berechtigte einen Teil der Räume sofort, die übrigen Räume nach dem Tode des ursprünglichen Berechtigten benutzen soll 1012³¹

Eintragung der Überlassung der Ausübung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit i. S. von § 1092 BGB. unzulässig 460³²

Verpflichtung des Gläubigers von Gesamthypothek, bei gemeinschaftlicher Kündigung und Zahlung durch die Eigentümer der belasteten Grundstücke Löschungsbewilligung bzgl. aller Grundstücke auszustellen 935¹⁰

Amtsrichter, der als Richter die zu Auflassung erforderlichen Erklärungen entgegennimmt und protokolliert, beurkundet auf Antrag auch den Veräußerungsvertrag. Haftung für die hierbei begangene Amtspflichtverletzung nach § 12 GBD. a. F. 940¹⁰

§ 27 GBD. Bei gleichzeitigem Antrag auf Umschreibung des Eigentums und Löschung einer Hypothek Zustimmung des Grundstückserwerbers zur Löschung der Hypothek nicht erforderlich 1174²⁰

§§ 28, 79 GBD. Zur Umwandlung von Goldmark in Reichsmarkhypothek Zustimmung der gleich- oder nachstehend Beteiligten nicht erforderlich 445¹⁰

Unzulässigkeit der grundbuchlichen Eintragung einer auf Goldmark lautenden Darlehnshypothek 941²⁰

§ 29 GBD. Beglaubigte Namens- oder Firmenunterzeichnung keine genügende Unterlage für Eintragung, wenn wesentliche Namens- oder Firmenbestandteile nicht erkennbar 718¹⁸

Die von den öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren über Angelegenheiten der öffentlich-rechtlichen Körperschaft, bei der sie angestellt sind (z. B. „Reichsbautobahn“), ausgestellten Urkunden sind öffentliche i. S. des § 29 I 2 GBD. 1174²⁷

§ 47 GBD. Baubeschränkung ist ordnungswidrig unter einer Nummer zugunsten des Staates und des jeweiligen Eigentümers des Nachbargrundstücks eingetragen. Löschung der öffentlich-rechtlichen Baubeschränkung des Staates gemäß Art. 7 HambGef. v. 16. Juni 1937 zur Anpassung an die GBD., Löschung des Rechts des Nachbarn nur nach Feststellung, daß die Beteiligten bzgl. Bestellung einer privatrechtlichen Grunddienstbarkeit nicht einig geworden 463³³

Genehmigungspflicht für Verfügungen über Grundstücke usw. durch Juden gemäß § 8 I 1 WD. über Einsatz des jüdischen Vermögens stets gegeben,

wenn nicht der Rechtserwerb durch Eintragung im G. bereits vor dem 5. Dez. 1938 vollendet; § 878 BGB. hier nicht anwendbar 180²³; 181²⁴

Auf Antrag des zuständigen OStA. hat das OVG. die vom Strafgericht in Ermittlungsverfahren wegen Delikten bergelassen gem. § 27 der 1. Durchf. VO., §§ 42 I Ziff. 7, 45 DelG. auf Grund Arrests angeordnete Pfändung der auf Dritten eingetragenen Hypothek einzutragen 944²⁵

Grundbuchamt

G. und Entjudung des deutschen Grundbesitzes 1203

Grunddienstbarkeit

Baubeschränkung ist ordnungswidrig unter einer Nummer zugunsten des Staats und des jeweiligen Eigentümers des Nachbargrundstücks eingetragen. Löschung der öffentlich-rechtlichen Baubeschränkung des Staats gemäß Art. 7 HambGes. v. 16. Juni 1937 zur Anpassung an die GVO., Löschung des Rechts des Nachbarn nur nach Feststellung, daß die Beteiligten bzgl. Bestellung einer privatrechtlichen G. nicht einig geworden 463³³

Grundeigentum

Zum englischen Gesetzentwurf betr. Einschränkungen des G. 916

Grundschuld

bgl. auch EigentümerG., FrankenG. (Schweizer)

Abtretung einer auf Erbhof ruhenden Fremdg. nicht genehmigungsbedürftig, auch nicht bei gleichzeitiger Auswechslung der durch sie zu sichernden, aber nicht bestehenden Forderung gegen andere neu begründete Forderung + 946²⁵

Grundsteuer

Kommentar zum G.gesetz. Schrifttum 304

Grundstücke

Kein Anlagevermögen i. S. des § 17 der 1. GenStDurchfVO. bilden in der Zwangsversteigerung zur Rettung einer Forderung erworbene G., die innerhalb drei Jahren wieder verkauft werden 192³⁶

Grundstücksbewertung

Die Festsetzung des Grundstückswerts im Zwangsversteigerungsverfahren und ihre Bedeutung 72

Grundsätze für Bewertung von Grundstücken für Feststellung der Enteignungsschädigung 291

§ 53 ABewG. Bewertung von Kleingartenland + 894²⁶

§ 22 ABewG. Wertfortschreibung eines Grundstücks bei Abweichung des Werts des Grundstücks im Fortschreibungszeitpunkt von dem auf den Feststellungszeitpunkt festgestellten Einheitswert + 1101⁴⁵

Grundstückseigentümer

Analoge Anwendung der Bestimmungen der §§ 912 ff. BGB., wenn die beiden durch den Überbau betroffenen Grundstücke dem gleichen Eigentümer gehören + 1159¹⁶

Gemeinschaftspflicht des G. zur Durchführung polizeilich angeordneter Schädlingsbekämpfung auf seinem Grundstück 464³⁷

Grundstückserwerb

Verbot des G. für Juden durch VO. über den Einatz des jüdischen Vermögens 1207

Die einkommensteuerliche Behandlung der für ein neu erworbenes Grundstück aufgewendeten Instandsetzungskosten 350

Bei gleichzeitigem Antrag auf Umschreibung des Eigentums und Löschung einer Hypothek Zustimmung des Grundstückserwerbers zur Löschung der Hypothek nicht erforderlich 1174²⁸

„Erforderliche Maßnahmen“ i. S. von Abs. 3 4 b der Gemeinsh. Richtlinien Nr. 80 v. 14. Aug. 1937 bei Einzug von Land zu einem Anwesen zwecks Erlangung der Erbhofeigenschaft und Herbeiführung der Entschulbung bis zum 15. Jan. 1937 804³⁵

Grundstücksrechte

Verpflichtung der Grundstücksbelastung bei Streitwertfestsetzung in Rechtsstreit auf Erteilung der Auflassung 1182³⁴

Sinzzuschreibung eines mit dinglichen Rechten, die zur Wirksamkeit gegenüber dem öffentlichen Glauben des Grundbuchs der Eintragung bedürfen, belasteten Grundstücks als Bestandteil zu einer Heimstätte 1175²⁹

Erfordernis der Genehmigung der obersten Landesbehörde zur Umwandlung eines belasteten Grundstücks in Reichsheimstätte 1176²⁹

Grundstücksveräußerung

Vollständige und leichtverständliche Fassung der G.verträge 706

Aufgaben des OVG. bei G. durch Juden gemäß VO. über den Einatz des jüdischen Vermögens v. 3. Dez. 1938 1205

Die Entjudung des deutschen Grundbesitzes. Schrifttum 709

Keine Anwendung der Formvorschrift des § 313 BGB. auf Gesellschaftsvertrag über gemeinsame Bewirtschaftung und Verwertung der im Eigentum des einen Vertragsteiles stehenden Grundstücke, wenn keine Verpflichtung des Eigentümers zur Übertragung der Grundstücke auf die Gesellschaft zu Miteigentum darin enthalten 309³

§ 839 BGB. Regelmäßig keine Pflicht des Notars, den im Geschäftsleben stehenden Grundstückskäufer über Begriff und Umfang der Wertzuwachssteuer zu belehren 1241³

§ 839 BGB. Amtsrichter, der als Grundbuchrichter die zu Auflassung erforderlichen Erklärungen entgegennimmt und protokolliert, heurkundet auf Antrag auch den Veräußerungsvertrag. Haftung für die hierbei begangene Amtspflichtverletzung nach § 12 GVO. a. F. 940¹⁹

§ 6 SchuldvereinG. Gewinn aus der Weiterveräußerung eines zwangsversteigerten Grundstücks + 1098⁴²

Beachtung des Grundgesetzes des Ges. vom 29. März 1935, für Zwecke der Wehrmacht geopfertes Erbhofland durch anderes zu ersetzen, auch bei freihändigem Landverkauf für Wehrmierzwecke; sonst Auflage betr. Verwertung des Erlöses 803³⁴

§ 62 II EGBiD. Beschwerdeberechtigung des nächstberufenen Anerben, auch wenn er eigenen Erbhof besitzt; ferner auch Beschwerdeberechtigung des nächstfolgenden, der an Stelle des das Übernahmerecht nicht ausübenden erstberechtigten Anerben nach § 22 I 2 RFG treten würde 591¹⁸

Kein Verlust des Anspruchs des durch Ausbau einer Wasserstraße benachteiligten Grundstückseigentümers auf Entschädigung nach § 157 PrWassG. durch Veräußerung des betroffenen Grundstücks, wenn die Wertminderung bei der Gegenleistung berücksichtigt worden 892²⁵

Genehmigungspflicht für Verfügungen über Grundstücke usw. durch Juden gemäß § 8 I 1 VO. über Einatz des jüdischen Vermögens stets gegeben, wenn nicht der Rechtserwerb durch Eintragung im Grundbuch bereits vor dem 5. Dez. 1938 vollendet; § 878 BGB. hier nicht anwendbar 180²³ 181²⁴

VO. über Einatz jüdischen Vermögens v. 3. Dez. 1938. Keine Eintragung von Restaufgeldhypothek für Juden, der sein Grundstück veräußert 582⁷

Grundstücksverkehrsbeachtmachung

Einwirkungen der G. auf die Zwangsversteigerung 420

Verkehr mit land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken. Schrifttum 230

Der ländliche Grundstücksverkehr. Schrifttum 39

Grundstücksverwalter

Zwangsgeldfestsetzung gegen G. zur Sicherstellung der Wasserversorgung des Grundstücks 814⁴³

Günther, Wolfgang Wilhelm, + 23. Mai 1938 1055

Gutachten

bgl. auch unter Erbbiologie
Zur Frage der Erstattungsfähigkeit der Auslagen für G., die in Erb- und Ehegesundheitsverfahren auf eigene Kosten eingeholt worden sind 1137
Gebühren für ärztliche G. 1137

Zur Frage der Erstattungsfähigkeit von Kosten eines PrivatG. 890²²; insbes. zur Berufungsbegründung 1185⁴¹

§ 161 RPD. Bei unterbliebener Protokollierung des mündlich erstatteten G. Aufnahme des wesentlichen Inhalts ins Urteil unerlässlich 795²⁶

§ 250 StPD. Unzulässigkeit der Beweisaufnahme über den Geisteszustand des Angekl. durch Verlesung eines in anderer Sache erstatteten ärztlichen G. 716¹⁵

Gütergemeinschaft

Erteilung von Generalvollmacht durch in allgemeiner G. lebende Ehefrau an ihren Mann umfaßt Verfügung und Belastung des Gesamtguts ohne ihre Zustimmung für den Einzelfall + 371²⁹

Im Anwendungsgebiet der Pommer-BauernVO. v. 15. Mai 1916 auch nach Inkrafttreten des BGB. Ausschluß des Eintritts der fortgesetzten G. durch einseitiges eigenhändiges Testament des Ehemanns möglich 249²²

Weisfalsche G. Bei „unerbter“ Ehe Anordnung der Testamentvollstreckung durch überlebenden Ehegatten nur bzgl. seines eigenen gütergemein-

chaftlichen Anteils und seines Erbteils am gütergemeinschaftlichen Anteil des erstverstorbenen Ehegatten zulässig 171¹⁵

Gütertrennung

§ 1604 BGB. Unterhaltspflicht der Ehefrau ihren Verwandten gegenüber beim gesetzlichen Güterstand und bei G. 589¹⁵

Güterverkehr

vgl. unter Eisenbahn

Güterverfahren

Zur Frage der Erlangung eines Vollstreckungstitels über die Kosten des G., wenn der Güteranspruch sich nach übereinstimmender Erklärung der Parteien während des G. erledigt hat 1134

Gutgläuberschutz

Die Entwicklung des G. im 19. und 20. Jahrhundert mit besonderer Berücksichtigung des Wechselrechts. Schrifttum 920

Guthaben

Devisenrecht: Verfügung über G. von Auswanderern 971

Gutsbezirk

In dem bei Umwandlung eines G. in Gemeinde zwischen Gutsbesitzer und neugebildeter Gemeinde abgeschlossenen Auseinandersetzungsvertrag verpflichtet sich der Gutsbesitzer u. a. zur Abtretung privater Rechte. Zulässigkeit des Rechtswegs für die aus dieser Vereinbarung sich ergebenden Streitigkeiten 460³²

Gutsübergabe

Einfluß des Erbhofrechts auf ehe- und güterrechtliche Erbsforderungen im Falle der Erbhofübergabe 1053

Auflagen zu Lasten des Erbhofs 1054
§ 36 I EGBB nur auf echte Übergabeverträge anwendbar § 809^{38, 39}

Haager Ehecheidungsabkommen

Zuständigkeit der deutschen Gerichte für die Ehecheidung von Schweden auch nach Kündigung des H. E. 187³¹

„Haberfeldtreiben“

Das H., Geschichte und Bedeutung. Schrifttum 573

Haftpflicht

Neuregelung der H. der Eisenbahn für Sachschäden 213

Abwägung des eigenen Verschuldens des Fahrgastes, der von der offenen Plattform der Straßenbahn herabgestürzt ist, gegenüber der Betriebsgefahr der Straßenbahn 183²³

Haftpflichtversicherung

Ablehnung der Auffassung, daß der den Versicherten in Anspruch nehmende Dritte kein anderer als der Verletzte oder der Eigentümer der beschädigten Sache sein dürfe. Kein Ausschluß des Versicherungsschutzes gemäß § 4 Abs. 1 Ziff. 1 AllgVerfBed. durch Zuführung einer Eigenschaft durch den versicherten Verkäufer § 1088³²

Zur Frage des Verlustes des Versicherungsanspruchs nach Treu und Glauben, wenn der Versicherungsnehmer bei H. eines Kraftwagens den Überfahrenen vorsätzlich in hilfloser Lage verlassen hat § 871⁴

Frage der Vererblichkeit der für den privaten und geschäftlichen Betrieb eines Kraftwagens abgeschlossenen H., wenn nach Tod des Versicherungs-

nehmers Schadens- und Versicherungsfall eingetreten und Testamentsvollstreckung besteht 645²³

ÖsterrBVG. „Behördlicher Führerschein“ i. S. der AllgVerfBed. Vereinbarung, daß für den durch einen Fahrer ohne behördlichen Führerschein verursachten Schaden nicht gehaftet wird 1195⁵⁹

Handelsgesellschaften

Die Besteuerung der Gesellschaften, des Gesellschafterwechsels und der Umwandlungen. Schrifttum 359

Handelsgewerbe

Lohnschleiferei mit nur handwerksmäßigem Umfang kein H., daher auch keine HGB. Alleinvertretungsbefugnis der Gesellschafter nur auf Grund besonderer Vereinbarung § 238¹³

Handelskammer

vgl. unter Industrie- und H.

Handelsrecht

Das neue rumänische HGB. 910

Handelsregister

Die H.eintragungen nach dem neuen rumänischen HGB. 911

Das H. in der gesteuerten Wirtschaft: hat der Registerrichter vor der Eintragung von Amts wegen das Vorhandensein der staatlichen Genehmigung zu prüfen? 685 § 717¹⁷ Anm.

§ 126 HGB. Keine Beschwerdebefugnis der Industrie- und Handelskammer gegen Zurückweisung der Eintragungsanmeldung eines Beteiligten, außer zur Anregung eines Ordnungsstrafverfahrens gegen den Beteiligten, um neue Anmeldung zu erzwingen § 921¹⁰

Ausschluß einzelner nichtiger Satzungsbestimmungen durch den Vorstand der Aktiengesellschaft von der Eintragung in der Anmeldung zum H. 718¹⁰

Eintragung eines Gesellschafterbeschlusses, wonach Auflösung der GmbH. unter einer Bedingung erfolgen soll. Nach Beschwerdeeinlegung gegen die eine Anmeldung zum H. beantragende Zwischenverfügung Pflicht des Beschwerdegerichts zur Nachprüfung sämtlicher Beanstandungen und der Mittel zu ihrer Behebung 1166¹⁸

Bei Anmeldung des Schlusses der Abwicklung und des Erlöschens der Firma einer GmbH. Nachweis des Ablaufes des Sperrjahrs gegenüber dem Registergericht nicht erforderlich § 1167¹⁰

Handlungsagent

Unter welchen Voraussetzungen ist das Verhältnis des H. „arbeitnehmerähnlich“ i. S. der §§ 2, 5 ArbZG? § 957⁴²

§ 5 EintStG. Nach Vermittlung des Geschäfts durch H. und Anzeige des Abschlusses an den Geschäftsherrn Ausweis der daraus anfallenden Provision in der Bilanz des H. § 393⁴⁷

Handlungsgeshilfe

„Unverschuldetes Unglück“ i. S. des § 63 HGB., insbes. bei Unfall anlässlich sportlicher oder turnerischer Betätigung 392⁴⁰

Handwerk

H. und Industrie:

Die bisherigen Begriffsbestimmungen 680

Die Notwendigkeit einer neuen Abgrenzung 682

Der Versuch einer neuen Abgrenzung 683

Vereinigung des H. gemäß DurchfB. zum Vierjahresplan v. 22. Febr. 1939 420

Hauptverhandlung

Die Erörterung der Vorstrafen des Angekl. in der H. 111 763

§§ 230 ff. StPO. Entschuldigen des Ausbleibens des Angekl. in der H. auch ohne ausdrückliche Bitte um Entschuldigung. — Nach rechtskräftiger Verurteilung der Wiedereinsetzung gegen Versäumung des Termins zur H. über den Einspruch erfolgreiche Berufung gegen das Urteil, durch das sein Einspruch wegen Ausbleibens in der H. verworfen worden 1154¹⁰

„Haus des Deutschen Rechts“

Der erste Bauteil des H. d. D. R. in München eröffnet 766

Hausgemeinschaft

Mietvertrag und H. in der Rechtsprechung 144

Hausstandskinder (§ 1617 BGB.)

§ 845 BGB. Die Anrechenbarkeit des ersparten Unterhalts für Ehefrau oder Kind 979

Einkommensteuerliche Behandlung der Beschäftigung von Kindern im gewerblichen Betrieb des Vaters; Gewährung von Wohnung und Verpflegung als Arbeitslohn der Kinder und als Betriebsausgabe bei dem Vater § 191³⁵

Hausverwalter

Rechtsanwälte als H. MittBl. zu Heft 1/2 S. 4

SchuldbereinG. Verwaltung eigenen Hausbesitzes unter Umständen Ausübung eines selbständigen Berufs 1253¹⁴

Heeresbauten

§ 384 I ABG. Erhöhte betriebseigene Erkrankungsgefahr bei H. 272⁴³

Hegemonie

Reichsproblem und H. 561

Hehlerei

Wesensunterschiede im Begriff „seines Vorteils wegen“ in § 259 StGB. und in § 4 HeimtückeG. § 361¹
§ 403 ABG. Steuerh. § 368¹⁸

Heil- und Pflegeanstalt

§ 66 EheG. Der geschiedenen Ehefrau, die zwei minderjährige Kinder zu erziehen hat, ist nicht zuzumuten, zwecks Entlastung des unterhaltspflichtigen Ehemanns Stellung in H.- u. Pf. anzunehmen § 1246⁸

Keine Ersetzung des gemäß § 265 StPO. erforderlichen Hinweises des Vorsitzenden auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes durch den Antrag des StA., den Angekl. in H.- oder Pf. unterzubringen 370²⁴

Anordnung der Sicherungsverwahrung, nicht Unterbringung in H.- oder Pf., für Gewohnheitsverbrecher mit erheblich verminderter Zurechnungsfähigkeit, der aber weder heilbar noch pflegebedürftig 161¹

Kostenpflicht des Angekl. für das Sicherungsverfahren (§ 429 a StPO.) bei selbständiger Anordnung seiner Unterbringung in H.- oder Pf. gemäß dem Antrag der StA. 371²⁰

Heilpraktiker

Zum Gesetz über die berufsmäßige Ausübung der Heilkunde ohne Bestallung (Heilpraktikergesetz) v. 17. Febr. 1939: Aufhebung der unbeschränkten Kurierfreiheit 692

Das Gesetz und die 1. Durchf. v. D. 693
Der Kreis der künftig zur Ausübung der Heilkunde berechtigten Personen 695

Heimstätte

§§ 5, 10 RHeimstG. Hinzuschreibung eines mit dinglichen Rechten, die zur Wirksamkeit gegenüber dem öffentlichen Glauben des Grundbuchs der Eintragung bedürfen, belasteten Grundstücks als Bestandteil zu einer H. 1175²⁸

§ 25 III RHeimstG. Erfordernis der Genehmigung der obersten Landesbehörde zur Umwandlung eines belasteten Grundstücks in Reichsh. 1176²⁹

Heimtückegesetz

Wesensunterschiede im Begriff „seines Vorteils wegen“ in § 259 StGB. und in § 4 HeimtückG. § 4 HeimtückG. erfasst jedes Handeln „seines Vorteils wegen“, gleichviel ob materieller oder ideeller Vorteil + 361¹

Heiratsbeihilfen

Einkommensteuerbefreiung für H. 689

Herausgabe eines Kindes

§ 11 BGB. Streitwert bei Klagen auf H. e. R. 886¹⁷

Herausgabeanspruch

§ 627 BPD. Einstweilige Anordnung der Herausgabe von Sachen 609

Zur Rechtsfindung bei Herausgabeklagen in Abzahlungssachen 616

§ 627 BPD. Anordnung auf Herausgabe von Haushaltsgegenständen durch Ehemann an die Frau ist Teil der Unterhaltsregelung, daher durch das Armenrecht für den Hauptprozeß gedeckt 1189⁴⁷

Hilfsleistungspflicht (§ 330 c StGB.)

Voraussetzung der Verpflichtung zur Hilfsleistung gemäß § 330 c StGB. ist nicht, wie in § 22 II KraftfG., hilflose Lage der verletzten Person 713⁷

Hinterbliebenenversorgung

§§ 139, 184 BGB. Gesetzlicher Schadensersatzanspruch einer Empfängerin entsteht in der zugesprochenen Höhe als ihr Anspruch; aber infolge Übergangs auf den Dienstherrn keine Klageberechtigung, soweit der Umfang der Versorgungsbezüge reicht 1248¹⁰

Hinterlegung

§§ 266, 348 StGB. Wann hat Notar, der bei ihm hinterlegtes Geld für sich verbraucht, das Erfordernis erfüllt, jederzeit eine entsprechende Summe baren Geldes zum Vorlegen zur Verfügung zu haben? 989¹⁰

Hinweis auf Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts (§ 265 StGB.)

Keine Erkennung der Belehrung des Vorstehenden durch den Antrag des StA., den Angekl. in Heil- oder Pflanzanstalt unterzubringen und Sicherungsverwahrung anzuordnen 370²⁴

Hitlerjugend

Die verfassungsrechtliche Stellung der H. 505

§§-Rechtschulung. MittBl. zu Heft 3/4 S. 16, S. 23

Ablehnung der Anwendung der Amtshaftung gemäß § 839 BGB. für Angehörige der H. + 241¹⁵

Unzulässigkeit des Rechtswegs für Geltendmachung von Ansprüchen aus §§ 906, 1004 BGB. gegenüber Störungen durch vorschriftsmäßigen Betrieb öffentlicher Schulen oder durch Übungen des Jungvolks und der StA. 1010²⁹

Hochschulen

Meldungen der deutschen H. MittBl. zu Heft 3/4 S. 24

Hochschullehrer

Tagung der Arbeitsgemeinschaft Völkerrecht der Reichsfachgruppe H. im NSRB. in Verbindung mit der 25-Jahr-Feier des Kieler Instituts für Politik und Internat. Recht 703

Die Reichsgruppe H. auf dem Tag des deutschen Rechts 1055

Homosexualität

Die H. der Frau und die Frauenbewegung 65

§ 175 a Ziff. 3 StGB. Mehrfache Verführung desselben Minderjährigen. Mit dem Ziel der Unzucht erfolgende Einladung des auswärtig wohnenden Minderjährigen als Anfang der Verführung 363⁹

§ 175 a Ziff. 3 StGB. Vorliegen der Verführung, ohne daß der Jugendliche seine Abneigung gegen die Wünsche des Verführers ausdrücklich kundgetan hat 364⁷

Hypothek

Eintragung der EinheitsH. 225

Die Eigentümergrundschuld bei Abtragung der Teilungsh. 409

Die kostenrechtliche Behandlung der Unterwerfungsklausel 1135

Zur Umwandlung von Goldmark in ReichsmarkH. Zustimmung der gleich- oder nachstehend Beteiligten nicht erforderlich 445¹⁰

Unzulässigkeit der grundbuchlichen Eintragung einer auf Goldmark lautenden DarlehensH. 941²⁰

Bei gleichzeitigem Antrag auf Umschreibung des Eigentums und Löschung einer H. Zustimmung des Grundstückserwerbers zur Löschung der H. nicht erforderlich 1174²⁶

Verpflichtung des Gläubigers von Gesamth. bei gemeinschaftlicher Kündigung und Zahlung durch die Eigentümer der belasteten Grundstücke Löschungsbewilligung bzgl. aller Grundstücke auszustellen 935¹⁶

Auf Antrag des zuständigen OStA. hat das GBA. die vom Strafgericht in Ermittlungsverfahren wegen Diebstahls verhängte Gem. § 27 der 1. Durchf. v. D., §§ 42 I Ziff. 7, 45 DebG. auf Grund Arrests angeordnete Pfändung der auf Dritten eingetragenen H. einzutragen 944²³

§ 1 SchuldVereinG. Zugehörigkeit von Wohngrundstück des Schuldners, das er zur Sicherung geschäftlicher Kredite belastet hat, zur wirtschaftlichen Grundlage der selbständigen Lebenshaltung 1097⁴¹

BD. über Eintrag jüdischen Vermögens v. 3. Dez. 1938. Keine Eintragung von RestaufgeldH. für Juden, deren Grundstück veräußert 582⁷ 1207

Zur Eintragung von Arresthypothek auf Grundstück eines Juden Genehmigung gemäß BD. über Eintrag jüdischen Vermögens v. 3. Dez. 1938 nicht erforderlich 1169²¹ 1206

Keine Anwendung der BD. über Eintrag des jüdischen Vermögens auf die von Juden in vollstreckbarer Urkunde erklärte Unterwerfung unter die sofortige Zwangsvollstreckung 1206 1251¹²

Hypothekenzinsen

Die Regelung der Fälligkeit alter Hypotheken, ein Beitrag zur deutschen Rechts Erneuerung:

Die gesetzliche Stillhaltepflicht und ihr Abbau 201

Die Mitwirkung des Gerichts bei der Regelung der Rückzahlung 203

Hypothekenzinsen

Die Erhöhung von Darlehens- und H. im Rahmen der Bauparreform 740
Durch persönliche Verpflichtung des Grundstückseigentümers zur Zinszahlung gemäß § 22 Deutsch-Schweiz. ZusatzAbf. zum GoldHypAbf. keine persönliche Verpflichtung begründet, Maßnahmen zur Befriedigung des Grundschuldgläubigers zu treffen 170¹⁴

Jagdrecht

Kommentar zum NJagdG. Schrifttum 863

NJagdG. Textausgabe. Schrifttum 1236
§ 30 NJagdG. Meldepflicht bei Überwechseln frantgeschossenen Wildes 370²⁰

Jahrbücher (Schrifttum)

J. des Deutschen Rechts 232

J. für Entscheidungen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und des Grundbuchrechts 232

J. des Jugendrechts 574

J. 1938, herausgegeben vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der DAF. 1060

Japan

J., das Götterreich. Ein Beitrag zum Verständnis der japanischen Staatsauffassung 533

Japanische Juristen bei RMin. Dr. Frank. MittBl. zu Heft 3/4 S. 22

Immisionen

Zum Ausgleich von Schäden durch J. aus öffentlichen Betrieben 743

Industrie

Handwerk und J.:

Die bisherigen Begriffsbestimmungen 680

Die Notwendigkeit einer neuen Abgrenzung 682

Der Versuch einer neuen Abgrenzung 683

Industrie- und Handelskammer

§ 126 HGB. Keine Beschwerdebefugnis der J.- u. H. gegen Zurückweisung der Eintragungsanmeldung eines Beteiligten, außer zur Anregung eines Ordnungsstrafverfahrens gegen den Beteiligten, um neue Anmeldung zu erzwingen + 321¹⁰

Instandsetzungskosten

Die einkommensteuerliche Behandlung der für ein neu erworbenes Grundstück aufgewendeten J. 350

Internation. Privatrecht

Zum Neubau des J. P. 228

Keine Anwendung des Gesetzes des Ortes der Geschäftsvornahme gemäß

Art. 11 I S. 2 EGBGB., wenn das Gesetz das betreffende Rechtsgeschäft überhaupt nicht kennt 1001²³

Art. 19, nicht Art. 17 EGBGB. maßgebend für Zuteilung der Kinder auch aus geschiedenen Ehen. Scheidung der Eltern i. S. des Art. 19 EGBGB. dem Tod des Vaters nicht gleichgestellt. Anerkennung eines in Schweden ergangenen Urteils betr. Kinderzuteilung unter schwedischen Staatsangehörigen nach Scheidung der Ehe unter den Voraussetzungen des § 328 ZPO. + 869²

Recht auf Wohnsitzbestimmung auf Grund des Rechtsverhältnisses zwischen Eltern und ehelichem Kind (Art. 19 EGBGB.) Beurteilung der Vorfrage nach der Ehegültigkeit des Kindes nach Art. 19 EGBGB. 246¹⁰

Abstammungsstatut bei Inkrafttreten der Änderung des Art. 29 EGBGB. durch das FamRAndG. nach der Geburt des Kindes des Staatenlosen 247²⁰

Keine Anwendung des Art. 30 EGBGB. gegenüber ausländischem Recht, das einen dem Deflorationsanspruch des § 1300 BGB. entsprechenden Anspruch verneint. Gemäß nordamerikanischem Recht neuerdings keine Ansprüche aus Verlöbnißbruch 1012³²

Internationales Steuerrecht
Probleme des i. St. Zur Gründung der Internat. Vereinigung für Finanz- und Steuerrecht im Haag (1938) 149

Internationales Zivilprozessrecht
L'exécution à l'étranger des obligations alimentaires. Schrifttum 920

Vereinbarung des zuständigen Gerichts (§ 38 ZPO.), auch wenn im Ausland getroffen, ist eine nach deutschem Recht zu beurteilende Prozeßhandlung + 453²²

Gerichtsstand nach § 8 II FamRAndG. für Ehegültigkeitsanfechtungsklage gegenüber Kind, dessen Vater eine ausländische Staatsangehörigkeit, die Mutter die Reichsangehörigkeit besitzt 246¹⁸

Zuständigkeit der deutschen Gerichte für Klagen auf Ehegültigkeitsanfechtung zwischen Ausländern ohne Rücksicht auf die Anerkennung solcher Urteile 246¹⁹

Zuständigkeit der deutschen Gerichte für die Ehescheidung von Schweden 187³¹

Anerkennung eines in der Schweiz über Reichsdeutsche ergangenen Scheidungsurteils, soweit nach der deutschen ZuständigkeitsD. schweizerisches Gericht zuständig war 267³⁸

Entsprechende Anwendung des § 328 ZPO. auf die Anerkennung einer dan. fgl. Scheidungsbewilligung 1015³⁸

Invalidenversicherung
§ 1265 RVD. Gewährung der Altersinvalidenrente an Versicherten, der nach eingetretener Invalidität vor dem Jahre 1936 mit Anspruch auf Invalidenrente wegen Unwirtschaftsverlusts abgewiesen worden, bei Vollendung des 65. Lebensjahres wegen vorhandener Halbbedeckung 272⁴⁴

§§ 1426, 1414 RVD. Untspflichtberlegung durch Krankentassenangehörige gegenüber dem Arbeitgeber anlässlich

des Umtauschs von Karten der J. und der damit zusammenhängenden Berrichtungen 243¹⁰

Frage der Zurückforderung ausbezahelter, an sich wegen Bezugs von Unfallrente ruhender Teile von J.rente 959⁴⁰

Irrtum
J. bei Begehung von Verstößen gegen das JugSchG. 759

Aufhebung einer bisher österreichischem Recht unterstehenden Mischehe wegen J. über Rassenfrage nach dem 1. Aug. 1938 — Inkrafttreten des EheG. — noch mindestens ein Jahr lang 173¹⁷

Nach Abweisung einer auf J. über geistige Erkrankung gestützten Eheanfechtungsklage Erhebung der Aufhebungs-klage wegen J. über vererbliche Geisteskrankheit des Ehegatten 778¹³

Anwendung des § 71 DevG. 1938 erfordert, daß der Täter die Tat — irrig — für erlaubt gehalten hat und daß sein J. unerschuldet ist 366¹⁰ + 927¹⁰

Italien
Neues italienisches Verfassungsrecht 30

Jude
vgl. auch unter BlutschutzG.

Zur Frage der Hausgemeinschaft mit J. 145

Das Gesetz über Mietverhältnisse mit J.:
Der persönliche Geltungsbereich 965

Voderung des Kündigungsschutz des J. 966

Unterbringung jüdischer Mieter 967

Räumungsfrist 968

Anmeldepflicht jüdischen Wohnraums 968

Der räumliche Geltungsbereich 968

Pensionsverträge mit J. 1230

Prozeßkostenvorschußpflicht für auswanderte jüdische Kl. 154

Anordnungen betr.
Vertretung von J. in Rechtsangelegenheiten MittBl. zu Heft 1/2 S. 1, 4, 5

Entfernung der J. aus dem Anwaltsberuf 1114

Sind besondere Reisekosten jüdischer Konsulanten erstattungsfähig? 1138

§ 5 der 1. BD. zum RBürgerG. Maßgeblichkeit des 15. Sept. 1935 nicht als Stichtag für die Erklärung des Austritts aus der jüdischen Religionsgemeinschaft, sondern für die Wirksamkeit des Austritts 924⁷

Aufhebung einer bisher österreichischem Recht unterstehenden Mischehe wegen Irrtums über Rassenfrage nach dem 2. Aug. 1938 — Inkrafttreten des EheG. — noch mindestens ein Jahr lang 173¹⁷

Entlassung eines jüdischen Testamentsvollstreckers aus dem Antrag auf Antrag der Erben, die Vierteljuden sind 580⁵

§ 1 UnWG.: Hinweis auf die Zugehörigkeit eines Mitbewerbers zum Judentum wird regelmäßig geboten und zulässig sein; das gilt nicht ohne weiteres gegenüber jüdischen Wählern als Unternehmern 437²

§ 1 IV SchulbVereinG. Zur Frage der Gewährung des Schutzes des SchulbVerG. für die arische Ehefrau eines J. 1097⁴⁰

Keine Strafmilderung für Halbjüdin bei Abtreibung wegen ihrer russischen Zugehörigkeit + 922³

Jüdische Firmen

Abwicklung größerer jüdischer Unternehmen durch Wirtschaftsrechtswahrer. MittBl. zu Heft 1/2 S. 5

BD. zur Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben. Einzelvollstreckung gegen die in Abwicklung begriffenen j. F. grundsätzlich statthaft 581⁹; desgl. gerichtliche Geltendmachung von Forderungen 1168²⁰

Genehmigungspflicht der Veräußerung eines gewerblichen Betriebs durch Juden, auch wenn das Verpflichtungsgeschäft zur Zeit seines Abschlusses noch nicht genehmigungsbedürftig war + 716¹⁷

Jüdische Synagogengemeinde

Wirksamkeit der von Vorstand einer j. S. vor dem 1. April 1938 erstellten Generalvollmacht, auch nachdem die Gemeinde nicht mehr Körperschaft des öffentlichen Rechts, sondern rechtsfähiger Verein des bürgerlichen Rechts geworden 1077²¹

Jüdisches Vermögen

GBA. und Entjudung des deutschen Grundbesitzes 1203

Die Entjudung des deutschen Grundbesitzes. Schrifttum 709

Genehmigungspflicht für Verfügungen über Grundstücke usw. durch Juden gemäß § 8 I 1 BD. über Eintrag des j. B. stets gegeben, wenn nicht der Rechtswerb durch Eintragung im Grundbuch bereits vor dem 5. Dez. 1938 vollendet; § 878 BGB. hier nicht anwendbar 180²³ 181²⁴

BD. über Eintrag j. B. v. 3. Dez. 1938. Keine Eintragung von Restkaufgeldhypothek für Juden, der sein Grundstück veräußert 582⁷ 1207

Zur Eintragung von Arresthypothek auf Grundstück eines Juden Genehmigung gemäß BD. über Eintrag j. B. v. 3. Dez. 1938 nicht erforderlich 1169²¹ 1206; desgl. nicht zu auf Bewilligung eines Juden beruhender Eintragung einer Auflassungsvormerkung 1169²² 1205

Keine Anwendung der BD. über Eintrag des j. B. auf die von Juden in vollstreckbarer Urkunde erklärte Unterwerfung unter die sofortige Zwangsvollstreckung 1206 1251¹²

Genehmigung gemäß BD. über Eintrag des j. B. erforderlich zur Abtretung einer Eigentümergrundschuld durch einen Juden 1206 Ziff. 7 1251¹²

Keine Genehmigung gemäß BD. über Eintrag j. B. erforderlich zu der auf Bewilligung eines Juden beruhenden Eintragung eines dinglichen Vorlaufsrechts 1206 1252¹³

Jugendämter
Die in Unterhaltsprozessen von den J. neben der Unterhaltsverurteilung begährte Vaterschaftsfeststellung des unehelichen Erzeugers — ein überflüssiger Antrag mit unerwünschten Folgen? 73 357

Jugendhilfe
J. und Gesundheitsfürsorgerecht. Schrifttum 919

Jugendliche
vgl. unter Kinder

Jugendrecht

Jahrbuch des J. Schrifttum 574
Leitfäden für ein deutsches J. Schrifttum 37

Jugendhubs

J. gesetz. Schrifttum 125 304 1062
Die Strafbestimmungen des J.gesetzes 756

Zum neuen englischen J.gesetz 916

Jugendstrafrecht

Die unbestimmte Verurteilung im J. Schrifttum 1063
Gefängnisstrafe für Jugendliche? 115

Junge Rechtswahrer

Die Erziehung des Rechtswahrmachwuchses:
Zuständigkeitsfrage 3
Berufsauffassung 4
Mängel der Ausbildung 5
Grundsätzliche Vorschläge 7

Die Nachwuchsfraße:

die Lage 501
die Nachwuchsgewinnung 502
die Nachwuchserziehung 503

Erziehung und Führung der R. 540

Rechtsreform und j. R. 556

Neuordnung der Unterhaltungsansprüche der

Referendare 571

Rechtssystem und Studienordnung. Ein Beitrag zur Berufserziehung des R. nachwuchses 829

Von der Reichsgruppe:

Frühe; Zusammenarbeit mit Reichsjugendführung; desgl. mit der Justizverwaltung; fachliche Fortbildung; Beratungsgemeinschaften; Vorbereitung auf die Asefforprüfung. MittBl. zu Heft 3/4 S. 16

Neuerennung der Mitglieder des Reichsgruppenrats j. R. 1059

Jugendvoll

vgl. unter Hitlerjugend

„Jurist“

Kritik und Apologie des „J.“ 196

Juristische Person

Die Einmann-GmbH. als j. P., Durchbrechung des Grundgesetzes der Identität von Unternehmer und formellem Unternehmensträger 12

Zustizausbildungsordnung. Schrifttum 986

Justizverwaltung

Zusammenarbeit der Reichsgruppe Junge Rechtswahrer mit der J. MittBl. zu Heft 3/4 S. 16

Kapitalgesellschaften

vgl. auch unter Umwandlung von R.
§§ 2, 7 GewStG. Bei R. keine betriebsfremden Vorgänge, die bei Ermittlung des steuerpflichtigen Gewerbeertrags auszuschalten. Die auf Grund der RotWD. v. 8. Dez. 1931 einer R. erlassenen Beförderungsteuerbeträge nicht am steuerpflichtigen Gewerbeertrag absetzbar 1102⁴⁷

Kartell

Zur subjektiven Körpersteuerpflicht eines in die Form einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts gekleideten Preis- und Konditionen-K. Sind die von den Mitgliedsverlehen gezahlten Umlagen Mitgliederbeiträge i. S. des § 8 KörperStG. 1934? 396⁴⁰

Rassenärztliche Vereinigung

Entscheidungen des Beschwaussch. der L. B. Deutschlands nicht „Urteile in Rechtsachen“ i. S. des § 839 II BGB. 1084²⁷

Katalognummern

Frage der Wettbewerbswidrigkeit des Gebrauchs von Vergleichsnummern, mit denen Ersatzteilhändler beim Vertrieb ihrer nicht originalen Ersatzteile für Kraftwagen auf R. der Kraftwagenfabriken verweisen 1170²³

Kauf

Sach- oder RechtsK. (Gefährtragung und Sachmängelhaftung) 210

Die Schadenshaftung bei Vorführfahrten von Kraftfahrzeugen 223

Durch Regelung der Gewährschaftshaftung in §§ 459 ff. BGB. Haftung für fahrlässiges Verhalten beim Vertragsschluss durch unzutreffende Angabe von Sacheigenschaften ausgeschlossen 799³⁰

Bei Gewährleistungsanspruch nach § 460 BGB. Schätzung des Schadens nach § 287 ZPO. unzulässig 799²⁹

Kein Ausschluss des Versicherungsschutzes gemäß § 4 I Ziff. 1 AllgVersVed. infolge Zusage einer Eigenschaft durch den versicherten Verkäufer § 1088³²

Kaufmann

§ 377 HGB. Rückpflicht des K. von den Preisbildungsvorschriften unberührt § 1078²²

Kaufzusammenhang

vgl. Ursächlicher Zusammenhang

Kinder

vgl. auch HausstandsK. (§ 1617 BGB.)
Erwachsen dem minderjährigen K. eigene vertragliche Rechte gegenüber einem von seinen Eltern zugezogenen Ärzte? 32

Einstweilige Anordnungen gem. §§ 627,

627 b ZPO. bzgl. der R. 610

Schutzvorschrift des § 618 BGB. auch für vom Dienstverpflichteten in die Räume des Dienstberechtigten während Leistung der Dienste mitgebrachte R. § 374³¹

Gesteigerte Sorgfaltspflicht des Kraftfahrers, wenn sich K. in seiner Fahrbahn bewegen 624³

§ 176 I Ziff. 3 StGB. Unzucht mit R. 233⁵

Zur Beurteilung der Aussagen von Mädchen in der Entwicklungszeit über geschlechtliche Erlebnisse regelmäßig Beiziehung eines Sachverständigen mit Kenntnissen in der Seelenkunde Jugendlicher geboten (StB.) 929¹²

§ 52 StPD. Erfordernis der Befragung der siebenjährigen Tochter des Angekl. über ihr Zeugnisverweigerungsrecht 988⁴

Kinderarbeit

vgl. unter JugSchG.

Kinderreiche

Erleichterung der Wohnungsbeschaffung für l. Familien: Pflicht zur Vermietung an l. Familien 1218

Meldungsverfahren 1219

Benennung 1219

Freigabe 1220

Rechtsfolgen bei Zuwiderhandlungen 1220

Rechtsmittel 1221

Was jeder K. wissen muß (Lastenausgleichsmaßnahmen). Schrifttum 709

Kinderzuschläge

Pfändung der R. nach § 850 b ZPO. 118

Unpfändbarkeit der R. der Angestellten und Arbeiter 670⁴²

Kindschaftsrecht

vgl. auch unter Personensorge

Recht auf Wohnstättbestimmung auf Grund des Rechtsverhältnisses zwischen Eltern und ehelichem Kind (Art. 19 GGVB.) Beurteilung der Vorfrage nach der Ehelichkeit des Kindes nach Art. 19 GGVB. 246¹⁹

§ 11 GGVB. Streitwert bei Klagen auf Herausgabe eines Kindes 886¹⁷

Klageänderung

K. bei Übergang von der Klage auf Feststellung der Zahlvaterschaft als Grundlage für Unterhaltsstreit zur Klage auf Feststellung der blutsmäßigen Vaterschaft § 578⁴

Klagermäßigung

Berechnung der Vergleichsgebühr nach dem vollen Streitwert auch nach Ankündigung von K. und Teilerkenntnis durch Schriftsatz 457²⁷

Klagerücknahme

Kann das Gericht den Parteien bescheiden, daß das Scheidungsurteil durch K. wirkungslos geworden ist? (§ 614 a ZPO.) 1130

Wirksamkeit der Vereinbarung zwischen den Parteien des Ehestreits, durch die die klagende Partei der beklagten die K. verspricht. — Keine Umdeutung der Berufungseinlegung der siegreichen Partei im Eheprozeß mit gleichzeitiger Erklärung, sie behalte sich Antrag und Gründe vor, in Zurücknahme der Scheidungsklage 183²⁹

Bei R. durch die Ehefrau Kostenlast des Vorbehaltsgutes, auch ohne daß Kostenurteil ergangen 1013³³

Volle Prozeßgebühr des Rechtsanwalts für Rücknahme der Klage im Eheprozeß durch Schriftsatzeinreichung auch bei gemeinschaftlicher Anzeige der Ausöhnung der Parteien und Erklärung der Rücknahme von Klage und Widerklage durch von beiden Rechtsanwälen eingereichten Schriftsatz 457²⁸

Vergleich in Ehesachen auch unter dem neuen Eherecht nicht möglich, insbes. nicht als gerichtlicher Vergleich mit Rücknahme von Klage und Widerklage 187³³

Klagechrift

Kostenrechtliche Behandlung bei gleichzeitiger Einreichung von Armenrechtsgefuch und Klage- oder Rechtsmittelschrift 794²⁴

Kleidungsstücke

Schulden aus dem Kauf von R. keine „alten“ Schulden i. S. des § 1 II, III SchuldVereinG. 1095³⁸

Kleingartenland

§ 53 RWVG. Bewertung von R. § 894²⁸

Kleinstraß

Verhängnisvolle Folgen der Verleihung eines R. an Ungeübte 856

Berücksichtigung der von R. ausgehenden allgemeinen Betriebsgefahr bei der Schadensausgleichung nicht nach § 17 KraftG., aber gemäß § 254 BGB. § 784¹⁹

Knappschaft

KnappschaftG. Schrifttum 304
 § 35 KnappschaftG. Begriff der „bisher verrichteten knappschaftlichen Tätigkeit“ 464³⁵
 §§ 40, 142 KnappschaftG. Verjährung des Anspruchs der ReichsK. auf Erstattung zu Unrecht gezahlter Leistungen aus der knappschaftlichen Pensionsversicherung 464³⁶

Kohlenabbauereligkeit

§ 4 WohnsiedlG. Erfordernis der Genehmigung der Wohnsiedlungsbehörde zur Bestellung einer selbständigen K. 447¹²

Köln

Die Kölner Schreinsbücher des 13. und 14. Jahrhunderts. Schrifttum 847

Kolonien

Besitzt Deutschland nach dem Versailler Diktat noch die Souveränität über seine K.? 48
 Die Pflichten der Kolonialnationen 508
 Liberalismus und Demokratie in der Theorie und Praxis der französischen Kolonialpolitik 519
 Die Eingeborenenrechtspflege im britischen Mandatsgebiet Tanganika und ihre praktische Auswirkung 537
 Reichskolonialtagung in Wien 766
 Die Rechtsentwicklung in Deutsch-Ostafrika unter britischem Mandat. Schrifttum 573

Kommanditgesellschaft

Urkundensteuerpflicht der Vereinbarung, wonach Gesellschafter einer DSH. oder K. seinen Gewinnanteil als Einlage im Geschäft stehen läßt 1019⁴³

Kommunalbeamte

bgl. Gemeindebeamte

Kontkurs

Testamentsvollstrecker bewilligt dem Vermächtnisnehmer eine im Testament vorgesehene Notgeldzahlung mit der Zweckbestimmung für dringende persönliche Bedürfnisse, ausdrücklich nicht zur Befriedigung von Kgläubigern. Notgeldanspruch fällt nicht in K.masse 776¹²

§ 59 KO. Nach K.eröffnung über das Vermögen des Kl. schließt K.verwalter, ohne den Rechtsstreit aufzunehmen, mit dem Bgl. außergerichtlichen Vergleich. Keine Belastung der K.masse mit den Gerichtskosten als Masseschuld + 887¹⁸

§ 148 KO. Streitwert der Feststellungsklage über die Höhe des Berücksichtigungsbetrags, wenn für K.forderung mehrere K.massen gesamtschuldnerisch haften und Abschlagszahlungen aus diesen geleistet worden 1182³⁵

Verhältnis mehrerer Begünstigungen verschiedener Gläubiger nach § 241 KO. bei derselben Zahlungseinstellung oder K.eröffnung 924⁶

§§ 244, 240 I Ziff. 1 KO. Bestrafung für „in der Eigenschaft“ als Mitglied des Verwaltungsrats einer Aktien-gesellschaft begangenen übermäßigen Aufwand 865¹⁵

Kontkursstabelle

Zulässigkeit der Bezugnahme auf bei anderen Akten befindlichem Verzeichnis, z. B. K., an Stelle der Vorlage eines Verzeichnisses der alten Schulden (§ 5 I 2 SchuldvereinG.). 657³⁰

Kontkursverwalter

Anordnung des KKB. betr. Zusammenschluß der Kontkurs- und Zwangsverwalter 569

Vereinigung der K. Deutschlands. Mitt.-Bl. zu Heft 1/2 S. 8

Kontsulanten

Sind besondere Reisekosten jüdischer K. erstattungsfähig? 1138

Kontenerichtigung auf falschen Namen (§§ 163, 407 KAbgD.) 762

Kontingente

bgl. unter Fettwirtschaft

Kontokorrent

Lohnschleiferei mit nur handwerksmäßigem Umfang kein Handelsgewerbe, daher auch keine DSH. Ermächtigt hier die einem Gesellschafter erteilte Vollmacht auf Eröffnung eines K. auszugr. zur Aufnahme eines Kredits? + 238¹³

Konzern

Das Steuerrecht der internationalen K. 151

Konzertkarten

Verbot des § 3 SammlG. gilt auch für Theater-, K. und sogenannte „Ausgangskarten“ 234⁷

Körperschaftsteuer

§ 4 I Ziff. 6 KorpStG. Steuerfreiheit des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs eines Kriegsblindenvereins zum Vertrieb der von den Blinden gefertigten Erzeugnisse 270⁴⁰

§ 6 S. 1 KorpStG. Keine Bewertungsänderung von GmbH-Stammanteilen, die buchführungspflichtige Körperschaft erworben hat und die erst nach bestimmter Zeit am Gewinn teilnehmen, bei Eintritt der Gewinnberechtigung + 895²⁷

§§ 6 S. 1, 14, 15 KorpStG. Zur Abzugsfähigkeit eines Umwandlungsverlustes bei Ermittlung des steuerpflichtigen Betriebsergebnisses aus dem letzten Rumpfwirtschaftsjahr einer umgewandelten oder aufgelösten Kapitalgesellschaft nach § 7 III der 2. UmwStDurchfVO., dasselbe bzgl. Betriebsverlustes + 270⁴¹ 272⁴²

Zur subjektiven Körperschaftsteuerpflicht eines in die Form einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts gelesenen Preis- und Konditionenartells. Sind die von den Mitgliedswerken gezahlten Umlagen Mitgliederbeiträge i. S. des § 8 KorpStG. 1934? 396⁴⁰

§ 11 Ziff. 2 KorpStG. 1934. Regelmäßig keine Abzugsfähigkeit der Zuführungen von Versicherungsunternehmen zu Rücklagen zur Deckung außergewöhnlichen Verlustes aus dem Geschäftsbetrieb und zum Ausgleich des schwankenden Jahresbedarfs 397⁵⁰

Auf Grund der RotVO. v. 8. Dez. 1931 einer Kapitalgesellschaft erlassene Beförderungsteuerbeträge keine Sanierungsgewinne i. S. des § 11 Ziff. 4 KorpStG. 1934; daher nicht am steuerpflichtigen Gewerbeertrag abzusetzen 1102⁴⁷

Körperverletzung

Anspruch aus § 823 BGB. wegen einer bei Teilnahme an Sportveranstaltung erlittenen K. nur gegeben bei Verstoß des Verletzten gegen die jeweiligen Kampfregeln 770⁶

Möglichkeit der K. oder Tötung an einem in der 27. Schwangerschaftswoche ausgestoßenen Kind 365¹⁹

Körperverletzung, fahrlässige

§ 230 II StGB. Berufsfahrereigenschaft 989⁹ 1066⁹ + 1148⁸

Unzulässigkeit der Erhebung von Nebenklage nach Verwirkung des Anspruchs bei f. Verurs. + 628⁹

Kosten

K.entscheidung bei einstweiligen Anordnungen im Eheprozeß (§§ 627, 627 b ZPO.) 610 1121 1189⁴⁸

Zur Frage der Erlangung eines Vollstreckungstitels über die K. des Güteverfahrens, wenn der Güteanspruch sich nach übereinstimmender Erklärung der Parteien während des Güteverfahrens erledigt hat 1134

Sind besondere ReiseK. jüdischer Kontsulanten erstattungsfähig? 1138

Die VerfahrensK. bei einer Anordnung nach § 28 StGB. 918

Zur Frage der Erstattungsfähigkeit der Auslagen für Gutachten, die in Erb- und Ehegesundheitsverfahren auf eigene K. eingeholt worden sind 1137

§ 91 ZPO. Voraussetzungen der Erstattungsfähigkeit von DetektivK. 181²⁵

Zur Frage der Erstattungsfähigkeit von K. eines Privatgutachtens 890²²; insbes. zur Berufungsbegründung 1185⁴¹

§ 91 ZPO. Erstattungsfähigkeit von ReiseK. der Partei 325¹²

§ 91 ZPO. Anwaltswechsel bei Verweisung vom AG. an das sachlich zuständige LG. 182²⁰

§ 91 ZPO. Anwaltswechsel innerhalb Anwaltsgemeinschaft, deren Mitglieder nicht bei demselben Gericht zugelassen 1183³⁸

Keine Gebührenerstattung für Beauftragte von Mietervereinigungen, die eine Partei im Mietaufhebungsstreit gemäß § 12 MietSchG. vertreten 1182³⁷

§ 91 ZPO. Erstattungsfähigkeit der Mehrkosten der Zustellung durch Gerichtsvollzieher an Stelle der Zustellung von Rechtsanwalt zu Rechtsanwalt, wenn Anwaltsbüros nicht am gleichen Orte 877¹⁰

§§ 92, 93 a ZPO. Zur Kostenfrage bei Scheidungsurteilen 1184⁴⁰

Keine Vorshufspflicht des Chemanns für die Scheidungsklage der Ehefrau aus § 55 EheG., wenn seine Verurteilung zur K.erstattung nach § 93 a ZPO. nicht zu erwarten 182²⁷

§ 1387 BGB. Vor Nachzahlungsanordnung gegen die Ehefrau, der das Armenrecht bewilligt, keine Haftung des Mannes. Bei Klagerücknahme durch die Ehefrau K.belastung des Vorbehaltszuzugs, auch ohne daß K. urteil ergangen 1013³³

K. der Verfahren aus §§ 707, 719 ZPO. sind Teil der allgemeinen RechtsstreitK. 456²⁵

§ 100 II ZPO. Feststellung des verschiedenen Maßes der Beteiligung von Streitgenossen am Rechtsstreit 325¹⁵

§§ 106, 100 ZPO. Frage der K.ausgleichung bei Klage gegen nicht not-

werdige Streitgenossen, die teils siegreich, teils unterlegen sind und gemeinsamen Prozeßbevollmächtigten hatten † 326¹⁴

Im Beschwerdeverfahren über Armenrecht keine R.entscheidung † 1184³⁰

Vorläufige Vollstreckbarkeitsklärung von Urteilen über Feststellung der blutmäßigen Vaterchaft bzgl. der R.entscheidung † 578⁴

Verlustigkeits- und R.entscheidung gemäß § 6 III B.D. über das Verurteilungsverfahren in Patentsachen erfolgt in Form eines Beschlusses 670⁴⁸

§ 9 GebrMussG. Bei sofortigem Anerkennung des Besl. R.pflicht des Kl., der ohne zuvor den Inhaber des Gebrauchsmusters zur Löschung aufzufordern, Löschungsantrag erhoben hat 958⁴⁴

R.pflicht des Angekl. für das Sicherungsverfahren (§ 429 a StPD.) bei selbstständiger Anordnung seiner Unterbringung in Heil- oder Pflegeanstalt gemäß dem Antrag der StA. 371²⁰

Kostenfestsetzung
Nicht jede Teilkostenentscheidung geeignete Grundlage zur Durchführung einer R. 876⁹

Rüge des unzulässigen Vorgehens des Kl. in mehreren Einzelverfahren statt in einzigem Verfahren ist im R.verfahren unzulässig 877¹⁰

Gegebene Rechtsmittel, falls das Prozeßgericht den Urteilsbeamten zur R. in bestimmtem Sinne anweist und der Urteilsbeamte daraufhin neu festsetzt 1185⁴¹

Festsetzung der Gerichtsgebühr nach § 12 II SchuldVereinG. erst nach Beendigung des ersten Rechtszugs 452²¹

„Kraft durch Freude“
Verfolgung nachbarrechtlicher Ansprüche hinsichtlich Störungen aus Sportbetrieben der NS.-Gemeinschaft „K. d. F.“ im ordentlichen Rechtsweg 1010²⁰

Kraftfahrzeuge
Der Ausgleich zwischen einer mitwirkenden Betriebsgefahr und einer Verschuldenshaftung 745

Die Schadenshaftung bei Vorführfahrten von Kraftfahrzeugen 223

Unterschied zwischen der Haftpflicht der Eisenbahn und des R.verkehrs für Sachschäden 214

Schadensersatzpflicht des „Beschäftigten“, besonders des Autoführers 346

Fragen zur Fahrerflucht 113

Gefälligkeitsfahrt und vorvertragliche Haftung. Schrifttum 1142

Kraftverkehrsrecht von A.—Z. Schrifttum 1144

§ 881 BGB. Über die Pflicht zur sorgfältigen Auswahl und Anleitung eines Lehrlings durch Inhaber von Autoreparaturwerkstatt † 1238²

Art. 131 WeimVerf. Haftung des Reichs für Verschulden eines Arbeitsdienstangehörigen, der Arbeitsmänner im Kraftwagen zum Besuch eines vaterländischen Festspiels befördert 950²⁹

§ 932 BGB. Erwerb eines Kraftwagens von Nichtberechtigtem, der einen

auf den Namen einer anderen Person lautenden R.brief vorlegt 381³⁴

§ 4 KraftfG. ist nach wie vor Rechtsquelle für Entziehung der Fahrerlaubnis, nicht die Vorschrift des § 3 II StraßVerfZulassG. über Ungeeignetheit zum Führen von Fahrzeugen und Tieren. Schluß auf Ungeeignetheit des Kraftfahrers aus einmaligen Verstoß gegen Verkehrsvorschriften nicht zwingend 1107⁵³

Entziehung der Fahrerlaubnis für Kraftwagenhalter, der Steuerung seines Kraftwagens von einem Fahrer duldet, obwohl er weiß, daß dieser unter Alkoholeinwirkung steht 1107⁵⁴

Entziehung des Führerscheins eines Arztes wegen sittlicher Verfehlungen gegenüber Patientin 400⁵⁹

Zur Frage des Haftungsausschlusses des Halters gegenüber seinem nahe verwandten Insassen bei nur leichter Fahrlässigkeit oder auf Grund Vereinbarung mit Wirkung gegen den ausgleichsberechtigten, vom Insassen in Anspruch genommenen Halter des anderen R. Bei Zusammenstoß mehrerer R. selbständiger Anspruch des einen Halters gegen den anderen, der gegen die Verkehrsvorschriften verstoßen hat, auf Ersatz seiner Aufwendungen zur Befriedigung der Ansprüche der Insassen des anderen R. † 256²⁹

§ 7 KraftfG. Entstehung des Schadens durch den „Betrieb eines R.“ Bei Sonderfahrzeugen Erfordernis des Zusammenhangs mit dem Wesen des R. als Beförderungsmittels 1092³⁵

Entlastungsbeweis nach § 7 II KraftfG. und nach § 831 BGB. † 442⁷

§ 7 II KraftfG. Unabwendbares Ereignis für Kraftfahrer, der durch das nicht voraussehbare grob verkehrswidrige Verhalten eines anderen Verkehrsteilnehmers zu geringfügigem Verstoß veranlaßt wird, durch den Unfall entsteht 783¹⁸

§ 7 III 2 KraftfG. Zur Verhinderung von Schwarzfahrten hat der Halter anzuordnen, daß der Zündschlüssel vom Fahrer jeweils nach Beendigung der Fahrt abzuliefern ist 444⁸

§ 17 KraftfG. Dem unfallverletzten Kraftwageninsassen, der nach dem Unfall den einen ausgleichspflichtigen Schädiger beerbt, steht der volle Schadenserzanspruch, dem anderen Schädiger nur Ausgleichsanspruch zu. Schadenserzanspruch unpfändbar, daher auch keine Aufrechnung mit dem Ausgleichsanspruch gegen Schadenserzanspruch 1093³⁶

Berücksichtigung der von Kleinkraftab ausgehenden allgemeinen Betriebsgefahr bei der Schadensausgleichung nicht nach § 17 KraftfG., aber gemäß § 254 BGB. Bei Zusammentreffen von Gefährdungshaftung (§ 9 KraftfG.) und Beamtenhaftung ist für beide die Schadensausgleichung nach § 254 BGB. vorzunehmen † 784¹⁹

Im Rahmen des KraftfG. (§§ 10, 12) die Grenzen für Zulässigkeit der Feststellungsklage nicht zu eng zu ziehen 798²⁸

Voraussetzung der Verpflichtung zur Hilfeleistung gemäß § 330 c StGB. ist nicht, wie in § 22 II KraftfG., hilflose Lage der verletzten Person 713⁷

§ 9 StraßVerfD. Besondere Sorgfaltspflicht des Kraftfahrers an den Gefahrenpunkten, die neben Straßenbahnhaltestellen zwischen Verkehrsinseln und Bürgersteig während des Haltens der Straßenbahn bestehen 235⁹

§ 11 StraßVerfD. Haftung des Kraftfahrers, der die Abgabe von Fahrtrichtungszeichen dem Mitfahrer überläßt 715¹¹

Gerausstreten des Fahrtrichtungsanzeigers als Zeichen für die Absicht, das R. in den Verkehr einzuschalten 715¹²

§ 13 II 1 StraßVerfD. Vorfahrt von rechts an Kreuzungen auch für den in den kreuzenden Straßenzug Einbiegenden 1153⁸

Pflicht des auf Hauptstraße fahrenden Kraftfahrers, mit dem Überholen an Kreuzung mit Seitenstraße zu verhalten, bis er freie Sicht hat, um etwaige Mißachtung seines Vorfahrtsrechts durch Benutzer der Seitenstraße zu erkennen † 788²¹

Verantwortlichkeit des wartepflichtigen Kraftfahrers, der den Vorfahrtberechtigten kurz vor der Kreuzung in die Zwangslage gebracht hat, in nicht ausreichender Zeit auf unzureichendem Raum Maßnahmen zu treffen 1091³⁴

§ 25 StraßVerfD. 1934. Gefährdung von Radfahrer durch R.führer, der auf belebter Straße beim Überholen zu zeitig zu weit nach links ausbiegt † 323¹¹

Geschwindigkeit von Kraftwagen auf Fernverkehrsstraßen. Besondere Vorsicht beim Überholen 786²⁰

§ 16 StraßVerfD. Unzulässiges Parken † 1068¹¹

Von Wehrmachtdienststelle ausgestellte Bescheinigung über die Erlaubnis zum Fahren von R. nach § 14, 2 Absl. 2 StraßVerfZulassG. keine öffentliche Urkunde 1067⁹

§ 48 III StraßVerfD. Fahrlässiges Nichtbeachten oder Nichtkönnen der Fahrten signale † 1154⁹

§ 222 StGB. Gefeierte Sorgfaltspflicht des Kraftfahrers, wenn sich Kinder, hochbetagte Personen oder sonstige in ihrer Anpassungsfähigkeit an die Verkehrserfordernisse erkennbar herabgesetzte Verkehrsteilnehmer in seiner Fahrbahn bewegen 624³

§ 222 StGB. Kraftfahrer muß bei einem in Längsfahrt einbiegenden Lastwagen mit Rückwärtsbewegungen rechnen 929¹¹

§§ 222 II, 230 II StGB. Berufsfahreneigenschaft † 628⁹ 989⁹ 1066⁹ † 1148⁶

Zur Frage des Verlustes des Versicherungsanspruchs nach Treu und Glauben, wenn der Versicherungsnehmer bei Haftpflichtversicherung eines

- Kraftwagens den Überfahrenen vor-
sächlich in hilfloser Lage verlassen hat
† 871⁴
- Frage der Vererblichkeit der für den
privaten und geschäftlichen Betrieb
eines Kraftwagens abgeschlossenen
Haftpflichtversicherung, wenn nach
Tod des Versicherungsnehmers Scha-
dens- und Versicherungsfall eingetre-
ten und Testamentsvollstreckung be-
stellt 645²³
- Österb. „Behördlicher Führer-
schein“ i. S. der Allg. Vers. Ver-
einbarung, daß für den durch einen
Fahrer ohne behördlichen Führer-
schein verursachten Schaden nicht ge-
haftet wird 1195⁵⁹
- Ist § 899 I AB. D. auf die Tätigkeit
des angestellten Kraftwagenführers
anwendbar? 260³² † 1172²⁵
- § 401 AB. D. Einziehung eines Kraft-
wagens, der zwecks Verheimlichung
der steuerpflichtigen Vorgänge benutzt
wird 368¹⁷
- Urkundensteuerpflicht der Anträge auf
Gewährung von Darlehen und Siche-
rungsübereignungsangeboten an Ge-
sellschaften zur Finanzierung von
Käufen als Schulderklärungen und
Sicherungsübereignungen 1103⁴⁰
- Kraftfahrzeugteile**
Frage der Wettbewerbswidrigkeit des
Gebrauchs von Vergleichsnummern,
mit denen Ersatzhändler beim
Vertrieb ihrer nicht originalen K.
auf Katalognummern der Kraftwa-
genfabriken verweisen 1170²³
- Krankenkassenangestellte**
§ 839 BGB. Amtspflichtverletzung durch
K. gegenüber dem Arbeitgeber an-
lässlich des Umtauschs von Karten
der Invalidenversicherung und der
damit zusammenhängenden Verrich-
tungen 243¹⁶
- Krankenversicherung, öffentliche**
§ 384 I AB. D. Erhöhte betriebseigene
Erkrankungsgefahr bei Reichsauto-
bahn- und Seeresbauten 272⁴³
- Kredit**
Bohnschleiferei mit nur handwerksmä-
ßigem Umfang kein Handelsgewerbe,
daher auch keine D. S. Ermächtigt
hier die einem Gesellschafter erteilte
Vollmacht auf Eröffnung eines
Kontokorrentauszugs zur Aufnahme
eines K.? † 238¹³
- Kreditwesen**
Reichsgef. über das K. Schrifttum 861
- Kriegsblinde**
§ 4 I Ziff. 6 RörpStG. Steuerfreiheit
des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs
eines K. vereins zum Vertrieb der von
den Blinden gefertigten Erzeugnisse
270⁴⁰
- Kriegsgerichte**
Die Aufgaben des Verteidigers vor den
K. 226
Anordnung des RMV. betr. Unterab-
teilung Rechtswahrer der K. und
Unterabteilung Rechtswahrer der
Wehrverwaltung 569
- Kriegsvölkerrecht**
Fragen des K.:
Kombattanten und Nichtkombattanten
515
Beendigung der Kriegsgefangenschaft
517
- Ne bis in idem bei der Kriegsgefan-
genenschaft 519
- Kriminalfälle**
Darf man Verbrechen totschweigen?:
Der Wert der Fahndungsmeldung 63
Rücknahme auf Heher? Folgen
des Verschweigens; Lehren für die
Zukunft 64
- Kriminalpolizei**
K. und Strafverfahrensrecht. Schrift-
tum 229
- Kriminologie**
Römischer Kongreß für K. Schrifttum
767
- Kulturpolitik**
Voll im Werden. Zeitschrift für K. 302
- Kündigung**
K. von Arbeitsverhältnissen
Zur Frage der fristlosen K. eines we-
gen Verstößes gegen die Arbeitsein-
satzbestimmungen unzulässigen Ar-
beitsverhältnisses 903
Das Arbeitsrecht aus den K. beschrän-
kungen des Arbeitseinsatzrechts 905
K. Schutz für Vertrauensmänner an sich
erst nach Verpflichtung, aber aus-
nahmsweise auch schon nach Veru-
ftung, wenn die K. wegen ihres
Zwecks sittenwidrige oder unzulässige
Rechtsausübung darstellt 391⁴⁵
Unzulässigkeit des Rechtswegs für Ent-
scheidungen über Entlassung, K. und
Ruhegehalt der Angestellten von dem
Reichsnährstand eingegliederten Or-
ganisationen 956⁴⁰
Ausnahme vom Grundsatz der lebens-
länglichen Anstellung der Beamten
nur bei Vorbehalt des Widerrufs
oder der K. bei oder vor der Anstel-
lung 1247⁹
- K. von Mietverhältnissen
K. und Mietpreisktop:
Der bisherige Rechtszustand:
Unzulässige K. 495
Feststellung der Unzulässigkeit 496
Bindung des Gerichts an die Ent-
scheidungen der Preisbehörde 496
Genehmigung unzulässiger K. 496
Die K. nach der neuen RindSchB. D.:
Zulässigkeit der K. 497
Verzichtbarkeit der K. 497
Gleichgestellte Tatbestände 498
Zuständigkeit und Gebühren 499
Übergangsvorschriften 499
Die RindSchB. D. des Reichskommissars
für die Preisbildung:
Geltungsbereich der RindSchB. D.
1213
Widerspruchsrecht des Mieters 1213
Die Entscheidung der Preisbehörde
1214
Das Verfahren vor den Preisbehör-
den 1217
Übergangsvorschriften 1217
Begrenzung der Mietdauer durch Er-
eignis, von dem ungewiß ist, ob es
jemals eintreten wird; Abänderung
der für diesen Fall vorgesehenen K.-
fristen durch Vereinbarung 374³⁰
K. frist bei Nichtausfüllung der vorge-
druckten Vertragsbestimmungen über
K. fristen und Verlängerung des Ver-
trags. Gefährliche K. frist, wenn die
Parteien bei Mietermähigung Ande-
rung in der Art der Mietzinsbemes-
sung beabsichtigen 168¹⁰
§ 544 BGB. Fristlose K. wegen Ge-
sundheitschädlichkeit der Wohnung
642¹⁸
- Verpätung der K., die dem Vermieter
erst am Tag nach Ablauf der K. frist
zugeht, weil er am letzten Fristtage
seine Geschäftsstelle zur üblichen Zeit
geschlossen hat 642¹⁹
- Unzulässig ist Pfändung des „Rechts
auf Entgegennahme der K.“ oder des
„Rechts, das dem Schuldner als
Eigentümer auf Erteilung der Zu-
stimmung zu Belastungen des Erb-
baurechts zusteht“, weil kein „Recht“
in Frage steht, ferner des „Rechts
auf K.“, weil Befriedigung „wegen
einer Geldforderung“ aus der Pfän-
dung eines solchen Rechts nicht vor-
stellbar † 454²⁴
Unanterkeit der Kundenwerbung, die
dadurch unterstützt wird, daß der
Werbebe dem Kunden vorgeschrie-
bene K. schreiben zur Verfügung stellt
und sich zur Übernahme der Erfül-
lung etwaiger von dem früheren Lie-
feranten geltend zu machender Scha-
densersatzansprüche bereit erklärt
1172²⁴
- Kundmachung**
Neufassung der K. Bestimmungen für
Wirtschaftsprüfer. MittBl. zu Hft
1/2 S. 5
- Künftige Ansprüche**
Zur Frage der Wirksamkeit der Pän-
dung von Rentenansprüchen hinsicht-
lich künftiger Beträge 803³⁰
- Kunstfehler, ärztliche** 32 769⁴
- Künstler**
Grenzen zwischen künstlerischem Schaf-
fen und gewerblicher Betätigung für
die Frage nach der Gewerbesteuer-
pflicht 397⁵²
- Kuppelrei**
Vorschubleisten i. S. der §§ 180, 181
StGB. durch Dulden der Unzucht
989⁹
§§ 180, 181 StGB. Zur Frage, wann
Verkehr zwischen Verlobten als Un-
zucht aufzufassen † 1145² † 1146³
- Landarbeiter**
Anwendung der PrPachtSch. D. auf Ver-
trag, durch den einem Arbeitnehmer
ein landwirtschaftliches Grundstück
zum Genuß seiner Erzeugnisse über-
lassen ist 1087³¹
- Landbewirtschaftung**
Recht und Pflicht der L.; zu den B. D.
v. 28. Febr. 1939 704
- Landesarbeitsgericht**
vgl. unter ArbG.
- Landesgefesse**
Die Rechtsnatur der L. 426
- Landesrecht**
Geltung des früheren L. für das Ge-
werbesteuerrecht vor dem 1. April
1937 235⁸ † 369¹⁰
- Landgericht**
Forderung einer organischen Verbin-
dung der Zuständigkeit und des Auf-
baus der Amts- und L. 79
§ 547 Ziff. 2 ZPO. Zulässigkeit der
Revision, wenn in Landesgesetz die L.
ausschließlich zuständig, erklärt sind
ohne Rücksicht auf den Streitwert für
„Ansprüche gegen den Staat wegen
Verfügungen der Verwaltungsbehör-
den“ und wegen „Verschuldung von
Staatsbeamten“ 882¹³

Zuständigkeit des L. ohne Rücksicht auf den Streitwert für Ansprüche aus Amtspflichtverletzungen nicht nur der unmittelbaren Staatsbeamten, sondern auch aller anderen im öffentlichen Dienst angestellten Beamten 1249¹¹

Keine Anwendung der Vorschrift des § 100 V ArbGG. über Unanfechtbarkeit der ArbG.-Urteile auf Aufhebungsklagen gegen Schiedssprüche nach Verweigerung des Rechtsstreits an das L. 950³⁰

Landstreichen

Der nichteheliche Mensch 119
Entscheidung zu § 361 Ziff. 3 StGB. 365¹⁴

Landwirtschaftliche Entschuldung

vgl. auch unter Pächterentschuldung
Sondervereinbarungen im E.verfahren: Sondervereinbarungen des Betriebsinhabers während des Verfahrens 597

Sondervereinbarung im Weg der Verpflichtungserklärung Dritter 598

Zeitpunkt der Sonderleistung 599
Gemischte (teils günstige, teils ungünstige) Sondervereinbarungen 599

Absolute Richtigkeit begünstigender Sondervereinbarungen 600

Sonderabreden vor Beginn des E.verfahrens 601

Sondervereinbarungen bei der Selbst-E. 601

§ 16 SchuldRegG. Zur Frage der Kürzung wiederkehrender Sachleistungen im Selbstentschuldungsverfahren. — Bejahung des Feststellungsinteresses, wenn das EntschuldA. in Selbstentschuldungsverfahren die Auflage gemacht hat, hinsichtlich einer Forderung gerichtliches Feststellungs-urteil zu erwirken † 795²⁷

„Erforderliche Maßnahmen“ i. S. von Abs. B 4 b der Gemeinsch. Richtlinien Nr. 80 v. 14. Aug. 1937 bei Einzug von Land zu einem Anwesen zwecks Erlangung der Erbhofeigenschaft und Herbeiführung der E. bis zum 15. Jan. 1937 804³⁵

Keine Wiederaufrollung des L. E.verfahrens im Wege der Schuldenbereinigung 950²⁷

Landwirtschaftliche Grundstücke

Die einkommensteuerliche Behandlung der bei Enteignung von Land- und forstwirtschaftlichen G. gewährten Entschädigungen 146

Verkehr mit land- und forstwirtschaftlichen G. Schrifttum 230

Der ländliche Grundstücksverkehr. Schrifttum 39

Anwendung der VersteigPreisStpVO. v. 6. April 1939 auf L. G. 143

Landwirtschaftlicher Nebenbetrieb

ABenG. Brennerei als N. mehrerer landwirtschaftlicher Betriebe † 1019⁴²

Lastwagen

§ 222 StGB. Kraftfahrer muß bei einem in Toreinfahrt einbiegenden L. mit Rückwärtsbewegungen rechnen 929¹¹

Legitimationskarte (§ 44 a GewD.)

Amtspflichtverletzung durch verzögerte Erteilung einer L. nach § 44 a GewD. 244¹⁷

Legitimationspapierfälschung (§ 363 StGB.)

Handeln zum „Zweck des besseren Fortkommens“ i. S. des § 363 StGB., wenn der Täter durch die L. die allgemeinen Bedingungen seiner äußeren Lebenslage günstiger gestalten will 162⁴

Bestrafung der Fälschung einer Verleihungsurkunde über neuen Namen nach §§ 267 ff., nicht § 363 StGB. 924⁴

Lehre

vgl. Forschung und L.

Lehrling

§ 631 BGB. Über die Pflicht zur sorgfältigen Auswahl und Anleitung eines L. durch Inhaber von Autoreparaturwerkstatt † 1238²

Leibesbruch

Möglichkeit der Körperverletzung oder Tötung an einem in der 27. Schwangerschaftswoche ausgestoßenen Kind 365¹³

Leibesübungen

„Unverschuldetes Unglück“ i. S. des § 63 StGB., insbes. bei Unfall anlässlich sportlicher oder turnerischer Betätigung 392⁴⁰

Leibrente

Zur Frage, ob Ruhegehaltsversprechen an Angestellten als Bestandteil eines L.vertrags aufzufassen ist 769²

Lieferungsbedingungen

Schiedsgerichtsclauseln in L. der Gliederungen des Reichsnährstandes 855
Sittenwidrige Ausnutzung einer monopolähnlichen Stellung durch Aufnahme einer Bestimmung in die L. sämtlicher Unternehmer eines Geschäftszweigs, in der Haftung für jeden über das Erfüllungsinteresse hinausgehenden Schaden aus positiver Vertragsverletzung abgelehnt wird † 1262²¹

Liquidation

Bestehen der für Aktiengesellschaft bestellten beschränkten persönlichen Dienstbarkeiten bis zur Beendigung ihrer L. 460³¹

Auflösung einer GmbH. durch Gesellschaftsbeschuß unter einer Bedingung. Durch Satzungsbestimmung, daß im Falle der Auflösung die Liquidatoren durch die Gesellschafter ernannt werden, gesetzliche Berufung der Geschäftsführer zu Liquidatoren unberührt 1166¹⁸

Bei Anmeldung des Schlusses der Abwicklung und des Erlöschens der Firma einer GmbH. Nachweis des Ablaufes des Sperrjahrs gegenüber dem Registergericht nicht erforderlich † 1167¹⁹

Literarisches Urheberrecht

§ 15 UrUrH.G. Vervielfältigung zum persönlichen Gebrauch, der nachträglich überschritten wird † 252²⁶

Voraussetzungen der urheberrechtlichen Verwirkung verspätete Geltendmachung von Ansprüchen, die Verstoß gegen Treu und Glauben darstellt, und Bildung eines befestigten Verkehrsbesitzstandes an dem Werk, nicht dagegen Kenntnis des Verletzten bzw. seiner Rechtsvorgänger von den Rechtsverletzungen 725²⁰

Lohnpfändung

Zweckmäßige Gestaltung der L.beschlüsse im Zeichen der Rationalisierung 1232
Vermeidung doppelten Pfändungsschutzes für Empfänger mehrerer Einkommen 219 602 + 587¹⁴

Lohnschleiferei

L. mit nur handwerksmäßigem Umfang kein Handelsgewerbe, daher auch keine DGB. Alleinvertretungsbefugnis der Gesellschafter nur auf Grund besonderer Vereinbarung † 238¹³

Lohnsteuer

Die neuesten Änderungen im L.recht 689

Gewährung freier Wohnung und Verpflegung an die im gewerblichen Betrieb des Vaters vollbeschäftigten Kinder als steuerpflichtiger Arbeitslohn der Kinder † 191³⁵

Arbeitgeber hat seinen Arbeitnehmern Versorgung zugesagt und zur Rückdeckung hierwegen Verträge mit Versicherungsgesellschaft abgeschlossen. Beiträge zu dieser Versicherung kein steuerpflichtiger Arbeitslohn † 1198⁴²

Lösungsbewilligung

Verpflichtung des Gläubigers von Gesamthypothek, bei gemeinschaftlicher Kündigung und Zahlung durch die Eigentümer der belasteten Grundstücke L. bzgl. aller Grundstücke auszustellen 935¹⁶

Luftschuß

Kommentar zum L.gefetz. Schrifttum 864

Luftverkehr

§ 78 LuftV.D. v. 19. Juli 1930 ist Schutzgesetz i. S. des § 823 Abs. 2 BGB. † 867²

Magdeburg

Zur Geschichte des Magdeburger Rechts. Schrifttum 622

Mähren

vgl. unter Böhmen-M.

Mandatsgebiete

vgl. Kolonien

Mängelrüge (§ 377 StGB.)

Rügepflicht des Kaufmanns von den Preisbildungsvorschriften unberührt † 1078²²

Medizin

Der Standpunkt des RG. und der medizinischen Wissenschaft zum ursächlichen Zusammenhang bei Infektionskrankheiten 612

Meineid

Umfang der Offenbarungspflicht beim Offenbarungseid 363⁴

Warn stellt Verschweigen ohne ausdrückliche Befragung wissenschaftliche Fidesverletzung des Zeugen dar? 1066³

Memorandum

Erbbhofrecht im M. 842

Mieterschutzesetz

Die Unpfändbarkeit der Umzugskostenentschädigungen nach § 4 III MietSchG. 919

Keine Mietaufhebung nach § 2 MietSchG., wenn der Mieter sein Verhalten für vertragsmäßig hielt und diese Annahme nicht auf Fahrlässigkeit beruhte † 1086³⁰

Mietervereinigung

Keine Gebührenerstattung für Beauftragte von M., die eine Partei in Mietaufhebungsstreit gemäß § 12 MietSchG. vertreten 1182³⁷

Mietrecht**Vertraglose Mietverhältnisse:**

Die Begründungsarten der Mietverhältnisse 404

Gesetzliche Mietverhältnisse 404

Tatsächliche Mietverhältnisse 405

Erleichterung der Wohnungsbeschaffung für kinderreiche Familien:

Pflicht zur Vermietung an kinderreiche Familien 1218

Meldeverfahren 1219

Benennung 1219

Freigabe 1220

Rechtsfolgen bei Zuwiderhandlungen 1220

Rechtsmittel 1221

Mietvertrag und Hausgemeinschaft in der Rechtsprechung 144

Das Gesetz über Mietverhältnisse über Juden:

Der persönliche Geltungsbereich 965

Voderung des Kündigungsschutzes des Juden 966

Unterbringung jüdischer Mieter 967

Räumungsfrist 968

Anmeldepflicht jüdischen Wohnraums 968

Der räumliche Geltungsbereich 968

Schrifttum 40

§§ 535, 556 BGB. Auslegung der Vereinbarung zwischen den Mietvertragsparteien über weiteres Verbleiben des Mieters in den Mieträumen nach Erlaß des Räumungsurteils 643 ²¹

Bedeutung der Bestimmung in Vordruckmietvertrag, daß Schadenersatzansprüche des Mieters wegen baulicher Veränderungen und Instandsetzungsarbeiten ausgeschlossen sind 642 ¹⁷

Zur Frage der Schadenersatzpflicht des Vermieters, wenn der neue Mieter die — vom Vormieter nicht geräumten — Räume bei Vertragsbeginn nicht beziehen kann 167 ⁹

§ 544 BGB. Fristlose Kündigung wegen Gesundheitschädlichkeit der Wohnung 642 ¹⁸

Keine Haftung des Mieters nach § 557 BGB., sondern nach § 812 BGB., wenn er nach Beendigung des Mietverhältnisses die Mieträume nicht herausgibt, weil Vermieter Fortdauer des Mietvertrags behauptet. Verspätung der Kündigung, die dem Vermieter erst am Tag nach Ablauf der Kündigungsfrist zugeht, weil er am letzten Fristtage seine Geschäftsstelle zur üblichen Zeit geschlossen hat 642 ¹⁹

§§ 564, 565 BGB. Begrenzung der Mietdauer durch Ereignis, von dem ungewiß ist, ob es jemals eintreten wird; Abänderung der für diesen Fall vorgesehenen Kündigungsfristen durch Vereinbarung. Gewährung von Räumungsfrist durch Urteil für Wohnungen, auch wenn Gegenstand des Mietvertrags nur das Grundstück, auf dem sie errichtet 374 ³⁰

Zulässigkeit der formlosen Vereinbarung der Mietparteien, daß das Wohnenbleiben des Mieters über den Endtermin des Vertrags hinaus nicht die im § 568 BGB. bestimmte Rechtsfolge haben solle, daß insbes. Zwischenzustand eintreten soll, in dem

beide Parteien freie Hand haben + 1080 ²⁴

Kündigungsfrist bei Nichtausfüllung der vorgebrachten Vertragsbestimmungen über Kündigungsfristen und Verlängerung des Vertrags. Gesetzliche Kündigungsfrist, wenn die Parteien bei Mietermäßigung Änderung in der Art der Mietzinsbemessung beabsichtigen 168 ¹⁰

Vermögensbegriff i. S. des § 419 BGB. auch wertvolle Wohnungs- oder Betriebseinrichtung, die zwar kraft gesetzlicher Pfandrechts oder Sicherungsübereignung mit Miet- oder Pachtrückständen belastet, aber durch deren Abdeckung zu Gelde gemacht werden kann + 941 ²¹

Zur Abwälzung der Straßenreinigungs- und Müllabfuhrgebühren auf den Mieter 643 ²⁰

Mietzinsbildung

Kündigung und Mietpreisstop:

Der bisherige Rechtszustand:

Unzulässige Kündigung 495

Feststellung der Unzulässigkeit 496

Bindung des Gerichts an die Entscheidung der Preisbehörde 496

Genehmigung unzulässiger Kündigungen 496

Die Kündigung nach der neuen RündSchVD.:

Zulässigkeit der Kündigung 497

Vernichtbarkeit der Kündigung 497

Gleichgestellte Tatbestände 498

Zuständigkeit und Gebühren 499

Übergangsvorschriften 499

Die RündSchVD. des Reichskommis-

sars für die Preisbildung:

Geltungsbereich der RündSchVD.

1213

Widerspruchsrecht des Mieters 1213

Die Entscheidung der Preisbehörde

1214

Das Verfahren vor den Preisbehörden 1217

Übergangsvorschriften 1217

Keine Befugnis des MKM. und der Beschwerdestelle zur Ablehnung des Antrags auf Ermittlung der Friedensmiete, weil die Preisbildungsbehörde bereits den Mietzins festgelegt hat und die dagegen eingelegte Beschwerde zurückgewiesen ist 1086 ²⁰

§§ 850 b IV, 850 III ZPO. Herabsetzung des für den notwendigen Unterhalt üblichen Satzes für Schuldner, der besonders billig wohnt 589 ¹⁵

Mildtätige Zwede (§ 4 I Ziff. 6 KörperStG.) 270 ⁴⁰

Minderjährige

§ 175 a Ziff. 3 StGB. Mehrfache Verführung desselben M. Mit dem Ziel der Unzucht erfolgende Einladung des auswärtig wohnenden M. als Anfang der Verführung 363 ⁶

§ 175 a Ziff. 3 StGB. Vorliegen der Verführung, ohne daß der Jugendliche seine Abneigung gegen die Wünsche des Verführers ausdrücklich kundgetan hat 364 ⁷

Minderung

M. des Mietzinses wegen Beeinträchtigung des Mietgebrauchs durch bauliche Veränderungen oder Instandsetzungsarbeiten 642 ¹⁷

Mischehe

Aufhebung einer bisher österreichischem Recht unterstehenden M. wegen Zerr-

tums über Rassenfrage nach dem 1. Aug. 1938 — Inkrafttreten des EheG. — noch mindestens ein Jahr lang 173 ¹⁷

Mißbildung, schwere körperliche (§ 1 II Ziff. 8 ErbRachGes.)
Neurale Mustelatrophie 734 ³⁰

Miteigentum

Keine Anwendung der Formvorschrift des § 313 BGB. auf Gesellschaftsvertrag über gemeinsame Bewirtschaftung und Verwertung der im Eigentum des einen Vertragsteiles stehenden Grundstücke, wenn keine Verpflichtung des Eigentümers zur Übertragung der Grundstücke auf die Gesellschaft zu M. darin enthalten 309 ³

Mitschuldigerklärung (§ 60 EheG.) 998 ²⁰

Mitschuldner

§ 3 SchuldVereinG. Vereinigung von Forderungen gegen M. oder Bürgen 288 452 ¹⁹ 596 1254 ¹⁸

Mitverschulden (§ 254 BGB.)

Der Einwand aus § 254 BGB. gegenüber Ansprüchen bei Unfallneurose in der Rechtsprechung des RG. 612

Der Ausgleich zwischen einer mitwirkenden Betriebsgefahr und einer Verschuldenshaftung 745

M. von Richter und Rechtsanwalt im Grundstücksvollstreckungsrecht 139

M. des durch Amtspflichtverletzung Geschädigten, der durch späteres Handeln den Schaden erhöht und diesen erhöhten Schaden auf den Schädiger abwälzt 630 ¹¹

Anwendung des in § 254 BGB. niedergelegten Grundsatzes bei Feststellung, ob alleiniges oder überwiegendes Verschulden eines Ehegatten i. S. des § 55 II 1 EheG. vorliegt 174 ¹⁰

Abwägung des eigenen Verschuldens des Fahrgastes, der von der offenen Plattform der Straßenbahn herabgestürzt ist, gegenüber der Betriebsgefahr der Straßenbahn 183 ²³

Berücksichtigung der von Kleinfahrad ausgehenden allgemeinen Betriebsgefahr bei der Schadensausgleichung nicht nach § 17 KraftStG., aber gemäß § 254 BGB. Bei Zusammentreffen von Gefährdungshaftung (§ 9 KraftStG.) und Beamtenhaftung ist für beide die Schadensausgleichung nach § 254 BGB. vorzunehmen + 784 ¹⁰

Entsprechende Anwendung des § 254 BGB. auf Fälle einer im Gesetz begründeten objektiven Haftbarkeit des Beschädigten nur bei Haftung des Schädigers auch ohne Verschulden 1079 ²³

Monopol

Sittenwidrige Ausnutzung einer monopolähnlichen Stellung durch Aufnahme einer Bestimmung in die Lieferungsbedingungen sämtlicher Unternehmer eines bestimmten Geschäftszweigs, in der Haftung für jeden über das Erfüllungsinteresse hinausgehenden Schaden aus positiver Vertragsverletzung abgelehnt wird + 1262 ²¹

Mord

§ 211 StGB. erfordert nicht ruhige Überlegung 1066 ⁴

Müllabfuhrgebühren

Zur Abwälzung der Straßenreinigung- und M. auf den Mieter 643²⁰

Nachbarrecht

Zum Ausgleich von Schäden durch Immissionen aus öffentlichen Betrieben 743

§ 906 BGB. Bei gleichzeitiger Verurteilung einheitlichen Schadens durch mehrere Störer Verantwortlichkeit des einzelnen für den auf seine Beteiligung zurückzuführenden Anteil 1011³⁰

Zulässigkeit des Rechtswegs für die Klage gegen das Unternehmen „Reichsautobahn“ auf Schadenersatz wegen nachbarrechtlich unzulässiger Einwirkungen sowie auf Anbringung geeigneter Schutzvorrichtungen. Keine Unterlassungsklage 378³³

Unzulässigkeit des Rechtswegs für Geltendmachung von Ansprüchen aus §§ 906, 1004 BGB. gegenüber Störungen durch vorschriftsmäßigen Betrieb öffentlicher Schulen oder durch Übungen des Jungvolks und der SA., zulässig hingegen gegenüber Störungen aus Sportbetrieben der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ 1010²⁹

Nacherbe

vgl. auch unter Vorerbe

Zur Frage der Anwendung der BD. über den Einfluß des jüdischen Vermögens, wenn N. des veräußernden Ariers Jude ist 1205

Bei Einsetzung der Ehefrau als Vorerbin, der Kinder als N. unter Beschränkung der letzteren auf den Pflichtteil im Falle ihrer Unzufriedenheit soll im Zweifel die Ausschlagung eines N. auch dessen Abstammung von der Erbfolge ausschließen. Inhalt des Erbcheins bei Veräußerung der Anwartschaft des N. an anderen 1085²⁸

§ 51 IV ESNB. Wahl des N. als Auerben durch den Vorerben nur aus den Personen, die als Auerben vom Erblasser hätten bestimmt werden können 810⁴⁰

Ausschließliche Zuständigkeit des AG für Schadenersatzansprüche wegen Nichterfüllung einer für den Bauern als N. testamentarisch begründeten Pflicht zur Unterhaltung eines Familienangehörigen bei Eintritt des Nacherbfalles nach dem 1. Okt. 1933 + 1188⁴⁵

Nachlassgericht

Der Nachlassrichter und seine Abteilung. Schrifttum 38

Vorliegen beschwerdefähiger Entscheidung in Form der durch Zwischenverfügung erfolgten Mitteilung des N., daß ein auf abweichender Rechtsauffassung beruhender Antrag abgelehnt werde 248²¹

Unzulässigkeit der Sachbeschwerde gegen Erteilung eines Armutzeugnisses durch das N. 1181³³

Nachlassverbindlichkeiten

§ 2013 BGB. Unbeschränkte Haftung des Erben für N., wenn auf Grund seines Verhaltens die Geltendmachung seiner Haftungsbeschränkung gegen Erben und Gläubiger verstoßen würde 381³⁶

Nachversteuerung

Einkommensteuer. N. bei Übergang zur ordnungsmäßigen Buchführung 218

Nachwuchs, juristischer

vgl. unter Junge Rechtswahrer

Nachzahlungsanordnung (§ 125 ZPO.)
+ 794²⁵ 1013³³

Nachtbad

N. als grober Unfug (§ 360 Ziff. 11 StGB.) 1068¹⁰

Namensänderung

Bestrafung der Fälschung einer Verleihungsurkunde über neuen Namen nach §§ 267 ff., nicht § 363 StGB. 924⁴

Namensrecht

Schrifttum 622

Beschwerberecht der Ehefrau gegen Berichtigung ihres Mädchennamens im Personenstandsregister 448¹⁴

Naturheilkunde

Der Arzt für N. nach dem Heilpraktikergesetz 695

NSDAP.

Das Programm der NSDAP. und die Rechtsprechung 486

Der Einfluß des Rechtswahrers für die Schulungsarbeit der Partei:

Die Eignung des Rechtswahrers für die Schulungsarbeit 90

Die Bedingungen des Einsatzes für die Schulungsarbeit 91

Der Inhalt und die Form der Rechtsarbeit 92

Die Auswirkungen der Arbeit 94

Der Erfolg rechtfertigt den Einsatz 96

Schutz von Amtsträgern der NSDAP. gegen Verleumdung 219

Die Anwendung beamtenrechtlicher Vorschriften auf Parteiamtsträger 401

Keine Anwendung des § 839 BGB., Art. 131 RVerf. auf die NSDAP. 54 + 241¹⁵

Verneinung der öffentlichen Urkunde (§ 268 StGB.) bei von Ortsgruppenleiter der NSDAP. ausgestelltem Beglaubigungsvermerk auf Prüfungszeugnis 712⁹

Zur Durchführung eines Strafverfahrens von Amts wegen wegen einer Tat, die auch im Privatklageverfahren verfolgt werden kann, Genehmigung der NSDAP. nicht erforderlich 716¹⁸

NSB.

Besonders schwerer Fall der Untreue bei Unterschlagung von 6500 RM NSB.-Geldern durch Amtswalter der NSB. 990¹¹

NSB.

Besonders schwerer Fall der Untreue bei Unterschlagung von 6500 RM NSB.-Geldern durch Amtswalter der NSB. 990¹¹

Nationalsozialistische Musterschule

Umsatzsteuerfreiheit der Einnahmen aus n.-f. M. 464³⁴

Nationalsozialistische Weltanschauung

Der Führer am 30. Januar 1939 über Führung und Volksgemeinschaft 41

Rechtsbegriff und Verfassung 1203

Nationalsozialistische Strafrechtspolitik 1225

Bindung des Richters an das Gesetz 337

Volkstnahe Rechtspflege:

Volkstnahe Rechtswahrer 480

Volkstverbundene Rechtspflege der Sache nach 481

Verständliche und schnelle Entscheidungen 484

Ein Franzose über die nat.-soz. Rechtsauffassung 158

Nationalsozialistisches Recht und Rechtsdenken. Schrifttum 83

Geschichtliche Grundlagen des Nationalsozialismus. Schrifttum 84

Nebenbetrieb, landwirtschaftlicher

(RVerfG.) + 1019⁴²

Nebenklage

Unzulässigkeit der Erhebung von N. nach Verwirkung des Buzanspruchs bei fahrlässiger Körperverletzung + 628⁹

Rechtzeitige Erhebung der N. ersetzt Strafantrag + 1148⁵

Nebentätigkeit

Zur Frage des Pfändungsschutzes bei Ausübung von Hauptberuf oder Bezug von Ruhegehalt neben Arbeits-einkommen aus N. und umgekehrt 603

Ne bis in idem

vgl. unter Verbrauch der Strafkasse

Nibelungenlied

Das N. Schrifttum 858

Nichtigkeit

vgl. auch unter Sittenwidrigkeit

N. von Sondervereinbarungen im landwirtschaftlichen Entschuldungsverfahren wegen Begünstigung des Gläubigers 598

Zur Frage der N. einer Einstellung wegen Verstoßes gegen die Arbeits-einsatzbestimmungen 900

§ 125 S. 2 BGB. N. des der durch Rechtsgeschäft bestimmten Form ermangelnden Rechtsgeschäfts wegen dieses Mangels nur im Zweifel, also nicht bei entgegenstehendem Parteiwillen + 371²⁹

Durch Verstoß gegen PreisstopBD. nicht N. des ganzen Kaufvertrags, sondern nur der Preisabrede, soweit sie das zulässige Maß überschreitet + 1078²²

§ 48 II TestG. N. eines Testaments wegen grober Pflichtverletzung gegenüber Familie oder Volksgemeinschaft + 313⁷

Ausschluß einzelner nichtiger Satzungsbestimmungen durch den Vorstand der Aktiengesellschaft von der Eintragung in der Anmeldung zum Handelsregister 718¹⁹

Verfahren nach § 25 PrPachtSchD. bei Streit darüber, ob Pachtvertrag nichtig oder ob Verpächter wirksam den Rücktritt vom Pachtvertrag erklärt hat 876⁷

Keine Bindung der Gerichte an die gesetzlich unzulässige und daher nichtige Entlassung eines lebenslanglich angestellten Beamten 1247⁹

Nießbrauch

Pfändung eines N., der zur Sicherung von Altenteilsansprüchen des Schuldners gegen Drittschuldner bestellt worden 884¹⁴

Nordamerika

vgl. Amerika

Notar

Der Reichsnotar 554

Verhältnis der Anwaltschaft zum Notariat 1115

Von der Reichsgruppe N. Mittl. zu Pest 3/4 S. 14

Zuständigkeit des AG. in Disziplinarangelegenheiten der N. aus dem Lande Österreich 425

Hilfsbuch für das Notariat. Schrifttum 574

§ 839 BGB. Regelmäßig keine Pflicht des N., einen im Geschäftsleben stehenden Grundstückskäufer besonders über Begriff und Umfang der Wertzuwachssteuer zu belehren 1241³
 §§ 266, 348 StGB. Wann hat N., der bei ihm hinterlegtes Geld für sich verbraucht, das Erfordernis erfüllt, jederzeit eine entsprechende Summe baren Geldes zum Vorlegen zur Verfügung zu haben? 989¹⁰

Notweg

Bestimmung des N. durch den Richter; Übereinstimmung mit dem bisher benutzten Weg nicht erforderlich † 1159¹⁶

Notwehr

Die N. im englischen Strafrecht. Schrifttum 1064

Keine Verurteilung auf N., wenn der Täter Abwehrhandlung des Verletzten hervorruft, um seinen Angriffswillen unter dem Schein der N. zu betätigen 364¹¹

Oberschlesien

Zur Rechtsstellung bäuerlicher Realgemeinden in D., insbes. hinsichtlich der Vertretungsbefugnis nach außen. Zur Frage der grundbuchmäßigen Eintragung der solchen Gemeinschaften zustehenden Rechte 930¹⁴

Obervang

Nach D. in Diez a. d. Bahn Verpflichtung der Anlieger zur polizeimäßigen Reinigung der öffentlichen Straßen 1108³⁵

In Breslau Verpflichtung der Straßenanlieger zur Unterhaltung der Bürgersteige weder nach geschriebnem Recht noch nach D. 1109⁵⁶

Offenbarungseid

„Ein Schuldner und 30 Haftbefehle“ 117 423

§ 153 StGB. Umfang der Offenbarungspflicht beim D. 363⁴

Offene Handelsgesellschaft

Lohnschleiferei mit nur handwerksmäßigem Umfang kein Handelsgewerbe, daher auch keine o. H. Alleinvertretungsbefugnis der Gesellschafter nur auf Grund besonderer Vereinbarung † 238¹³

Urkundensteuerpflicht der Vereinbarung, wonach Gesellschafter einer o. H. oder KommGes. seinen Gewinnanteil als Einlage im Geschäft stehen läßt 1019⁴³

Öffentliche Aufträge

Die Preisbildung bei ö. A. Schrifttum 861

Öffentliche Betriebe

Zum Ausgleich von Schäden durch Zimmisionen aus ö. B. 743

Öffentlichkeit i. S. des § 183 StGB. 364^{9 10}

Öffentlichkeit der Verhandlung

Ausschluß der D. während der Vernehmung eines Sachverständigen deckt auch Erörterung des Gutachtens und Beerdigung des Sachverständigen 236¹⁰

Offizialverfahren

Zur Frage der Anwendung des D. auf Klagen auf Feststellung der blutsmäßigen Abstammung 132

Operation

Erfordernis der Einholung der Einwilligung des Patienten durch Arzt vor D. 1159¹⁵

Ordnungsstrafe

Das Recht der PreisstrafrechtsVD. v. 3. Juni 1939 1031

§ 126 StGB. Nach Zurückweisung der Eintragungsanmeldung eines Beteiligten Anregung eines Verfahrens durch die Industrie- und Handelskammer, um neue Anmeldung zu erzwingen † 321¹⁰

EinStGB. Keine Abzugsfähigkeit der D. wegen Verfehlungen gegen die Wirtschaftsgesetze am Gewinn eines gewerblichen Unternehmens † 1104⁵¹

Organtheorie

Die D. im Steuerrecht der internationalen Konzerne 151

Ortsgruppenleiter

Verneinung der öffentlichen Urkunde (§ 268 StGB.) bei von D. der NS-DAF. ausgestellttem Beglaubigungsvermerk auf Prüfungszeugnis 712⁹

Österreich

Das Versailler Diktat und der Anschluß D. an Deutschland 964

Erweiterung der Voraussetzungen für Wiederaufnahme des Verfahrens nach dem Vorbild der Österr. ZPO. 699 701

Inkraftsetzung des Rechts der Landbewirtschaftung in D. durch VD. vom 28. Febr. 1939 705

Zur ErbhofergänzungsVD. v. 26. April 1939: Abweichende Auerbenbestimmung in Härtefällen in D. 841

Die Berufung des Strafprozeßentwurfes in der Erfahrung der Österr. StPO. 116

Schulungsveranstaltungen für beamtete Rechtswahrer der zum Reich zurückgekehrten Gebiete: Ostmark, Sudetenland 559

Beamtenentschuldung in der Ostmark 620

Zuständigkeit des RG. in Disziplinarangelegenheiten der Notare aus dem Lande D. 425

Tagung des Reichsgruppenrats Rechtsanwälte im NSRB. über die Stellung des Rechtsanwalts der Ostmark und des Sudetengaus 571

Heimkehr der ostmärkischen und sudetendeutschen Rechtsanwälte in den Gesamtverband der deutschen Anwaltschaft 1113

Einführung der MAND. in der Ostmark. MittBl. zu Stf 1/2 S. 4

Tagung der ostmärkischen Wirtschaftsrechtswahrer auf dem „Tag des deutschen Rechts“ 1139

Schrifttum

Die Österreichische Verwaltung 160

Reich und Ostmark 125

Das neue Deutsche Reichsrecht. Ausgabe D. 232 769

Die Ehevorschriften im Lande D. und in den sudetendeutschen Gebieten 860

Steuertafel. Ausgabe für D. 864

Die Umstellung österreichischer Aktiengesellschaften 1142

Anwendung der Sondervorschriften des EheG. für das Land D. nicht auf D. beschränkt. Aufhebung einer bisher österreichischem Recht unterstehenden Mische wegen Irrtums über Ratseisenfrage nach dem 1. Aug. 1938 noch mindestens ein Jahr lang 173¹⁷

Zulässigkeit der Anrufung eines Gerichts des Altreichs durch frühere

österreichische Staatsangehörige in Ehefachen ebenso wie eines solchen im Land D. durch Personen aus dem Altreich 174¹⁸

Keine Begründung der Zuständigkeit eines im Gebiet des Altreichs gelegenen Gerichts auf Grund des § 31 Österr. Jurisdiktionsnorm. Zuständigkeit für den Scheidungsstreit sudetendeutscher Parteien, die durch die Wiedervereinigung die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben 454²³

Keine Delegation eines (unzuständigen) Gerichts des Altreichs zur Durchführung eines im Lande D. anhängigen außerstreitigen Verfahrens 1196⁶⁰

Zu einer in D. vor dem 1. Jan. 1939 in einem kirchlichen Geburtenbuch beurkundeten Geburt soll gemäß § 30 PersStG. Randvermerk eingetragen werden. Zuständigkeit zur Entgegennahme des Eintragungsantrags 448¹³

Trotz Fehlens einer ausdrücklichen Bestimmung im österreichischen Recht Verpflichtung des schuldigen Teils bei Ehecheidung, mit Rücksicht auf die Ehe empfangene Geschenke zurückzustellen 1194⁵⁸

Zur Frage, ob aus Anlaß einer Mängelbehebung nach § 85 c Österr. ZPO. nicht nur Formfehler, sondern auch inhaltliche Fehler behoben werden können 1264²²

Im österreichischen Prozeßrecht keine dem § 616 ZPO. entsprechende Vorschrift vorhanden 998²⁰

§ 502 Österr. ZPO. Verbot des Revisionsrekurses gegen Beschlüsse der zweiten Instanz über Bemessung des gesetzlichen Unterhaltsbetrags 1016⁴⁰

Österr. BGB. „Behördlicher Führerschein“ i. S. der Allg. Verord. Vereinbarung, daß für den durch einen Fahrer ohne behördlichen Führerschein verursachten Schaden nicht gehaftet wird 1195⁵⁹

Pacht

vgl. unter Verpachtung

Pächterentschuldung

Ein Beitrag zur Methode der Rechtsfindung am Beispiel der landwirtschaftlichen Schuldenregelung: Senkung der Pachtzinsen im P. Verfahren 1047

Gemeinschaftl. Richtlinie 79 zur P. Neu Festsetzung des Pachtzinses nur, soweit zur Durchführung der Entschuldung erforderlich 1100⁴³

Pächterschutz

§§ 6, 25 PrPachtG. Anwendung der PrPachtG. auf Vertrag, durch den einem Arbeitnehmer ein landwirtschaftliches Grundstück zum Genuß seiner Erzeugnisse überlassen ist. Bei Pachtstreit über Vertrag, dem notwendige Genehmigung fehlt, Frist für Antragsteller zur Nachholung der erforderlichen Anträge bei der Behörde. Recht der Beteiligten auf Erfordern von Rechtsentscheiden 1087³¹

Verlängerung eines auf Grund des NSieblG. vermittelten Pachtvertrags durch das RG. Streit über Grund des Anspruchs gemäß § 25 PrPachtG. Neuer Verlängerungsantrag

des Pächters wegen Überholung des ursprünglichen Antrags durch Zeitablauf 876⁷

Pachtnotrecht

Zum P., insbes. dem Gef. zur Weitergeltung und Verlängerung des P. v. 30. Sept. 1937 204

Gemäß § 2 Gef. über Weitergeltung und Ergänzung des P. v. 30. Sept. 1937 keine Verlängerung des Pachtverhältnisses durch das PCh. bzgl. für das Bauerntum bereitgestellter Grundstücke 874⁸

Parten, unzulässiges (§ 16 StrafVerfD.)

† 1068¹¹

Parteiaussage

Die unbeschworene falsche P. als Restitutionsgrund 476 697

Die Beurkundung der Aussagen von Zeugen und Sachverständigen sowie der vernommenen Parteien im Zivilprozeß 1124

Parteiberrat (§ 356 StGB.)

Begriff der „Rechtsache“ i. S. des § 356 StGB. 714⁹

Passivlegitimation

Mitteilung bzgl. der P. in 44-Angelegenheiten 1230

Patent

Kein P.schutz für die innerhalb einer zusammengesetzten Vorrichtung mit geschützten Teilen in engem technischen Zusammenhang stehenden und zusammenwirkenden, den geschützten Erfindungsgedanken nicht verwirklichenden Teile. Keine P.verletzung durch denjenigen, der dem Erwerber der patentierten Gesamtvorrichtung einen während deren normaler Lebensdauer wiederholt auszuwechselnden Ersatzteil liefert 251²⁴

Patentanwalt

Die Patentanwaltschaft in Frankreich 618

Patentsachen

Rechtzeitige Mitteilung der schriftlichen Erklärungen des vom Präsidenten des RPatW. gemäß § 52 II PatG. bestellten Vertreters, die zum Gegenstand der Verhandlung gemacht werden sollen, an das Gericht 727²⁷

Auch im Berufungsverfahren in Patentnichtigkeitsachen richtet sich Gebühr für eine Entscheidung nach der Form, in der die Entscheidung tatsächlich ergangen. Verlustigkeits- und Kostenentscheidung gemäß § 6 III W.D. über Berufungsverfahren in P. erfolgt in Form des Beschlusses 670⁴³

Pauschläge

EinkStNov. Änderungen betr. die P. für Sonderausgaben und Werbungskosten 689

Pension

bgl. unter Ruhegehalt

Personalakten

Bestätigung über Teilnahme an Rechtswahrerlehrgängen für behördliche P. MittW. zu Heft 5/6 S. 31

Personengesellschaften (§ 36 UrStGB.)

1019⁴³

Personensorge

Verfügung des P.rechts im Widerspruch zu § 1636 BGB. wegen sittlichen Tiefstands des Antragstellers 339

Die Sorge für die Person gemeinschaftlicher Kinder nach dem neuen EheG. 199

§ 81 EheG. Bei rechtskräftiger Ehescheidung erst nach Inkrafttreten des EheG. P. und gesetzliche Vertretung einstweilen weiter bei demselben Elternteil wie bisher; bei Gefährdung des Kindes anderweite Regelung durch vorläufige Anordnung des VormGer. Beschwerde dagegen 179²²

Sinn gemäße Anwendung des § 81 EheG. gemäß § 97 E. 2 erst dann, wenn § 1635 BGB. kein befriedigendes Ergebnis bringt. Abweichende Regelung im Interesse des Kindes gemäß § 81 auch, wenn das Kind vorteilhafter bei dem anderen Elternteil untergebracht wäre, als bei demjenigen, dem bisher das Sorgerecht zusteht 577³ 1000²²

„Besonderer Grund“ i. S. des § 81 III EheG. für Übertragung des Personensorgerechts auf den schuldigen Elternteil nicht nur, wenn das Kind bei dem schuldlos geschiedenen Elternteil unmittelbar gefährdet sein würde 1000²²

§ 81 IV EheG. Übertragung nur des Aufenthaltsbestimmungsrechts, nicht des gesamten P.rechts auf Pfleger 1076¹⁰

Art. 19, nicht Art. 17 GG BGB. maßgebend für Zuteilung der Kinder auch aus geschiedenen Ehen. Scheidung der Eltern i. S. des Art. 19 GG BGB. dem Tod des Vaters nicht gleichgestellt. Anerkennung eines in Schweden ergangenen Urteils betr. Kinderzuteilung unter schwedischen Staatsangehörigen nach Scheidung der Ehe unter den Voraussetzungen des § 328 ZPD. † 869³

Personenstandsgesetz

§ 30 PersStG. n. F., Lücke im Unehelichenrecht 1234

Schrifttum 230

Zu einer in Österreich vor dem 1. Jan. 1939 in einem kirchlichen Geburtenbuch beurkundeten Geburt soll gemäß § 30 PersStG. Randvermerk eingetragen werden. Zuständigkeit zur Entgegennahme des Eintragungsantrags 448¹³

§ 203 BGB. Hemmung des Laufs der Ausschlussfrist für Ehelichkeitsanfechtung (§ 1594 BGB.), solange der Anfechtungsberechtigten auf die Richtigkeit einer in Wirklichkeit unrichtigen Geburtsurkunde vertraut 1013³⁴ † 1241⁴

§§ 48, 49. Beschwerderecht der Ehefrau gegen Berichtigung ihres Mädchennamens im Personenstandsregister 448¹⁴

Personenstandsunterdrückung (§ 169 StGB.)

P. durch falsche Angaben über den Erzeuger des unehelichen Kindes und den Mehrverkehr 921²

Pfandrecht

bgl. auch Verpfändung

Vermögensbegriff i. S. des § 419 BGB. auch wertvolle Wohnungs- oder Betriebseinrichtung, die zwar kraft gesetzlicher Pf. oder Sicherungsübereignung mit Miet- oder Pachtverhältnissen belastet, aber durch deren Abdeckung zu Gelde gemacht werden kann † 941²¹

Pfändung

Vermeidung doppelten P.schutzes für Empfänger mehrerer Einkommen 219

Pf.schutz bei mehreren Einkommensquellen 602

Pf. und Verwertung von Steuergutscheinen 708

Die Unpfändbarkeit der Umzugskostenvergütungen 919

Pf. der Abzahlungssache durch den Abzahlungsverkäufer beim Zahlungsverzuge des Abzahlungskäufers 1046

Pf. der Kinderzulagen nach § 850 b ZPD. † 118

Überstundenvergütung muß unpfändbar sein 1231

§ 751 ZPD. Zur Frage der Wirksamkeit der Pf. von Rentenansprüchen hinsichtlich künftiger Beträge 803³³

Beachtung des in § 811 ZPD. enthaltenen Schuldnerschutzes unter Umständen Unrecht, obwohl dieser auch wegen der Gemeinschaft gegeben 586¹²

Zur Frage der Pfändbarkeit der Weihnachtsgütung † 268³⁰ † 953³⁵

§§ 828, 851 ZPD. Unzulässig ist Pf.

1. des „Rechts auf Entgegennahme der Kündigung“ oder des „Rechts, das dem Schuldner als Eigentümer auf Erteilung der Zustimmung zu Belastungen des Erbbaurechts zusteht“, weil kein „Recht“ in Frage steht,

2. des „Rechts auf Kündigung“, weil Befriedigung „wegen einer Geldforderung“ aus der Pf. eines solchen Rechts nicht vorstellbar,

3. „aller Ansprüche“ aus einem Rechtsverhältnis, aus dem auch unübertragbare und deshalb unpfändbare Rechte vorstellbar † 454²⁴

§§ 850, 850 b ZPD. Unpfändbarkeit der Kinderzuschläge der Angestellten und Arbeiter 670⁴²

§ 850, 850 e ZPD. Zur Frage der Gewährung von Pf.schutz für Angestellten, der neben der Arbeitsvergütung Ruhegehalt bezieht † 587¹⁴

§§ 850 b IV, 850 III ZPD. Herabsetzung des für den notwendigen Unterhalt üblichen Satzes für Schuldner, der besonders billig wohnt. — Zur Anwendung der §§ 66 ff. EheG. bei Konkurrenz der geschiedenen und jetzigen Ehefrau in der Zwangsvollstreckung 589¹⁵

§ 850 b ZPD. Keine dem gesunden Volksempfinden widersprechende Härte zu erblicken in Pf. des unehelichen Kindes nach den normalen Pfbestimmungen, wenn Erzeuger für Frau und zwei eheliche Kinder zu sorgen hat 589¹⁶

§§ 850 b, 850 III ZPD. Kein Vorteil des persönlichen Gläubigers des Schuldners aus dem von der Ehefrau des Schuldners für den ehelichen Aufwand beigesteuerten Gelde 1191⁵¹

§ 850 g ZPD. Voller Schadenersatzanspruch des unfallverletzten Kraftwageninsassen, der nach dem Unfall den einen ausgleichspflichtigen Schädiger beerbt. Der Schadenersatzanspruch — insbes. als Rentenanspruch — nicht pfändbar; daher auch Aufrechnung des Schädigers gegen ihn

mit Ausgleichsanspruch unzulässig 1093³⁰

§ 857 ZPO. Pf. eines Nießbrauchs, der zur Sicherung von Miteigentumsansprüchen des Schuldners gegen Drittschuldner bestellt worden 884¹⁴

Auf Antrag des zuständigen StA. hat das GVL die vom Strafgericht in Ermittlungsverfahren wegen Debitenvergehens gem. § 27 der 1. Durchf. VO., §§ 42 I Ziff. 7, 45 DevG. auf Grund Arrests angeordnete Pf. der auf Dritten eingetragenen Hypothek einzutragen 944²³

Pfändungsankündigungen

Nur eine Rechtsanwaltsgebühr für mehrere Pf. an mehrere Drittschuldner desselben Schuldners bei einheitlichem Auftrag des Gläubigers 889²¹

Pfändungs- und Überweisungsbeschluss

Zweckmäßige Gestaltung der Lohnpfändungsbeschlüsse im Zeichen der Rationalisierung 1232

Zuständigkeitsmängel bei Pf.- u. U., insbes. bei Seeleuten 983

Wirksamkeit des vom unzuständigen Vollstreckungsgericht erlassenen Pf.- u. U. bis zu seiner Aufhebung auf Erinnerung hin 587¹³

Pflegekindschaft

Pf. i. S. des § 174 I Ziff. 1 StGB. 363⁵

Pfleger

Bestellung von Ehegatten als Pf. in Erbgesundheitsfachen 1054

§ 81 IV EheG. Übertragung nur des Aufenthaltbestimmungsrechts, nicht des gesamten Personensorgerechts auf Pf. 1076¹⁹

Pflichtteil

Erblasser kann Pf. entziehung aussprechen für den Fall, daß ein bestimmter Tatbestand, der Pf. entziehungsgrund darstellt, zur Zeit der Testamentserrichtung besteht 382³⁰

Bei Einsetzung der Ehefrau als Vorerbin, der Kinder als Nacherben unter Beschränkung der letzteren auf den Pf. im Falle ihrer Unzufriedenheit soll im Zweifel die Ausschlagung eines Nacherben auch dessen Abkömmlinge von der Erbfolge ausschließen 1085²⁸

Politische Akte

Die Zulässigkeit des Rechtswegs bei politischen Streitigkeiten:

§ 13 GVG. in der Rechtsprechung 51

Die Zuständigkeit der Gerichte gegenüber p. A. 52

Politische Unzuverlässigkeit

Entlassung eines Vormunds wegen p. U. 154

Prüfung der p. Zuverlässigkeit auch bei Konzessionserteilung für Gastwirte 1053

Polizei

Die Schutzstaffel der NSDAP. und die Deutsche P.:

Die Schutzstaffel der NSDAP. 44

Die Politische P. des Dritten Reichs 45

Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen P. 46

Das Staatschutzkorps der SS und P. 47

Die strafrechtliche und polizeiliche Bekämpfung der Amtsanmaßung (§ 132 StGB.) 88

Nationalsozialistische Strafrechtspolitik und Verfahren vor B.dienststellen 1226

KriminalP. und Strafverfahrensrecht.

Schrifttum 229

PrPolVerwG. Schrifttum 864

Zulässigkeit des polizeilichen Verlangens nach Beseitigung eines polizeiwidrigen Zustandes, auch wenn die P. in anderen gleichliegenden Fällen noch nicht eingeschritten 111⁵⁷

Polizeiwidriger Zustand bei offensichtlicher schwerer und sinnloser Gefährdung des eigenen Lebens durch bauliches Gebäude 1112⁵⁸

Keine Zwangsgeldfestsetzung nach § 33 PolVerwG. wegen Nichtbefolgung einer PolVO., wenn dem Betroffenen die Befolgung unmöglich ist 814⁴³

Polizeibeamte

Ablehnung des Polizeimajors, der im staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren im Auftrag der StA. sich gutschaffen über die anlässlich Verkehrsunfall gegebenen strafbaren Handlungen geäußert hat, als Sachverständiger in der Hauptverhandlung 929¹¹

Polizeiliche Strafverfügung

§ 413 StPO. Äußere und inhaltliche Erfordernisse der als Prozeßvoraussetzung genügenden p. St. 995¹⁰

Pommern

Im Anwendungsgebiet der Pomm.-BauernD. v. 15. Mai 1616 auch nach Inkrafttreten des BGB. Ausschluß des Eintritts der fortgesetzten Gütergemeinschaft durch einseitiges eigenhändiges Testament des Ehemanns möglich 249²²

Positive Vertragsverletzung

vgl. unter V.

Post

Die Vertretung der Deutschen Reichspost als Fiskus 155

Postgeheimnisverletzung (§ 354 StGB.)

Briefgeheimnis auch gegenüber postamtlichen Briefen + 924⁶

Preisaufgaben

Bekanntmachung von P. der Universität Leipzig 857

Preis der Verwaltungswissenschaften 119

Filmpreisausschreiben zum „Tag des Deutschen Rechts“. MittBl. zu Hest 5/6 S. 29

Preisbildung

Mitwirkung der P.behörden bei der Wohnungsbeschaffung für kinderreiche Familien 1218

Die P. bei öffentlichen Aufträgen. Schrifttum 861

Die gesamten P.vorschriften. Schrifttum 920

Keine Befugnis des MGA. und der Beschwerdestelle zur Ablehnung des Auftrags auf Ermittlung der Friedensmiete, weil die P.behörde bereits den Mietzins festgesetzt hat und die dagegen eingelegte Beschwerde zurückgewiesen ist 1086²⁰

Preisprüfer

Öffentliche Bestellung und Vereidigung von P. MittBl. zu Hest 1/2 S. 5

Preisstop

Kündigung und MietP..

Der bisherige Rechtszustand:

Unzulässige Kündigung 495

Feststellung der Unzulässigkeit 496

Bindung des Gerichts an die Entscheidung der Preisbehörde 496

Genehmigung unzulässiger Kündigungen 496

Die Kündigung nach der neuen KündigungVO.:

Zulässigkeit der Kündigung 497

Bernichtbarkeit der Kündigung 497

Gleichgestellte Tatbestände 498

Zuständigkeit und Gebühren 499

Übergangsvorschriften 499

Die KündigungVO. des Reichskommissars für die Preisbildung:

Geltungsbereich der KündigungVO. 1213

Widerpruchsrecht des Mieters 1213

Die Entscheidung der Preisbehörde 1214

Das Verfahren vor den Preisbehörden 1217

Übergangsvorschriften 1217

Aus der Praxis der VersteigerungsPreisstopVO. v. 6. April 1938 141

Keine entsprechende Anwendung der PreisstopVO. auf die Zeit vor dem 18. Okt. 1936 652²⁵

PreisstopVO. geht als jüngerer und als Sondergesetz dem UmlVG., der ZugabeVO. und dem RabattG. vor; daher sind bis zum 17. Okt. 1936 regelmäßig gemachte Zugaben, Preisnachlässe und Unterbietungen fortzusetzen 650²⁴

Durch Verstoß gegen PreisstopVO. nicht Nichtigkeit des ganzen Kaufvertrags, sondern nur der Preisabrede, soweit sie das zulässige Maß überschreitet. Kein Einfluß der PreisstopVO. auf die Rückpflicht des Kaufmanns gemäß § 377 HGB. + 1078²²

Erschwerung oder Unterbindung der Möglichkeit für Kleinhändler, durch Gemeinschaftsbezug höheren Mengenrabatt von den Großhändlern zu erlangen, ist nicht Preiserhöhung i. S. der §§ 3, 4 VO. zur Verbilligung des Warenverkehrs 652²⁵

Gemäß PreisstopVO. Strafandrohung für jeden an Preiserhöhung Beteiligten und Bestrafung nach den Einzelgesetzen, auch wenn in diesen jeweils nur ein Beteiligter (Verkäufer) mit Strafe bedroht 994¹⁵

PreisstrafrechtsVO. v. 3. Juni 1939

Allgemeines Strafrecht 1030

Ordnungsstrafrecht 1031

Verfahrensvorschriften 1032

Preise

Darf man Verbrechen totschweigen?:

Der Wert der Fahndungsmeldung 63

Rücknahme auf Heher? Folgen des Verschweigens; Lehren für die Zukunft 64

Hauptabteilung P. des NSRB. MittBl. zu Hest 3/4 S. 10

Preußen

Das neue Recht in P. Schrifttum 232

Privatklage

Wirkungen des StraffreihG. auf einen gerichtlichen Vergleich im P.verfahren 761

Die Gebühr des Rechtsanwalts bei Abschluß eines Vergleichs im P. verfahren 1042

Zur Durchführung eines Strafverfahrens von Amts wegen wegen einer Tat, die auch im P. verfahren verfolgt werden kann, Genehmigung der NS-DAF. nicht erforderlich 716¹⁰

Probeassessor

Die Besoldung der P.- und Anwaltsassessoren 424

Die Dauer des anwaltlichen Probe- und Anwärterdienstes 1116

Protoktorat Böhmen-Mähren

bgl. unter B.

Protokoll

bgl. auch unter SitzungsP.

Der Vorchrift des § 345 II StPD. genügt nicht Revisionsbegründung, in der der Urkundsbeamte auf privatschriftliche Erklärung des Angekl. protokollmäßig Bezug nimmt oder verweist 1069¹³

Provision

VermittlungsP. an Wirtschaftstreuhänd. MittBl. zu Heft 1/2 S. 6

§ 5 EinkStG. Nach Vermittlung des Geschäfts durch Handlungsagenten und Anzeige des Abschlusses an den Geschäftsherrn Ausweis der daraus anfallenden P. in der Bilanz des Handlungsagenten † 393⁴⁷

Bei als Dauerschulden anzusehenden Wechselkrediten Hinzurechnung der Akzept- und AufageP. für weitere Bereitstellung schon in Anspruch genommener Kredite zu den nicht abzugsfähigen Zinsen i. S. des § 8 Biff. 1 GemStG. 1102⁴⁰

Prozeßbezug

Restitutionsklage (§ 580 Biff. 4 ZPD.) bei P. 476 697

Personenstandsunterdrückung und P. durch falsche Angaben über den Erzeuger des unehelichen Kindes und den Mehrverkehr 921²

Prozeßgebühr des Rechtsanwalts

Streitwertberechnung, Vergleichs- und P. d. R. bei Unterhaltsvergleich im Eheprozeß 608

Zu § 14 AGebD. P. bei Mehrvergleich 754

Volle P. d. R. für Rücknahme der Klage im Eheprozeß durch Schriftsazeinreichung auch bei gemeinschaftlicher Anzeige der Ausöhnung der Parteien und Erklärung der Rücknahme von Klage und Widerklage durch von beiden Rechtsanwältinnen eingereichten Schriftsatz 457²⁸

Armenanwaltsgebühr bei vergleichsweiser Regelung des endgültigen gesetzlichen Unterhaltsanspruchs für die Zeit nach der Scheidung im Verfahren aus § 627 b ZPD. 669⁴¹

Prozeßgebühr, gerichtliche

Nur bei ausdrücklicher Rückwirkungsbestimmung gilt Wegfall einer gesetzlichen Gebührenbefreiung auch für bereits fällig gewordene Gerichtsgebühren. Ausnahme für die P. 457²⁶

Prozeßvollmacht

bgl. unter Rechtsanwalt

Prüfungsweisen

Das Genossenschaftliche P. Schrifttum 359

Unzulässigkeit der Beschwerde gegen gerichtliche Bestellung von Abschlußprüfer gemäß § 136 IV 2 AktG. 719²⁰

Rabatt

PreisstopPD. geht als jüngerer und als Sondergesetz dem UnWStG., der ZugabePD. und dem RabattG. vor, daher sind bis zum 17. Okt. 1936 regelmäßig gemachte Zugaben, Preisnachlässe und Unterbietungen fortzusetzen 650²⁴

Erschwerung oder Unterbindung der Möglichkeit für Kleinhändler, durch Gemeinschaftsbezug höheren Mengen R. von den Großhändlern zu erlangen, ist nicht Preiserhöhung i. S. der §§ 3, 4 PD. zur Verbilligung des Warenverkehrs 652²⁵

Radfahrer

§ 25 StrafVerfD. 1934. Gefährdung von R. durch Kraftfahrer, der auf belebter Straße beim Überholen zu zeitig und zu weit nach links ausbiegt † 323¹¹

Rasse

bgl. auch unter Mischehe

Vermittlung des R. gedankens des Programms der NSDAF. durch die Rechtspredigt 487

Rosenberg über die deutsche Mission in Europa 766

Das Recht der R. Schrifttum 1062

Grundlagen der Erb- und R. pflege. Schrifttum 127

Rasselundliche Untersuchungen

Besteht Entschädigungspflicht der Reichsraße gegenüber Personen, die im Rechtsstreit erb- und rasselundlich untersucht werden? 1128

Rassenschande

Regelmäßig ist Exhibitionismus nicht als „Geschlechtsverkehr“ i. S. des BlutSchutG. anzusehen 163⁵

Reise ins Ausland zwecks rassenschänderischer Eheführung im Ausland ist Versuch des Verbrechens 711¹

Strafzumessung für Zuwiderhandlung gegen § 2 BlutSchutG. Nachprüfung des hierbei geübten Ermessens des Tatrichters durch das RevG. 164⁶

§ 5 BlutSchutG. Für Strafzumessung maßgebend das Maß der von dem jüdischen Rassenschänder bekundeten Mißachtung der Rassenschutvorschriften, nicht das artvergeßene Verhalten der deutschblütigen Frau 925⁸

Ratenarmenrecht

Unzulässigkeit der Bewilligung von R. 793²³

Raumordnung

Die R. als völkerrechtliches Ordnungselement des Staatsbegriffs 343

Räumungsfrist

Vertraglose Mietverhältnisse bei Gewährung einer R. im Mietaufhebungsurteil, auf Grund des § 721 ZPD. oder des VollstrMißbrG. 404

Die R. nach dem Gef. über Mietverhältnisse mit Juden 968

Gewährung von R. durch Urteil für Wohnungen, auch wenn Gegenstand des Mietvertrags nur das Grundstück, auf dem sie errichtet 374³⁰

Räumungsurteil

Auslegung der Vereinbarung zwischen den Mietvertragsparteien über weiteres Verbleiben des Mieters in den Mieträumen nach Erlaß des R. 643²¹

Entscheidung darüber, wem die von beiden Ehegatten gemietete Wohnung bei nach Scheidung von einem Ehe-

gatten gegen den anderen erhobener Räumungsklage zuzusprechen ist, unter Berücksichtigung des Schuldanspruchs im Scheidungsurteil und der Regelung der Personensorge für die Kinder 934¹⁵

Kann der Pächter dem Räumungsanspruch des Rechtsnachfolgers des Verpächters den Einwand unzulässiger Rechtsausübung wegen einer vom Verpächter begangenen vorsätzlichen unerlaubten Handlung entgegenhalten? 874⁶

Raufstalt (§ 330 a StGB.)

Zur Handlung des Zurechnungsunfähigen in § 330 a StGB. 1033

Bestrafung aus § 330 a StGB. bei „pathologischem“ Rauf † 992¹²

Auch bei R. Beurteilung als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher und Anordnung der Sicherungsverwahrung zulässig † 1150⁸

Realgemeinde

Zur Rechtsstellung bäuerlicher R. in Oberschlesien, insbes. hinsichtlich der Vertretungsbefugnis nach außen. Zur Frage der grundbuchmäßigen Eintragung der solchen Gemeinschaften zustehenden Rechte 930¹⁴

Rechtliches Gehör

Zur Revisionsrüge ausreichende Verurteilung des r. G., wenn das BG. einer Partei das Armenrecht wegen Ausichtslosigkeit eines Beweismittels entzieht, dann dennoch unter Forderung eines hohen Kostenvorwurfs von der Partei die Erhebung dieses Beweises beschließt und wegen Nichtzahlung ungünstige Entscheidung fällt † 1156¹³

Rechtsanwalt

Von der Reichsgruppe

Vertretung von Juden in Rechtsangelegenheiten. MittBl. zu Heft 1/2 S. 1, 4

R. als Hausverwalter. MittBl. zu Heft 1/2 S. 4

Einführung der RRAO. in der Ostmark. MittBl. zu Heft 1/2 S. 4

Tagung des Reichsgruppenrats R. im NSRB. über die Stellung des R. der Ostmark und des Sudetengaus 571

Aufsätze

Gegenwartsprobleme der Anwaltschaft: Heimkehr der ostmärkischen und sudetendeutschen R. 1113

Entfernung der jüdischen R. 1114

Verminderung der Zahl der R. 1114

Überführung von Anwälten in den Staatsdienst 1115 1116

Altersversicherung 1115

Dauer des anwaltlichen Probe- und Anwärterdienstes 1116

Totalisierungsprinzip 1116

Gliederung der Anwaltschaft nach ihren Zuständigkeiten 1117

Rechtsberatungseinrichtungen 1117

Statistiken und Zahlen über die Einkünfte des R. 1117

Leistungssteigerung und Rationalisierung der deutschen Firmen durch Zusammenarbeit mit der deutschen Rechtsanwaltschaft in Vertreibungs-

sachen 353

Wahrheitsuche und Rechtsuche — die wirksamsten Waffen des R. 548

Trennung der Anwaltschaft vom Notariat 555 1115

- Die Altersversorgung der R. 833 1113
Die Prozeßbevollmächtigten im Verfahren der einstweiligen Anordnungen: Der Prozeßbevollmächtigte des Antragstellers 976
Der Prozeßbevollmächtigte des Antraggegners 977
Der Prozeßbevollmächtigte vor Erhebung der Hauptklage 977
Die Prozeßbevollmächtigten in der Rechtsmittelinstantz 978
Die Zustellungen an die Prozeßbevollmächtigten 978
Gebührenfragen 979
Mitwirkendes Verschulden von Richter und R. im Grundstücksvollstreckungsrecht 149
Darf R., ohne seine Berufspflichten zu verletzen, eine offenkundig ausfichtlose Revision begründen (§ 345 StPO.)? 208 753
Die Stellung des R. im englischen Rechtssystem 915
Die Übernahme einer Anwaltspraxis und das Einkommensteuerrecht 750
- Entscheidungen**
Nachweis der Bevollmächtigung durch besondere Vollmachtsurkunde nicht erforderlich für den in vollstreckbarem Urteil als Prozeßbevollmächtigter des Kl. Aufgeführten bei Antrag auf Eintragung von Zwangshypothek auf dem Grundstück des Bekl. 447¹¹
§ 618 ZPO. Bei Erscheinen des Bekl. im ersten Termin ohne R. kann regelmäßig sofort zur Sache verhandelt werden 187³²
§§ 8, 11 SchulbVereinG. Keine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Versäumung der Beschwerdefrist dadurch, daß R. die sofortige Beschwerde an das unzuständige LG. sendet 949²⁶
§ 91 ZPO. Anwaltswechsel bei Verweisung vom AG. an das sachlich zuständige LG. 182²⁰
§ 91 ZPO. Anwaltswechsel innerhalb Anwaltsgemeinschaft, deren Mitglieder nicht bei demselben Gericht zugelassen 1183³⁸
§§ 106, 100 ZPO. Frage der Kostenausgleichung bei Klage gegen nicht notwendige Streitgenossen, die teils siegreich, teils unterlegen sind und gemeinsamen Prozeßbevollmächtigten hatten + 326¹⁴
Erstattungsfähigkeit der Mehrkosten der Zustellung durch Gerichtsvollzieher an Stelle der Zustellung von R. zu R., wenn Anwaltsbüros nicht am gleichen Orte 877¹⁰
„Führen“ der Bezeichnung R. i. S. des § 6 Ia TitelG. durch freiwillig auf die Zulassung verzichtenden R. 370²¹
Begriff der „Rechtsache“ i. S. des § 356 StGB. 714⁹
Zur Umsatzsteuerpflicht von R., die bei den Rechtsberatungsstellen der DAF. tätig sind 1102⁴⁸
- Rechtsanwaltsgebühren**
Streitwertberechnung, Vergleichs- und Prozeßgebühr des Rechtsanwalts bei Unterhaltsvergleich im Eheprozeß 608
Zu § 14 RVGebD. Prozeßgebühr bei Mehrvergleich 754
Gebührenfragen im Verfahren der einstweiligen Anordnungen in Ehesachen 979
- Die Gebühr des Rechtsanwalts bei Abschluß eines Vergleichs im Privatklageverfahren 1042
Deutsches Gerichtskostengesetz und deutsche R.ordnung. Schrifttum 986
- § 12 RVGebD. In Streitwertbeschwerden des Rechtsanwalts bestimmter Antrag über Höhe des gewünschten Streitwerts erforderlich; Antrag auf „angemessene Festsetzung“ ungenügend 332²²
Vergleichsgebühr in Ehesachen 187³³ 190³⁴
Wann liegt Vergleich i. S. der RVGebD. vor? 1193⁵⁵
Bei Zwischenvergleich entsteht keine Vergleichsgebühr 1193⁵⁷
Berechnung der Vergleichsgebühr nach dem vollen Streitwert auch nach Ankündigung von Klageermäßigung und Teilanerkennung durch Schriftsatz 457²⁷
§§ 13 Ziff. 1, 3, 28a RVGebD. Armenanwaltsgebühren bei vergleichsweiser Regelung des endgültigen gesetzlichen Unterhaltsanspruchs für die Zeit nach der Scheidung im Verfahren aus § 627 b ZPO. 669⁴¹
§§ 13, 16 RVGebD. Erstattung und Berechnung der R. für den nach Ablauf der Berufungsfrist gestellten Antrag auf Erlass des Verlustigkeitsurteils 333²⁴
§ 13 Ziff. 4 RVGebD. Beweisaufnahme durch Urkundenbeweiserhebung aus Beakten, ohne daß das Urteil die Beweisaufnahme verwertet und die Benutzung der Beakten überhaupt erkennen läßt 334²⁷
§§ 13 Ziff. 4, 17 RVGebD. Erstattungsfähigkeit der Beweis- und weiteren Verhandlungsgebühr 1193⁵⁶
Unbegründete Ablehnung der Beweisgebühr des Rechtsanwalts und Annahme der Scheidung ohne Beweisaufnahme auf nur einseitige Verhandlung 333²³
§ 14 RVGebD. Volle Prozeßgebühr des Rechtsanwalts für Rücknahme der Klage im Eheprozeß durch Schriftsatzeinreichung auch bei gemeinschaftlicher Anzeige der Ausöhnung der Parteien und Erklärung der Rücknahme von Klage und Widerklage durch von beiden Rechtsanwälten eingereichten Schriftsatz 457²⁸
Zur Zustellung des Schriftsatzes i. S. des § 14 RVGebD. genügt nicht, daß der Rechtsanwalt seinerseits das zur Zustellung erforderliche getan hat 1193⁵⁴
§ 23 Ziff. 18 RVGebD. Zwangsvollstreckungsgebühr des Rechtsanwalts für Maßnahmen zur Beseitigung der von dem Gläubiger erwirkten Vollstreckungsmaßnahmen durch den siegreichen Schuldner 333²⁵
Zur Erstattungsfähigkeit der Zwangsvollstreckungsgebühr (§ 23 Ziff. 18 RVGebD.) für Erwirkung des vorläufigen Zahlungsverbots gem. § 845 ZPO. 1190⁵⁰
§§ 28, 25 RVGebD. Bei Kostenpflicht des Arrestbekl. sowohl bzgl. des Anordnungs- als auch des Aufhebungsverfahrens kein Anspruch des Arrestklägers bzw. Rechtsanwalts nach Auf-
- hebung des Arrestes auf nochmalige Festsetzung der R. 888²⁰
Zur Instanz der Zwangsvollstreckung i. S. des § 31 RVGebD. gehört nicht Tätigkeit des Rechtsanwalts im Zwangsversteigerungsverfahren auf Grund der VO. über Vollstreckungsschutz v. 26. Mai 1933 334²⁰
§§ 31, 23 Ziff. 18 RVGebD. Nur eine R. für mehrere Pfändungsankündigungen an mehrere Drittschuldner desselben Schuldners bei einheitlichem Auftrag des Gläubigers 889²¹
§ 44 RVGebD. Zur Frage der Abgeltung durch die Verlehrsgebühr 672⁴⁵
Erstattung der Verlehrsgebühr in der Rev.Just. nur ausnahmsweise 890²²
Grundsätzlich keine Erstattung von Reisekosten zur Unterrichtung des Prozeßbevollmächtigten neben der Verlehrsgebühr 1193⁵⁷
§ 63 RVGebD. Festsetzung der Gebühren für Pflichtverteidiger vor dem Sondergericht 165⁷ 629¹⁰
- Rechtsausübung, unzulässige**
vgl. unter U. R.
- Rechtsbeistand**
Von der Reichsberufsgruppe Rechtsbeistände. MittBl. zu Heft 1/2 S. 6
Weber unmittelbare noch entsprechende Anwendung (§ 2 StGB.) des § 352 (Gebührenüberhebung) auf R. + 713⁸
- Rechtsbetreuung, R.S.**
Gesamtananspruchnahme der RSR.-Stellen i. J. 1938; Tätigkeitsbericht 4. Vierteljahr 1938 354
Jnanpruchnahme der RSR.-Stellen im 1. Vierteljahr 1939 1229
Verhältnis der Anwaltschaft zur RSR. 1117
- Rechtserneuerung**
Deutsche R. Schrifttum 864
- Rechtsgeschichte**
Eise von Repchow 499
Das neue deutsche Recht und die R.; Überblick über neues Schrifttum 846
Das Haderfeldtreiben. Schrifttum 573
Zur Geschichte des Magdeburger Rechts. Schrifttum 622
- Rechtshängigkeit**
Abgrenzung der R. ebenso wie die der Rechtskraft 998²⁰
- Rechtslauf**
Sach- oder R.? (Gefahrtragung und Sachmängelhaftung) 210
- Rechtskraft**
Schutz gegen Mißbrauch formalen Rechts. Ein Beitrag zur Frage der Anwendbarkeit des § 826 BGB. gegenüber rechtskräftigen Schuldtiteln 473
Steht die rechtskräftige Abweisung einer Ehelichkeitsanfechtungsklage oder die rechtskräftige Feststellung einer Zahlvaterchaft der Erhebung einer neuen Klage unter Benutzung der erbbiologischen Abstammungsprüfung entgegen? 407
Wiederholung rechtskräftig abgelehnter Anträge auf Schuldenbereinigung 287
Verfahren bei irrtümlicher R.beschneigung, wenn das Strafverfahren auf Grund des StraffreiG. niederzuschlagen war 28
Abgrenzung der Rechtshängigkeit ebenso wie die der R. 998²⁰
§ 826 BGB. Erneute Unterhaltsklage nach rechtskräftiger Abweisung einer früheren Klage. Arglisteinwand ge-

- genüber der Berufung des Besl. auf die R. des früheren Urteils 377³²
- Unter welchen Voraussetzungen genügt zur Begründung des Interesses für negative Feststellungsklage des unehelichen Vaters auf Fehlen der blutmäßigen Abstammung das Streben nach Beseitigung des rechtskräftigen Unterhaltsurteils? 1243⁵
- Zur Auslegung des Urteilsfahes, der allein der R. nach § 322 ZPO. unterliegt, Heranziehung der Urteilsgründe zulässig 799³⁰
- UntWG. Bei Wettbewerbsverstoß durch Verurteilung zur Unterlassung hinsichtlich des objektiven Tatbestandes keine R. für den Schadensersatzanspruch 802³¹
- Über den Umfang der materiellen R. verwaltungsgerichtlicher Urteile 1022⁴⁰
- R. des Ruhebescheids eines Versicherungssträgers, auch wenn er auf Irrtum desselben beruht 959⁴⁶
- Rechtsmittel**
- Die Prozeßbevollmächtigten in der R. instanz im Verfahren der einstweiligen Anordnungen in Ehesachen 978
- Einheitlicher Rechtszug in Versorgungsstreitigkeiten gem. Erbhofergänzungs-VO. v. 26. April 1939 842
- R. im Strafverfahren:
- Die Berufung 55
- Die Revision 56
- Gegebene R., falls das Prozeßgericht den Urkundsbeamten zur Kostenfestsetzung in bestimmten Sinne anweist und der Urkundsbeamte daraufhin neu festsetzt 1185⁴¹
- Keine Anwendung der Vorschrift des § 100 V ArbGG. über Unanfechtbarkeit der Arbeitsgerichtsurteile auf Aufhebungsanlagen gegen Schiedssprüche nach Verweisung des Rechtsstreits an das BG. 950³⁰
- Verwaltungsrichter kann einer Partei nicht R. aufdrängen, von dem sie keinen Gebrauch machen will 1109⁵⁰
- Rechtsmittelinlegung**
- Kostenrechtliche Behandlung bei gleichzeitiger Einreichung von Armenrechtsgesuch und Klage- oder Rechtsmittelschrift 794²⁴
- Rechtsmittelverzicht**
- § 302 StPO. Erklärung des R. gegenüber einem Gefängnisbeamten 370²⁵
- § 248 RAbgD. Wirksamkeit eines R.; Umfang der dem Steuerpflichtigen vor Unterzeichnung des Verzichts zu erteilenden Belehrung + 1100⁴⁴
- Rechtsmittelzurücknahme**
- Die Zustimmung des Beschuldigten zur Rücknahme eines zu seinen Gunsten eingelegten Rechtsmittels (§ 302 I 2 StPO.) 850
- Rechtsnachfolger**
- Bei Auflösung eines Gutsbezirks kein Übergang privater Schulden oder Rechte des Gutsbesizers kraft Gesetzes auf die an Stelle des Gutsbezirks tretende Gemeinde 460³²
- SchuldVereinG. Regelmäßig kein Anspruch des R. auf Vereinigung der Schulden seines Rechtsvorgängers 264³⁵
- Rechtspflege**
- Nationaler Arbeitseinsatz in der R. 193 Volksnahe R.: Volksnahe Rechtswahrer 480
- Volksverbundene Rechtspflege der Sache nach 481
- Verständliche und schnelle Entscheidungen 484
- RechtspflegeNotVO. v. 14. Juni 1932**
- Gegen nach § 1 Teil 1 Kap. I Art. 7 NotVO. v. 14. Juni 1932 ergangenes Urteil sowohl Berufung als Revision gegeben. Keine entsprechende Anwendung des § 313 StPO. auf Verwerfungsurteil 1069¹³
- Dem Beschwerdeführer, dessen Revision gemäß § 1 Ziff. 4 IV Art. 2 Kap. I VO. v. 14. Juni 1932 als Berufung behandelt worden, steht gegen das Urteil des BG. nicht mehr die Revision zu + 1155¹²
- Rechtspfleger**
- Rechtspflege und Rechtspflege: Die Entwicklung der R.einrichtung seit 1933 542
- Arbeitsteilung zwischen Richter und R. 543
- Ein Weg zur volksnahen Justiz: Einrichtung amtsgerichtlicher Zweigstellen 545
- Die Amtsanwaltslaufbahn für R. 838
- Rechtsphilosophie**
- Rechtsbegriff und Gesetzgebung 673
- Rechtspolitik**
- Die Berufung des Rechtswahrers zur rechtspolitischen Arbeit:
- Die Funktion des Rechts und die heutigen Schwierigkeiten der Rechtspraxis 1026
- Fachwissen und innere Verbundenheit mit Volk und Führung 1026
- Verhältnis des Rechtswahrers der Praxis zur R. 1027
- Notwendigkeit der aktiven rechtspolitischen Mitarbeit des Rechtswahrers der Praxis 1028
- Allgemeine Grundsätze für Auswertung der rechtspolitischen Mitarbeit 1028
- Die rechtspolitischen Aufgaben des Reichsrechtsamts und des NS.-Rechtswahrerbundes 1029
- Rechtspflege**
- Das Programm der NSDAF. und die Rechtspflege 486
- Annäherung von Rechtswissenschaft und R. 825
- Die Rechtspflege des RG. zu dem normativen Schulselement und das unechte Unterlassungsdelikt 1041
- Rechtsreform**
- R. und Junger Rechtswahrer 556
- Rechtsschrifttum**
- Deutsche Rechtserneuerung. R. seit der Machtübernahme 864
- Rechtswahrer**
- vgl. auch Junge R.
- Die bevölkerungspolitische Lage und die Rechtspflege 76
- Der Einsatz des R. für die Schulungsarbeit der Partei:
- Die Eignung des R. für die Schulungsarbeit 90
- Die Bedingungen des Einsatzes für die Schulungsarbeit 91
- Der Inhalt und die Form der Rechtsarbeit 92
- Die Auswirkungen der Arbeit 94
- Der Erfolg rechtfertigt den Einsatz 96
- Kritik und Apologie des „Juristen“ 196
- Die Erfahrungen mit § 55 EheG. und ihre rechtspolitischen Lehren; die
- Notwendigkeit der eigenen Teilnahme des R. an der Neugestaltung des Rechts 472
- Die Berufung des R. zur rechtspolitischen Arbeit:
- Die Funktion des Rechts und die heutigen Schwierigkeiten der Rechtspraxis 1026
- Fachwissen und innere Verbundenheit mit Volk und Führung 1026
- Verhältnis des R. der Praxis zur Rechtspolitik 1027
- Notwendigkeit der aktiven rechtspolitischen Mitarbeit des R. der Praxis 1028
- Allgemeine Grundsätze für Auswertung der rechtspolitischen Mitarbeit 1028
- Die rechtspolitischen Aufgaben des Reichsrechtsamts und des NS.-R.bundes 1029
- Rechtswahrerbund, Nat.-Soz. und Deutsche Rechtsfront**
- Der Abgeordnete Ernst Runtz-Prag zum Jahreswechsel an die Schriftleitung „Deutsches Recht“ 1
- Gesetz und Recht. Aus „Glauben und Handeln, ein Bekenntnis der jungen Nation“, von Obergebietsführer Selmut Stettin, Berlin 2
- Vortrag von Reichsrechtsführer Dr. Frank im bänischen Juristforbundet über „Das Recht als Brücke zwischen den Völkern“ 1025
- Dr. Frank auf der Reichstagung des sozialen Amtes der Reichsjugendführung. MittBl. zu Heft 3/4 S. 21
- RMin. Dr. Frank in Warschau. MittBl. zu Heft 3/4 S. 22
- Japanische Juristen bei RMin. Dr. Frank. MittBl. zu Heft 3/4 S. 22
- Dr. Frank empfing Siegermannschaft des RBB. MittBl. zu Heft 3/4 S. 22
- RMin. Dr. Frank in Graz. MittBl. zu Heft 3/4 S. 22
- RMin. Dr. Frank in Sofia 1228
- Wie Reichsleiter Dr. Frank zum Führer kam 569
- Zustellung an Mitglieder unbekannten Aufenthalts. MittBl. zu Heft 1/2 S. 3; zu Heft 3/4 S. 18; zu Heft 5/6 S. 31; DR. S. 358 621 766
- Aus der Arbeit des Ehrengerichtshofs der Deutschen Rechtsfront 358
- Anordnung betr. Veröffentlichung angeforderten Arbeiten 569
- Anordnung betr. Unterabteilung Rechtswahrer der Kriegsgeschichte und Unterabteilung Rechtswahrer der Wehrverwaltung 569
- Anordnung betr. angegliederte Verbände, Vereinheitlichung ihres Aufbaus usw.; Zusammenschluß der Konkurs- und Zwangsverwalter 569
- Ernennungen. MittBl. zu Heft 3/4 S. 18
- Abberufungen. MittBl. zu Heft 3/4 S. 19
- Verlorene Ausweisarten. MittBl. zu Heft 3/4 S. 19
- Gesuchte Anschriften. MittBl. zu Heft 3/4 S. 20
- Verstorbene Bundesmitglieder. MittBl. zu Heft 3/4 S. 20
- Anschriften der Gaugeschäftsstellen. MittBl. zu Heft 5/6 S. 30
- Auflösung der Abteilung Österreich des NSRV. MittBl. zu Heft 5/6 S. 31
- Gau Mark Brandenburg. MittBl. zu Heft 5/6 S. 31

- Beitragspflicht der beamteten Rechtswahrer zum NSRB. und DRB. MittBl. zu Heft 1/2 S. 2
- Gewährung von Rechtsschutz durch den NSRB. MittBl. zu Heft 3/4 S. 9
- Fürsorgeeinrichtungen des NSRB. MittBl. zu Heft 3/4 S. 10
- Hauptabteilung Presse — Hauptabteilung Angegliederte Verbände. MittBl. zu Heft 3/4 S. 10
- Sachbearbeiter für Beamtenentschuldung. MittBl. zu Heft 5/6 S. 31
- Erziehung und Führung im NSRB. 540
- Gewährung von Darlehen durch den NSRB. 620
- Arbeitswerk des NSRB. MittBl. zu Heft 1/2 S. 4 570 1058
- Wissenschaftliche Arbeiten:
- Zusammenarbeit mit dem Amt für Rechtspolitik; Reform der deutschen Rechtspflege; Entscheidungssammlungen. MittBl. zu Heft 3/4 S. 17
- Gemeinschaftswerk:
- Reisen, Hotelliste, Sportverein. MittBl. zu Heft 3/4 S. 17
- Reisen im Anschluß an den „Tag des deutschen Rechts“. MittBl. zu Heft 5/6 S. 29
- NSRB. Arbeitsvermittlung: Arbeitslage und Arbeitseinsatz. MittBl. zu Heft 1/2 S. 3 DR. S. 571 1140
- Aus dem Jahresbericht für 1938. MittBl. zu Heft 3/4 S. 11
- Reichsgruppe Rechtsanwälte
- Anordnungen betr.
- Vertretung von Juden in Rechtsangelegenheiten. MittBl. zu Heft 1/2 S. 1, 4
- Rechtsanwälte als Hausverwalter. MittBl. zu Heft 1/2 S. 4
- Einführung der RRAO. in der Ostmark. MittBl. zu Heft 1/2 S. 4
- Die Stellung des Rechtsanwalts der Ostmark und des Sudetengaus 571
- Bericht der Reichsgruppe Richter und Staatsanwälte. MittBl. zu Heft 1/2 S. 4, zu Heft 3/4 S. 12 DR. S. 1057
- Reichsgruppe Wirtschaftswahrer:
- Abwicklung größerer jüdischer Unternehmen. MittBl. zu Heft 1/2 S. 5
- Öffentliche Bestellung und Vereidigung von Preisprüfern. MittBl. zu Heft 1/2 S. 5
- Vertretung und Beratung von Juden. MittBl. zu Heft 1/2 S. 5
- Gewährung von Prüfungserleichterungen an ältere Bewerber. MittBl. zu Heft 1/2 S. 5
- Neufassung der Kundmachungsbestimmungen für Wirtschaftsprüfer. MittBl. zu Heft 1/2 S. 5
- Vermittlungsprovisionen an Wirtschaftstreuhänder. MittBl. zu Heft 1/2 S. 6
- Umbenennung von Wirtschaftsrechtler in Wirtschaftswahrer. MittBl. zu Heft 3/4 S. 11
- Veranstaltungen; Zulassungs- und Prüfungsverfahren für „Wirtschaftstreuhänder NSRB.“ und vereidigte Bücherrevisoren; Bildung von fachlichen Arbeitsgemeinschaften; Gewerbesteuerpflicht. MittBl. zu Heft 3/4 S. 15
- Bericht über die Tagung der ostmärkischen Wirtschaftswahrer in Wien am 8. und 9. Mai und über die Veranstaltungen zum „Tag des deutschen Rechts“ 1139
- Betreuung der Volkswirte; Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspflege; Berufseinsatz der Wirtschaftstreuhänder 572
- Neuernennung der ordentlichen Mitglieder des Reichsgruppenrats Wirtschaftswahrer 1058
- Tagung der Arbeitsgemeinschaft Völkerrecht der Reichsfachgruppe Hochschullehrer im NSRB. in Verbindung mit der 25-Jahr-Feier des Kieler Instituts für Politik und Internationales Recht 703
- Reichsgruppe Junge Rechtswahrer:
- Frühe; Zusammenarbeit mit Reichsjugendführung; desgl. mit der Justizverwaltung; fachliche Fortbildung; Beratungsgemeinschaften; Vorbereitung auf die Assessorprüfung. MittBl. zu Heft 3/4 S. 16
- Neuordnung der Unterhaltszuschüsse für Referendare 571
- Neuernennung der Mitglieder des Reichsgruppenrats Junge Rechtswahrer 1059
- Reichsgruppe Verwaltungsrechtswahrer. MittBl. zu Heft 5/6 S. 31
- Reichsuntergruppe Amtsanwälte. MittBl. zu Heft 3/4 S. 13
- Von der Reichsgruppe Notare: Veranstaltungen, Arbeiten, Beschäftigungslage. MittBl. zu Heft 3/4 S. 14
- Tagung der Sachverständigen in Karlsruhe 1058
- Reichsfachschaft für das Sachverständigenwesen. MittBl. zu Heft 3/4 S. 17; DR. S. 766 1229
- Reichsberufsgruppe Rechtsbeistände. MittBl. zu Heft 1/2 S. 6
- Reichsfachschaft der Buch- und Steuerberater. MittBl. zu Heft 1/2 S. 6; zu Heft 3/4 S. 16.
- Reichsberufsgruppe Buch- und Steuerberater 621 1229
- Reichsfachschaft für das Dolmetschertwesen. MittBl. zu Heft 1/2 S. 7
- Vereinigung deutscher Berufszwangsverwalter. MittBl. zu Heft 1/2 S. 7
- Vereinigung der Konkursverwalter Deutschlands. MittBl. zu Heft 1/2 S. 8
- Reichsverband der Friedensrichter und Schiedsmänner. MittBl. zu Heft 1/2 S. 8
- Rechtswahernachwuchs**
- vgl. unter Junge Rechtswahrer
- Rechtswahrerschulung, NS.**
- Rechtswahrerkurs „Neues Recht“ in Jena. MittBl. zu Heft 3/4 S. 23
- Bestätigung über Teilnahme an Rechtswahrerlehrgängen für behördliche Personalkaffen. MittBl. zu Heft 5/6 S. 31
- Sinn und Aufgabe der NSR. 557
- Politisch-fachliche Gemeinschaftslager für Politische Leiter der Gau- und Kreisrechtsämter und Amtswalter des NSRB. 558
- Schulungsveranstaltungen für beamtete Rechtswahrer der zum Reich zurückgekehrten Gebiete 559
- R. in den Gauen 560
- Empfehlenswerte Vortragskurse 557
- Rechtswahrertag, Erster Großdeutscher**
- Ankündigung. MittBl. zu Heft 3/4 S. 21
- Programmauszug 86
- Aufruf des Reichsrechtsführers zur Teilnahme am Deutschen Rechtswahrertag 1939 in Leipzig am 19. bis 21. Mai 1939 465
- Bekanntgabe zum R. MittBl. zu Heft 5/6 S. 26
- Der Tag des Deutschen Rechts. Bericht über den Verlauf 619
- Der erste großdeutsche Rechtswahrertag, unter Würdigung der einzelnen Rechtswahrerberufe 737
- Aus der Eröffnungsrede des RMin. Dr. Frank zum Rechtswahrertag 818
- Kameradschaftliches Treffen der Alten Bundesmitglieder 818
- Tagung der Ehrenrichter des NSRB. und der Deutschen Rechtsfront auf dem „Tag des Deutschen Rechts“ 1939 897
- Die Reichsgruppe Hochschullehrer auf dem Tag des Deutschen Rechts 1055
- Die Reichsgruppe Wirtschaftswahrer auf dem Tag des Deutschen Rechts 1139
- Rechtsweg**
- Nur Frage der Nachprüfbarkeit von Anordnungen der Wirtschaftsgruppen im ordentlichen R. 679
- Die Zulässigkeit des R. bei politischen Streitigkeiten:
- § 13 GVG. in der Rechtsprechung 51
- Die Zuständigkeit der Gerichte gegenüber politischen Akten 52
- Zulässigkeit des R. für die Klage gegen das Unternehmen „Reichsautobahn“ auf Schadenersatz wegen nachbarrechtlich unzulässiger Einwirkungen sowie auf Anbringung geeigneter Schutzvorrichtungen 378³³
- Unzulässigkeit des R. für Geltendmachung von Ansprüchen aus §§ 906, 1004 BGB. gegenüber Störungen durch vorchriftsmäßigen Betrieb öffentlicher Schulen oder durch Übungen des Jungvolks und der SA., zulässig hingegen gegenüber Störungen aus Sportbetrieben der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ 1010²⁰
- In dem bei Umwandlung eines Gutsbezirks in Gemeinschaft zwischen Gutsbesitzer und neugebildeter Gemeinde abgeschlossenen Auseinandersetzungsvertrag verpflichtet sich der Gutsbesitzer u. a. zur Abtretung privater Rechte. Zulässigkeit des R. für

- die aus dieser Vereinbarung sich ergebenden Streitigkeiten 460³²
- Bindende Wirkung der durch Vorbehaltsurteil in Urkundenprozeß besagten Zulässigkeit des R. für die weitere Beurteilung des streitigen Rechtsverhältnisses** † 265³⁷
- Unzulässigkeit des R. für Schadensersatzklage wegen unterbliebener Anstellung oder Beförderung als Beamter mit der Begründung, der mit der Entscheidung befaste Beamte habe willkürlich gehandelt** † 659³⁴
- Unzulässigkeit des R. für Entscheidungen über Entlassung, Kündigung und Ruhegehalt der Angestellten von dem Reichsnährstand eingegliederten Organisationen** 956⁴⁰
- Bzgl. der Streitigkeiten der zur Schiffsbesatzung gehörenden Personen (§ 481 StGB.), für die das ArbGG. gemäß § 2 ArbGG. unzuständig, Ermächtigung des Treuhänders der Arbeit zum Ausschluß der ordentlichen Gerichtsbarkeit** 950³⁰
- Unzulässigkeit des R. gegenüber der Zuteilung der Fettkontingende an Wiederverkäufer** 652²⁵
- § 194 AngVerfG. Ausschluß des R. auch für Anspruch desjenigen, der an Stelle der sonst notwendigen Anstellungsver sicherung Beiträge an andersartige Versorgung gezahlt hat, auf Erstattung dieser Beiträge durch jemand, der angeblich zur Abführung von Anstellungsver sicherungsbeträgen verpflichtet gewesen sei † 260³³
- Rechtswissenschaft**
- Reich und Hegemonie als Begriffe der Soziologie und R. 565
- R. und Praxis:
Entfremdung und Annäherung 824
Aufgaben der wissenschaftlichen Forschung 826
- Referendare**
- Neuordnung der Unterhaltszuschüsse für R. 571
- Registriergericht**
- Das R. und seine Abteilungen. Schrifttum 1235
- Reich**
- Neubau des R. 819
R.problem und Hegemonie 561
R.gedanke und Wirtschaftspolitik 492
Der R.begriff im Völkerrecht 341
- Reichsautobahnen**
- Schadensregelung beim Bau der R. 296
Unpfändbarkeit der Umzugskostenentschädigungen an Mieter bei Hausabbruch infolge des Baues von R. 919
Zulässigkeit des Rechtswegs für die Klage gegen das Unternehmen „R.“ auf Schadensersatz wegen nachbarrechtlich unzulässiger Einwirkungen sowie auf Anbringung geeigneter Schutzvorrichtungen. Keine Unterlassungsklage 378³³
- Die von den öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren über Angelegenheiten der öffentlich-rechtlichen Körperschaft, bei der sie angestellt sind (z. B. „R.“), ausgestellten Urkunden sind öffentliche i. S. des § 29 I 2 StGB. 1174²⁷
- § 384 I StGB. Erhöhte betriebseigene Erkundungsgefahr bei R.bauten 272⁴³
- Reichsbahn**
- bgl. unter Eisenbahn
- Reichsbahnbeamte**
- §§ 266, 350 StGB. R. darf nicht mit seinen Forderungen gegen die Reichsbahn gegen die Forderung der Reichsbahn auf Ablieferung der im Dienste eingenommenen Gelder aufrechnen und dieses nicht abliefern 994¹⁴
- Reichsbauvorhaben**
- Reisefkosten, Mehraufwandsentschädigung und Trennungszulage für Bauarbeiter nach TarD. für die Betriebe des Baugewerbes bei den R. v. 20. März 1937 952³³
- Reichsberufswettkampf**
- Dr. Frank empfing Siegermannschaft des R. MittBl. zu Heft 3/4 S. 22
- Reichsgericht**
- Zuständigkeit des RG. in Disziplinarangelegenheiten der Notare aus dem Lande Österreich 425
„Unfallneurose“ und R. 611
Die Rechtsprechung des RG. zu dem normativen Schuldelement und das unechte Unterlassungsdelikt 1041
- Reichsheimstätte**
- bgl. unter Heimstätte
- Reichsjugendführung**
- Zusammenarbeit der Jungen Rechtswahrer mit der R. MittBl. zu Heft 3/4 S. 16
Dr. Frank auf der Reichstagung des sozialen Amtes der R. MittBl. zu Heft 3/4 S. 21
- Reichskanzler**
- Unzulässigkeit des Rechtswegs gegen Akte und Entscheidungen des Führers und R. 52
- Reichscolonialtagung in Wien** 766
- Reichsmarkhypothek**
- Zur Umwandlung von Goldmark in R. Zustimmung der gleich- oder nachstehend Beteiligten nicht erforderlich 445¹⁰
- Reichsnährstand**
- Schiedsgerichtsklauseln in Lieferungsbedingungen der Gliederungen des R. 855
Unzulässigkeit des Rechtswegs für Entscheidungen über Entlassung, Kündigung und Ruhegehalt der Angestellten von dem R. eingegliederten Organisationen 956⁴⁰
- Reichspost**
- bgl. unter Post
- Reichsrechtsanwaltskammer**
- Einweihung des Hauses der R. MittBl. zu Heft 3/4 S. 22
- Reichsstatthalter**
- Die Rechtsstellung der R. im Verhältnis zur Reichsregierung und zu den Dienststellen seines Amtsbezirks 823
- Reichstreuhänder der Arbeit**
- bgl. unter Treuhänder
- Reichsverfassung**
- Bismarcks Reichsidee 120
- Reisefkosten**
- Voraussetzung der Erstattungsfähigkeit von Reisefkosten des ArnUntw. zu seiner Partei 1192⁵³
Sind besondere Reisefkosten jüdischer Konfidenten erstattungsfähig? 1138
§ 91 ZPD. Erstattungsfähigkeit von R. der Partei 325¹²
Festsetzung der Reiseentschädigung an mittellose Partei in entsprechender Anwendung des § 20 ZeugVerD. durch das Gericht † 335²⁹
Grundsätzlich keine Erstattung von Reisefkosten zur Unterrichtung des
- Prozeßbevollmächtigten neben der Verkehrsgebühr 1193⁵⁷
R. gemäß BaugemTarD. 952³³
- Religion**
- Verwirklichung des Programmpunktes der RSDAP. „Freiheit des religiösen Bekenntnisses“ durch die Rechtsprechung 489
Völkischer Staat und deutsche Gott-erkenntnis. Schrifttum 128
- Rente**
- Einkommensteuerliche Behandlung der Übernahme einer Anwaltspraxis gegen befristete R. oder Gewinnbeteiligung 750
§ 844 BGB. Besondere Mehrarbeit der Witwe kommt dem Schädiger nicht zugute 239¹⁴
Voller Schadensersatzanspruch des unfallverletzten Kraftwageninassen, der nach dem Unfall den einen ausgleichspflichtigen Schädiger beerbt. Der Schadensersatzanspruch — insbes. als Rentenanspruch — nicht pfändbar; daher auch Aufrechnung des Schädigers gegen ihn mit Ausgleichsanspruch unzulässig 1093³⁰
Zur Frage der Wirksamkeit der Pfändung von Rentenansprüchen hinsichtlich künftiger Beträge 803³³
Streitwert für Ansprüche auf Erfüllung einer auf gesetzlichen Vorschriften beruhenden Unterhaltspflicht (§ 10 II StGB.) oder auf Entrichtung von Geldrente gemäß § 10 III StGB. 884¹⁵
- Rentenneurose**
- „Unfallneurose“ und Reichsgericht 611
- Restitutionsklage**
- bgl. unter Wiederaufnahme des Verfahrens
- Restkaufgeldhypothek**
- StD. über Einfluß jüdischen Vermögens v. 3. Dez. 1938. Keine Eintragung von R. für Juden, der sein Grundstück veräußert 582⁷ 1207
- Revision**
- Zivilsachen**
- Zulassung der R. in Ehesachen 300
§ 286 ZPD. Darf das Gericht von nochmaliger Vernehmung der Personen, auf deren Zeugnis sich eine Partei beruft, absehen, weil diese schon in einem anderen Verfahren über denselben Gegenstand vernommen worden? 183²⁸
Verstoß gegen § 286 ZPD. durch Ablehnung einer Beweiserhebung in Form der Sachverständigenvernehmung † 185³⁰
§ 547 Ziff. 2 ZPD. Zulässigkeit der R., wenn in Landesgesetz die StG. ausschließlich zuständig erklärt sind ohne Rücksicht auf den Streitwert für „Ansprüche gegen den Staat wegen Verfügungen der Verwaltungsbehörden“ und wegen „Verschuldung von Staatsbeamten“ 882¹³
§ 549 ZPD. Gegenüber Klagebegründung aus § 826 BGB. stellt Begründung des Anspruchs aus § 823 II BGB., § 266 StGB. nicht neuen Tatbestand auf 803³²
Einreichung eines Armenrechtsgefuchs gebührenrechtlich bedeutungslos, außer in den Fällen fristhemmender Wirkung (§§ 519 VI, 554 VII ZPD.) 583⁸

- Zur Rüge ausreichende Verfassung des rechtlichen Gehörs, wenn das BG. einer Partei das Armenrecht wegen Ausichtslosigkeit eines Beweismittels entzieht, dann dennoch unter Forderung eines hohen Kostenvorstufes von der Partei die Erhebung dieses Beweises beschließt und wegen Nichtzahlung ungünstige Entscheidung fällt + 1156 ¹³
- Bei letzter mündlicher, vor dem BG. stattgefundener Verhandlung vor Inkrafttreten des EheG. Vorbringen neuer, erst durch das EheG. erheblich gewordener Tatsachen im dritten Rechtszug zulässig, unabhängig davon, ob die R. auch nach dem früheren Recht hätte Erfolg haben müssen + 997 ¹⁰
- Erfstattung der Verkehrsgebühr in der R. instanz nur ausnahmsweise 890 ²²
- § 502 Osterr. ZPO. Verbot des R. rekurses gegen Beschlüsse der zweiten Instanz über Bemessung des gesetzlichen Unterhaltsbetrags 1016 ⁴⁰
- Strafsachen**
- Die R. im Strafverfahren 56
- Gegen nach § 1 Teil 1 Kap. I Art. 7 NotZD. v. 14. Juni 1932 ergangenes Urteil sowohl Berufung als R. gegeben. Keine entsprechende Anwendung des § 313 StPD. auf Verwerfungsurteil 1069 ¹³
- Dem Beschwerdeführer, dessen R. gemäß § 1 Ziff. 4 IV Art. 2 Kap. I ZD. v. 14. Juni 1932 als Berufung behandelt worden, steht gegen das Urteil des BG. nicht mehr die R. zu + 1155 ¹²
- R. grund aus § 338 Ziff. 5 StPD. gegeben bei Abwesenheit des Pflichtverteidigers auch nur bei der vor Verlesung des Eröffnungsbeschlusses erfolgten Vernehmung des Angekl. zur Verlesung + 627 ⁸
- § 338 Ziff. 6 StPD. Kein R. grund, wenn die für die Vernehmung des Sachverständigen ausgeschlossene Öffentlichkeit für Beeidigung des Sachverständigen und Erörterung des Gutachtens nicht wiederhergestellt worden 236 ¹⁰
- Ablehnung des Antrags, einen Sachverständigen beizuziehen, regelmäßig kein R. grund (StR.) 929 ¹²
- Ermessensentscheidung des Richters darüber, ob für Zuwiderhandlung gegen § 2 BlutschutzG. Gefängnis- oder Zuchthausstrafe auszuwerfen; Nachprüfung dieser Ermessensentscheidung durch das R. gericht 164 ⁸
- Geltung der Zulassung der R. im Urteil des ArbG. für den gesamten Streitstoff, auch bei Beschränkung auf bestimmte Rechtsfrage 958 ⁴³
- Revisionsbegründung**
- Darf Rechtsanwalt, ohne seine Berufspflicht zu verletzen, eine offenkundig aussichtslose Revision begründen (§ 345 StPD.)? 208 753
- Der Vorschrift des § 345 II StPD. genügt nicht R., in der der Urundsbeamte auf privatschriftliche Erklärung des Angekl. protokolllmäßig Bezug nimmt oder verweist 1069 ¹³
- Nach Gewährung von Wiedereinsetzung gegen Versäumung der Frist zur Revisionseinlegung Lauf der R. frist von Zustellung des Wiedereinsetzungsbeschlusses an den Angekl. an 1154 ¹¹
- Richter**
- Bericht der Reichsgruppe R. und Staatsanwälte. MittBl. zu Heft 1/2 S. 4, zu Heft 3/4 S. 12 DR. S. 1057
- Die Stellung des R. im Führerstaat 831
- Stellung und Persönlichkeitswirkung des deutschen R. 79
- Bindung des R. an das Gesetz 337 482
- Anforderungen an die R. des Volksgerichtshofs 485
- Wesen und verfassungsrechtliche Stellung des R. 1227
- R. und Volkspflege 1133
- Arbeitsteilung zwischen R. und Rechtspfleger 542
- Die Unabhängigkeit des R. und die nationalsozialistische Strafrechtspolitik 1225
- Mitwirkendes Verschulden von R. und Rechtsanwalt im Grundstücksvollstreckungsrecht 149
- R. im Werden. Schrifttum 127
- Der Nachlassrichter und seine Abteilung. Schrifttum 38
- „Richterliche Handlung“ i. S. des § 68 StGB. 233 ⁴ 1145 ¹
- Wann verstößt das nachträgliche Versprechen richterlicher Mitglieder mit Personen, die in der Hauptverhandlung als Zeugen oder Sachverständige vernommen worden, gegen den Grundsatz des § 261 StPD. und führt zur Aufhebung des Urteils? 370 ²³
- Richterliche Vertragshilfe**
- Die r. B. bei der Rückzahlung alter Hypotheken 203
- Rom**
- Römischer Kongreß für Kriminologie. Schrifttum 767
- Rückstellungen**
- § 5 EinStG. Nach Vermittlung eines Geschäfts durch Handlungsagenten und Anzeige des Abschlusses an den Geschäftsherrn Hinweis der daraus anfallenden Provision in der Bilanz des Handlungsagenten. Unter Umständen R. nach Maßgabe der Gehaltshöhe + 393 ⁴⁷
- § 11 Ziff. 2 KörpStG. 1934. Regelmäßig keine Abzugsfähigkeit der Zuführungen von Versicherungsunternehmen zu Rücklagen zur Deckung außergewöhnlichen Verlustes aus dem Geschäftsbetrieb und zum Ausgleich des schwankenden Jahresbedarfs 397 ⁵⁰
- Rücktritt vom Vertrag**
- Die Rechte des Abzahlungsverkäufers beim Zahlungsverzuge des Abzahlungskäufers 1044
- Bei teilweiser Richterfüllung eines einheitlichen Vertrages nur einheitlicher, nicht teilweiser R. v. B. möglich. Bei Abwicklung nach R. v. ganzen B. jedoch Abrede zulässig, wonach gegenseitige Rückgewähr der Leistungen in bestimmtem Umfang unterbleiben soll. Zur Rechtsgültigkeit einer Verwirkungsklausel für Verwendungsansprüche bei Rückgewähr infolge R. 799 ³⁰
- Verfahren nach § 25 PrBachtG. bei Streit darüber, ob Pachtvertrag nichtig oder ob Verpächter wirksam den R. vom Pachtvertrag erklärt hat 876 ⁷
- Rückwirkung**
- Bindende Wirkung rückwirkender Armenrechtsbewilligung durch das Prozeßgericht für das Kostenverfahren 331 ¹⁰
- Nur bei ausdrücklicher R. bestimmung gilt Wegfall einer gesetzlichen Gebührenbefreiung auch für bereits fällig gewordene Gerichtsgebühren. Ausnahme für die Prozeßgebühr 457 ²⁸
- Ruhegehalt**
- Pensionsverträge mit Juden 1230
- Zur Frage des Pfändungsschutzes bei Bezug von Arbeitseinkommen und R. 602 + 587 ¹⁴
- Zur Frage, ob R. versprechen an Angestellten als Bestandteil eines Leibrentenvertrags aufzufassen ist 769 ²
- Gleichstellung von Beamten hinsichtlich seiner Pensionsberechtigung in Anstellungsurkunde mit städtischem Beamten durch Bezugnahme auf §§ 12, 13 PrKommBeamtG. betrifft auch Anwartschaft auf Hinterbliebenenversorgung 459 ¹¹
- Zur Frage des Wegfalls der Pension bei Weiterbeschäftigung eines Gemeinbediensteten im Privatdienstvertrag in den Jahren 1925—1927. Rein Verschulden eines Bürgermeisters wegen Unkenntnis der Tragweite des PrVerwBbAbwidlG. v. 25. März 1926 für die Abänderung des § 13 KommBeamtG. 1249 ¹¹
- Unzulässigkeit des Rechtswegs für Entscheidungen über Entlassung, Kündigung und R. der Angestellten von dem Reichsnährstand eingegliederten Organisationen 956 ⁴⁰
- Ruhe des Verfahrens**
- Gibt es ein R. des Zwangsversteigerungsverfahrens? 617
- Rumänien**
- Das neue rumänische HGB. 910
- Die Eisene Garde. Schrifttum 858
- SA.**
- Unzulässigkeit des Rechtswegs für Geltendmachung von Ansprüchen aus §§ 906, 1004 BGB. gegenüber Störungen durch vorschriftsmäßigen Betrieb öffentlicher Schulen oder durch Übungen des Jungvolks und der SA. 1010 ²⁹
- Saarland**
- Die Zwangsvollstreckung aus Schuldtiteln der ehemals saarländischen Gerichte 854
- Sachbeschädigung**
- Schadensersatzpflicht des „Beschäftigten“ wegen S., besonders des Autoführers 346
- Sacheinlage**
- Erfahrungsprüfung der GmbH. gegen Gesellschafter, der S. zu überhöhtem Wert einbringt. Einwand unzulässiger Rechtsausübung gegen Gesellschafter, der sich auf vorbehaltlose Annahme eines mit Mängeln behafteten Geschäfts als S. durch die den Mangel kennenden Geschäftsführer beruft + 431 ¹
- Sachsenspiegel**
- Zum Gedekten an Eike von Nephtow 499

Die bäuerliche Einzelnachfolge im S. Schrifttum 848

Sachverständiger

Reichsachschafft für das S. wesen. Mitt-Bl. zu Heft 3/4 S. 17 DR. S. 766 1229

Tagung der S. in Karlsruhe 1058

Die Beurkundungen der Aussagen von Zeugen und S. sowie der vernommenen Parteien im Zivilprozeß 1124

Ablehnung des Polizeimajors, der im staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren im Auftrag der StA. sich gutachtlich über die ankläglich Verlehrsunfall gegebenen strafbaren Handlungen geäußert hat, als S. in der Hauptverhandlung 929¹¹

Zur Beurteilung der Aussagen von Mädchen in der Entwidlungszeit über geschlechtliche Erlebnisse regelmäßig Beziehung eines S. mit Kenntnissen in der Seelenkunde Jugendlicher geboten 929¹²

Wann erscheint Beeidigung des S. geboten? — Verstoß gegen § 286 ZPO. durch Ablehnung einer Beweiserhebung in Form der E Vernehmung + 185³⁰

Anforderungen an die Begründung der Zurückweisung einer Frage, deren Zulassung auf Grund des § 240 II StPO. nachgesucht worden 370²²

Ausschluß der Öffentlichkeit während der Vernehmung eines S. deckt auch Erörterung des Gutachtens und Beeidigung des S. 237¹⁰

Wann verstößt das nachträgliche Besprechen richterlicher Mitglieder mit Personen, die in der Hauptverhandlung als Zeugen oder S. vernommen worden, gegen den Grundsatz des § 261 StPO. und führt zur Aufhebung des Urteils? 370²³

Sachverständigengebühren

Gebühren für ärztliche Gutachten 1137

Gebühren für Blutgruppenuntersuchung durch staatliche Institute 458³⁰

Bemessung der S. nach Stundenzahl und Stundenfab, ohne daß erstere für Bemessung des letzteren mit zu berücksichtigen ist 458²⁹

§ 20 ZeugGebD. Auf Beschwerde des Sachverständigen hin Nachprüfung des Gesamtansatzes durch das Beschwerdegericht 335²⁸

Für Billigkeitsentschädigung des Sachverständigen nach § 3 ZeugGebD. Umsatzsteuer nicht gemäß § 10 I 1 UmfStG. gefordert in Rechnung zu stellen 891²³

Sammlungsgesetz

Verbot des § 3 SammlG. gilt auch für Theater-, Konzertkarten und sogenannte „Ausgangskarten“ 234⁷

Sanierungsgewinn (§ 11 Riff. 4 KörperStG.) 1102⁴⁷

Satzung der Aktiengesellschaft

§ 148 AktG. Ausschluß einzelner wichtiger Satzungsbestimmungen durch den Vorstand der Aktiengesellschaft von der Eintragung in der Anmeldung zum Handelsregister 718¹⁰

Schadensersatz

§ 249 BGB. Beurteilung des Schadens nicht nur nach dem Zeitpunkt der Schadensentstehung, sondern Verläß-

sichtigung der Entwicklung, die die Dinge ohne das schadenbringende Ereignis nach Erfahrungsgrundsätzen wahrscheinlich genommen hätten 940¹⁰

Zur Frage des urfächlichen Zusammenhangs des wirtschaftlichen Zusammenbruchs des Gläubigers mit dem Verzug des Schuldners, aus dem der Gläubiger Sch.anspruch herleitet 165⁸
§ 198 BGB. Beginn der Verjährung eines vertraglichen Sch.anspruchs mit der Entstehung des Anspruchs 769²

Sch., nicht Unterlassungsklage gegen das Unternehmen „Reichsautobahn“ wegen nachbarrechtlich unzulässiger Einwirkungen ihres Betriebs 378³³

Unlauterkeit der Kundenwerbung, die dadurch unterstützt wird, daß der Werbenbe dem Kunden vorgeschriebene Kündigungsschreiben zur Verfügung stellt und sich zur Übernahme der Erfüllung etwaiger von dem früheren Lieferanten geltend zu machender Sch.ansprüche bereit erklärt 1172²⁴

Schadensersatzpflicht des Architekten, der mit Errichtung eines steuerfreien Eigenheims beauftragt das zur Erhaltung der Steuerbefreiung vorgeschriebene Ausmaß überschreitet. Vorteilsausgleichung bei gegenüber dem Auftrag größerer Wohnfläche 1237¹

§§ 139, 184 BGB. Gefährlicher Sch.anspruch einer Hinterbliebenenversorgungsempfängerin entsteht in der zugeprochenen Höhe als ihr Anspruch; aber infolge Übergangs auf den Dienstherrn keine Klageberechtigung, soweit der Umfang der Versorgungsbezüge reicht 1248¹⁰

Schadensstreit (§ 287 ZPO.)

Bei Gewährleistungsanspruch nach § 460 BGB. Schätzung des Schadens nach § 287 ZPO. unzulässig 799²⁰

Bereitstellung der der Gegenpartei obliegenden Beweisführung hinsichtlich der Ursachen eines Schadens durch Vernichtung des Beweismittels. Annahme des dem Beweispflichtigen günstigen Sachverhalts als festgestellt + 1262²¹

Schadlingsbekämpfung

Gemeinschaftspflicht des Grundstückseigentümers zur Durchführung politisch angeordneter Sch. auf seinem Grundstück 464³⁷

Schändung

„Geistesranke Frauenpersonen“ i. S. des § 176 I Riff. 2 KörperStG. 364⁸

Schankerlaubnis

Prüfung der politischen Zuverlässigkeit auch bei Konzessionserteilung für Gastwirte 1053

Entziehung der Sch. gemäß § 12 GaststättG. nur im ganzen, nicht für einzelne konzessionierte Räume 1021⁴⁵

Schätzung

EinkStG. Sch. des Gewinns nach Rücksätzen 217

Bei Streitwertbeschwerde des Rechtsanwalts ohne bestimmten Antrag bzgl. der Höhe des gewünschten Streitwerts Sch. des Streitwerts der Beschwerde nach § 3 ZPO. 332²²

Schenkung

Sch. an uneheliche Kinder nicht schon wegen ihres Zwecks sittenwidrig, aber

unter Umständen wegen Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Lage der ehelichen Familie 371²⁹

Trotz Fehlens einer ausdrücklichen Bestimmung im österreichischen Recht Verpflichtung des schuldigen Teils bei Ehescheidung, mit Rücksicht auf die Ehe empfangene Geschenke zurückzustellen 1194⁵⁸

Nach griechischem Recht Sch. zwischen Eheleuten nichtig. Im Sinne des deutschen ZPR. ist dieses Sch.verbot als Folge der Eheschließung, nicht als dem Güterrecht zugehörig anzusehen + 938¹⁸

Genehmigungspflicht einer vor dem Inkrafttreten der VO. über Einfaß des jüdischen Vermögens notariell beurkundeten Sch., wenn der Antrag auf Eintragung beim GBA. erst nach dem Inkrafttreten gestellt worden 181²⁴

Schenkungsteuer

Schulderlaß nach SchuldvereinG. und Sch. 355

Schiedsgerichtsklauseln

Sch. in Lieferungsbedingungen der Gliederungen des Reichsnährstandes 855

Schiedsmänner

Reichsverband der Friedensrichter und Sch. MittBl. zu Heft 1/2 S. 8

Schiedssprüche

Keine Anwendung der Vorschrift des § 100 V ArbGG. über Unanfechtbarkeit der Arbeitsgerichtsurteile auf Aufhebungsclagen gegen Sch. nach Verweisung des Rechtsstreits an das LG. 950³⁰

Schiffsbesatzung

bgl. auch unter Seelute

Bzgl. der Streitigkeiten der zur Sch. gehörenden Personen (§ 481 StGB.), für die das ArbG. gemäß § 2 ArbGG. unzuständig, Ermächtigung des Treuhänders der Arbeit zum Ausschluß der ordentlichen Gerichtsbarkeit 950³⁰

Schilane

Mißbrauch alter Schuldtitle 983

Schizophrenie (§ 1 II Riff. 1 ErbkrNachm-Ges.)

Abgrenzung zwischen Sch. und asozialer Psychopathie + 731³¹

Art. 4 II AusfVO. zum ErbkrNachm-Ges. Übernahme eines wegen Sch. schwebenden Erbgesundheitsverfahrens durch anderes ErbgesGer. aus Zweckmäßigkeitsgründen 735³⁸

Schlachtsteuer

§ 359 StGB. Beamteneigenschaft der Fleischbeschauer auch, soweit sie Veranlagung zur Sch. vornehmen 1068⁹

Schlesien

bgl. unter OberSch.

Schleswig-Holstein

Nachschauen der Provinz Sch.-H. bis 1800. Schrifttum 847

Schneepflug

Sch. unterliegt auch den Verkehrsvorschriften 445⁹

Schriftsatz

Volle Prozeßgebühr des Rechtsanwalts für Rücknahme der Klage im Eheprozeß durch Sch.einreichung auch bei gemeinschaftlicher Anzeige der Auflösung der Parteien und Erklärung der Rücknahme von Klage und Widerklage durch von beiden Rechtsanwalts eingereichten Sch. 457²⁸

Zur Zustellung des Sch. i. S. des § 14 RMGebD. genügt nicht, daß der RM. seinerseits das zur Zustellung Erforderliche getan hat 1193 ⁵⁴

Schuldenbereinigungsgesetz

Die Vereinigung alter Schulden:

Der persönliche Anwendungsbereich des Sch. 279

Die sachlichen Voraussetzungen der Schuldenbereinigung 280

Die betroffenen Forderungen und ihre Behandlung 284

Das Verfahren betreffende Einzelragen 286

Der Mitverpflichtete im Schuldenbereinigungsverfahren. Kreis der Mitverpflichteten; Anwendungsfälle des § 3 I 1; Unbillige Härte § 3 I 2; Voraussetzung für Vereinigung des Mitverpflichteten 288

Vereinigung eines Mitverpflichteten ohne Verfahren des Hauptschuldners; Antragsrecht des Mitverpflichteten 290

Genügt das Sch.?:

Entschuldung bei freiwilliger Vermögenshingabe 594

Ist restlose Vermögenshingabe Voraussetzung? 594

Die Erfassung dinglicher Rechte 595

Änderung der Bestimmungen über den Stichtag 595

Die Entschuldung der Mitverpflichteten 596

Einführung von Einzelvereinigung und gültlichem Schuldenbereinigungsverfahren 596

Änderung der Zuständigkeit 596

Die Gebühr bei Zurücknahme eines Antrags aus § 5 SchuldVereinG. 355

Schulderlaß nach Sch. und Schenkungssteuer 355

Schrifttum 360

§ 1 SchuldVereinG. Büromöbel als wirtschaftliche Grundlage der selbständigen Lebenshaltung des Schuldners, der einen im wesentlichen auf seiner persönlichen Arbeitskraft beruhenden freien Beruf ausübt 1096 ³⁹

§ 1 SchuldVereinG. Zugehörigkeit von Wohngrundstück des Schuldners, das zur Sicherung geschäftlicher Kredite belastet hat, zur wirtschaftlichen Grundlage der selbständigen Lebenshaltung 1097 ⁴¹

§ 1 I. Verneinung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs bei Ausübung eines selbständigen Berufs i. S. des Sch., wenn Berufsbeamter neben seinem Amt ein Gewerbe betreibt 450 ¹⁷

§ 1 I. Zur Frage des Vorliegens eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs, wenn der Schuldner, der zwei selbständige Berufe nebeneinander ausübt, mit einem von ihnen zusammenbricht, den anderen fortsetzt 657 ²⁹

Zur Anwendung des § 1 I 2 SchuldVereinG. bei wirtschaftlichem Zusammenbruch von Eheleuten bei der gemeinschaftlichen Ausübung eines selbständigen Berufs 657 ³⁰

§ 1 I. Innerer Zusammenhang bei Beginn des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, der sich einige Zeit hinzieht, vor dem 1. Jan. 1934 449 ¹⁶ 1253 ¹⁸

§ 1. Zusammenbruch eines ausländischen Gläubigers als Mitursache für den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Schuldners in Deutschland. Fortsetzung eines ausländischen Gläubigers fällt unter die Schuldenbereinigung. Fortbestehen der alten Schuld bei Änderung der Rechtsgrundlage. Schuldenbereinigung für Schuldner, der infolge vorgerückten Alters sich neue Lebensstellung nicht mehr schaffen kann + 655 ²⁸

Ausübung eines selbständigen Berufs i. S. des § 1 I 1 SchuldVereinG. durch Gesellschafter und Geschäftsführer einer GmbH. 655 ²⁷ 28

§ 1 I. Verwaltung eigenen Hausbesitzes unter Umständen als Ausübung eines selbständigen Berufs. Berufsausübung durch Architekten derart, daß er Bauten auf eigene Rechnung ausführt, um sie alsbald zu verkaufen 1253 ¹⁴

§ 1 I 2. Voraussetzung der Zulässigkeit der Schuldenbereinigung, wenn der Schuldner nach seinem wirtschaftlichen Zusammenbruch des Eigentum an einem Grundstück behalten hat 449 ¹⁶

Durch Vollstreckung erzwungene Vermögenshingabe zur Befriedigung der Gläubiger i. S. des SchuldVereinG. anzunehmen bei Entziehung des bis dahin dem Sicherungsgeber belassenen Besitzes an den sicherungsüber-eigneten Gegenständen durch den Sicherungsnehmer auf Grund erwirkten Urteils 263 ³⁴

Vermögenshingabe „wegen sich häufender Zwangsvollstreckungen“ liegt nicht nur vor bei durchgeführten Zwangsvollstreckungen, sondern auch bei Vermögenshingabe zur Abwendung eingeleiteter Zwangsvollstreckungen 1254 ¹⁷

Freihändiger Verkauf des Grundbesitzes durch Schuldner auf Drohung des Gläubigers mit Zwangsversteigerung dem Verlust des Grundbesitzes „infolge Anordnung der Zwangsversteigerung“ i. S. des § 1 II SchuldVereinG. nicht gleichzustellen 450 ¹⁷

Schulden aus dem Kauf von Kleidungsstücken keine „alten“ Schulden i. S. des § 1 II, III SchuldVereinG. 1095 ³⁸

Forderung der Gerichtskasse gegen den Schuldner auf Zahlung von Gerichtskosten, die in Rechtsstreit wegen einer alten Schuld nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch des Schuldners entstanden, keine alte Schuld i. S. des § 1 III SchuldVereinG. 1254 ¹⁶

Nichtgewährung der Schuldenbereinigung wegen Unehrenhaftigkeit bei Verurteilung zu längerer Freiheitsstrafe in einem zur Schuldenbereinigung in innerem Zusammenhang stehenden Gebiet 264 ³⁶

§ 1 IV. Verjagung der richterlichen Vertragshilfe wegen Nachlässigkeit des Schuldners in der Erfüllung seiner Verpflichtung, dem Richter seine wirtschaftlichen Verhältnisse zu offenbaren, ihm z. B. Einsicht in die Steuerakten zu gestatten 658 ³²

§ 1 IV. Ablehnung der Schuldenbereinigung wegen nachlässiger Buchfüh-

rung im früheren Betrieb des Schuldners 451 ¹⁸

§ 1 IV. Zur Frage der Gewährung des Schutzes des Sch. für die arische Ehefrau eines Juden 1097 ⁴⁰

Regelmäßig kein Anspruch des Rechtsnachfolgers auf Vereinigung der Schulden seines Rechtsvorgängers 264 ³⁵

§ 3 I. Vereinigung von Forderungen gegen Mitschuldner oder Bürgen 452 ¹⁹ + 1254 ¹⁸

Zulässigkeit der Bezugnahme auf bei anderen Akten befindliches Verzeichnis an Stelle der Vorlage eines Verzeichnisses der alten Schulden (§ 5 I 2 SchuldVereinG.) 657 ³⁰

Antragstellung des Bürgen aus § 6 SchuldVereinG. nur bei Vorliegen der allgemeinen Voraussetzungen für die Schuldenbereinigung bei dem Hauptschuldner oder bei dem Bürgen. Gewinn aus der Weiterveräußerung eines zwangsversteigerten Grundstücks + 1098 ⁴²

§ 8 SchuldVereinG. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen auf Unkenntnis einer verfahrensrechtlichen Bestimmung beruhende Versäumnis der Beschwerdefrist 659 ³³

Keine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Versäumnis der Beschwerdefrist dadurch, daß Rechtsanwalt in Schuldenbereinigungssache die sofortige Beschwerde an das unzuständige LG. sendet 949 ²⁶

§§ 10, 11. Sofortige Beschwerde gegen eine vorläufigen Vollstreckungsschutz gewährende Anordnung des LG., wenn das LG. zu Unrecht angenommen hat, das Sch. finde auf den Schuldner Anwendung 658 ³¹

Gebührenfreiheit für ein durch Antragszurücknahme beendetes Verfahren nach § 10 SchuldVereinG. 452 ²⁰

§ 11. Beschränkung der Zulassung der sofortigen weiteren Beschwerde durch das LG. auf Teil seiner Entscheidung 1095 ³⁸

Festsetzung der Gerichtsgebühr nach § 12 II SchuldVereinG. erst nach Beendigung des ersten Rechtszugs. Auch bei Zurückweisung oder Zurücknahme des Schuldenbereinigungsantrags Mindestgebühr von 5 RM., aber unter Umständen Befreiung gemäß § 15 I RMStD. 452 ²¹ + 1256 ¹⁹

Keine Wiederaufrollung des landwirtschaftlichen Entschuldungsverfahrens im Wege der Schuldenbereinigung 950 ²⁷

Schulderklärung (§ 22 UrStG.) 1103 ⁴⁹

Schulderlaß

Sch. nach SchuldVereinG. und Schenkungssteuer 355

Schuldtitel

Mißbrauch alter Sch. 983

Zur Frage der Erlangung eines Vollstreckungstitels über die Kosten des Güterverfahrens, wenn der Güteranspruch sich nach übereinstimmender Erklärung der Parteien während des Güterverfahrens erledigt hat 1134

Schule

Unzulässigkeit des Rechtswegs für Geltendmachung von Ansprüchen aus §§ 906, 1004 BGB. gegenüber Stö-

rungen durch vorschriftsmäßigen Betrieb öffentlicher Schulen oder durch Übungen des Jungvolks und der SA. 1010 ²⁹

Umsatzsteuerfreiheit der Einnahmen aus einem von Staat oder NSDAP. unterhaltenen Erziehungsheim, das zu einer von demselben Gewaltträger betriebenen öffentlichen Sch. gehört 464 ³⁴

Schulung

vgl. auch RechtswahrerSch.
Der Einsatz des Rechtswahrers für die Sch.arbeit der Partei:

Die Eignung des Rechtswahrers für die Sch.arbeit 90

Die Bedingungen des Einsatzes für die Sch.arbeit 91

Der Inhalt und die Form der Rechtsarbeit 92

Die Auswirkungen der Arbeit 94

Der Erfolg rechtfertigt den Einsatz 96

Schulungsbrief

Die Mainnummer des Sch.: Recht aus Rasse, Ehre, Treue 1059

Schusswaffe

§ 212 StGB. Mißbrauch der Befugnis des Täters nach seiner Dienstvorschrift, von der Sch. Gebrauch zu machen, wenn er wissentlich die Gefahrenlage schafft, die den Waffengebrauch rechtfertigt 364 ¹¹

Schutzgesetz (§ 823 II BGB.)

§ 78 LuftverfVO. v. 19. Juli 1930 ist Sch. i. S. des § 823 II BGB. + 867 ²

§ 549 ZPO. Gegenüber Klagebegründung aus § 826 BGB. stellt Begründung des Anspruchs aus § 823 II BGB., § 266 StGB. nicht neuen Tatbestand auf 803 ³²

Schulhaft

§ 60 StGB. Anrechnung von Sch. und Untersuchungshaft 988 ⁵

Schwachfönn

"Geistesfranke Frauenspersonen" i. S. des § 176 I Ziff. 2 StGB. 384 ⁸

Zu § 1 II Ziff. 1 ErbRachwGes. Rechtfertigung der Unfruchtbarmachung durch gehäufte Minderbeachtung bei einem Grenzfall von Sch. 732 ³²

Schwangerschaftsunterbrechung

Sch. an zur Unfruchtbarmachung bestimmten Frauen vor Ausführung des Eingriffs 338

Schweden

Zuständigkeit der deutschen Gerichte für die Ehescheidung von Sch. 187 ³¹

Anerkennung eines in Sch. ergangenen Urteils betreffs Zuteilung der Kinder unter schwedischen Staatsangehörigen nach Scheidung der Ehe unter den Voraussetzungen des § 328 ZPO. + 869 ³

Schweiz

vgl. auch unter GoldhppAbf.
Kommentar zum Schweizer. Zivilgesetzbuch. III. Band: Erbrecht. Schrifttum 360

Anerkennung eines in der Sch. über Reichsdeutsche ergangenen Scheidungsurteil, soweit nach der deutschen ZuständigkeitsD. schweizerisches Gericht zuständig war. 267 ³³

Schwindelfirmenbekämpfung

Jahresbericht der Deutschen Zentralstelle zur Sch. 572

Seelenleute

vgl. auch unter Schiffsbesatzung
Zuständigkeitsmängel bei Pfandungs- und Überweisungsbeschlüssen, insbes. bei S. 983

Selbstverwaltung

Die S. als Rechtsbegriff und juristische Erscheinung. Schrifttum 1060

Sicherheitsleistungen

Prozesskostenvorschußpflicht für ausgewanderte jüdische Kl. 154

Sicherungsabtretung

Die Verfallklausel bei Sicherungsüber-eignung und S. 851

Bei rechtlich und wirtschaftlich einwandfreien Sicherungsvereinbarungen und S. Absicht der Parteien dahin, daß es zur Geltendmachung der erworbenen Rechte durch den Sicherungsempfänger gar nicht kommen sollte + 865 ¹

Bei Abtretung einer Forderung erfüllungshalber treuhänderische Bindung des Abtretungsempfängers gegenüber dem Abtretenden, für Erhaltung und gute Verwertung der abgetretenen Rechte Sorge zu tragen + 631 ¹²

Sicherungsvereinbarung

Die Verfallklausel bei S. und Sicherungsabtretung 851

Bei rechtlich und wirtschaftlich einwandfreien S. und -abtretungen regelmäßig Absicht der Parteien dahin, daß es zur Geltendmachung der erworbenen Rechte durch den Sicherungsempfänger gar nicht kommen sollte + 865 ¹

Vermögensbegriff i. S. des § 419 BGB. auch wertvolle Wohnungs- oder Betriebseinrichtung, die zwar kraft gesetzlichen Pfandrechts oder S. mit Miet- oder Pachtverhältnissen belastet, aber durch deren Abdeckung zu Gelde gemacht werden kann + 941 ²¹

Durch Vollstreckung erzwungene Vermögensübergabe zur Befriedigung der Gläubiger i. S. des SchuldvereinsG. anzunehmen bei Entziehung des bis dahin dem Sicherungsgeber belassenen Besitzes an den sicherungsüber-eigneten Gegenständen durch den Sicherungsnehmer auf Grund erwirkten Urteils 263 ³⁴

Urkundensteuerverpflicht der Anträge auf Gewährung von Darlehen und S.-angebote an Gesellschaften zur Finanzierung von Kraftfahrzeugkäufen als Schuldverklärungen und S. 1103 ⁴⁹

Sicherungsverfahren (§§ 429 a ff. StPO.)

Unstatthafte Anordnung einer Maßregel der Sicherung und Besserung beim Fehlen des erforderlichen Straf-antrags 996 ¹⁷

Kostenpflicht des Angell. für das S. bei selbstständiger Anordnung seiner Unterbringung in Heil- oder Pflageanstalt gemäß dem Antrag der StA. 371 ²⁶

Sicherungsverwahrung

Absehen von Anordnung der S. trotz Vorliegens der Voraussetzungen des § 20 a StGB. wegen wahrscheinlicher Besserung 987 ¹

Anordnung der S., nicht Unterbringung in Heil- oder Pflageanstalt, für Gewohnheitsverbrecher mit erheblich verminderter Zurechnungsfähigkeit, der aber weder heilbar noch pflagebedürftig 161 ¹

Zulässigkeit der Anordnung beider Maßregeln der Sicherung und Besserung nebeneinander, auch für Straftaten, die vor dem 1. Jan. 1934 begangen und abgeurteilt. Behandlung eines gefährlichen Sittlichkeitsverbrechers auch als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher und demgemäß Anordnung der S. gegen ihn 711 ²

Anordnung der S. eines Ausländers, der auf Grund des Gef. über Reichsverweisungen ausgewiesen werden kann 161 ²

Auch bei Rauschlat (§ 330 a StGB.) Beurteilung als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher und Anordnung der S. zulässig + 1150 ⁹

Keine Ersetzung des gemäß § 265 StPO. erforderlichen Hinweises des Vorsitzenden auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes durch den Antrag des StA., gegen den Angekl. S. anzuordnen 370 ²⁴

Siedlungsrecht

§ 4 WohnsiedlG. Erfordernis der Genehmigung der Wohnsiedlungsbehörde zur Bestellung einer selbständigen Kohlenabbaugerechtigkeit 447 ¹²

PachtSchG. Verlängerung eines auf Grund des RSiedlG. vermittelten Pachtvertrags durch das BGW. 876 ⁷

Sittenwidrigkeit

Unterhaltsabkommen zwischen Eheleuten für die Zeit nach der Ehescheidung, nach dessen Abschluß der Ehegatte, dem schon Scheidungsgrund zur Seite stand, sich erst zur Scheidung entschließt, nach dem EheG. nicht sittenwidrig, daher rechtswirksam + 306 ²

Schenkungen an uneheliche Kinder nicht schon wegen ihres Zwecks sittenwidrig, aber unter Umständen wegen Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Lage der ehelichen Familie 371 ²⁰

Kündigungsschutz für Vertrauensmänner an sich erst nach Verpflichtung, aber ausnahmsweise auch schon nach Berufung, wenn die Kündigung wegen ihres Zwecks sittenwidrig oder unzulässige Rechtsausübung darstellt 391 ⁴⁵

Sittenwidrige Ausnutzung einer monopolähnlichen Stellung durch Aufnahme einer Bestimmung in die Lieferungsbedingungen sämtlicher Unternehmer eines bestimmten Geschäftszweigs, in der Haftung für jeden über das Erfüllunginteresse hinausgehenden Schaden aus positiver Vertragsverletzung abgelehnt wird + 1262 ²¹

Berücksichtigung der nach § 138 I BGB. eintretenden Nichtigkeit eines Rechtsgeschäfts von Amts wegen. Einrede dieser Nichtigkeit steht auch dem Vertragsteil zu, der sich selbst der S. schuldig gemacht hat 930 ¹³ + 1158 ¹⁴

Sittlichkeitsdelikte

§ 173 StGB. trifft nur den Beischlaf, keine entsprechende Anwendung (§ 2 StGB.) auf sonstige Unzuchtshandlungen 623 ²

Pflegekindschaft i. S. des § 174 I Ziff. 1 StGB. 363 ⁵

§ 175 a Ziff. 3 StGB. Mehrfache Verführung desselben Minderjährigen. Mit dem Ziel der Unzucht erfolgende

- Einladung des auswärts wohnenden Minderjährigen als Anfang der Verführung 363^o
- § 175 a Ziff. 3 StGB. Vorliegen der Verführung, ohne daß der Jugendliche seine Abneigung gegen die Wünsche des Verführers ausdrücklich kundgetan hat 364⁷
- § 175 b StGB. Begriff der widernatürlichen Unzucht nach früherer und neuerer Rechtsprechung 162³
- §§ 51, 176 StGB. Sittliche Verfehlungen von durch ein langes Leben hindurch straffrei gebliebenen Männern infolge einer durch Vererbung hervorgerufenen Geisteschwäche 712³
- „Geistesranke Frauenpersonen“ i. S. des § 176 I Ziff. 2 StGB. 364⁸
- § 176 I Ziff. 3 StGB. Unzucht mit Kindern 233⁵
- Vorschubleiten i. S. der §§ 180, 181 StGB. durch Dulden der Unzucht 989⁸
- §§ 180, 181 StGB. Zur Frage, wann Verkehr zwischen Verlobten als Unzucht aufzufassen + 1145¹ + 1146³
- Öffentlichkeit i. S. des § 183 StGB. 364⁹ 10
- Urteilsveröffentlichung gemäß § 200 StGB. auch bei Tateinheit der Verleumdung mit Vergehen gemäß § 183 StGB., aus dem die Strafe entnommen wird 364¹⁰
- Zur Beurteilung der Aussagen von Mädchen in der Entwicklungszeit über geschlechtliche Erlebnisse regelmäßig Beziehung eines Sachverständigen mit Kenntnissen in der Seelenkunde Jugendlicher geboten 929¹²
- Entmannung 161¹
- Behandlung eines gefährlichen Sittlichkeitsverbrechers auch als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher und demgemäß Anordnung von Sicherungsverwahrung gegen ihn 711²
- Sitzungsprotokoll**
- Die Beurteilung der Aussagen von Zeugen und Sachverständigen sowie der vernommenen Parteien im Zivilprozeß 1124
- § 161 ZPO. Bei unterbliebener Protokollierung des mündlich erstatteten Gutachtens Aufnahme des wesentlichen Inhalts ins Urteil unerlässlich 795²⁸
- Sonderausgaben**
- EinStMob. Änderungen betr. die Pauschätze für E. und Werbungskosten 689
- Sondergericht**
- Festsetzung der Gebühren für Pflichtverteidiger vor dem E. 165⁷ 629¹⁰
- Soziologie**
- Reich und Hegemonie als Begriffe der E. und Rechtswissenschaft 565
- Sparkassenangestellte**
- Rechtliche Stellung der preussischen Sp. zum Gewährsverband und zur Sparkasse 955³⁹
- Speditur**
- Beim verkehrsüblichen Auftrag an den Empfangsspeditur, auch die Zollabfertigung zu besorgen, ist der vom Sp. beauftragte Angestellte nicht als Bevollmächtigter des Zollschuldners i. S. der §§ 102 f. ABgD. zu behandeln 715¹³
- Sperrmark**
- bgl. unter Devisenrecht
- Spezialist**
- Spezialistentum in der Verwaltung 551
- Spionage**
- Spione — Verräter — Saboteure. Schrifttum 40
- Sport**
- Anspruch aus § 823 BGB. wegen einer bei Teilnahme an Sp.veranstaltung erlittenen Körperverletzung nur gegeben bei Verstoß des Verlethers gegen die jeweiligen Kampfregeln 770⁶
- Verfolgung nachbarrechtlicher Ansprüche hinsichtlich Störungen aus Sp.betrieben der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ im ordentlichen Rechtsweg 1010²⁹
- „Unverschuldetes Unglück“ i. S. des § 63 HGB., insbes. bei Unfall anlässlich sportlicher oder turnerischer Betätigung 392⁴⁰
- Sprache**
- Klares Recht — klare Sp. 617
- SS.**
- §§**
- Die Schutzstaffel der NSDAP. und die deutsche Polizei:
Die Schutzstaffel der NSDAP. 44
Die Politische Polizei des Dritten Reichs 45
Der Reichsführer §§ und Chef der deutschen Polizei 46
Das Staatschutzkorps der §§ und Polizei 47
Mitteilung bzgl. der Passivlegitimation in §§-Angelegenheiten 1230
- Staatenlose**
- Abstammungsstatut bei Inkrafttreten der Änderung des Art. 29 GGVB. durch das FamRdnG. nach der Geburt des Kindes des St. 247²⁰
- Staatsangehörigkeitswechsel**
- Internationales Privatrecht. Berücksichtigung des St. im Ehevertragsrecht, dagegen nicht im Ehegüterrecht + 938¹⁸
- Staatsanwalt**
- Bericht der Reichsgruppe Richter und Staatsanwälte. MittBl. zu Heft 1/2 S. 4, zu Heft 3/4 S. 12 DR. S. 1057
St., Ehelebensanfechtung und öffentliches Interesse 75 353
Keine richterliche Nachprüfung des Entschlusses des St., die Ehelebensanfechtungsklage gemäß § 1595 a BGB. zu erheben 1014³⁵
Anforderungen an die Begründung der Zurückweisung einer Frage, deren Zulassung auf Grund des § 240 II StPD. nachgesucht worden 370²²
Keine Erhebung des gemäß § 265 StPD. erforderlichen Hinweises des Vorstehenden auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes durch den Antrag des St., den Angekl. in Heil- oder Sicherungsanstalt unterzubringen und Sicherungsverwahrung anzuordnen 370²⁴
- Staatsrecht**
- bgl. auch unter Reich
- Die Staatsideologie der baltischen Staaten 530
Japan, das Götterreich. Ein Beitrag zum Verständnis der japanischen Staatsauffassung 533
Führer durch das St. Schrifttum 710
- Städte**
- Die Neugestaltung deutscher St. Schrifttum 1059

Stadtgemeinde

Zur Rechtsgültigkeit einer Verwirklichungsklausel für Verwendungsansprüche bei Rückgewähr infolge Rücktritts. Bei einer großen St. ist verwirklichte Sinnesart nicht anzunehmen 799³⁰

Anforderungen an den Entlastungsbeleg nach § 831 I BGB., wenn als Hilfspersonen bei Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht die Beamten oder Angestellten einer St. in Betracht kommen + 374³¹

Bei „nicht gehörig erfolgter“ Bekanntmachung des Erbrechts einer St. (Fürsorgeverband) nach §§ 50 ff. II 19 AB. wird die St. nicht Erbin, sondern nur Nachlassgläubigerin in Höhe der aufgewendeten Wohlfahrtskosten 248²¹

Stammkapital

Bei Umwandlung von Aktiengesellschaft in GmbH. Erfordernis der Erfüllung aller gesetzlichen Voraussetzungen der GmbH., insbes. der Einteilung des künftigen St. in Stammeinlagen, Angabe der Unternehmer und Versicherung der Geschäftsführer, wieviel auf jede Einlage geleistet 720²¹

Ständischer Aufbau

Verwirklichung des Programmpunktes der NSDAP. betr. den st. A. durch die Rechtsprechung 489

Statistik

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Schrifttum 160

Steueraften

Ablehnung des Schuldenbereinigungsantrags wegen Weigerung des Schuldners, Zustimmung zur Einsicht in die St. zu gewähren 658³²

Steuerberater

Reichsfachschaft der Buch- und St. MittBl. zu Heft 1/2 S. 6; zu Heft 3/4 S. 16

Reichsberufsgruppe Buch- und St. 621 1229

Wann sind St. der Gewerbesteuer wegen der Beschäftigung von Gehilfen unterworfen? + 1199⁶³

Steuererklärung

Tateinheit der Hinterziehung verschiedener Steuern durch dieselbe St. 235⁸ + 369¹⁹

Steuerfreiheit

Sorgfaltspflicht des vom privatem Bauherrn mit der Errichtung eines steuerfreien Eigenheims beauftragten Architekten, insbes. bzgl. der Einhaltung des zur Erhaltung der St. zulässigen Ausmaßes 1237¹

Steuerquittschein

Pfändung und Verwertung von St. 708

Der St. Schrifttum 1236

Steuerhehlerei

„Kaufen“ und „An sich bringen“ i. S. des § 403 ABgD. + 368¹⁸

Steuerhinterziehung

Das Verhältnis von § 407 ABgD. zu § 396 ABgD. 762

Im allgemeinen kein Fortsetzungszusammenhang zwischen Hinterziehung verschiedener Steuern, aber Tateinheit möglich zwischen durch dieselbe Erklärung erfolgenden Hinterziehungen 235⁸ + 369¹⁹

§ 401 ABgD. Einziehung eines Kraftwagens, der zwecks Verheimlichung der steuerpflichtigen Vorgänge benutzt wird 368¹⁷

Steuerrecht

Steuerfaktbestand und natürlicher Wirtschaftsverlauf 414

Probleme des internationalen St. Zur Gründung der Internationalen Vereinigung für Finanz- und St. im Haag (1938) 149

Schnellkartei der Reichssteuergesetze. Schrifttum 430

Steuervollstreckungsrecht. Schrifttum 710

Die Besteuerung der Gesellschaften, des Gesellschafterswechsels und der Umwandlungen. Schrifttum 359

Bevollmächtigung i. S. der §§ 102 f. ABgD. 715¹³

Steuerfachen

§ 248 ABgD. Wirksamkeit eines Rechtsmittelsverzichts; Umfang der dem Steuerpflichtigen vor Unterzeichnung des Verzichts zu erteilenden Belehrung + 1100⁴⁴

Steuerstrafrecht

Gemäß § 416 ABgD. Nachhaftung der Vertreter usw., nicht gesamtschuldnerische Haftung 715¹³

Steuerfabel

Ausgabe für Österreich. Schrifttum 864

Steuervollstreckungsrecht

Im Widerspruchsverfahren gem. § 330 II ABgD. Entscheidung des FinU. und des ordentlichen Gerichts nur darüber, ob bürgerlich-rechtlicher Erwerbsgrund (z. B. Vermögensübernahme) vorliegt, demzufolge der Übernehmer für die Schulden des Steuerpflichtigen hafte + 941²¹

Stilthaltepflicht

Die gesetzliche St. bzgl. der Fälligkeit alter Hypotheken 201

Stilhalteschulden

GewStG. St. als Dauerschulden 398⁴⁴

Strafantrag

Rechtzeitige Erhebung der Nebenklage ersetzt St. + 1148⁵

Unstatthafte Anordnung einer Maßregel der Sicherung und Besserung beim Fehlen des erforderlichen St. 996¹⁷

Strafangeige

Stellung von Zeuge bzw. Anzeigerstaten und Beschuldigtem bei Zuwiderhandlung gegen die Verkehrsvorschriften 29

Strafausschließungsgründe

Der Ausschluss der Strafbarkeit im englischen Recht im Vergleich mit dem deutschen Strafrecht. Schrifttum 1064

Strafbescheid gemäß § 88 DevG. 1211

Strafentlassenenfürsorge

Gefangenen- und St.: Die Zurückführung der Strafgefangenen in die Gemeinschaft als Problem 17

Die Entlassenenfürsorgeorgane 17
Der von der Fürsorge erfasste Kreis 18

Inhalt der Fürsorge 18

Straffreiheit

Wirkungen des St.gesetzes auf einen gerichtlichen Vergleich im Privatklageverfahren 761

Verfahren bei irrtümlicher Rechtskraftbescheinigung, wenn das Strafverfahren auf Grund des St.gesetzes niederzuschlagen war 28

§§ 5, 7 StraffreiG. 1932. Zum Begriff der wirtschaftlichen Not 626⁶

Für Anwendbarkeit des St.gesetzes maßgebend nicht die Höhe der zusammen gerechneten Ersatzfreiheitsstrafen, die nach § 27 b StGB. für mehrere Straftaten ausgeworfen, sondern die für jede Einzeltat bestimmte Geldstrafe 233² 627⁷

Bei nach Inkrafttreten des St.gesetzes ergangenen Urteil ist auch über Anwendung des St.gesetzes durch Urteil zu entscheiden 627⁷

2. DurchfBd. z. StraffreiG. 1938 bezieht sich nicht auf frühere St.gesetze 370²¹

Bei Strafzumessung keine Berücksichtigung des Umstands, daß das St.gesetz anzuwenden oder nicht anzuwenden ist 371²⁷

Unter ein St.gesetz fallende Straftat kann bei Strafzumessung für spätere Tat straffärfend wirken 371²⁸

Strafgesetzbuch

Schrifttum 1063

Strafprozeß

Das Bürgerrecht des Angekl. 849

Rechtsmittel im Strafverfahren:

Die Berufung 55

Die Revision 56

Die Berufung des Stentwurfes in der

Erfahrung der ÖsterrStPD. 116

Kriminalpolizei und Strafverfahrensrecht. Schrifttum 229

StPD. Schrifttum 1064

Beistandsleistung i. S. des § 257 StGB. möglich durch Handlungen aller Art, die geeignet sind, den Täter der Bestrafung zu entziehen z. B. durch Einwirkung auf einen anderen, in Strafverfahren keine Angaben zu machen 1067⁷

Strafrecht

Annäherung von Rechtswissenschaft und Rechtsprechung im St. 825

Die Befreiung des St. vom zivilistischen Denken 68

Nationalsozialistische St.politik 1225

St. — leicht gemacht. Schrifttum 862

Strafrechtliche Verwaltungsvorschriften. Schrifttum 863

Der Arzt im St. Schrifttum 767

Strafregisterauszug

Einforderung eines St. im Eheaußerbungsverfahren wegen des Vorlebens des anderen Ehegatten ist Beweisanzordnung 1014³⁷

Strafzumessung

Bei St. keine Berücksichtigung des Umstands, daß das StraffreiG. anzuwenden oder nicht anzuwenden ist 371²⁷

Bei St. kann frühere, unter ein StraffreiG. gefallene oder verjährte Straftat straffärfend wirken 371²⁸

St. für Zuwiderhandlung gegen § 2 BlutschutzG. Nachprüfung des hierbei geübten Ermessens des Richters durch das RevG. 164⁶

§ 5 BlutschutzG. Für St. maßgebend das Maß der von dem jüdischen Rassenkämpfer bekundeten Mithaftung der Rassenkämpfervorschriften, nicht das artvergeßene Verhalten der deutschblütigen Frau 925³

Keine Strafmilderung für Halbjüdin bei Abtreibung wegen ihrer rassistischen Zugehörigkeit + 922³

Straße

Hat der durch § 3 Gef. über einstweilige Regelung des St.wesens und der St.verwaltung v. 26. März 1934 in seiner Rechtsstellung beeinträchtigte St.eigentümer einen Entschädigungsanspruch? 221

Straßenanlieger

In Breslau weder nach geschriebenem Recht noch nach Observanz Verpflichtung der St. zur Unterhaltung der Bürgersteige. Öffentlich-rechtliche Wegebaulast (Bürgersteigunterhaltungspflicht) wird durch nach FluchtlG. erlassene Ortsfakung über kommunale Anliegerbeiträge nicht berührt 1109⁵⁶

Straßenbahn

Haftpflicht der Eisenbahn und der St. für Sachschäden 215

§ 1 HaftpfVG. Abwägung des eigenen Verschuldens des Fahrgastes, der von der offenen Plattform der St. herabgestürzt ist, gegenüber der Betriebsgefahr der St. 183²⁸

§ 831 BGB. Pflicht von St.unternehmen zur schärferen Beaufsichtigung von Fahr- und Schaffnerpersonal, das wegen Dienst- oder Verkehrsverstößen bereits zur Verantwortung gezogen worden ist 168¹¹

§ 9 StrafVerfD. Besondere Sorgfaltspflicht des Kraftfahrers an den Gefahrenpunkten, die neben St.haltestellen zwischen Verkehrsinsel und Bürgersteig während des Haltens der St. bestehen 235⁹

Straßenreinigungsgebühren

Zur Abwälzung der St.- und Müllabfuhrgebühren auf den Mieter 648²⁰

Straßenverkehrsrecht

Unterschied zwischen der Haftung im Eisenbahnbetrieb und im St. für Sachschäden 214

Stellung von Zeugen bzw. Anzeigerstaten und Beschuldigtem bei Zuwiderhandlung gegen die Verkehrsvorschriften 29

St.- und Verkehrshaftpflichtrecht. Schrifttum 574

St. Schrifttum 768

§ 823 BGB. Verschulden des Verkehrsteilnehmers, der bei Bemerkten von Verstößen eines anderen gegen die Verkehrsvorschriften keine bis dahin einwandfreie Fahrt unbekümmert fortsetzt, ohne sich darauf einzustellen 259³⁰

Bei Zusammenstoß mehrerer Fahrzeuge selbständiger, durch § 17 KraftVG. nicht beschränkter Anspruch des einen Halters gegen den anderen, der gegen die Verkehrsvorschriften verstoßen hat, auf Ersatz seiner Aufwendungen zur Befriedigung der Ansprüche des Inhabers des anderen Fahrzeugs + 256²⁰

Anwendung der StrafVerfD. auch auf Fahrzeuge, deren Inbetriebnahme nur zum Zweck einer gleichzeitigen Arbeitsleistung erfolgt, wie z. B. Schneepflug 445⁹

Verkehrsübertretung durch Verstoß nicht gegen Wortlaut der §§ 2—4 StrafVerfD., aber gegen Sinn und Zweck

der Verordnung nach § 1. Weite des in § 8 III vorgeschriebenen Bogens nach links. Pflichten des die Richtung des Verkehrs i. S. des § 13 IV Kreuzenden gegenüber den nachfolgenden Fahrzeugen 714¹⁰

§ 9 StraßVerfO. Besondere Sorgfaltspflicht des Kraftfahrers an den Gefahrpunkten, die neben Straßenbahnhaltestellen zwischen Verkehrsinsel und Bürgersteig während des Haltens der Straßenbahn bestehen 235⁹

§ 11 I StraßVerfO. Haftung des Kraftfahrers, der die Abgabe von Fahrtrichtungszeichen dem Mitfahrer überläßt 715¹¹

Herausstrecken des Fahrtrichtungszeichners als Zeichen für die Absicht, das Kraftfahrzeug in den Verkehr einzuschalten 715¹²

§ 13 II 1 StraßVerfO. Vorfahrt von rechts an Kreuzungen auch für den in den Kreuzenden Straßenzug Einbiegenden 1153⁸

§ 16 StraßVerfO. Unzulässiges Parken + 1068¹¹

Begriff des Überholens i. S. des § 26 VI StraßVerfO. setzt zwei in Bewegung befindliche Fahrzeuge voraus 259³¹

Gefährdung von Kraftwagen auf Fernverkehrsstraßen. Besondere Vorsicht beim Überholen 786²⁰

Pflicht des auf Hauptstraße fahrenden Kraftfahrers, mit dem Überholen an Kreuzung mit Seitenstraße zu verhalten, bis er freie Sicht hat, um etwaige Mißachtung seines Vorfahrtsrechts durch Benutzer der Seitenstraße zu erkennen + 788²¹

Verantwortlichkeit des wartepflichtigen Kraftfahrers, der den Vorfahrtsberechtigten kurz vor der Kreuzung in die Zwangslage gebracht hat, in nicht ausreichender Zeit auf unzureichendem Raum Maßnahmen zu treffen 1091³⁴

§ 25 StraßVerfO. 1934. Gefährdung von Radfahrer durch Kraftfahrer, der auf belebter Straße beim Überholen zu zeitig und zu weit nach links ausbiegt + 323¹¹

Gesteigerte Sorgfaltspflicht des Kraftfahrers, wenn sich Kinder, hochbetagte Personen oder sonstige in ihrer Anpassungsfähigkeit an die Verkehrserfordernisse erkennbar herabgesetzte Verkehrsteilnehmer in seiner Fahrbahn bewegen 624³

Vorliegen von Richtungsänderung i. S. des § 27 III RStVerfO. 1934, die zum Zeichengeben verpflichtet 1094³⁷

§ 48 III StraßVerfO. Fahrlassiges Nichtbeachten oder Nichtanhören der Fanfaren Signale + 1154⁹

§ 4 KraftfG. ist nach wie vor Rechtsquelle für Entziehung der Fahrerlaubnis, nicht die Vorschriften des § 3 II StraßVerfZulassO. über Ungeeignetheit zum Führen von Fahrzeugen und Tieren 1107⁵³

Von Wehrmachtdienststelle ausgestellte Bescheinigung über die Erlaubnis zum Fahren von Kraftfahrzeugen nach § 14, 2 Halbs. 2 StraßVerfZulassO. keine öffentliche Urkunde 1067⁹

Streitgenossen

§ 100 II ZPO. Feststellung des verschiedenen Maßes der Beteiligung von St. am Rechtsstreit 325¹³

§§ 106, 100 ZPO. Frage der Kostenausgleichung bei Klage gegen nicht notwendige St., die teils siegreich, teils unterlegen sind und gemeinsamen Prozeßbevollmächtigten hatten + 326¹⁴

Streitwert

St.berechnung bei Unterhaltsvergleichen im Eheprozeß 608

Der Wert des Streitgegenstands im arbeitsgerichtlichen Verfahren 764

§ 4 ZPO. Zur Frage, ob bei zahlenmäßiger Herabsetzung der Hauptforderung die im Streit befangenen Zinsen in der Berufung als Neben- oder Hauptforderung anzusprechen 1182³⁹

Berücksichtigung der Grundstücksbelastung bei St.festsetzung in Rechtsstreit auf Erteilung der Auflassung 1182³⁴

§ 148 RD. St. der Feststellungsklage über die Höhe des Berücksichtigungsbetrags, wenn für Konkursforderung mehrere Konkursmassen gesamtschuldnerisch haften und Abschlagszahlungen aus diesen geleistet worden 1182³⁵

Zur Frage der St.bemessung im zweiten Rechtszug, wenn der verurteilte Bf. unter Beschränkung, aber mit Vorbehalt der Berufungserweiterung das Rechtsmittel eingelegt hat und dann gegen ihn Veräumnisurteil ergangen + 1187⁴⁴

St. für Ansprüche auf Erfüllung einer auf gesetzlicher Vorschrift beruhenden Unterhaltspflicht (§ 10 II GRG.) oder auf Entrichtung von Geldrente gemäß § 10 III GRG. 884¹⁵

§ 10 GRG. Wert eines Abfindungsvergleichs + 885¹⁶

§ 11 GRG. St. bei Klagen auf Herausgabe eines Kindes 886¹⁷

Kein besonderer St. für das bei Gestattung des Getrenntlebens gemäß § 627 ZPO. ausgesprochene Verbot an den einen Ehegatten, die eheliche Wohnung zu betreten 330¹⁷

St. der Vollstreckungsgegenklage, insbes. wenn Antrag nur auf teilweise oder zeitlich beschränkte Ausschließung der Vollstreckung gerichtet ist 456²⁵

In St.beschwerde des Rechtsanwalts bestimmter Antrag über Höhe des gewünschten Streitwerts erforderlich; Antrag auf „angemessene Festsetzung“ ungenügend 332²²

§ 18 GRG. Abänderung einer St.festsetzung auf Erinnerung der Reichskasse und demgemäß Rückforderung von dem ArmAnw. zuviel gezahlten Gebühren nur ausnahmsweise unzulässig 1191⁵²

Studienordnung

Rechtssystem und St. Ein Beitrag zur Berufserziehung des Rechtswahrscheinlichkeits 829

Subetenland

Subetendeutscher Rechtskampf 529

Schulungsveranstaltungen für beamtete Rechtswahrer der zum Reich zurückgetehrten Gebiete: Ostmark, S. 559
Tagung des Reichsgruppenrats Rechtswahrer im NSRB. über die Stel-

lung des Rechtsanwalts der Ostmark und des Sudetengaus 571

Heimkehr der ostmärktischen und sudetendeutschen Rechtsanwälte in den Gesamtverband der deutschen Anwaltschaft 1113

Die Ehevorschriften im Lande Österreich und in den sudetendeutschen Gebieten. Schrifttum 860

Zuständigkeit für den Scheidungsstreit sudetendeutscher Parteien, die durch Wiedervereinigung mit dem Reich die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben 454²³

Nach Einführung des großdeutschen Eherechts im S. gem. VO. v. 22. Dez. 1938 Fortbestehen der Wirkungen der vorher ausgesprochenen Scheidung, insbes. der Unterhaltsansprüche 1077²⁰

Synagogengemeinde

vgl. unter Jüdische G.

Tabakmißbrauch

Aktion gegen den Alkohol- und T. 1058

Tanganhila

Die Eingeborenenrechtspflege im britischen Mandatsgebiet T. und ihre praktische Auswirkung 537

Tarif

Wirken die früheren Lohntarifverträge noch heute nach? 907

Herausnahme einzelnen Betriebs aus Geltungsbereich eines T.vertrags durch diesen selbst oder Sondervereinbarung bleibt wirksam auch nach der Anordnung über Weitergeltung von T.verträgen als T.ordnungen 952³²

Für Auslegung von T.ordnungen maßgebend, was darin erklärt ist, nicht, was der Reichstreuhänder bei ihrem Erlaß gedacht oder gewollt hat 951³¹
Wirksamkeit der tariflich gesetzten Ausschlussfrist für Geltendmachung von Ansprüchen 955³⁸

Merkmale der tariflich gesondert zu behandelnden selbständigen Betriebsabteilung 955³⁷

Gemäß RTarO. für das Baugewerbe ist zuschlagspflichtige Mehrarbeit die zur Reinigung und Instandhaltung der Maschinen über die 48-Wochenstunden-Arbeitszeit hinaus erforderliche Zeit 951³¹

Reisekosten, Mehraufwandsentschädigung und Trennungszulage für Bauarbeiter nach TarO. für Betriebe des Baugewerbes bei Bauvorhaben des Reichs v. 20. März 1937 und für die Bauten der Wehrmacht in Niedersachsen v. 28. April 1937 952³³

Voraussetzungen des Auslösungsanspruchs, insbes. nach RTarO. für das Baugewerbe v. 26. Nov. 1936 953³⁴

Tateinheit

Voraussetzung der Zusammenfassung der Beleidigungen oder falschen Anschuldigungen mehrerer Personen in einem Schriftstück zu einer strafrechtlichen Einheit 623¹

Urteilsveröffentlichung gemäß § 200 StGB. auch bei T. der Beleidigung mit anderer Tat, wobei die Strafe aus dem anderen Gesetz (hier § 183 StGB.) zu entnehmen 364¹⁰

DevG. T., nicht Tateinheit, zwischen genehmigungsloser Verfügung über anbieterpflichtige Werte und Verlegung der Anbieterpflicht + 926⁹

T. zwischen den Hinterziehungen ver-schiebener Steuern, die durch dieselbe Erklärung erfolgen 235^a + 369¹⁰

Tatmehrheit

Derb. Tateinheit, nicht T., zwischen genehmigungsloser Verfügung über an-bietungspflichtige Werte und Verlet-zung der Anbietetungspflicht + 926⁹

Taubheit, erbliche (§ 1 II Ziff. 7 Erbfr-NachwGes.)

Feststellung von e. T. auch bei Vorhan-densein hörgeunder Kinder beider taubstummer Eltern 734⁵⁵

Täuschung, arglistige

Wirksame Anfechtung eines Vater-schaftsanerkenntnisses wegen a. T. sei-tens der Kindesmutter + 1156¹³

Teilrücktritt vom Vertrag 799³⁰

Teilungsversteigerung

Versteigerungsstop B.D. v. 6. April 1939 und T. 143

Teilurteil

Unzulässigkeit des T. über eine durch unselbständige Anschlußberufung in den Rechtskreis eingeführte Wider-klage 329¹⁰

Klageabweisendes T. nach erhobener Zwischenfeststellungswiderklage, wenn das Gericht den Klageanspruch für abweisungsreif hält, ohne daß es nach seiner Ansicht zugleich einer Entschei-dung auf die Zwischenfeststellungs-widerklage bedarf + 879¹¹

Nicht jede Teilkostenentscheidung geeig-nete Grundlage zur Durchführung einer Kostenfestsetzung 876⁹

Telegraphie

Bei Beschwerdeeinlegung nach § 21 FGG. durch Einreichung einer Be-schwerdeschrift Unterzeichnung durch den Beschwerdeführer nicht wesent-liches Erfordernis, insbes. nicht Un-terschrift des zuständigen Beamten bei telegraphischer Beschwerdeeinlegung durch Behörde 1179³²

Telephon

vgl. unter Fernsprecher

Testament

§ 2065 BGB. Erblasser gibt im T. einen eng begrenzten Kreis von Personen an, aus dem Dritter den Erben nach bestimmten sachlichen Gesichtspunkten, z. B. Eignung für besondere Aufgabe, auswählen soll + 310⁴

Ungültigkeit des vor Inkrafttreten des TestG. nach §§ 2233 ff. BGB. errich-teten T., in dessen Niederschrift nur festgestellt ist, daß das T. vorgelesen und vom Erblasser unterschrieben, nicht auch genehmigt worden 311⁵

§ 16 III TestG. Zwingendes Formerfor-dernis der als Ersatz für fehlende Un-terschrift des Erblassers vorgeschrie-benen Feststellung der Überzeugung der Urkundsperson von der Schreib-unfähigkeit des Erblassers in der Nie-derschrift; ausnahmsweise Unschäd-lichkeit des Fehlens dieser Feststellung + 384³⁹

Nichtigkeit eines T. nach § 48 II TestG. wegen grober Pflichtverletzung gegen-über Familie oder Volksgemeinschaft, wenn das T. vor Inkrafttreten des Gesetzes errichtet und der Erblasser nach diesem Zeitpunkt gestorben ist + 313⁷

Im Anwendungsgebiet der Pommern-BauernD. v. 15. Mai 1616 auch nach

Inkrafttreten des BGB. Ausschluß des Eintritts der fortgesetzten Güter-gemeinschaft durch einseitiges eigen-händiges T. des Ehemanns möglich 249²²

Testamentsvollstrecker

Anordnung der Testamentsvollstreckung für Erbhof unzulässig 250²³

Entlassung eines jüdischen T. aus dem Amt auf Antrag der Erben, die Bier-teikjuden sind 580⁵

T. bewilligt dem Vermächtnisnehmer eine im Testament vorgezeichnete Not-gelbzahlung mit der Zweckbestimmung für dringende persönliche Bedürfnisse, ausdrücklich nicht zur Befriedigung von Konkursgläubigern. Notgeldan-spruch fällt nicht in Konkursmasse 776¹²

Frage der Vererblichkeit der für den privaten und geschäftlichen Betrieb eines Kraftwagens abgeschlossenen Haftpflichtversicherung, wenn nach Tod des Versicherungsnehmers Scha-dens- und Versicherungsfall eingetre-tren und Testamentsvollstreckung be-steht 645²³

Westfälisches eheliches Güterrecht. Bei „unbeerbter“ Ehe Anordnung der Te-stamentsvollstreckung durch überleben-den Ehegatten nur bzgl. seines eige-nen gütergemeinschaftlichen Anteils und seines Erbteils am gütergemein-schaftlichen Anteil des erstverstorbe-nen Ehegatten zulässig 171¹⁵

Theaterkarten

Verbot des § 3 SammlG. gilt auch für Theater-, Konzertkarten und soge-nannte „Ausgangskarten“ 234⁷

Tiere

§ 175 b StGB. Unzucht mit T. 162⁵

Tilgungshypothek

Die Eigentümergegrundschuld bei Abtra-gung der T. 409

Titelführung, unbefugte

„Führen“ der Bezeichnung Rechtsan-walt i. S. des § 6 Ia TitelG. durch freiwillig auf die Zulassung verzich-tenden Rechtsanwalt 370²¹

Töchter

ErbhofergänzungsB.D. v. 26. April 1939: erweiterte Vorrangstellung der T. in der Anerkennung 841

Tod der Partei

Bei T. d. armen B. nach Beiordnung eines ArmAnw. gilt diese Beiordnung solange als fortbestehend, als der ArmAnw. von dem Tode keine Kennt-nis hat oder zu haben braucht + 584⁹

Tod des Erbhofbauern

Einfluß des Erbhofrechts auf ehe- und güterrechtliche Ersatzforderungen bei Tod eines der Eheleute 1050

§ 76 GVBfD. Durch T. d. E. keine Be-endigung der Wirtschaftsführung des Treuhänders 812⁴¹

Tod des Schuldners

§ 3 SchuldvereinG. Schuldenbereini-gung des Mitverpflichteten, auch wenn Hauptschuld wegen T. d. Haupt-sch. nicht bereinigt werden kann + 1254¹⁸

Totschlag

§ 212 StGB. Mißbrauch der Befugnis des Täters nach seiner Dienstvor-schrift, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, wenn er wissenschaftlich die

Gefahrenlage schafft, die den Waffen-gebrauch rechtfertigt 364¹¹

§ 213 StGB. Vorhandensein des Zorn-affekts 364¹²

Tötung

§ 844 BGB. Besondere Mehrarbeit der Witwe kommt dem Schädiger nicht zugute 239¹⁴

Möglichkeit der Körperverletzung oder T. an einem in der 27. Schwanger-schaftswoche ausgestoßenen Kind 365¹³

Tötung, fahrlässige

Zur Beurteilung wegen f. T. bei Ver-leihung eines Kleinfahrtrades an Ungeübte 856

Wann ist wegen Verschuldens eines Dritten Verurteilung durch Fahr-lässigkeit zu verneinen? 1066⁵

Begriff der Voraussehbarkeit 1148⁴

Gesteigerte Sorgfaltspflicht des Kraft-fahrers, wenn sich Kinder, hochbe-tagte Personen oder sonstige in ihrer Anpassungsfähigkeit an die Ver-kehrserfordernisse erkennbar herab-gesetzte Verkehrsteilnehmer in seiner Fahrbahn bewegen 624³

§ 222 StGB. Kraftfahrer muß bei einem in Loreinfahrt einbiegenden Lastwagen mit Rückwärtsbewegun-gen rechnen 929¹¹

§ 222 II StGB. Berufsfahreereigen-schaft + 628⁹ 989⁹ 1066⁹ + 1148⁶

Trauschein

Die pfarramtliche Beurkundung der Trauung ist öffentliche Urkunde i. S. des § 267 StGB. 162⁴

Trennungszulage für Bauarbeiter 952³³

Treu und Glauben

Verstoß der Filmverleihgesellschaft gegen T. u. G. durch Verlangen der vertraglich vereinbarten Herstellung eines bestimmten Films, wenn geeig-neter Spielleiter nicht zu beschaffen und Herstellungskosten den Voran-schlag weit überschreiten würden 575¹

§ 2013 BGB. Unbeschränkte Haftung des Erben für Nachschuldenverbind-lichkeiten, wenn auf Grund seines Ver-haltens die Geltendmachung seiner Haftungsbeschränkung gegen T. u. G. verstoßen würde 381³⁵

Nach T. u. G. Verlust des Versiche-rungsanspruchs durch den Versiche-rungsnehmer auch ohne Vereinba-rung der Rechtsverwirkung für den gegebenen Fall, aber nur bei grober Verletzung tragender Obliegenheiten, so z. B. unter Umständen wenn bei Haftpflichtversicherung eines Kraft-wagens der Versicherungsnehmer den Überfahrer vorsätzlich in hilfloser Lage verlassen hat + 871⁴

Treuhand

Bei Abtretung einer Forderung erfül-lungshalber treuhänderische Bindung des Abtretungsempfängers gegenüber dem Abtretenden, für Erhaltung und gute Verwertung der abgetretenen Rechte Sorge zu tragen + 631¹²

Rechtliche Zulässigkeit der Vereinba-rung, wonach Geschäftsführer einer GmbH. zugleich als Treuhänder eines Gesellschafters tätig sein soll 769⁸

§ 76 GVBfD. Durch Tod des Bauern keine Beendigung der Wirtschaftsfüh-rung des Treuhänders 812⁴¹

Trennhänder der Arbeit

Bzgl. der Streitigkeit der zur Schiffsbesatzung gehörenden Personen (§ 481 StGB.), für die das ArbG. gemäß § 2 ArbGG. unzuständig ist, Ermächtigung des L. d. A. zum Ausschluß der ordentlichen Gerichtsbarkeit 950³⁰

Für Auslegung von Tarifordnungen maßgebend, was darin erklärt ist, nicht, was der ReichsL. bei ihrem Erlass gedacht oder gewollt hat 951³¹

Tschscholowakei

bzgl. auch unter Sudetenland

Die demokratischen Forderungen der L. und ihre Befriedung 525

Überbau

bzgl. Grenzll.

Überholen (StrVerfN.) 259³¹ + 323¹¹
786²⁰ 788²¹

Übersetzung

U. fremdsprachiger Urkunden für den Abstammungsnachweis 425

Überstunden

U.vergütung muß unpfändbar sein 1231

Übertretungen

Die U. und Vergehen nach dem JugSchG. 757

Umlegung

Verlängerung des Pachtvertrags durch das PCh. nach PachtSchG. auch, wenn U. des Pachtlandes durch die Auseinanderseßungsbehörde für spätere Zeit in Aussicht genommen 876⁷

Umsatzsteuer

U.freiheit der Einnahmen aus einem von Staat oder NSDAP. unterhaltenen Erziehungsheim, das zu einer von demselben Gewaltträger betriebenen öffentlichen Schule gehört 464³⁴

Zur U.pflicht von Rechtsanwälten, die bei den Rechtsberatungsstellen der NF. tätig sind 1102⁴⁸

Zur Billigkeitsentschädigung des Sachverständigen nach § 3 ZeugGehD. U. nicht gemäß § 10 I 1 UmfStG. gesondert in Rechnung zu stellen 891²³
Zuteilung der Steuerhinterziehung von Einkommen- und U. bzw. Einkommen- und Gewerbesteuer durch dieselbe Erklärung + 369¹⁸

Umstellung

Die U. österreichischer Aktiengesellschaften. Schrifttum 1142

Umwandlung von Kapitalgesellschaften

Die Besteuerung der Gesellschaften, des Gesellschaftswechsels und der Umwandlungen. Schrifttum 359

Bei U. von Aktiengesellschaft in GmbH. Erfüllung aller zwingenden gesetzlichen Voraussetzungen für GmbH. erforderlich. Fortführung der Firma der Aktiengesellschaft durch die GmbH. unter Berichtigung der Rechtsform 720²¹

Zur Abzugsfähigkeit eines U.verlustes bei Ermittlung des steuerpflichtigen Betriebsgewinns aus dem letzten Rechnungsjahr einer umgewandelten oder aufgelösten Kapitalgesellschaft nach § 7 III der 2. UmwStDurchfVO. + 270⁴¹; dasselbe bzgl. Betriebsverlustes 272⁴²

Unzugskostenvergütung

Die Unpfändbarkeit der U. 919

Unbestimmte Verurteilung

Die u. B. im Jugendstrafrecht. Schrifttum 1063

Unehelichkeit**A u f s ä t z e**

Die Klagen auf Feststellung der blutmäßigen Abstammung 132

Das Verhältnis zwischen der Abstammungsklage und der Unterhaltsklage unehelicher Kinder 748

Staatsanwalt, Ehelichkeitsanfechtung und öffentliches Interesse 353

Steht die rechtskräftige Abweisung einer Ehelichkeitsanfechtungsklage oder die rechtskräftige Feststellung einer Zahlvaterschaft der Erhebung einer neuen Klage unter Benützung der erbbiologischen Abstammungsprüfung entgegen? 407

Zulassung der Klage auf Feststellung der U. des Kindes ohne Widerlegung der Ehelichkeitsvermutung durch vorausgegangene Ehelichkeitsanfechtungsklage 338

Die in Unterhaltsprozessen von den Jugendämtern neben der Unterhaltsverurteilung begehrte Vaterschaftsfeststellung des unehelichen Erzeugers — ein überflüssiger Antrag mit unerwünschten Folgen? 73 357

Über das Zeugnisverweigerungsrecht der unehelichen Mutter 850

§ 30 PersStG. n. F., Lücke im Unehelichenrecht 1234

E n t s c h e i d u n g e n

Durch auf Grund der Methode A¹, A² gewonnenes Ergebnis der Blutgruppenuntersuchung kein Beweis der offensiblen Unmöglichkeit, sondern nur wertvoller Anhaltspunkt zur Unterstützung des weiteren Beweisergebnisses bei Feststellung der U. + 576²

Zulässigkeit der Begründung der gerichtlichen Feststellung im Ehelichkeitsanfechtungsstreit, daß die Vaterschaft des M. „offenbar unmöglich“ sei (§ 1591 I 2 BGB.), allein mit erbbiologischem Gutachten + 773¹⁰ 775¹¹

Feststellung der blutmäßigen Vaterschaft trotz Benennung anderer, nicht untersuchter Mehrverkehrszeugen, wenn aus der nach dem erbbiologischen Gutachten vorliegenden großen Anzahl übereinstimmender Merkmale die blutmäßige Vaterschaft mit „an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ zu entnehmen ist 666³⁷

Wirksame Anfechtung eines Vaterschaftsanerkennnisses wegen arglistiger Täuschung seitens der Kindesmutter. Kondizierung des Vaterschaftsanerkennnisses gemäß § 812 BGB. + 1156¹⁰

Rechtliches Interesse an der Feststellung der blutmäßigen Abstammung gegeben durch Nachweis der arischen Abstammung. Art. 208 StGBW., soweit er Erforschung der unehelichen Vaterschaft behandelt, nicht mehr in Geltung + 667³⁸

Unter welchen Voraussetzungen genügt zur Begründung des Interesses des unehelichen Vaters an negativer Feststellungsklage auf Fehlen der blutmäßigen Abstammung das Streben nach Beseitigung des rechtskräftigen Unterhaltsurteils 1243⁶

Zulässigkeit der Klage auf Feststellung der blutmäßigen Abstammung als Klage auf Feststellung eines Rechts-

verhältnisses i. S. des § 256 ZPO. + 667³⁹ 1258²⁰

Mangel an Feststellungsinteresse für Klage auf Feststellung der Zahlvaterschaft als Grundlage für Unterhaltsprozeß. Klageänderung bei Übergang von dieser Feststellungsklage zur Klage auf Feststellung der blutmäßigen Vaterschaft. Zulässigkeit der letzteren Feststellungsklage gegen die Erben des verstorbenen Erzeugers. Erklärung des Urteils über Feststellung der blutmäßigen Vaterschaft für vorläufig vollstreckbar in der Kostenentscheidung + 578⁴

Für negative Feststellungsklage des unehelichen Vaters gegen das Kind wegen der blutmäßigen Abstammung ist vermögensrechtliches Interesse am Bestreiten seiner Unterhaltsverpflichtung nicht genügend 585¹⁰

Anwendung der Sondernormen der §§ 640—643 ZPO. auf die Klage auf Feststellung der blutmäßigen Abstammung. Keine Verneinung des Feststellungsinteresses, weil das unmittelbare Interesse einer Partei an der Vaterschaftsfeststellung durch ergangenes Unterhaltsurteil oder Anerkenntnis hervorgerufen + 1258²⁰

§ 826 BGB. Mißbräuchliche Ausnutzung des Unterhaltsurteils durch das uneheliche Kind bei Gewißheit, daß der Verurteilte der Vater nicht sein kann oder ein anderer der Erzeuger ist 772⁸

§ 826 BGB. Schadensersatzanspruch des als Vater eines unehelichen Kindes Verurteilten gegen den Mehrverkehrszeugen, der eidlich Verlehrs mit Kindesmutter während Empfängniszeit geleugnet hat, bei Nachweis der Vaterschaft des Zeugen durch erbbiologisches Gutachten 772⁹

§ 850 b ZPO. Keine dem gefundenen Volksempfinden widersprechende Härte zu erblicken in Pfändung des unehelichen Kindes nach den normalen Pfändungsbestimmungen, wenn Erzeuger für Frau und zwei eheliche Kinder zu sorgen hat 589¹⁰

§§ 850 b, 850 III ZPO. Kein Vorteil des persönlichen Gläubigers des Schuldners, insbes. seines unehelichen Kindes, aus dem von der Ehefrau des Schuldners für den ehelichen Aufwand beigesteuerten Gelde 1191⁶¹

Schenkungen an uneheliche Kinder nicht schon wegen ihres Zwecks sittenwidrig, aber unter Umständen wegen Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Lage der ehelichen Familie 371²⁹

Personenstandsunterdrückung und Prozeßbetrug durch falsche Angaben über den Erzeuger des unehelichen Kindes und den Mehrverkehr 921²

Unerlaubte Handlung

bzgl. § 839 BGB. bzgl. unter Amtspflichtverletzung

Schutz gegen Mißbrauch formalen Rechts. Ein Beitrag zur Frage der Anwendbarkeit des § 826 BGB. gegenüber rechtskräftigen Schuldtiteln 473

Verhältnis von Restitutionsklage und Schadensersatzklage (§ 826 BGB.) gegenüber unrichtigen Urteilen 476 698 748

Die Anrechenbarkeit des ersparten Unterhalts im Falle des § 845 BGB. 979

§ 823 BGB. Verschulden des Verkehrsteilnehmers, der bei Bemerkungen von Verstößen eines anderen gegen die Verkehrsvorschriften seine bis dahin einwandfreie Fahrt unbekümmert fortsetzt, ohne sich darauf einzustellen 259³⁰

Anspruch aus § 823 BGB. wegen einer bei Teilnahme an Sportveranstaltung erlittenen Körperverletzung nur gegeben bei Verstoß des Verletzten gegen die jeweiligen Kampfregeln 770⁶

§ 823 BGB. Zur Haftung von Mitgliedern des Vorstands der Aktiengesellschaft wegen unwahrer Erklärung über Bareinzahlung als Haftung aus u. S. + 316⁹

§ 78 LuftverfVO. v. 19. Juli 1930 ist Schutzgesetz i. S. des § 823 II BGB. + 867²

§ 549 ZPO. Gegenüber Mlagebegründung aus § 826 BGB. stellt Begründung des Anspruchs aus § 823 II BGB., § 266 StGB. nicht neuen Tatbestand auf 803³²

§ 826 BGB. Wann stellt Benutzung eines den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechenden Scheidungsurteils zur Erlangung von Unterhalt Sittenverstoß dar? 771⁷

§ 826 BGB. Mißbräuchliche Ausnutzung des Unterhaltsurteils durch das uneheliche Kind bei Gewißheit, daß der Verurteilte der Vater nicht sein kann oder ein anderer der Erzeuger ist 772⁸

§ 826 BGB. Erneute Unterhaltsklage nach rechtskräftiger Abweisung einer früheren Klage. Arglistseinwand gegenüber der Verurteilung des Vell. auf die Rechtskraft des früheren Urteils 377³²

Unter welchen Voraussetzungen genügt zur Begründung des Interesses des unehelichen Vaters für negative Feststellungsklage auf Fehlen der blutmäßigen Abstammung das Streben nach Beseitigung des rechtskräftigen Unterhaltsurteils? 1243⁵

§ 826 BGB. Schadenersatzanspruch des als Vater eines unehelichen Kindes Verurteilten gegen den Mehrverlehrszeugen, der eiblich Verkehr mit Kindesmutter während Empfängniszeit geleugnet hat, bei Nachweis der Vaterschaft des Zeugen durch erb- biologisches Gutachten. Zur Verjährung der Ansprüche aus § 826 BGB. 772⁹

§ 826 BGB. Zur Frage der Sittenwidrigkeit der Geschäftsübertragung eines zahlungsunfähigen gewordenen Schuldners auf seine Ehefrau, ohne daß er pfändbares Gehalt oder Gewinnbeteiligung erhalten soll 1081²³

§ 826 BGB. Unzulässigkeit der Ausnutzung der formalen Verschiedenheit zwischen Einnahme-Aktionär und seiner Gesellschaft als dem herrschenden Volksbewußtsein widersprechend 1083²⁶

Aufhebung eines auf Irrtum des Versicherungsträgers, den der Versicherte herbeigeführt hat, beruhenden Ru-

hensbescheids gemäß § 826 BGB. 959⁴⁵

Voraussetzung für Anwendung des § 831 BGB. ist nicht Verschulden des Berrichtungsgehilfen, sondern lediglich objektiv rechtswidrige Handlung + 867²

§ 831 BGB. Pflicht von Straßenbahnunternehmen zur schärferen Beaufsichtigung von Fahr- und Schaffnerpersonal, das wegen Dienst- oder Verkehrsverstößen bereits zur Verantwortung gezogen worden ist 168¹¹

§ 831 BGB. Über die Pflicht zur sorgfältigen Auswahl und Anleitung eines Lehrlings durch Inhaber einer Autoreparaturwerkstatt + 1238²

Anforderungen an den Entlastungsbeweis nach § 831 I BGB., wenn als Stillschließende bei Erfüllung der Verkehrsversicherungspflicht die Beamten oder Angestellten einer Stadtgemeinde in Betracht kommen + 374³¹

Entlastungsbeweis nach § 831 BGB. und nach § 7 II KraftfG. + 442⁷

§ 844 BGB. Besondere Mehrarbeit der Witwe kommt dem Schädiger nicht zugute 239¹⁴

Kann der Pächter dem Räumungsanspruch des Rechtsnachfolgers des Verpächters den Einwand unzulässiger Rechtsausübung wegen einer vom Verpächter begangenen vorsätzlichen u. S. entgegenhalten? 874⁶

Unfallneurose

„U.“ und Reichsgericht 611

Unfallversicherung, öffentliche

§ 599 I ABG. regelmäßig auf die Tätigkeit des angestellten Kraftwagenführers nicht anwendbar 260³²

Frage der Zurechnungsausgleichs, an sich wegen Bezugs von Unfallrente ruhender Teile von Invalidenversicherungsgeld 959⁴⁰

Unfallversicherung, private

Bedeutung der Klausel in den AllgVersBeh., durch die sich die U. — wenn der Versicherte verheiratet ist — bei gemeinsamer Haushaltsführung auf den Ehegatten erstreckt und durch die „an Stelle des Ehegatten“ eine weitere erwachsene Person mitversichert werden kann 1090³³

Unfruchtbarkeit als Scheidungsgrund (§ 53 EheG.) 639¹⁵

Unlauterer Wettbewerb

vgl. W.

Unmöglichkeit der Leistung

§ 279 BGB. Alle schädlichen Folgen des Leistungsverzugs treffen auch den Schuldner, dem es ohne Verschulden unmöglich geworden, das zur Erfüllung seiner Verbindlichkeit erforderliche Geld zu beschaffen 799³⁰

Unrichtiges Urteil

Schutz gegen Mißbrauch formalen Rechts. Ein Beitrag zur Frage der Anwendbarkeit des § 826 BGB. gegenüber rechtskräftigen Schuldtiteln 473

Verhältnis von Restitutionsklage und Schadenersatzklage (§ 826 BGB.) gegenüber unrichtigen Urteilen 476 698 748

§ 826 BGB. Verstoß gegen die guten Sitten durch Gebrauchmachen von einem rechtskräftigen, objektiv unrichtigen Unterhaltsurteil 377³² 1243⁵

§ 826 BGB. Wann stellt Benutzung eines den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechenden Scheidungsurteils zur Erlangung von Unterhalt Sittenverstoß dar? 771⁷

Aufhebung eines auf Irrtum des Versicherungsträgers, den der Versicherte herbeigeführt hat, beruhenden Ru-hensbescheids gemäß § 826 BGB. 959⁴⁵

Unterbringung in Heil- oder Pflegeanstalt vgl. unter S.

Unterhalt

Das Recht der Familienunterstützung und das U.recht des BGB. 102

Die Anrechenbarkeit des ersparten U. im Falle des § 845 BGB. 979

Wann ist die geschiedene Frau nach dem neuen EheG. zur Übernahme einer Erwerbstätigkeit verpflichtet? 345 468

Über den U.anpruch der geschiedenen Frau 467

§ 1604 BGB. U.pflicht der Ehefrau ihren Verwandten gegenüber beim gesetzlichen Güterstand und bei Untertrennung 589¹⁵

Die durch Inkrafttreten der §§ 66, 96 EheG. eingetretene Gesetzesänderung nicht ohne weiteres Änderung der Verhältnisse i. S. des § 323 ZPO. Bei Prüfung der Frage, ob die frühere Ehefrau, die noch zwei minderjährige Kinder zu erziehen hat, der Arbeitspflicht gemäß § 66 EheG. unterliegt, Berücksichtigung der Verhältnisse der Volksgemeinschaft, nicht die des U.verpflichteten + 1246⁶

Nach Einführung des großdeutschen Ehrechts im Endetenland gemäß ZD. v. 22. Dez. 1938 Fortbestehen der Wirkungen der vorher ausgesprochenen Scheidung, insbes. der U.anprüche 1077²⁰

§ 627 ZPO. Anordnung auf Herausgabe von Haushaltsgegenständen durch Ehemann an die Frau ist Teil der U.regelung, daher durch das Armenrecht für den Hauptprozeß gedeckt 1189⁴⁷

Für negative Feststellungsklage des unehelichen Vaters gegen das Kind wegen der blutmäßigen Abstammung ist vermögensrechtliches Interesse am Bestreiten seiner U.verpflichtung nicht genügend 585¹⁰

§ 826 BGB. Wann stellt Benutzung eines den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechenden Scheidungsurteils zur Erlangung von U. Sittenverstoß dar? 771⁷

§ 826 BGB. Mißbräuchliche Ausnutzung des U.urteils durch das uneheliche Kind bei Gewißheit, daß der Verurteilte der Vater nicht sein kann oder ein anderer der Erzeuger ist 772⁸

Streitwert für Ansprüche auf Erfüllung einer auf gesetzlichen Vorschriften beruhenden Unterhaltspflicht (§ 10 II GG.) oder auf Entrichtung von Geldrente gemäß § 10 III GG. 884¹⁵

§ 502 Österr.ZPO. Verbot des Revisionsrecurses gegen Beschlüsse der zweiten Instanz über Bemessung des gesetzlichen U.betrags 1016⁴⁰

§§ 850 b IV, 850 III ZPO. Herausgabe

zung des für den notwendigen U. üblichen Satzes für Schuldner, der besonders billig wohnt. — Zur Anwendung der §§ 66 ff. EheG. bei Konkurrenz der geschiedenen und der jetzigen Ehefrau in der Zwangsvollstreckung 589¹⁵

Unentgeltliche Überlassung einer Wohnung an den Schwiegerohn und die Tochter zur Ermöglichung der Halterung eines angemessenen Haushalts. Versteuerung dieser Zuwendung an unterhaltsberechtigte Person bei dem Geber gemäß § 22 Ziff. 1 c EinkStG. + 1104⁵⁰

Unterhaltspflichtverletzung (§ 361 Ziff. 10 StGB.)

Zum unzureichenden strafrechtlichen Schutz des Unterhaltsanspruchs durch § 361 Ziff. 10 300

Unterhaltsprozess

Das Verhältnis zwischen der Abstammungs- und der Unterhaltsklage unehelicher Kinder 748

Die in Unterhaltsprozessen von den Jugendämtern neben der Unterhaltsverurteilung begehrte Vaterschaftsfeststellung des unehelichen Erzeugers — ein überflüssiger Antrag mit unerwünschten Folgen? 73 357

L'exécution à l'étranger des obligations alimentaires. Schrifttum 920

Mangel des Feststellungsinteresses für Klage auf Feststellung der Zahlvaterschaft als Grundlage für U. + 578⁴

Keine Verneinung des Feststellungsinteresses für Abstammungsklage, weil das unmittelbare Interesse einer Partei an der Vaterschaftsfeststellung durch ergangenes Unterhaltsurteil hervorgerufen + 1258²⁰

Unter welchen Voraussetzungen genügt zur Begründung des Interesses für negative Feststellungsklage des unehelichen Vaters auf Fehlen der blutmäßigen Abstammung das Streben nach Beseitigung des rechtskräftigen Unterhaltsurteils? 1243⁵

§ 826 BGB. Erneuter U. nach rechtskräftiger Abweisung einer früheren Klage. Arglisteinwand gegenüber der Berufung des Vell. auf die Rechtskraft des früheren Urteils 377³²

Unterhaltsvergleich

U. im Eheprozess:

Verfahrensrechtliche Behandlung 605

Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit 607

Armenrechtsfragen 607

Streitwertfragen 608

Vergleichsweise Regelung des endgültigen gesetzlichen Unterhaltsanspruchs für die Zeit nach der Scheidung im Verfahren aus § 627 b ZPO. 669⁴¹

Unterhaltsvertrag

§ 80 EheG. Entscheidung der Frage, ob U. nach Inhalt, Beweggrund und Zweck dem Anstandsgefühl aller Gerechtheitenden zuwiderläuft, durch das Gericht nach freiem Ermessen 999²¹

§ 80 EheG. Unterhaltsabkommen von Ehegatten für die Zeit nach der Scheidung. Nach dem EheG. nicht sittenwidrig und daher gültig ist U., nach dessen Abschluß ein Ehegatte, dem Scheidungsgrund zur Seite steht, sich erst zur Scheidung entschließt + 306²

Unterlassungsanspruch

§ 890 ZPO. Vollstreckung eines Dul- dungs- oder U. 975

Bei nicht auf Fahrlässigkeit beruhender Annahme des Mieters, sein Verhalten sei vertragsmäßig, steht dem Vermieter nur Feststellungs- oder Unterlassungsklage, nicht Mietaufhebungs- klage gemäß § 2 MietSchG. offen + 1086³⁰

Schadensersatz-, nicht Unterlassungsklage gegen das Unternehmen „Reichsbahn“ wegen nachbarrechtlich unzulässiger Einwirkungen ihres Betriebs 378³³

Bei Wettbewerbsverstoß durch Verurteilung zur Unterlassung hinsichtlich des objektiven Tatbestands keine Rechtskraft für den Schadensersatzanspruch 802³¹

Unterlassungsdelikt

Die Rechtsprechung des RG. zu dem normativen Schuldelement und das unechte U. 1041

Unterfalschung

§§ 266, 350 StGB. Wann hat Notar, der bei ihm hinterlegtes Geld für sich verbraucht, das Erfordernis erfüllt, jederzeit eine entsprechende Summe baren Geldes zum Vorlegen zur Verfügung zu haben? 989¹⁰

§ 266, 350 StGB. Reichsbahnbeamter darf nicht mit seinen Forderungen an die Reichsbahn gegen die Forderung der Reichsbahn auf Ablieferung der im Dienste eingenommenen Gelder aufrechnen und diese nicht abliefern 994¹⁴

Besonders schwerer Fall der Untreue bei U. von 6500 RM NSB.-Geldern durch Amtswalter der NSB. 990¹¹

Untersuchungshaft

Vollstreckung der Überhaft erst ausführbar nach Beendigung der bisherigen Verhaftung. Bedeutung der Notierung von Überhaft 862³

§ 60 StGB. Anrechnung von Schutzhaft und U. 988⁵

Festsetzung von Ersatzfreiheitsstrafe für jede Geldstrafe gemäß § 29 StGB., auch wenn diese durch Anrechnung der U. für getilgt erklärt 233³

Unterzeichnung

§ 29 ZPO. Beglaubigte Namens- oder FirmenU. keine genügende Unterlage für Grundbucheintragung, wenn wesentliche Namens- oder Firmenbestandteile nicht erkennbar 718¹⁸

Für Bescheidverurteilung nach § 21 ZGO. durch Einreichung einer Bescheidverurteilung U. durch den Bescheidführer nicht wesentliches Erfordernis 1179³²

Untreue (§ 266 StGB.)

U. oder unlauterer Wettbewerb? 137

§§ 266, 350 StGB. Wann hat Notar, der bei ihm hinterlegtes Geld für sich verbraucht, das Erfordernis erfüllt, jederzeit eine entsprechende Summe baren Geldes zum Vorlegen zur Verfügung zu haben? 989¹⁰

§§ 266, 350 StGB. Reichsbahnbeamter darf nicht mit seinen Forderungen an die Reichsbahn gegen die Forderung der Reichsbahn auf Ablieferung der im Dienste eingenommenen Gelder aufrechnen und diese nicht abliefern 994¹⁴

Besonders schwerer Fall der U. bei Unterschlagung von 6500 RM NSB.-Geldern durch Amtswalter der NSB. 990¹¹

§ 549 ZPO. Gegenüber Klagebegründung aus § 526 BGB. stellt Begründung des Anspruchs aus § 823 II BGB., § 266 StGB. nicht neuen Tatbestand auf 803³²

Begründung der Ablehnung von an sich erheblichem Beweisanzug damit, der Zeuge sei wegen in gleichliegender Sache gegen ihn erhobener Anklage auf U. ungeeignet, ungenügend 1069¹²

Unzulässige Rechtsausübung

Bei spekulativem Geschäft spricht Tatsache, daß beanstandete R. zu Nutzen für die Allgemeinheit führt, gegen die Annahme einer u. R. 799³⁰

Kann der Pächter dem Räumungsanspruch des Rechtsnachfolgers des Verpächters den Einwand der u. R. wegen einer vom Verpächter begangenen unerlaubten Handlung entgegensetzen? 874⁹

GmbH.-Gesellschafter bringt als Sacheinlage ein Geschäft ein und veranlaßt, daß die Geschäftsführer diese — mangelhafte — Sacheinlage bewußt und vorbehaltslos annehmen. Einwand unzulässiger R., wenn er sich seiner Gewährleistungsverpflichtung entziehen will + 431¹

Kündigungsschutz für Vertrauensmänner an sich erst nach Verpflichtung, aber ausnahmsweise auch schon nach Berufung, wenn die Kündigung wegen ihres Zwecks sittenwidrig oder u. R. darstellt 391⁴⁶

Urheberrecht, gewerbliches

Führer durch das g. U. Schrifttum 710

Urheberrecht, künstlerisches

vgl. auch unter Literarisches U.

Die Neugestaltung des deutschen U. Vorschläge des Sachausschusses für U.- und Verlagsrecht der Akademie für Deutsches Recht 1221; Schrifttum 1235

Urkundenbeweis

Beweisaufnahme durch U. Erhebung aus Beakten, ohne daß das Urteil die Beweisaufnahme verwertet und die Benutzung der Beakten überhaupt erkennen läßt 334²⁷

§ 286 ZPO. Darf das Gericht von nochmaliger Vernehmung der Personen, auf deren Zeugnis sich eine Partei beruft, absehen, weil diese schon in einem anderen Verfahren über denselben Gegenstand vernommen worden? 183²⁸

Urkundenfälschung

Die pfarramtliche Beurkundung der Trauung ist öffentliche Urkunde i. S. des § 267 StGB. 162⁴

Bestrafung der Fälschung einer Verlehnungsurkunde über neuen Namen nach §§ 267 ff., nicht § 363 StGB. 924⁴

§ 268 StGB. Beglaubigungsvermerk als öffentliche Urkunde 712⁹

Von Wehrmachtsdienststelle gemäß § 14 S. 2 Halbs. 2 StrafVerfZulassD. ausgestellte Bescheinigung über Erlaubnis zum Fahren von Kraftfahrzeugen keine öffentliche Urkunde 1067⁵

Urkundenprozeß

Zur Frage der bindenden Wirkung von Vorbehaltsurteil in U. für die weitere Beurteilung des streitigen Rechtsverhältnisses † 265³⁷
Aussetzung des Verfahrens im U. und Wechselprozeß 328¹⁵

Urkundensteuer

§§ 22, 24 UrfStG. U.-pflicht der Anträge auf Gewährung von Darlehn und Sicherungsübereignungsangebote an Gesellschaften zur Finanzierung von Kraftfahrzeugkäufen als Schuld-erklärungen und Sicherungsübereignungen 1103⁴⁰
§ 36 II UrfStG. Steuerpflicht der Vereinbarung, wonach Gesellschafter der OHG. oder KomGef. seinen Gewinnanteil als Einlage im Geschäft stehen läßt 1019⁴³

Urlaub

Während des U. grundsätzlich Anspruch des Gefolgesmannes auf Zahlung des Lohns, den er verdient hätte, wenn er gearbeitet hätte 955³⁸
Abgeltung des U.-anspruchs, falls Gewährung des U. in Freizeit nicht möglich 390⁴³
Anspruch auf Lohnzahlung an den in der Durchf. und zum Vierjahresplan bestimmten Feiertagen, auch wenn diese in außertariflichen unbezahlten U. fallen 391⁴⁴
Beendigung des dem zu Wehrmachtsübung einberufenen Angestellten usw. vom Unternehmer zu erteilenden U. mit — auch vorzeitig — Entlassung aus dem Wehrmachtdienst 392⁴⁶

Urständlicher Zusammenhang

Der u. Z. bei Rentenneurose in der Rechtsprechung des RG. 611
Voransetzung der Annahme eines u. Z. ist nicht subjektive Voransetzbarkeit gerade des eingetretenen Erfolges 950²⁸
U. Z. zwischen Handlung des Schädigers und dem Schaden nicht ohne weiteres dadurch aufgehoben, daß der nämliche Erfolg auch durch anderes Ereignis sicher herbeigeführt worden wäre † 1007²⁸
Zur Frage des u. Z. des wirtschaftlichen Zusammenbruchs des Gläubigers mit dem Verzug des Schuldners, aus dem der Gläubiger Schadensersatzanspruch herleitet 165⁸
U. Z. bei ärztlichem Verschulden 32 769⁴

Urteil

Wiedergabe der Befundungen von Zeugen, Sachverständigen und vernommenen Parteien im Zivilprozeß U. 1127
§ 161 ZPO. Bei unterbliebener Protokollierung des mündlich erstatteten Gutachtens Ausnahme des wesentlichen Inhalts ins U. unerlässlich 795²⁶
Entscheidungen des Beschwerdeauschusses der kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands nicht „U. in Rechts-sachen“ i. S. des § 839 II BGB. 1084²⁷

Urteilsgründe

Urteilsbegründung aus dem Gemeinschaftsgedanken 114
Zur Auslegung des Urteilsfakes, der allein der Rechtskraft nach § 322

ZPO. unterliegt, Heranziehung der U. zulässig 799³⁰

Unzureichende Urteilsbegründung im Verwaltungsstreitverfahren 1111⁵⁷

Urteilsveröffentlichung

U. gemäß § 200 StGB. auch bei Tateinheit der Beleidigung mit anderer Tat, wobei die Strafe aus dem anderen Gesetz (hier § 183 StGB.) zu entnehmen 364¹⁰

Vater

Beleidigung des V. durch Geschlechtsverkehr mit der minderjährigen Tochter 233⁹

Beleidigung der minderjährigen Tochter durch den V., der unzüchtige Handlungen mit ihr vornimmt 623²

Vaterschaftsanerkennung

vgl. unter Unehelichkeit

Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts (§ 265 StPD.)

vgl. unter Hinweis auf V.

Verbilligung des Warenverkehrs

Erschwerung oder Unterbindung der Möglichkeit für Kleinhändler, durch Gemeinschaftsbezug höheren Mengenrabatt von den Großhändlern zu erhalten, ist nicht Preiserhöhung i. S. der §§ 3, 4 WD. zur V. d. W. 652²⁵

Verbrauch der Straflage

V. d. St. bei der Kriegsgefangenschaft 519

Verdeckte Gewinnausschüttung

EinfStG. V. G. bei Erwerb eigener Geschäftsanteile durch GmbH. und bei Erwerb von Geschäftsanteilen durch die Gesellschafter mit Mitteln der GmbH. † 1016⁴¹

Verein

Unzulässigkeit des Betreibens der Zwangs Vollstreckung durch nicht eingetragenen V., der entgegen § 50 II ZPO. als Kl. Urteil erstritten hat 876⁹

Vereinigte Staaten von Nordamerika

vgl. unter N.

Verfahrensmangel

V. nach § 286 ZPO. als Revisionsgrund 183²⁸ † 185³⁰

Verfallklausel

Die V. bei Sicherungsübereignung und Sicherungsabtretung 851

Verfassungsrecht

Bismarcks Reichsidee 130
Die verfassungsrechtliche Stellung der Hitlerjugend 505
Neubau des Reichs 819
Rechtsbegriff und Verfassung 1203
Neues italienisches V. 30

Verführung

§ 175 a Riff. 3 StGB. V. eines Minderjährigen 363⁹ 364⁷

Vergehen

Die Übertretungen und V. nach dem JugSchG. 757

Vergleich

UnterhaltsV. im Eheprozeß:
Verfahrensrechtliche Behandlung 605
Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit 607
Armenrechtsfragen 607
Streitwertfragen 608
Zu § 14 RAGebD. Prozeßgebühr bei MehrV. 754
Die Gebühr des Rechtsanwalts bei Abschluß eines V. im Privatklageverfahren 1042
Wirkungen des StraffreigG. auf einen

gerichtlichen V. im Privatklageverfahren 761

V. in Ehefachen auch unter dem neuen Eherecht nicht möglich, insbes. nicht als gerichtlicher V. mit Rücknahme von Klage und Widerklage 187³³

Keine V.-gebühr in Ehefachen bei Vereinbarung der Parteien zur Vereinfachung der Ehescheidung, als sogenannter ZwischenV. 190³⁴

Vergleichsweise Regelung des endgültigen gesetzlichen Unterhaltsanspruchs für die Zeit nach der Scheidung aus § 627 b ZPO. 669⁴¹

§ 125 ZPO. Nachzahlung nach V., in dem die arme Partei sachlich nicht berechnete Kosten übernommen hat † 794²⁵

§ 10 GKG. Wert eines AbfindungsV. † 885¹⁰

Zulässigkeit der Vollstreckungsgegenklage gegenüber V., die in der Wirksamkeit als Schuldtitel etwa einer auf vorläufige Verurteilung gehenden EinstwVfg. entsprechen 1189⁴⁰

Nach Konturseröffnung über das Vermögen des Kl. schließt Kontursverwalter, ohne den Rechtsstreit aufzunehmen, mit dem Bfkl. außergerichtlichen V. Keine Belastung der Kontursumasse mit den Gerichtskosten als Masse Schuld † 887¹⁹

Keine Haftung desjenigen, der im V. Kosten mitübernommen hat, für gerichtliche Beweisgebühr, die durch den Beschluß weggefallen ist und durch spätere Fortsetzung des Rechtsstreits wieder auflebt 888¹⁰

Vergleichsgebühr des Rechtsanwalts

Streitwertberechnung, V.- und Prozeßgebühr des Rechtsanwalts bei Unterhaltsvergleich im Eheprozeß 608
V. in Ehefachen 187³³ 190³⁴ 669⁴¹
Wann liegt Vergleich i. S. der RA-GebD. vor? 1193⁶⁵
Bei Zwischenvergleich entsteht keine V. 1193⁶⁷

Berechnung der V. nach dem vollen Streitwert auch nach Anfechtung von Klageermäßigung und Teilanerkennung durch Schriftsatz 457²⁷

Vergleichsgebühr, gerichtliche

Streitwertberechnung und g. V. (§ 36 GKG.) bei Unterhaltsvergleich im Eheprozeß 608

Bei gerichtlichem Vergleich über weitere als die bisher rechtshängigen Ansprüche Haftung jedes am Vergleichsschluß als Partei Beteiligten als Antragsteller für die g. V. 671⁴⁴

Verhandlungsgebühr des Rechtsanwalts

§ 17 RAGebD. Erstattungsfähigkeit der Beweis- und weiteren V. 1193⁶⁶

Verjährung

§ 198 BGB. Beginn der V. eines vertraglichen Schadensersatzanspruchs mit der Entstehung des Anspruchs 769²

Geltung der für den Hauptanspruch gegebenen kurzen V. auch für den Anspruch aus positiver Vertragsverletzung 165⁸

§ 203 BGB. Hemmung des Laufs der Ausschlussfrist für Ehelichkeitsanfechtung (§ 1594 BGB.) solange der Anfechtungsberechtigte auf die Richtigkeit einer in Wirklichkeit unrichtigen Geburtsurkunde vertraut 1013³⁴ † 1241⁴

- Zur V. der Ansprüche aus § 826 BGB.** 772⁹
- Unterbrechung der V. des Entschädigungsanspruchs** des durch Ausbau einer Wasserstraße benachteiligten Grundstückseigentümers nach § 157 PrWassG. durch Anmeldung bei der Planfeststellungsbehörde 892²⁵
- Begriff der „richterlichen Handlung“** i. S. der §§ 68, 67 III StGB. 233⁴
- § 68 StGB.** Keine Unterbrechung der V. durch die amtserichterliche Verurteilung „schriftlich mit Akten dem Leiter der Staatsanwaltschaft zur Anstellung weiterer Ermittlung gegen den Beschuldigten“ 1145¹
- Verjäherte Straftat kann bei Strafzumessung für spätere Straftat strafschärfend bewertet werden** 371²⁹
- V. des Anspruchs der Reichsknappschaft auf Erstattung zu Unrecht gezahlter Leistungen aus der knappschaftlichen Pensionsversicherung** 464³⁰
- Verkaufsstellen**
- BD. zur Beseitigung der Übersetzung im Einzelhandel** v. 16. März 1939: Schließung von V., Versandgeschäften und Bestellkontoren 416
- Verkehrsgebühr des Rechtsanwalts**
- § 44 RAGebD.** Zur Frage der Abgeltung durch die V. 672⁴⁵
- Erstattung der V. in der RevJust.** nur ausnahmsweise 890²²
- Grundsätzlich keine Erstattung von Reisekosten zur Unterrichtung des Prozeßbevollmächtigten neben der V.** 1193⁵⁷
- Verkehrssicherheit**
- Anforderungen an den Entlastungsbeweis nach § 831 I BGB., wenn als Hilfspersonen bei Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht die Beamten oder Angestellten einer Stadtgemeinde in Betracht kommen** + 374³¹
- Verkehrsunfall**
- Der Ausgleich zwischen einer mitwirkenden Betriebsgefahr und einer Verschuldenschaft** 745
- Der V. Schrifttum** 768
- § 7 II KraftfG.** Unabwendbares Ereignis für Kraftfahrer, der durch das nicht voraussehbare, groß verkehrswidrige Verhalten eines anderen Verkehrsteilnehmers zu geringfügigem Verstoß veranlaßt wird, durch den Unfall entsteht 783¹⁸
- Ablehnung des Polizeimajors, der im staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren im Auftrag der StA. sich gutachtlich über die anlässlich V. gegebenen strafbaren Handlungen geäußert hat, als Sachverständiger in der Hauptverhandlung** 929¹¹
- Verlagsrecht**
- Gesetz über das V. Schrifttum** 708
- Verletzung von Schriftstücken (§§ 249 ff. StGB.)** 716¹⁵
- Verleumdung**
- bgl. unter Beledigung**
- Verlöbnis**
- Keine Anwendung des Art. 30 EG-BVG. gegenüber ausländischem Recht, das einen dem Deslorationsanspruch des § 1300 BGB. entsprechenden Anspruch verneint. Gemäß nordamerikanischem Recht neuerdings keine Ansprüche aus V.bruch** 1012³²
- §§ 180, 181 StGB.** Zur Frage, wann Verkehr zwischen Verlobten als Unzucht aufzufassen + 1145² + 1146³
- § 263 StGB.** Voraussetzungen der Annahme eines V. im Bereich des Strafrechts 712⁵
- Verlustigkeitsentscheidung**
- Erstattung und Berechnung der Rechtsanwaltsgebühr für den nach Ablauf der Berufungsfrist gestellten Antrag auf Erlass des Verlustigkeitsurteils (§ 515 III ZPO.)** 333²⁴
- V. und Kostenentscheidung gemäß § 6 III VO. über das Berufungsverfahren in Patentsachen** erfolgt in Form eines Beschlusses 670⁴³
- Vermächtnis**
- Nach gemeinem Recht Einsetzung auf bestimmtes Vermögensstück kein ErbschaftsV., sondern EinzelV. mit unter Umständen dinglicher Wirkung oder fidejussorisches V.** 250²³
- Testamentsvollstrecker bewilligt dem V.nehmer eine im Testament vorgesehene Notgelbzahlung mit der Zweckbestimmung für dringende persönliche Bedürfnisse, ausdrücklich nicht zur Befriedigung von Konkursgläubigern. Notgeldanspruch fällt nicht in Konkursmasse** 776¹²
- Vermessungsingenieur**
- Die von den öffentlich bestellten V. über Angelegenheiten der öffentlich-rechtlichen Körperschaft, bei der sie angestellt sind (z. B. „Reichsautobahn“), ausgestellten Urkunden sind öffentliche i. S. des § 29 I 2 GBO.** 1174²⁷
- Vermietung, Einkünfte aus (§ 21 EinkStG.)** 1104⁵⁰
- Vermittlungsprovisionen**
- V. an Wirtschaftstreuhänder. MittBl. zu Hft 1/2 S. 6**
- Vermögen, jüdisches**
- bgl. unter J. V.**
- Vermögensübernahme**
- Zum Begriff der V., Geschäfts- und Firmenübernahme** + 316⁵
- Vermögensbegriff i. S. des § 419 BGB.** auch wertvolle Wohnungs- oder Betriebs Einrichtung, die zwar kraft gesetzlichen Pfandrechts oder Sicherungsübereignung mit Miet- oder Pachtrückständen belastet, aber durch deren Abdeckung zu Gelde gemacht werden kann + 941²¹
- Im Widerspruchverfahren gem. § 330 II RAAbgD.** Entscheidung des FinV. und des ordentlichen Gerichts nur darüber, ob bürgerlich-rechtlicher Erwerbsgrund (z. V. B.) vorliegt, demzufolge der Unternehmer für die Schulden des Steuerpflichtigen hafte + 941²¹
- Veröffentlichung des Urteils**
- bgl. unter U.**
- Verordnung**
- Gesetz und V.:**
- Der gleichzeitige Führerentscheid in Form der V.** 247
- Die gesekabhängigen V.** 278
- Verpachtung**
- Die V. des Erbhofs** 70
- Genehmigungsbedürftigkeit der V. von Erbhofland nach Erbhofergänzungs-VO. v. 26. April 1939** 842
- § 30 ESNB.** Prüfung der Höhe des Pachtzinses durch das AG bei der Entscheidung über die Genehmigung einer V. 807³⁷
- Kann der Pächter dem Räumungsanspruch des Rechtsnachfolgers des Verpächters den Einwand unzulässiger Rechtsausübung wegen einer vom Verpächter begangenen vorsätzlichen unerlaubten Handlung entgegenhalten?** 874⁶
- Vermögensbegriff i. S. des § 419 BGB.** auch wertvolle Wohnungs- oder Betriebs Einrichtung, die zwar kraft gesetzlichen Pfandrechts oder Sicherungsübereignung mit Miet- oder Pachtrückständen belastet, aber durch deren Abdeckung zu Gelde gemacht werden kann + 941²¹
- Verpfändung**
- DevBD.** Darlehensgewährung durch inländischen Bankier auf Wunsch des Ausländers, der Spermarkforderung gegen ihn hat, in Höhe dieser Forderung gegen Inländer unter V. der Spermarkforderung 716¹⁴
- Verrichtungsgehilfe (§ 831 BGB.)**
- Voraussetzung für Anwendung des § 831 BGB.** ist nicht Verschulden des V., sondern lediglich objektiv rechtswidrige Handlung + 867²
- Pflicht von Straßenbahnunternehmen zur schärferen Beaufsichtigung von Fahr- und Schaffnerpersonal, das wegen Dienst- oder Verkehrsverstößen bereits zur Verantwortung gezogen worden ist** 168¹¹
- Über die Pflicht zur sorgfältigen Auswahl und Anleitung eines Lehrlings durch Inhaber einer Autoreparaturwerkstatt** + 1238²
- Anforderungen an den Entlastungsbeweis nach § 831 BGB., wenn als Hilfspersonen bei Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht die Beamten oder Angestellten einer Stadtgemeinde in Betracht kommen** + 374³¹
- Entlastungsbeweis nach § 831 BGB. und nach § 7 II KraftfG.** + 442⁷
- Versailler Vertrag**
- 20 Jahre nach Versailles** 961
- Besitzt Deutschland nach dem Versailler Diktat noch die Souveränität über seine Kolonien?** 48
- Versandgeschäfte**
- BD. zur Beseitigung der Übersetzung im Einzelhandel** v. 16. März 1939: Schließung von Verkaufsstellen, V. und Bestellkontoren 416
- Versäumnisurteil**
- Seit Einführung des § 331a ZPO.** eingeschränkte Bedeutung der Frage, ob das bei Säumnis des Verkl. die Berufung als unzulässig verworfene Urteil der Revision zugänglich oder als echtes V. nur mit Einspruch angreifbar; nunmehr häufig Entscheidung nach Lage der Akten + 662³⁵
- Zur Frage der Streitwertbemessung im zweiten Rechtszug, wenn der verurteilte Bkl. unter Beschränkung, aber mit Vorbehalt der Berufungsweiterung das Rechtsmittel eingelegt hat und dann gegen ihn V. ergangen** + 1187⁴⁴
- Ver sicherungsbeiträge, öffentliche**
- § 194 AngVersG.** Anschluß des Rechtswegs auch für Anspruch desjenigen, der an Stelle der sonst notwendigen Angestelltenversicherung Beiträge an andersartige Versorgung gezahlt hat, auf Erstattung dieser Beiträge durch

jemand, der angeblich zur Abführung von Angestellten V. verpflichtet gewesen sei † 260³³

Versicherungsbeiträge, private

Arbeitgeber hat seinen Arbeitnehmern Versorgung zugesagt und zur Rückdeckung hierwegen Verträge mit Versicherungsgesellschaft abgeschlossen. Beiträge zu dieser Versicherung kein steuerpflichtiger Arbeitslohn † 1198³²

Versicherungsrecht, öffentliches

bgl. auch Knappschaft

RV. D. Schrifttum 1144 1236

§ 384 I RV. D. Erhöhte betriebseigene Erkrankungsgefahr bei Reichsbahn- und Seeresbauten 272⁴⁰

Ist § 899 I RV. D. auf die Tätigkeit des angestellten Kraftwagenführers anwendbar? 260³² † 1172²⁵

§ 1265 RV. D. Gewährung der Altersinvalidenrente an Versicherten, der nach eingetretener Invaliddität vor dem Jahr 1936 mit Anspruch auf Invalidenrente wegen Anwartschaftsverlust abgewiesen worden, bei Vollendung des 65. Lebensjahres wegen vorhandener Halbbedeckung 272⁴⁴

§§ 1426, 1414 RV. D.; § 839 BGB. Amtspflichtverletzung durch Krankenkassenangestellte gegenüber dem Arbeitgeber anlässlich des Umtauschs von Karten der Invalidenversicherung und der damit zusammenhängenden Einrichtungen 243¹⁰

Frage der Rückforderung ausbezahlter, an sich wegen Bezugs von Unfallrente ruhender Teile von Invalidenversicherungsrente 959⁴⁰

Rechtskraft des Ruhenbescheides eines Versicherungsträgers, auch wenn er auf Irrtum desselben beruht 959⁴⁰

Versicherungsrecht, privates

Anrechnung von bewußt falschen Angaben eines Dritten bei Schadensermittlung zu Lasten des Versicherungsnehmers, der Beteiligung des Dritten an den Schadenserhandlungen nicht veranlaßt, aber zugelassen hat 644²²

§§ 49 ff., 62 BGB. Nach Treu und Glauben Verlust des Versicherungsanspruchs durch den Versicherungsnehmer auch ohne Vereinbarung der Rechtsverwirkung für den gegebenen Fall, aber nur bei grober Verletzung tragender Obliegenheiten, so z. B. unter Umständen, wenn bei Haftpflichtversicherung eines Kraftwagens der Versicherungsnehmer den Überfahrer vorzüglich in hilfloser Lage verlassen hat † 871⁴

Haftpflichtversicherung. Ablehnung der Auffassung, daß der den Versicherten in Anspruch nehmende Dritte kein anderer als der Verletzte oder der Eigentümer der beschädigten Sache sein dürfe. Kein Ausschluß des Versicherungsschutzes gemäß § 4 Abs. 1 Ziff. 1 AllgVersBeb. durch Zustimmung einer Eigenschaft durch den versicherten Verkäufer † 1088²²

§ 149 BGB. Frage der Berechtlichkeit der für den privaten und geschäftlichen Betrieb eines Kraftwagens abgeschlossenen Haftpflichtversicherung, wenn nach Tod des Versicherungsnehmers Schadens- und Versicherungsfall eingetreten und Testamentvollstreckung besteht 645²⁵

Bedeutung der Klausel in den AllgVersBeb., durch die sich die Unfallversicherung — wenn der Versicherte verheiratet ist — bei gemeinsamer Haushaltsführung auf den Ehegatten erstreckt und durch die „an Stelle des Ehegatten“ eine weitere erwachsene Person mitversichert werden kann 1090³³

Österr. BGB. „Behördlicher Führerschein“ i. S. der AllgVersBeb. Vereinbarung, daß für den durch einen Fahrer ohne behördlichen Führerschein verursachten Schaden nicht gehaftet wird 1195⁵⁰

Versicherungsunternehmen

§ 11 Ziff. 2 KörperStG. 1934. Regelmäßig keine Abzugsfähigkeit der Zuführungen von B. zu Rücklagen zur Deckung außergewöhnlichen Verlustes aus dem Geschäftsbetrieb und zum Ausgleich des schwankenden Jahresbedarfs 397⁵⁰

Versorgung

bgl. Arbeiter V., Hinterbliebenen V.

Versorgungsansprüche (Erbhörsrecht)

Einheitlicher Rechtszug in Versorgungsstreitigkeiten gemäß ErbhofergänzungsV. D. v. 26. April 1939 842

Zuständigkeit des AG gemäß § 36 ESNB. nur für Versorgungsstreitigkeiten aus echten Übergabeverträgen, dagegen nicht für solche

1. aus selbständigen Auszugsverträgen † 809³⁰
2. aus Kaufvertrag mit fipfejremdem Erwerber 809³⁰

Abzug der B. nach § 30 RGG beim Gebührenanfall für Erteilung des Auerbenausweises nach § 15 II ESNB. 227

Versorgungsambärier

Umwandlung der Anstellung eines B. auf Probe nach Ablauf der Probezeit, wenn er nicht zwei Wochen vorher davon verständigt worden, daß er auf dauernde Übernahme nicht zu rechnen habe, im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit † 789²²

Versorgungsrecht

Fürsorge- und Versorgungsrecht für die ehemaligen Wehrmachtsangehörigen. Schrifttum 232

Versuch

Reise ins Ausland zwecks rassenschänderischer Eheführung im Ausland ist nicht Vorbereitungshandlung, sondern B. des Verbrechens 711¹

Vertagung

§ 618 ZPO. Regelmäßig keine V., wenn der Bkl. im ersten Termin ohne Rechtsanwalt erscheint 187³²

Verteidiger

Die Aufgaben des StrafV. 1114 1118
Die Aufgaben des B. vor den Kriegserichtern 226

Darf Rechtsanwalt, ohne seine Berufspflichten zu verletzen, eine offensichtlich fehlerhafte Revision begründen (§ 345 StPO.)? 208

Rein Akteneinsichtsrecht des B. im Devisenstrafverfahren 1211

Revisionsgrund aus § 338 Ziff. 5 StPO. gegeben bei Abwesenheit des PflichtV. auch nur bei der vor Verlesung des Eröffnungsbeschlusses erfolgten Vernehmung des Angekl. zur Person † 627⁸

Anforderungen an die Begründung der Zurückweisung einer Frage, deren Zulassung auf Grund des § 240 II StPO. nachgefragt worden 370²²
Festsetzung der Gebühren für PflichtV. vor dem Sondergericht 165⁷ 629¹⁰

Vertragsverletzung, positive

Sittenwidrige Ausnutzung einer monopolähnlichen Stellung durch Aufnahme einer Bestimmung in die Lieferungsbedingungen sämtlicher Unternehmer eines bestimmten Geschäftszweigs, in der Haftung für jeden über das Erfüllungsinteresse hinausgehenden Schaden aus p. V. abgelehnt wird † 1262²¹

Geltung der für den Hauptanspruch gegebenen kurzen Verjährung auch für den Anspruch aus p. V. 165⁸

Vertrauensmänner

Kündigungsschutz für B. an sich erst nach Verpflichtung, aber ausnahmsweise auch schon nach Berufung, wenn die Kündigung wegen ihres Zwecks sittenwidrig oder unzulässige Rechtsausübung darstellt 391⁴⁵

Vertretung

Die B. der Deutschen Reichspost als Fiskus 155

Die Verhältnisse bei der Deutschen Reichsbahn 917

Rechtzeitige Mitteilung der schriftlichen Erklärungen des vom Präsid. des RPatV. gemäß § 52 II PatG. bestellten Vertreters, die zum Gegenstand der Verhandlung gemacht werden sollen, an das Gericht 727²⁷

Zur Rechtsstellung bäuerlicher Realgemeinden in Oberschlesien, insbes. hinsichtlich der Befugnis nach außen. Zur Frage der grundbuchmäßigen Eintragung der solchen Gemeinschaften zustehenden Rechte 930¹⁴

Verjährung

§ 15 Lit. V. B. zum persönlichen Gebrauch, der nachträglich überschritten wird † 252²⁵

Verwaltung und Nutzung des Ehegatten des Erblassers (§ 11 ESNB) 806³⁰

Verwaltungsakademie

Amtsanwaltslaufbahn und V. 838

Verwaltungsrecht

Zur Frage der Mittel- und Kräftekonomie in der Verwaltung 550 821

Die Verwirklichung der Einheit der Verwaltung im neuen Reich 820

Recht und Verwaltung. Zu der gleichnamigen Schrift von RMin. Dr. Frank 845 857

Preisfrage: Die erzieherische Bedeutung der Verwaltung 119

Die Österr. Verwaltung. Schrifttum 160

Strafrechtliche Verwaltungsvorschriften. Schrifttum 863

Im V. gilt Grundsatz der rechtlichen Verhinderung des Beamten infolge persönlicher Beteiligung an der Sache † 1007²⁸

Verwaltungsrechtswahrer

„Tätigkeit in der Verwaltung des Preuß. Staates“ i. S. des § 1 Gef. über die Vertretung vor den Verwaltungsgerichten 1106⁵²

Verwaltungsrechtswahrer, Reichsgruppe Mittl. zu Post 5/6 S. 31

Verwaltungsstreitverfahren

Behördenfeindliche Verwaltungsjustiz. Schrifttum 39

Unzulässigkeit der Klage im V. gegen Besetzung der Baugenehmigung auf Grund der V.D. über baupolizeiliche Maßnahmen zur Einsparung von Baustoffen 399⁵⁷

Unzureichende Urteilsbegründung. Bau-recht. Balkonüberdachung 1111⁵⁷

Über den Umfang der materiellen Rechtskraft verwaltungsgerichtlicher Urteile 1022⁴⁶

Verwaltungsrichter kann einer Partei nicht Rechtsmittel aufdrängen, von dem sie keinen Gebrauch machen will 1109⁵⁶

Verwaltungszwangsverfahren

Handbuch des V. Schrifttum 159

Verwandte

Zur Frage des Haftungsausschlusses des Kraftfahrzeughalters gegenüber seinem nahe verwandten Inassen bei nur leichter Fahrlässigkeit oder auf Grund Vereinbarung mit Wirkung gegen den ausgleichsberechtigten, vom Inassen in Anspruch genommenen Halter des anderen Fahrzeugs † 256²⁹

Verweisung

vgl. auch ZurückV.

Änderungsvorschlag zum SchuldBe-reinG. V. an das für den früheren Wohnsitz des Schuldners zuständige AG. 596

Keine V. an das AG † 1188⁴⁵

§ 91 ZPO. Anwaltswechsel bei V. vom AG. an das sachlich zuständige LG. 182²⁶

Keine Anwendung der Vorschrift des § 100 V ArbGG. über Unanfechtbarkeit der Arbeitsgerichtsurteile auf Aufhebungsanlagen gegen Schiedsprü- che nach V. des Rechtsstreits an das LG. 950³⁰

Verwirkung

Keine Beschränkung des Rechtsbehelfs der V. auf bestimmte Sondergebiete, jedoch besondere Vorsicht gegenüber dem Einwand bei sogenannten le- benswichtigen Geschäften geboten † 1002²⁴

Zur Rechtsgültigkeit einer V.klausel für Verwendungsansprüche bei Rückge- währ infolge Rücktritts 799³⁰

Voraussetzungen der urheberrechtlichen V. verspätete Geltendmachung von Ansprüchen, die Verstoß gegen Treu und Glauben darstellt, und Bildung eines befestigten Verkehrsbesitzstandes an dem Werk, nicht dagegen Kennt- nis des Verletzten bzw. seiner Rechts- vorgänger von den Rechtsverletzungen 725²⁸

Unzulässigkeit der Erhebung von Neben- klage nach V. des Wufanspruchs bei fahrlässiger Körperverletzung † 628⁹

Verzeihung (§ 56 EheG.) 983³⁸ † 780¹⁵

Verzicht

§ 302 StGB. Erklärung des Rechts- mittelV. gegenüber einem Gefäng- nisbeamten 370²⁵

§ 248 ABG.D. Wirksamkeit eines RechtsmittelV.; Umfang der dem Steuerpflichtigen vor Unterzeichnung des V. zu erteilenden Belehrung † 1100⁴⁴

Verzug

Die Rechte des Abzahlungsverkäufers beim Zahlungsverzug des Abzahlungs- käufers 1044

§ 279 BGB. Alle schädlichen Folgen des LeistungsV. treffen auch den Schuld- ner, dem es ohne Verschulden un- möglich geworden, das zur Erfüllung seiner Verbindlichkeit erforderliche Geld zu beschaffen 799³⁰

Zur Frage des ursächlichen Zusammen- hangs des wirtschaftlichen Zusammenbruchs des Gläubigers mit dem V. des Schuldners, aus dem der Gläubiger Schadensersatzanspruch her- leitet 165⁸

Viehzucht

Frage des Vorliegens der Adernahrung bei den auf Vieh- und Milchwirtschaft eingestellten Grünlandbetrieben im Allgäu 388⁴¹

Vierjahresplan

Grundsätze des V. in deutschen Gerichts- urteilen 707

Anordnung zur Durchführung des V. v. 3. Dez. 1937. Anspruch auf Lohn- zahlung an den in der Anordnung be- stimmten Feiertagen, auch wenn diese in außertariflichen unbezahlten Ur- laub fallen 391⁴⁴

4. Anordnung zur Durchf. des V. Straf- barkeit jedes, der vor Erfüllung der dem Bauherrn obliegenden Anzei- gepflicht mit dem Bau beginnt 1065¹

Fehlleitung von Material und Arbeit infolge rechtswidriger Bauarbeiten als Verstoß gegen V. 960⁴⁸

Völkerbund

Deutschlands Stellung zum V. 961

Völkerrecht

Der Reichsbegriff im V. 341

Das V. als anglo-amerikanisches Kampfmittel 512

Fragen des KriegsV.:

Kombattanten und Nichtkombattanten 515

Beendigung der Kriegsgefangenschaft 517

No bis in idem bei der Kriegsgefan- genschaft 519

Politische V.wissenschaft. Ein kritischer Rückblick auf die mit der 25-Jahr- feier des Kieler Instituts für Poli- tik und Internationales Recht ver- bundene Tagung der Arbeitsgemein- schaft V. der Reichsfachgruppe Hoch- schullehrer im RGV. 703

Grundfragen europäischer Ordnung. Schrifttum 1140

Vollgerichtshof

Stellung und Aufgaben des V.:

Was ist der V.? 485

Anforderungen an die Richter des V. 485

Ausdehnung der Zuständigkeit des V. auf die neu erworbenen Landes- teile 485

Die Rechtsprechung des V. im allge- meinen 486

Vollpflege

Richter und V. 1133

Vollschädlinge

Verwirklichung des Programmpunktes der RGV. „Kampf gegen die V.“ durch die Rechtsprechung 488

Vollwirt

Der Beruf des V. 553

Betreuung der V. in der Reichsgruppe Wirtschaftswirtschaftswahrer 572

Vollzugehörigkeit

V. und Rechtsordnung 532

Volljährigkeitserklärung

Gegen V. des minderjährigen Kin- des kein Verbotungsrecht (§ 4 II BGB.) des beschränkt geschäftsfähigen Vaters, sondern nur der Mutter, wenn sie die elterliche Gewalt aus- übt. Widerruf der Einwilligung der Mutter zur V. durch den Vater nach Erlangung der vollen Geschäftsfähig- keit 237¹²

Vollmacht

Erteilung von GeneralV. durch in all- gemeiner Gütergemeinschaft lebende Ehefrau an ihren Mann umfasst Ver- fügung und Belastung des Gesamt- guts ohne ihre Zustimmung für den Einzelfall. Einwendungen aus Miß- brauch der V. gegen denjenigen, der infolge des Mißbrauchs Rechte er- worben hat † 371²⁰

Lohnschleiferei mit nur handwerksmä- ßigem Umfang kein Handelsgewerbe, daher auch keine OHG. Ermächtigt hier die einem Gesellschafter erteilte V. auf Eröffnung eines Kontokor- rentauszugs zur Aufnahme eines Kredits? † 238¹³

Nachweis der Bevollmächtigung durch besondere V.urkunde nicht erforderlich für den in vollstreckbarem Urteil als Prozeßbevollmächtigter des Kl. Auf- geführten bei Antrag auf Eintragung von Zwangshypothek auf dem Grund- stück des Besl. 447¹¹

Wirksamkeit der von Vorstand einer jü- dischen Synagogengemeinde vor dem 1. April 1938 erteilten GeneralV. auch nachdem die Gemeinde nicht mehr Körperschaft des öffentlichen Rechts, sondern rechtsfähiger Verein des bürgerlichen Rechts geworden 1077²¹

Bevollmächtigung i. S. des § 102 f. ABG.D. Nachhaftung der Bevoll- mächtigten gemäß § 416 ABG.D. 715¹³

Vollstreckbare Urkunde

Die kostenrechtliche Behandlung der Un- terwerfungsakausel 1135

Keine Anwendung der V.D. über Ein- satz des jüdischen Vermögens auf die von Juden in einer v. U. erklärte Unterwerfung unter die sofortige Zwangsvollstreckung 1206 1251¹²

Vollstreckungsgegenlage (§ 767 ZPO.)

Erfolglosigkeit der sofortigen Be- schwerde, die gegenüber Erinnerungs- entscheidung den Anspruch auf Be- schreibung des Wegs der V. (§ 767 ZPO.) durchsetzen will, wenn nur Rechtsfrage streitig ist und das AG. auch für die V. das Gericht erster Instanz wäre 586¹¹

Zulässigkeit der V. gegenüber Verglei- chen, die in der Wirkung als Schuld- titel etwa einer auf vorläufige Ver- urteilung gehenden EinstwVfg. ent- sprechen 1189⁴⁰

Streitwert der V., insbes. wenn An- trag nur auf teilweise oder zeitlich beschränkte Ausschließung der Voll- streckung gerichtet ist 456²⁶

Vollstreckungsklausel

Bedürfen die einstweiligen Anordnun- gen in Ehefachen nach § 627 ZPO. der V.? 225

Vollstreckungsschutz

Zu § 4 VollstrMaßnVO. v. 26. Mai 1933: Festsetzung des Grundstücks-werts im Zwangsversteigerungsverfahren und ihre Bedeutung 72

PreisstopVersteigVO. v. 6. April 1939 und Verfahrenseinstellung gem. § 9 a VollstrMaßnVO. bei Teilungsversteigerung 143

Zur Instanz der Zwangsvollstreckung i. S. des § 31 RAGebD. gehört nicht Tätigkeit des Rechtsanwalts im Zwangsversteigerungsverfahren auf Grund der VO. über B. v. 26. Mai 1933 334 ²⁶

Vorbereitungshandlung

Reise ins Ausland zwecks rassenschänderischer Eheschließung im Ausland ist nicht B., sondern Versuch des Verbrechens 711 ¹

Vorerbe

vgl. auch unter Nacherbe
Bezeichnung als „Alleinerbe“ spricht nicht gegen die Einsetzung als B. + 936 ¹⁷

Unwirksamkeit von unentgeltlichen Verfügungen des B., soweit sie das Recht des Nacherben bereitlet, nach den im Rahmen des Art. 213 GGVB. fortgeltenden Bestimmungen des Pr-ALLR. + 635 ¹⁴

Vorfahrtsrecht 1153 ^a 1091 ²⁴**Vorfahrt eines Kraftfahrzeugs** 223**Vorkaufrecht**

Zur Anwendung der VO. über Einfluß des jüdischen Vermögens bei der auf Bewilligung eines Juden beruhenden Eintragung eines dinglichen B. 1206 1252 ¹³

Vorläufige Vollstreckbarkeit

B. Erklärung von Urteilen über Feststellung der blutmäßigen Vaterschaft bzgl. der Kostenentscheidung + 578 ⁴

Vormerkung

Sicherung eines erst nach dem Tode des Eigentümers auszuübenden Ankaufsrechts durch gegen den Eigentümer gerichtete B. 170 ¹³

Zur auf Bewilligung eines Juden beruhenden Eintragung einer AuflassungsB. Genehmigung gemäß VO. über Einfluß des jüdischen Vermögens v. 3. Dez. 1938 nicht erforderlich 1169 ²² 1205

Vormundschaft

Entlassung eines Vormunds wegen politischer Unzuverlässigkeit 154

Elterliche Gewalt und B. Schrifttum 127

Vormund und Mündel im englischen Recht. Schrifttum 864

Vormundschaftsgericht

Vormundschaftsgerichtliche Genehmigung der Auswanderung von Minderjährigen? 154

Entscheidung des B. gemäß § 81 EheG. über das Sorgerecht für die Person gemeinschaftlicher Kinder 199

Gemäß § 81 IV EheG. kann das B. auch nur das Aufenthaltsbestimmungsrecht auf Pfleger übertragen 1076 ¹⁰

Unzulässigkeit der Sachbeschwerde gegen Erteilung eines Armutzeugnisses durch das B. oder Nachlassgericht 1181 ³³

Aussetzung des Fürsorgeerziehungsverfahrens durch das B. Beschwerderecht, Entscheidungsbefugnis des LG. 873 ^a

Anordnung der vorläufigen Fürsorgeerziehung eines Minderjährigen von über 18 Jahren durch das B., ohne Vorliegen der Zustimmung der Fürsorgeerziehungsbehörde 1177 ³⁰

Gegen den die Aufhebung der Fürsorgeerziehung ablehnenden Bescheid der Fürsorgeerziehungsbehörde Anrufung des B. nur durch den Antragsteller, dessen Antrag auf Aufhebung abgelehnt worden. Zuständiges B. Entscheidung des B., wenn die Fürsorgeerziehungsbehörde einen gemäß § 72 IV JugWohlfG. zeitlich verfrühten Antrag auf Aufhebung der Fürsorgeerziehung mit materieller Begründung abgelehnt hat 1179 ³²

Vorspandung

Zur Erstattungsfähigkeit der Zwangsvollstreckungsgebühr (§ 23 Ziff. 18 RAGebD.) für Erwirkung des vorläufigen Zahlungsverbots gemäß § 845 ZPO. 1190 ⁵⁰

Vorstand der Aktiengesellschaft

Zur Haftung von Mitgliedern des B. d. A. wegen unwahrer Erklärung über Bareinzahlung als Haftung aus unerlaubter Handlung. § 243 III, IV GG., § 84 III, V AktG.: Ersatzanspruch wegen Ausgabe von Aktien vor voller Einzahlung des Nennbetrags; Entlastung durch Nachweis, daß den Fehlbetrag ausgleichender Wert ins Gesellschaftsvermögen geflossen + 316 ⁹

§ 148 AktG. Ausschluß einzelner nichtiger Satzungsbestimmungen durch den B. d. A. von der Eintragung in der Anmeldung zum Handelsregister 718 ¹⁹

Vorstrafen

Die Erörterung der B. des Angekl. in der Hauptverhandlung 111 763

Nichtgewährung der Schuldenvereinigung wegen Unehrenhaftigkeit bei Verurteilung zu längerer Freiheitsstrafe in einem zur Schuldenvereinigung in innerem Zusammenhang stehenden Gebiet 264 ³⁸

Einforderung eines Strafregisterauszugs im Eheaufhebungsverfahren wegen des Vorlebens des anderen Ehegatten ist Beweisanzordnung 1014 ³⁷

Vorteilsausgleichung

Schadensersatzpflicht des Architekten, der mit Errichtung eines steuerfreien Eigenheims beauftragt, das zur Erhaltung der Steuerbefreiung vorgeschriebene Ausmaß überschreitet. B. bei gegenüber dem Auftrag größerer Wohnfläche 1237 ¹

Waffenrecht

vgl. auch unter Schußwaffe
Schrifttum 360

Währung

vgl. unter Devisenrecht, Goldmarkhypothek

Warenbestände

Einkommensteuer. Berücksichtigung der am 1. Jan. 1925 vorhandenen B. bei Übergang zur ordnungsmäßigen Buchführung 217

Warenverkehr

vgl. Bevilligung des B.

Warenzeichen

§ 11 I Ziff. 2 WZG. Bei zweifelsfreier inhaltlicher Richtigkeit des B. eingehende richterliche Würdigung der Darlegungen des Kl. über ersicht-

liche Täuschungsabsicht des B.inhabers geboten 727 ²⁸

§§ 15, 25 WZG. Zum Begriff der Zeichenrechtlichen Gleichartigkeit bei Annäherung des Gebrauchszwecks mehrerer Waren 728 ²⁹

§§ 16, 25 WZG. Durchsetzung eines neuartigen Tätigkeitsworts im Verkehr als Kennzeichen, ohne besondere Hervorhebung in der Werbung. Verwechslungsgefahr bei Annäherung an das B. des Mitbewerbers 253 ²⁶

§§ 24, 25, 31 WZG. Versehen der Ware mit dem geschützten Zeichen eines anderen mit dem Willen, die so bezeichnete Ware in den Verkehr zu bringen, als Verletzung des Zeichenrechts 255 ²⁷

Zum Vorliegen einer Wiederholungsgefahr 255 ²⁷ 256 ²⁸

Wasserrecht

Begriff der Vorflut nach § 41 Ziff. 1 PrWassG. Unter § 41 Ziff. 2 fallen auch nicht in unmittelbarer Nähe des benachteiligten Grundstücks auftretende Wasserstandsänderungen. Entschädigung des Inhabers von Rechten am Wasserlauf gemäß § 156 II mit § 41 Ziff. 2 PrWassG. für rechtliche und tatsächliche Nachteile auf Grund von Wasserstandsänderung. Entschädigungsanspruch gemäß § 157 WassG. bei Veräußerung des betroffenen Grundstücks; Verjährung des Anspruchs 892 ²⁵

Wasserversorgung

Zwangsgeldfestsetzung gegen Grundstücksverwalter zur Sicherstellung der B. des Grundstücks 814 ⁴³

Wechsel

Die Entwicklung des Gutgläuberschutzes im 19. und 20. Jahrhundert mit besonderer Berücksichtigung des B.rechts Schrifttum 920

Vervollständigung eines BlankoB. nach Verfall, ferner durch denjenigen, der den B. durch Abtretung erworben hat. Keine Abänderung der Rechtsnatur eines BlankoB. durch Partevereinbarung 724 ²⁵

Wechselkredite

§ 8 GewStG. B. als Dauerschulden. Bei als Dauerschulden anzusehenden B. Hinzurechnung von Akzept- und Zusageprovisionen für weitere Bereitstellung schon in Anspruch genommener Kredite zu den nichtabzugsfähigen Zinsen i. S. des § 8 Ziff. 1 GewStG. 1102 ⁴⁶

Wechselprozeß

Aussetzung des Verfahrens im Urkunden- und B. 328 ¹⁵

Wegerecht

Im Rechtsmittelverfahren gegen wegebaupolizeiliche Verfügung Verbindung von Reklamations- und Abbürgerungsklage gemäß § 56 IV ZustG. mit Feststellungsklage gemäß § 56 V unzulässig, daher Abtrennung. Bei Verlegung einer Chausseestrecke regelmäßig Verlassierung der alten Strecke zu gewöhnlichem öffentlichen Weg; damit ohne weiteres Eintritt der Unterhaltspflicht der ordentlichen Wegebaupflichtigen, soweit nicht durch besonderen öffentlich-rechtlichen Titel andere Regelung getroffen 1022 ⁴⁶

Wegebauliche Inanspruchnahme eines Weges gemäß § 56 ZustG. Wid-

nungsnachweis für alten Weg. Befugnis der Wegeverkehrsbehörde gemäß § 55 JustG. zum Verbot jedes Eingriffs unberechtigter Dritter in den Bestand öffentlicher Wege, insbes. durch der Bestimmung des Weges und dem Gemeingebrauch daran zuwiderlaufende Benutzung 813⁴²
 Öffentlich-rechtliche polizeiliche Wegebaulast (Bürgersteigunterhaltungspflicht) durch eine nach FluchtG. erlassene Ortsatzung über kommunale Anliegerbeiträge unberührt 1109⁵⁸

Wegereinigung

Nach Observanz in Diez a. d. Lahn Verpflichtung der Anlieger zur polizeimäßigen Reinigung der öffentlichen Straßen. Begriff der „Baustellen“ und der „feld- oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen“ i. S. des § 1 III WegereinG. 1108⁵⁵

Wehrdienst

Das Recht der Familienunterstützung gemäß Gef. über Unterstützung der Angehörigen der einberufenen Wehr- und Arbeitsdienstpflichtigen und das Unterhaltsrecht des BGB. 102

Wehrmacht

Beachtung des Grundsatzes des Gef. v. 29. März 1935, für Zwecke der Wehrgesetztes Erbhofland durch anderes zu ersetzen, auch bei freihändigem Landverkauf für Zw. zwecke; sonst Aufgabe betr. Verwendung des Erlöses 803³⁴

Von W. dienststelle ausgestellte Bescheinigung über die Erlaubnis zum Fahren von Kraftfahrzeugen nach § 14, 2 Halbs. 2 StraßVerfZulassD. keine öffentliche Urkunde 1067⁸

Reisekosten, Mehraufwandsentschädigung und Trennungszulage für Bauarbeiter nach der TarD. für Betriebe des Baugewerbes für Bauten der W. v. 28. April 1937 952³³

Wehrmachtsfürsorge

Fürsorge- und Versorgungsgesetz für die ehemaligen Wehrmachtsangehörigen. Schrifttum 232

Wehrmachtgericht

Die Aufgaben des Verteidigers vor den Kriegsgerichten 226
 Anordnung des RMV. betr. Unterabteilung Rechtswahrer der Kriegsgerichte und Unterabteilung Rechtswahrer der Wehrverwaltung 569

Wehrmachtübung

Beendigung des dem zu W. einberufenen Angestellten usw. vom Unternehmer zu erteilenden Urlaubs mit — auch vorzeitiger — Entlassung aus dem Wehrmachtdienst 392⁴⁰

Wehrrecht

Führer durch das W. Schrifttum 710

Wehrverwaltung

Anordnung des RMV. betr. Unterabteilung Rechtswahrer der Kriegsgerichte und Unterabteilung Rechtswahrer der W. 569

Wehrnachvergütung

Kein willkürlicher Ausschluß einzelner Gefolgschaftsmitglieder von der Verteilung der W. + 953³⁵ 954³⁶
 Zur Frage der Pfändbarkeit der W. + 268³⁹ + 953³⁵

Weinbau

§§ 6, 7 RGV. Weinvorräte als Zubehör des Weinbauernerbhofs 389⁴²

Werbungskosten

EinStNov. Änderungen betr. die Pauschsätze für Sonderausgaben und W. 689

Werbvertrag

Entsprechende Anwendung des § 618 I BGB. auf W., wenn der Unternehmer zur Herstellung des Werkes Raum des Bestellers betreten muß 239¹⁴

Wertfortschreibung für ein Grundstück

+ 1101⁴⁵

Wertpapiere

Wdepots eines Auswanderers im Ausland (DevR.) 972
 §§ 21, 22 ErbSchStG. Bewertung von W. nach dem Tageskurswert des Stichtags der Schenkung 397⁵¹

Wertzuwachssteuer

§ 839 BGB. Regelmäßig keine Pflicht des Notars, einen im Geschäftsleben stehenden Grundstückskäufer besonders über Begriff und Umfang der W. zu belehren 1241³

Westfälisches Güterrecht

Bei „unbeerbtet“ Ehe Anordnung der Testamentsvollstreckung durch überlebenden Ehegatten nur bzgl. seines eigenen gütergemeinschaftlichen Anteils und seines Erbteils am gütergemeinschaftlichen Anteil des erstverstorbenen Ehegatten zulässig 171¹⁵

Wettbewerb

Untreue oder unlauterer W.? 137
 Verneinung des unlauteren W. bei Hinweis auf die ausländische Herkunft des Erzeugnisses des Mitbewerbers 707
 Der unlautere W. im neuen rumänischen GVB. 911

§ 1 UnWBG.; Hinweis auf die Zugehörigkeit eines Mitbewerbers zum Judentum wird regelmäßig geboten und zulässig sein; das gilt nicht ohne weiteres gegenüber jüdischen Mischlingen als Unternehmern 437²

Grober Sittenverstoß bei Hineinziehen der Person eines Mitbewerbers in die eigene W. handlung, wodurch der Verstoß bei den Abnehmern lächerlich gemacht wird 438³

§ 1 UnWBG. Herabsetzung eines Mitbewerbers auf dem gleichen Arbeitsgebiet durch die Behauptung, sein teures Arbeitsverfahren sei überholt durch das einfachere und billigere Verfahren des Verbenden 441⁵

Frage der W. idrigkeit des Gebrauchs von Vergleichsnummern, mit denen Ersatzhändler beim Vertrieb ihrer nicht originalen Ersatzteile für Kraftwagen auf Katalognummern der Kraftwagenfabriken verweisen 1170²³

Unlauterkeit der Kundenwerbung, die dadurch unterstützt wird, daß der Werbenbe dem Kunden vorgeschriebene Kündigungsschreiben zur Verfügung stellt und sich zur Übernahme der Erfüllung etwaiger von dem früheren Lieferanten geltend zu machender Schadenersatzansprüche bereit erklärt 1172²⁴

§§ 1, 3 UnWBG. Durch Verwendung der Bezeichnung Kunst- oder Hüttenbims für aus Hochofenschlacke hergestellten Baustoff keine Verwechslungsgefahr mit dem Naturbims als Bau-

stoff. Zur Frage, ob Ankündigungen eines Wettbewerbers, die sich nicht an örtlich begrenzten Kreise richten, nach der Durchschnittsauffassung der in Betracht kommenden Geschäftskreise als irreführend zu gelten haben 439⁴

Keine unrichtige Angabe i. S. des § 3 UnWBG. bei Kenntnis der beteiligten Kreise, daß der Firmenzusatz das Unternehmen eines Einzelaufmanns bezeichnet, auch wenn der Firmeninhaber den Zusatz als Firmenschlagwort allein gebraucht 441⁵

Tatbestand des § 3 UnWBG. ist erfüllt, wenn die in Werbebehauptung verwendeten mehrdeutigen Begriffe, die von den Unworbene unter Umständen nicht einheitlich verstanden werden, nicht in jeder dieser möglichen Auffassungen richtig sind 442⁶

§§ 1, 3 UnWBG. Durchsetzung eines neuartigen Tätigkeitsworts im Verlehr als Kennzeichen, ohne besondere Hervorhebung in der Werbung. Verwechslungsgefahr bei Annäherung an das Warenzeichen des Mitbewerbers 253²⁰

§ 3 UnWBG. Versehen der Ware mit dem geschützten Zeichen eines anderen mit dem Willen, die so bezeichnete Ware in den Verlehr zu bringen, als Verletzung des Zeichenrechts 255²⁷

§ 3 UnWBG. Zum Vorliegen einer Wiederholungsgefahr 255²⁷ 256²⁸

§§ 1, 3 UnWBG. Bei Verstoß durch Verurteilung zur Unterlassung hinsichtlich des objektiven Tatbestands keine Rechtskraft für den Schadenersatzanspruch 802³¹

PreisstopVD. geht als jüngeres und als Sondergesetz dem UnWBG., der ZugabeVD. und dem RabattG. vor, daher sind bis zum 17. Okt. 1936 regelmäßig gemachte Zugaben, Preisnachlässe und Unterbietungen fortzusetzen 650²⁴

Widerklage

vgl. auch FeststellungsW.

Unzulässigkeit des Teilmurteils über eine durch unselbständige Anschlußberufung in den Rechtsstreit eingeführte W. 529¹⁰

Für die von der beklagten Partei gegenüber einer Scheidungsklage wegen Verschuldens erhobene W. aus § 55 EheG. besteht Rechtsschutzbedürfnis 779¹⁴ + 780¹⁵

Nach dem EheG. gibt es als Form der Geltendmachung des Scheidungsanspruchs der bekl. Partei nur die W. oder den Antrag dieser Partei, die Mitschuld des Kl. auszusprechen 998²⁰

Vergleich in Ehesachen auch unter dem neuen Eherecht nicht möglich, insbes. nicht als gerichtlicher Vergleich mit Rücknahme von Klage und W. 187³³

Widerruf

Einstweilige Anordnungen im Eheprozeß (§§ 627, 627 b ZPO.) auf W. 610

Gegen Volljährigkeitserklärung des minderjährigen Kindes kein Verbotungsrecht (§ 4 II BGB.) des beschränkt geschäftsfähigen Vaters, sondern nur der Mutter, wenn sie die elterliche Gewalt ausübt. W. der

- Eintwilligungserklärung der Mutter zur Volljährigkeitserklärung durch den Vater nach Erlangung der vollen Geschäftsfähigkeit 237¹²
- Grundsätzlich W. eines von mehreren Auftraggebern erteilten Auftrags durch einen von ihnen zulässig 1005²⁷
- Ausnahme vom Grundsatz der lebenslänglichen Anstellung der Beamten nur bei Vorbehalt des W. oder der Kündigung bei oder vor der Anstellung 1247⁹
- Widerpruch**
- Eintragung eines W. im Grundbuch wegen Genehmigungserfordernis gemäß B.D. über Eintrag des jüdischen Vermögens 1204
- W. gemäß § 55 Abs. 2 EheG. 24 174¹⁰ 177²⁰ 382³⁷ 470 639¹⁵ 640¹⁰ 779¹⁴ + 997¹⁰ 1073¹⁷ + 1074¹⁸
- Wiederaufnahme des Verfahrens**
- Verhältnis von Restitutionsklage und Schadensersatzklage (§ 826 BGB.) gegenüber unrichtigen Urteilen 476 698 748
- Rechtssicherheit oder Gerechtigkeit; ein kritischer Beitrag zur Lehre vom W.-verfahren im Zivilprozeß 696
- Erweiterung der W.gründe und Rechtssicherheit 700
- Anwendung des Grundsatzes „in dubio pro reo“ bei Entscheidung über die Begründetheit eines zulässigen W.-antrags 1070¹⁴
- W. d. W. auf Grund neuer Tatsachen und Beweismittel, die die Glaubwürdigkeit beideter Zeugen erschüttern konnten, auch ohne Verurteilung der Zeugen wegen Falschvernehmung (StP.) 236¹¹
- Wiedereinsetzung in den vorigen Stand**
- Bauer, der seinen Erbhof verkauft hat, darf über den Erlös nur mit Genehmigung der Landesstelle verfügen. Ablehnung der W., wenn er es unterläßt, zu versuchen, den zur Berufungseinlegung gegen ein ihn zu Zahlung mäßigen Betrages verurteilendes Urteil erforderlichen Betrag von der Landesstelle freizubekommen 881¹²
- § 8 SchuldbereinG. W. i. d. v. St. gegen auf Unkenntnis einer verfahrensrechtlichen Bestimmung beruhende Veräumnis der Beschwerdefrist 639³³
- Keine W. i. d. v. St. bei Veräumung der Beschwerdefrist dadurch, daß Rechtsanwalt in Schuldbereinigungssache die sofortige Beschwerde an das unzuständige LG. sendet 949²⁸
- Nach rechtskräftiger Veräußerung der W. gegen Veräumnis des Termins zur Hauptverhandlung über den Einspruch erfolgreiche Berufung gegen das Urteil, durch das der Einspruch wegen Ausbleibens in der Hauptverhandlung verworfen worden 1154³⁰
- Nach Gewährung von W. gegen Veräumnis der Frist zur Revisionslegung Lauf der Revisionsbegründungsfrist von Zustellung des W.-beschlusses an den Angekl. an 1154¹¹
- „Wiedergutmachungen“**
- Zu Teil VIII des Versailler Diktats 962
- Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft**
- Ist die Ehe-Herstellungsfrage durch das neue EheG. gegenstandslos geworden? 27
- Nach früherem Recht wie nach dem EheG. soll W.klage außer als Vorstufe für Scheidung wegen bösslichen Verlassens dazu dienen, für beide Eheleute klarzustellen, ob Recht zum Getrenntleben gegeben + 1071¹⁵ 1244⁰
- Wiederkaufsrecht**
- Zur Frage der Übertragbarkeit eines nach PrALLR. begründeten W. 891²⁴
- Wirtschaftsberatung**
- Die W. als Berufsaufgabe: Entwicklung der W. 552
- Der Umbruch seit 1933 553
- Der Volkswirt 553
- Der Wirtschaftstreuhänder 553
- Der Wirtschaftsrechtswahrer als Mittler zwischen Staat und Wirtschaft 554
- Wirtschaftsführung durch Treuhänder**
- (§ 77 EStBG) 812⁴¹
- Wirtschaftsgruppen**
- Rechtscharakter und Nachprüfbarkeit von Anordnungen der W. 676
- Wirtschaftspolitik**
- Reichsgedanke und W. 492
- Wirtschaftsprüfer**
- Wann sind W. der Gewerbesteuer wegen der Beschäftigung von Gehilfen unterworfen? + 1199⁰³
- Wirtschaftsprüfer-Verzeichnis**
- Schrifttum 622
- Wirtschaftsrecht**
- EinfStG. Keine Abzugsfähigkeit der Ordnungsstrafen wegen Verfehlungen gegen die Wirtschaftsgesetze am Gewinn eines gewerblichen Unternehmens + 1104⁵¹
- Wirtschaftsrechtswahrer**
- Von der Reichsgruppe W.: Abwicklung größerer jüdischer Unternehmen. MittBl. zu Heft 1/2 S. 5
- Öffentliche Bestellung und Vereidigung von Preisprüfern. MittBl. zu Heft 1/2 S. 5
- Vertretung und Beratung von Juden. MittBl. zu Heft 1/2 S. 5
- Gewährung von Prüfungserleichterungen an ältere Bewerber. MittBl. zu Heft 1/2 S. 5
- Neufassung der Rundmachungsbestimmungen für Wirtschaftsprüfer. MittBl. zu Heft 1/2 S. 5
- Vermittlungsprovisionen an Wirtschaftstreuhänder. MittBl. zu Heft 1/2 S. 6
- Umbenennung von Wirtschaftsrechtler in W. MittBl. zu Heft 3/4 S. 11
- Veranstaltungen; Zulassungs- und Prüfungsverfahren für „Wirtschaftstreuhänder NSRB.“ und vereidigte Bücherrevisoren; Bildung von sachlichen Arbeitsgemeinschaften; Gewerbesteuerpflicht; MittBl. zu Heft 3/4 S. 15
- Bericht über die Tagung der ostmärkischen W. in Wien am 8. und 9. Mai und über die Veranstaltungen zum „Tag des deutschen Rechts“ 1139
- Betreuung der Volkswirte; Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspflege; Berufseintrag der Wirtschaftstreuhänder 572
- Neuerennung der ordentlichen Mitglieder des Reichsgruppenrats W. 1058
- Wissenschaft**
- „Voraussetzungslose W.“ Referat von Reichsdozentenführer Prof. Dr. Schulke. MittBl. zu Heft 3/4 S. 23
- Meldungen der deutschen Hochschulen. MittBl. zu Heft 3/4 S. 24
- Wissenschaftliche Arbeiten auf Veranlassung des NSRB.** MittBl. zu Heft 3/4 S. 17 DR. S. 569
- Witme**
- § 844 BGB. Besondere Mehrarbeit der W. kommt dem Schädiger nicht zugute 239¹⁴
- Wohnrecht**
- Grundbucheintragung der nachträglichen Änderung eines bestehenden W. dergestalt, daß der neue Berechtigte einen Teil der Räume sofort, die übrigen Räume nach dem Tode des ursprünglichen Berechtigten benutzen soll 1012³¹
- Wohnsiedlungsgesetz**
- § 4. Erfordernis der Genehmigung der Wohnsiedlungsbehörde zur Bestellung einer selbständigen Kohlenabbauerechtigkeit 447¹²
- Wohnsitz**
- Recht auf W.bestimmung auf Grund des Rechtsverhältnisses zwischen Eltern und ehelichem Kind (Art. 19 GG-BGB.) — Geschäftsunfähiges Kind kann anderen W. haben als sein Vater 246¹⁹
- Anerkennung eines in der Schweiz über Reichsdeutsche ergangenen Scheidungsurteil, soweit nach der deutschen ZuständigkeitsD. schweizerisches Gericht zuständig war. Beurteilung der Frage, ob W. in der Schweiz vorhanden war (§ 606 I ZPD.) 267³⁸
- Wohnung der Eheleute**
- Entscheidung darüber, wem die von beiden Ehegatten gemietete W. bei nach Scheidung von einem Ehegatten gegen den anderen erhobener Räumungsklage zuzusprechen ist, unter Berücksichtigung des Schuldauspruchs im Scheidungsurteil und der Regelung der Personensorge für die Kinder 934¹⁵
- Wohnungsverbot in Ehesachen 330¹⁷ 609
- Unentgeltliche Überlassung einer W. an den Schwiegersohn und die Tochter zur Ermöglichung der Haltung eines angemessenen Haushalts. Versteuerung dieser Zuwendung an unterhaltsberechtigter Person bei dem Geber gemäß § 22 Ziff. 1 c EinfStG. + 1104⁵⁰
- Wohnungsban**
- Gebührenbefreiung beim W. 425
- Wohnungsbeschaffung für kinderreiche Familien** 1218
- Wohnungsmiete**
- vgl. unter Mietrecht
- Zeitschriftenchau** 35 82
- Zeuge**
- Die uneidliche Z.aussage als Restitutionsgrund 697
- Die Beurkundung der Aussagen von Z. und Sachverständigen sowie der benannten Parteien im Zivilprozeß 1124
- Über das Zeugnisverweigerungsrecht der unehelichen Mutter 850

- Stellung von Z. bzw. Anzeigerstatter und Beschuldigten bei Zuwiderhandlung gegen die Verkehrs Vorschriften 29
- § 286 ZPO. Darf das Gericht von nochmaliger Vernehmung der Personen, auf deren Zeugnis sich eine Partei beruft, absehen, weil diese schon in einem anderen Verfahren über denselben Gegenstand vernommen worden? 183²⁸
- § 826 BGB. Schadenersatzanspruch des als Vater eines unehelichen Kindes Verurteilten gegen den Mehrverlehrs Z., der eidlich Verlehrs mit Kindesmutter während Empfängniszeit geleugnet hat, bei Nachweis der Vaterschaft des Z. durch erbbiologisches Gutachten 772⁹
- Anforderungen an die Begründung der Zurückweisung einer Frage, deren Zulassung auf Grund des § 240 II StPO. nachgeprüft worden 370²²
- Wann verstößt das nachträgliche Besprechen richterlicher Mitglieder mit Personen, die in der Hauptverhandlung als Zeugen oder Sachverständige vernommen worden, gegen den Grundsatz des § 261 StPO. und führt zur Aufhebung des Urteils? 370²³
- § 52 StPO. Erfordernis der Belehrung der siebenjährigen Tochter des Angekl. über ihr Zeugnisverweigerungsrecht 988⁴
- § 153 StGB. Wann stellt Verschweigen ohne ausdrückliche Befragung wesentliche Eidesverletzung des Z. dar? 1066³
- § 163 StGB. Leichtfertig abgegebene falsche Aussage, wenn dem Angekl. geeignete Hilfsmittel zur Verfügung standen, die Unrichtigkeit des fest eingewurzelten Erinnerungsbildes zu erkennen 988⁶
- Begründung der Ablehnung von an sich erheblichem Beweisanspruch damit, der Z. sei wegen in gleichliegender Sache gegen ihn erhobener Anklage auf Untreue ungeeignet, ungenügend 1069¹²
- Zur Beurteilung der Aussagen von Mädchen in der Entwicklungszeit über geschlechtliche Erlebnisse regelmäßig Beiziehung eines Sachverständigen mit Kenntnissen in der Seelenkunde Jugendlicher geboten (StP.) 929¹²
- Wiederaufnahme des Verfahrens auf Grund neuer Tatsachen und Beweismittel, die die Glaubwürdigkeit beider Z. erschüttern können, auch ohne Verurteilung der Z. wegen Eidesverletzung (StP.) 236¹¹
- Zeugengebühren**
vgl. auch Sachverständigengebühren
Besteht Entschädigungspflicht der Reichskasse gegenüber Personen, die im Rechtsstreit erb- und rassenkundlich untersucht werden? 1128
- Festsetzung der Reiseentschädigung an mittellose Partei in entsprechender Anwendung des § 20 ZeugGebD. durch das Gericht + 335²⁹
- Zinsen**
Verwirklichung des Programmpunkts der RSDAP. „Brechnung der Zins-
- knechtschaft“ durch die Rechtsprechung 488
- Die Erhöhung von Darlehns- und Hypotheken Z. im Rahmen der Bauparareform 740
- § 4 ZPO. Zur Frage, ob bei zahlenmäßiger Herabsetzung der Hauptforderung die im Streit befangenen Z. in der Verurteilung als Neben- oder Hauptforderung anzusprechen 1182³⁶
- Durch persönliche Verpflichtung des Grundstückseigentümers zur Zahlung gemäß § 22 Deutsch-schweiz. Forderungsabkommen zum Goldhypoth. keine persönliche Verpflichtung begründet, Maßnahmen zur Befriedigung des Grundstücksgläubigers zu treffen 170¹⁴
- Dauerschulden i. S. des GemStG. Verstärkung des Betriebskapitals durch aufgelaufene und dem Schuldkapital zugeschlagene Z. 398⁵⁵
- Bei als Dauerschulden anzusehenden Wechselkrediten Hinzurechnung der Akzept- und Laufageprovisionen für weitere Bereitstellung schon in Anspruch genommener Kredite zu den nichtabzugsfähigen Z. i. S. des § 8 Ziff. 1 GemStG. 1102⁴⁶
- Zinsfentzung**
Ein Beitrag zur Methode der Rechtsfindung am Beispiel der landwirtschaftlichen Schuldenregelung: Senkung der Pachtzinsen im Pächterentschuldungsverfahren 1047
- Gemeinschaftl. Richtl. 79 zur Pächterentschuldung. Neufestsetzung des Pachtzinses nur, soweit zur Durchführung der Entschuldung erforderlich 1100⁴³
- Zivilgesetzbuch, Schweizer**
Kommentar zum Sch. Z. III. Band: Erbrecht. Schrifttum 360
- Zivilprozeß**
Führer durch die Rechtsgebiete. Z.recht. Schrifttum 863
Z.recht. Schrifttum 38
ZPO. Schrifttum 159 1144
- Zollabfertigung**
Beim verkehrsüblichen Auftrag an den Empfangsdebitur, auch die Z. zu besorgen, ist der vom Debitur beauftragte Angestellte nicht als Bevollmächtigter des Zollschuldners i. S. der §§ 102 f. AbgD. zu behandeln 715¹³
- Zubehör**
§§ 6, 7 ABG. Weinvorräte als Z. des Weinbauernerbhofs 389⁴²
- Zuchthaus**
Z. strafe für besonders schweren Fall i. S. des § 69 I DevG. 366¹⁶
- Zugabe**
PreisstopZPO. geht als jüngeres und als Sondergesetz dem UNBZG., der ZugabeZPO. und dem RabattG. vor, daher sind bis zum 17. Okt. 1936 regelmäßig gemachte Zugaben, Preisnachlässe und Unterbietungen fortzusetzen 650²⁴
- Zurechnungsfähigkeit**
Zur Handlung des Zurechnungsunfähigen im Kaufzustand (§ 330 a StGB.) 1033
- Anwendung des § 51 StGB. nicht nur bei Vorliegen einer Geisteskrankheit im medizinischen Sinne 987²
- § 51 StGB. Unfähigkeit zu moralischen Vorstellungen 987³
- Begriff der krankhaften Störung der Geistestätigkeit i. S. des § 51 StGB. 1066²
- §§ 51, 176 StGB. Sittliche Verfehlungen von durch ein langes Leben hindurch strafrei gebliebenen Männern infolge einer durch Verkalkung hervorgerufenen Geisteschwäche 712³
- Anordnung der Sicherungsverwahrung, nicht Unterbringung in Heil- oder Pflegeanstalt, für Gewohnheitsverbrecher mit erheblich verminderter Z., der aber weder heilbar noch pflegebedürftig 161¹
- Seine Ersetzung des gem. § 265 StPO. erforderlichen Hinweises des Vorliegenden auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes durch den Antrag des StA., den Angekl. in Heil- oder Pflegeanstalt unterzubringen 370²⁴
- Zurückbehaltungsrecht**
Voraussetzung des Z. nach § 273 BGB. ist nicht Entstehen von Forderung und Gegenforderung aus einheitlichem Rechtsgeschäft 769³
- Zurücknahme**
Erlattung und Berechnung der Rechtsanwaltsgebühr für den nach Ablauf der Berufungsfrist gestellten Antrag auf Erlass des Verlustigkeitsurteils 333²⁴
- Die Zustimmung des Beschuldigten zur Z. eines zu seinen Gunsten eingelegten Rechtsmittels (§ 302 I 2 StPO.) 830
- Die Gebühr bei Z. eines Antrags aus § 5 SchulbVereinG. 355
- Gebührenfreiheit für ein durch Antragszurücknahme beendetes Verfahren nach § 10 SchulbVereinG. 452²⁰
- Bei Zurückweisung oder Z. des Schuldbereinigungsantrags Mindestgebühr von 5 RM, aber unter Umständen Gebührenfreiheit gemäß § 15 I KostD. 452²¹ + 1256¹⁰
- Zurückverweisung**
§ 539 ZPO. Ist nach Ansicht des BG., im Gegensatz zum Gericht erster Instanz, das Angriffs- und Verteidigungsmittel nicht entscheidend, dann keine Z. des Rechtsstreits zur Verhandlung und Entscheidung über den übrigen Prozeßstoff, sondern eigene Entscheidung des BG. + 879¹¹
- Zuständigkeit**
Forderung einer organischen Verbindung der Z. und des Aufbaus der AG und BG. 79
- Änderungsvorschlag zum SchulbVereinG.: Verweisung an das für den früheren Wohnsitz des Schuldners zuständige AG. 596
- Z.mängel bei Pfändungs- und Überweisungsbeschlüssen, insbes. bei Seeleuten 983
- Z. des AG. in Disziplinarangelegenheiten der Notare aus Österr. 425
- Ausdehnung der Z. des Volksgerichtshofs auf die neu erworbenen Landes- teile 485
- Z. der Preisbehörden in Mietstreitigkeiten 496
- Örtliche Z. der Devisenstellen für Devisenstrafverfahren 1208
- § 547 Ziff. 2 ZPO. Zulässigkeit der Revision, wenn in Landesgesetz die ZG.

ausschließlich zuständig erklärt sind ohne Rücksicht auf den Streitwert für „Ansprüche gegen den Staat wegen Verfügungen der Verwaltungsbehörden“ und wegen „Verschuldung von Staatsbeamten“ 882¹³

3. des LG. ohne Rücksicht auf den Streitwert für Ansprüche aus Amtspflichtverletzungen nicht nur der unmittelbaren Staatsbeamten, sondern auch aller andern im öffentlichen Dienst angestellten Beamten 1249¹¹

Keine Delegation eines (unzuständigen) Gerichts des Altreichs zur Durchführung eines im Lande Österreich anhängigen außerstreitigen Verfahrens 1196⁶⁰

Keine Begründung der 3. eines im Gebiet des Altreichs gelegenen Gerichts auf Grund des § 31 Österr. Jurisdiktionsnorm. 3. für den Ehescheidungsstreit sudetendeutscher Parteien, die durch die Wiedervereinigung die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben 454²³

3. der deutschen Gerichte für die Ehescheidung von Staatsangehörigen des Protektorats Böhmen-Mähren, die im Deutschen Reich ihren Wohnsitz haben 1015³⁹

3. der deutschen Gerichte für die Ehescheidung von Schweden 187³¹

Anerkennung eines in der Schweiz über Reichsdeutsche ergangenen Ehescheidungsurteils, soweit nach der deutschen Zuständigkeit d. Schweiz. Gericht zuständig war 267²⁸

Gerichtsstand nach § 8 II FamAnwG. für Ehelichkeitsanfechtungsklage gegenüber Kind, dessen Vater eine ausländische Staatsangehörigkeit, die Mutter die Reichsangehörigkeit besitzt 246¹⁶

3. der deutschen Gerichte für Klagen auf Ehelichkeitsanfechtung zwischen Ausländern ohne Rücksicht auf die Anerkennung solcher Urteile 246¹⁹

§ 91 ZPO. Anwaltswechsel bei Verweisung vom LG. an das sachlich zuständige LG. 182²⁶

Zu einer in Österreich vor dem 1. Jan. 1939 in einem kirchlichen Geburtenbuch beurkundeten Geburt soll gemäß § 20 PersStG. Randvermerk eingetragen werden. 3. zur Entgegennahme des Eintragungsantrags 448¹⁸

Ausschließliche 3. des AG für Schadensersatzansprüche wegen Nichterfüllung einer für den Bauern als Nacherben testamentarisch begründeten Pflicht zur Unterhaltung eines Familienangehörigen bei Eintritt des Nacherbfalles nach dem 1. Okt. 1933. Beachtung der im ersten Rechtszug erfolglos erhobenen Rüge, daß das AG, nicht das ordentliche Gericht zuständig sei, auch in der zweiten Instanz. Keine Verweisung an das AG + 1188⁴⁵

3. des AG gemäß § 36 EStAB nur für Versorgungstreitigkeiten aus echten Übergabeverträgen + 809^{28, 29}

§§ 8, 11 SchuldVereinG. Keine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Versäumung der Beschwerdefrist dadurch, daß Rechtsanwalt die sofortige Beschwerde an das unzuständige LG. sendet 949²⁰

Wirksamkeit des vom unzuständigen Vollstreckungsgericht erlassenen Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses bis zu seiner Aufhebung auf Erinnerung hin 587¹³

Vgl. der Streitigkeiten der zur Schiffsbesatzung gehörenden Personen (§ 481 ZGB.), für die das ArbGG. gemäß § 2 ArbGG. unzuständig, Ermächtigung des Treuhänders der Arbeit zum Ausschluß der ordentlichen Gerichtsbarkeit 950³⁰

Unter welchen Voraussetzungen ist das Verhältnis des Handlungsagenten „arbeitnehmerähnlich“ i. S. der §§ 2, 5 ArbGG.? + 957⁴²

Art. 4 II AusfV.D. zum ErbRachw-Ges. Übernahme eines wegen Schizophrenie schwebenden Erbgesundheitsverfahrens durch anderes ErbGesGer. aus Zweckmäßigkeitsgründen 735³⁸

Zuständigkeitsvereinbarung

Vereinbarung des zuständigen Gerichts (§ 38 ZPO.), auch wenn im Ausland getroffen, ist eine nach deutschem Recht zu beurteilende Prozeßhandlung. Bei Fehlen einer 3. keine ergänzende Auslegung, sondern Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen über die Zuständigkeit. Zur Frage, ob die 3. als Vereinbarung der ausschließlichen Zuständigkeit aufzufassen ist + 453²²

Zustellung

Die Zustellungen an die Prozeßbevollmächtigten im Verfahren der einstweiligen Anordnungen in Ehesachen 978

Die 3. im Devisenstrafverfahren 1210
§ 329 III ZPO. Unter welchen Voraussetzungen genügt formlose mündliche Mitteilung des Urkundsbeamten über Beordnung des AmAnw. zum vorherigen Wirksamwerden eines bereits gefaßten, aber erst später zugestellten Beordnungsbeschlusses? + 1186⁴³

§ 198 ZPO. Erstattungsfähigkeit der Mehrkosten der 3. durch Gerichtsvollzieher an Stelle der 3. von Rechtsanwalt zu Rechtsanwalt, wenn Anwaltsbüro nicht am gleichen Orte 877¹⁰

Zur 3. des Schriftsatzes i. S. des § 14 NZGebO. genügt nicht, daß der Rechtsanwalt seinerseits das zur Erforderliche getan hat 1193⁵⁴

Nach Gewährung von Wiedereinsetzung gegen Versäumung der Frist zur Revisionseinlegung Lauf der Revisionsbegründungsfrist von 3. des Wiedereinsetzungsbeschlusses an den Angekl. an 1154¹¹

Zwangsgeld

Keine 3. festsetzung nach § 33 Pol-BerVG. wegen Nichtbefolgung einer PolV.D., wenn dem Betroffenen die Befolgung unmöglich ist 814⁴³

Zwangshypothek

Nachweis der Bevollmächtigung durch besondere Vollmachtsurkunde nicht erforderlich für den in vollstreckbarem Urteil als Prozeßbevollmächtigten des Kl. Aufgeführten bei Antrag auf Eintragung von 3. auf dem Grundstück des Bekl. 447¹¹

Zwangsstrafe

Die 3. nach § 888 ZPO. 975

Zwangsversteigerung

Behandlung der Eigentümergrundschulden aus Tilgungshypotheken in der 3. 410

Einwirkungen der GrundstücksVerfBef. auf die 3. 420

Gibt es ein Ruhen des 3.verfahrens? 617

Mitwirkendes Verschulden von Richter und Rechtsanwalt im Grundstücksvollstreckungsrecht 139

Aus der Praxis der VersteigPreisstop-VO. v. 6. April 1938 141

Die Festsetzung des Grundstückswerts im 3.verfahren und ihre Bedeutung 72

Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen. Schrifttum 38

§ 157 ZwVerfG. Auch bei Beendigung der Zwangsverwaltung und des gleichzeitig anhängigen 3.verfahrens durch denselben Zuschlag getrennte Verteilung der beiden Massen 950²⁸

Freihändiger Verkauf des Grundbesitzes durch Schuldner aus Drohung des Gläubigers mit 3. dem Verlust des Grundbesitzes „infolge Anordnung der 3.“ i. S. des § 1 II SchuldVereinG. nicht gleichzustellen 450¹⁷

§ 6 SchuldVereinG. Gewinn aus der Weiterveräußerung eines zwangsversteigerten Grundstücks + 1098⁴²

Bei Beurteilung eines durch Versteigerung eines Hofes vor Inkrafttreten des RGG entstandenen Schadens, der in späterem Zeitpunkt geltend gemacht wird, Berücksichtigung der durch das RGG eingetretenen praktischen Unveräußerlichkeit des Hofes als Erbhof 940¹⁹

Zur Instanz der Zwangsvollstreckung i. S. des § 31 NZGebO. gehört nicht Tätigkeit des Rechtsanwalts im 3.verfahren auf Grund der VO. über Vollstreckungsschutz v. 26. Mai 1933 334²⁰

Rein Anlagevermögen i. S. des § 17 der 1. GewStDurchfVO. bilden in der 3. zur Rettung einer Forderung erworbene Grundstücke, die innerhalb drei Jahren wieder verkauft werden 192³⁶

Zwangsverwalter

Anordnung des NZWB. betr. Zusammenfluß der Konkurs- und 3. 569
Vereinigung deutscher Berufs3. Mitt-Bl. zu Heft 1/2 S. 7

Zwangsverwaltung

Behandlung der Eigentümergrundschulden aus Tilgungshypotheken in der 3. 412

Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen. Schrifttum 38

Auch bei Beendigung der 3. und des gleichzeitig anhängigen Zwangsversteigerungsverfahrens durch denselben Zuschlag getrennte Verteilung der beiden Massen 950²⁸

Zwangsvollstreckung

Neugestaltung des Vollstreckungsrechts 61

Gesamtvollstreckung (Vorschlag eines Verfahrens zur Befriedigung mehrerer Gläubiger) 854

Die 3. aus Schuldtiteln der ehemals saarländischen Gerichte 854

Mißbrauch alter Schuldtitel 983
Einstellung der Z. aus einstweiligen
Anordnungen (§§ 627, 627 b ZPO.)
610
Einstellung der Z. unter Beschränkung
auf Sicherungsmaßnahmen 853
Die Erzwingung von Handlungen und
Unterlassungen (§§ 887—890 ZPO.)
973
L'exécution à l'étranger des obliga-
tions alimentaires. Schrifttum 920

Unzulässigkeit des Betreibens der Z.
durch nicht eingetragenen Verein, der
entgegen § 50 II ZPO. als Kl. Ur-
teil erstritten hat 876 *

VD. zur Ausschaltung der Juden aus
dem Wirtschaftsleben. Einzelvollstret-
kung gegen die in Abwicklung begrif-

fenen jüdischen Firmen grundsätzlich
statthaft 581 *

Kosten des Verfahrens aus §§ 707, 719
ZPO. sind Teil der allgemeinen
Rechtsstreitkosten. Einstweilige Ein-
stellung aus § 770 ZPO. stets ge-
richtskostenfrei 456 **

§ 1 SchuldbereinG. Vermögenshingabe
„wegen sich häufender Z.“ liegt nicht
nur vor bei durchgeführten Z., son-
dern auch bei Vermögenshingabe zur
Abwendung eingeleiteter Z. 1254 **

Z.gebühr des Rechtsanwalts für Maß-
nahmen zur Beseitigung der von dem
Gläubiger erwirkten Vollstreckungs-
maßnahmen durch den siegreichen
Schuldner 333 **

Instanz der Z. i. S. des § 31 RAGebD.
334 **

Zur Erstattungsfähigkeit der Z.gebühr
(§ 23 Ziff. 18 RAGebD.) für Erwir-
kung des vorläufigen Zahlungsver-
bots gemäß § 845 ZPO. 1190 **

Zweigstellen, amtsgerichtliche 545

Zwischenfeststellungswiderklage

Klageabweisendes Teilurteil nach erho-
bener Z., wenn das Gericht den Klage-
anspruch für abweisungsreif hält,
ohne daß es nach seiner Ansicht zu-
gleich einer Entscheidung auf die Z.
bedarf + 879 **

Zwischenurteil

Die Wiedereinführung des Z. über selb-
ständige Angriffs- und Verteidigungs-
mittel, eine gesetzgeberische Notwen-
digkeit 1134

Zwischenvergleich

Bei Z. entsteht keine Vergleichsgebühr
1193 **

II.

Alphabetisches Verzeichnis der im Gesetzesregister (III) angeführten Gesetze und Verordnungen

Abzahlungsgesetz 22
Aktiengesetz 53, EinfG. 54, DurchfVD. 55
Allgemeines Preussisches Landrecht 197
Altersversorgung für das Handwerk 185
Angestelltenversicherungsgesetz 322 f.
Anmeldung des jüdischen Vermögens,
And. 18
Anstellung der Beamten bei pr. Verg-
verwaltungen 380
Anstellungsgrundsätze 307
Arbeitsbuchgesetz 129, DurchfVD. 130
Arbeitsgerichtsgesetz 132
Arbeitsordnungsgesetz 118, für öffentliche
Betriebe 119, DurchfVD. 120
Arbeitszeit in Bädereien 122
Arbeitszeitordnung 121
Armenanwaltsgebührengesetz 115
Aufhebung veralteter Polizei- und Straf-
gesetze 253
Auflassungen, VD. über 5
Auflösung und Böschung von Gesell-
schaften 62
Aufsichtsratsvergütungen, Steuerabzug
von 265
Aufwertungsfälligkeiten, VD. zur Rege-
lung der 13
Aufwertungsgesetz 6
Auseinandersetzung, vermögensrechtliche,
zwisch. Ländern u. Fürstenthümern 295
Ausgleich bürgerlich-rechtlicher Ansprüche
20 f.
Austländische Währung, Hypothekeneintra-
gung in 9

Bädereien, Arbeitszeit in 122
Bankgesetz 41
Bauernordnung f. Pommern 210 f.
Bauforderungen, Ges. z. Sicherung der
24
Bauordnung f. Breslau 389
Baupolizeiliche Behandlung öffentl. Bau-
ten, VD. über 340
Baupolizeiliche Zuständigkeiten, preuß.
Ges. über 387
Baustoffe, VD. z. Einparung von 341
Bayrisches Recht 213 f.
Beamtenentschuldung in Österreich 312
Beamtengehalt, Deutsches 305

Beamtenhaftungsgesetz, Reichs- 33
Beamtenrechtsänderungsgesetz 306
Befähigung zum Richteramt, zur Staats-
anwaltschaft usw. 99
Behebung der Not v. Volk u. Reich 236
Bekämpfung übertragbarer Krankheiten
371
Bergbau, Beschäftigung Jugendlicher 125,
preuß. Ges. über Stein- und Braun-
kohlenbergbau 207
Bergverwaltung, Anstellung preuß. Be-
amter bei 380
Berlin, Neugestaltung von 334
Berufungsverfahren in Patentfachen 64
Beschäftigung Jugendlicher in bergbau-
Betrieben 125
Blutschutzgesetz 25, AusfVD. 26
Börsengesetz 43
Breslau, Bauordnung für 389
Bürgerliches Gesetzbuch 1, EinfG. 2, preuß.
AusfG. 198, Österr. ABGB. 216

Devisenbewirtschaftung, Richtlinien 50
Devisengesetz 1935: 47, DurchfVD. 48,
DevG. 1938: 49, DurchfVD. 51
Devisenverordnung 1932: 45, AndG. 46
Dienstordnung für nichtbeamtete Gefolg-
schaftsmitglieder öffentlicher Verwal-
tungen 131
Domestic Proceedings Act 223
Dotationsgesetz, preuß. 384

Ehegesetz 30, DurchfVD. 31, ungar. EheG.
228

Ehegesundheitsgesetz 27, DurchfVD. 28
Eheliches Güterrecht in Westfalen 199
Eherecht, Einf. des großdeutsch. Eherechts
in Südbotenland 32
Eigenbetriebsverordnung 335
Einkaufshaus, Bemessung des
Nutzungswerts der Wohnung im 259
Einforderung und Vertreibung von Ver-
mögensstrafen und Kosten 252
Einheitsbewertung der gewerblichen Be-
triebe 258
Einkommensteuergesetz 1925: 260, 1934:
261, 1939: 262 ff.
Einsatz des jüdischen Vermögens 15 f.

Einzelhandel, Beseitigung der Überfischung
im 353 f.
Einzelhandelschutzgesetz 352
Eisenbahnen, Hoheits- u. Aufsichtsbefug-
nisse über die E. in Österreich 76
Eisenbahngesetz, preuß. 204
Eisenbahnverkehrsordnung 75
Englisches Recht 223 ff.
Enteignungsgesetz, preuß. 206
Erbhofgesetz, Reichs- 170
Erbhofrecht, Einf. im Memelland 174
Erbhofrechtsverordnung 171, 173
Erbhofverfahrensordnung 172
Erbkrankennachwuchsgesetz 368, AusfVD.
369 f.
Erbrecht, preuß. Hofreskript betr. 200
Erbhaftstenergesetz 273
Ermächtigungsgesetz 286
Estländische Landgemeinbeordnung 391
Evidence Act 226

Fälligkeit alter Hypotheken, VD. z. Rege-
lung der 14, AufwFälligkeitenVD. 13
Familienrechtsänderungsgesetz 29
Feiertage, Lohnzahlung an 142
Feuerschutzwesen, Ges. über das 346
Feuerschutzsteuergesetz 281
Finanzmaßnahmen bei Polizei, Ges. üb.
330
Freiwilliges Gerichtsbarkeitsgesetz,
Reichs- 96, preuß. 203
Freizügigkeitsgesetz 357
Fürsorge, Reichsgrundsätze üb. Vorausf.,
Art u. Maß der 361

Garagen und Einstellplätze, VD. üb. 82
Gaststättengesetz 351
Gebrauchsmustergesetz 66
Gebühren der Medizinalbeamten, preuß.
Ges. über 379
Gebührenbefreiung beim Kleinwohnungs-
bau 112
Gebührenerhebung d. Gesundheitsämter
363
Geheime Staatspolizei, preuß. Ges. üb.
376
Gemeindefreie Grundstücke und Gutshö-
fzirke, VD. über 336

- Gemeindeordnung, Deutsche 331, Durchf.-
B.D. 332
Genfer Abkommen betr. Verwundete u.
Kranke im Felde 394
Genossenschaftsgesetz 11
Gerichtsgliederung in Sudeten deutschen
Gebieten 93
Gerichtskosten-gesetz, Reichs- 113
Gerichtsverfassung, B.D. zur einheitlichen
Regelung der 92
Gerichtsverfassungsgesetz 91, preuß.
Ausf.G. 202, bahr. Ausf.G. 213
GmbH.-Gesetz 60
Gesundheitsämter, Gebühren-erhebung d.
363
Gesundheitswesen, Vereinheitlichung des
362
Getreidewirtschaft, B.D. zur Ordnung der
165.
Gewerbeordnung 349
Gewerbesteuer-gesetz, Reichs- 277, Durchf.-
B.D. 278
Gewohnheitsverbrechergesetz 239
Glashüttenverordnung 159
Gleichschaltungsgesetz 291
Grundbuchvereinigungsgesetz 7
Grundbuchordnung 3, Ausf.B.D. 4, An-
passung Hamburger Ges. an die G.B.D.
215
Grundsteuergesetz, Reichs- 279
Grundstückverkehrs-bekanntmachung 155
Güterverkehr m. Kraftfahrzeugen, Durchf.-
B.D. 81
Haager Landkriegsordnung 392
Haftpflicht-gesetz, Reichs- 72
Haftung des Reichs für seine Beamten
33
Hamburger Gesetze, Anpassung der S. G.
an die G.B.D. 215
Handelsbeschränkungen, B.D. über 355
Handels-gesetzbuch 40, rumän. 229
Handelsrechtliche Vorschriften, Einf. in
Österreich 58, in Sudetenland 59
Handelsregisterverfügung 52
Handwerk, Ges. üb. vorläuf. Aufbau 181,
3. B.D. 182, Altersversorgung 185
Handwerkswirtschaft, Durchf. des Vier-
jahresplans auf Gebiet der 183 f.
Heilpraktikergesetz 366, Durchf.B.D. 367
Heimtütengesetz 237
Hinterlegungsordnung 97
Hire Purchase Act 225
Hitlerjugend-gesetz 302
Hitlerjugend-Heimbeschaffung, Ges. zur
Förderung der 339
Hochschullehrer, Rechtsverhältnisse der
beamteten 309
Hofrecht, preuß., über Erbrecht 200
Holz- u. Forstwirtschaft, Zusammenschluß
der 167
Hypothekeneintragung in ausländischer
Währung 9
Jagd-gesetz, Reichs- 160, Ausf.B.D. 161
Inheritance-Family-Provision-Act 224
Juden, B.D. zur Ausgestaltung der 3. aus
dem Wirtschaftsleben 149 f., Mietver-
hältnisse mit 3. 191 f.
Jüdische Kultusvereinigungen, Ges. über
die Rechtsverhältnisse der 337, Durchf.-
B.D. 338
Jüdisches Vermögen, Einfaß des 15 f.,
Anmeldung 18
Jugendgerichtsgesetz 246
Jugendbeschutz-gesetz 126
Jugendwohlfahrtsgesetz 34, And.G. 35,
preuß. Ausf.G. 201
Jugoslawische Zivilprozeßordnung 230
Jurisdiktionsnorm, österr. 222
Justizausbildungsordnung 95
Kapitalverkehrsgesetz 10 ff.
Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands,
B.D. über 365
Kinderreiche Familien, Wohnungsbeschaf-
fung für 359 f.
Kleinbahngesetz, preuß. 205
Kleinwohnungsbau, Gebührenbefreiung
112
Knappschaftsgesetz, Reichs- 324
Kommunalbeamten-gesetz, preuß. 377
Konkursordnung 105
Körperschaftsteuergesetz 1925: 269, 1934:
270, Durchf.B.D. 271
Kraftbroschtingerwerke, Bekämpfung der
Notlage des 80
Kraftfahrzeug-gesetz 78, österr. 218
Kraftfahrzeugunternehmen im Personen-
verkehr, B.D. üb. den Betrieb von 79
Kraftfahrzeugverkehrs-verordnung 219
Kreditwesen, Ges. üb. das 42
Kriegsgefangene, Abkommen üb. die Be-
handlung der 393
Küdenzengung in Brüttereien 169
Kündigungs-schutzverordnung 188 ff.
Landbeschaffung für Zwecke der Wehr-
macht 156
Landesverwaltungs-gesetz, preuß. 374
Landgemein-deordnung für die 7 östlichen
Provinzen 381, estl. G.B.D. 391
Landkriegsordnung, Haager 392
Landwirtschaftliche Schulverhältnisse,
Ges. zur Regelung der 175, Durchf.B.D.
176 f.
Literar. Urheberrechts-gesetz 68
Lohn-gestaltung, B.D. üb. die 124
Lohnsteuerdurchführungsbestimmungen
266
Lohnzahlung an Feiertagen 142
Löschung von Gesellschaften, Ges. üb. die
62
Luftaufsichtsgesetz 89
Luft-gesetz, österr. 220
Luftschutz-gesetz 320
Luftverkehrs-verordnung 88
Marktschutz für die österr. Wirtschaft 147
Medizinalbeamten, preuß. Ges. üb. Ge-
bühren der 379
Memelland, Einf. des Erbhofrechts in
174
Mieterschutz-gesetz 187
Mietverhältnisse mit Juden 191 f.
Milch- u. Fettwirtschaft, Zusammenschluß
der deutschen 166
Mitschuldner, Behandlung im Schulden-
regelungsverfahren 179
München, Neugestaltung von 334
Neuaufbau des Reichs 287 ff.
Neuer Finanzplan 267, Durchf.B.D. 268
Neutralitätsgesetz der Vereinigten Staa-
ten 390
Notverordnung v. 6. Okt. 1931: 243, vom
8. Dez. 1931: 235, v. 14. Juni 1932: 95
Österreich: Einf. des Personenstandsrechts
38, Umstellungsb.D. 56, Einf. handels-
rechtlicher Vorschriften 58, Hoheits- u.
Aufsichtsbefugnisse üb. die Eisenbah-
nen -76, Überleitung der Rechtspflege
94, Preis-senkung 143, Marktschutz für
die Wirtschaft 147, Mietverhältn. mit
Juden 192, Einf. der Reichsgesetze 301,
Beamtenentschuldung 312
Österreichische Gesetze 216 ff., 255
Pächterentschuldungs-verordnung 180
Pächterschutz-gesetz 193, And.G. 194
Pachtnotrecht, Weitergeltung und Ergän-
zung des 195
Pacht-schutzordnung, preuß. 212
Patent-gesetz 63
Patentsachen, Berufungsverfahren in 64
Pelztierzucht, B.D. üb. die deutsche 162
Personalabbauabwicklungsgesetz, preuß.
378
Personenstands-gesetz 36, Ausf.B.D. 37
Personenstandsrecht, Einf. in Österreich
38
Pfändung der Arbeitsvergütungen, Erg.-
B.D. 109
Polizei-beamten-gesetz, Erg.B.D. 310
Polizeiverwaltungs-gesetz, preuß. 375
Polnische Zivilprozeßordnung 231
Pommersche Bauernordnung 210 f.
Postsparsassenordnung 343
Preisbildungs-gesetz 136
Preisbindungen, B.D. üb. 134
Preismittlung bei Leistungen für öff.
Auftraggeber 144
Preis-senkung in Österreich 143
Preisstop-verordnung 137
Preisüberwachungs-verordnung 135
Preisvorschriften, Strafen bei Zuwider-
handlungen gegen 145
Preußisches Recht 197 ff., 253 f., 373 ff.
Rechtsanwaltsgebührenordnung, Reichs-
114, bahr. 214
Rechnungshof, Erlaß üb. Beamtenernen-
nungen im Bereich des 308
Rechtspflegenotverordnung 95
Rechtspflegeüberleitung in Österreich u.
Sudetenland 94
Reichsabgabenordnung 282
Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung u.
Arbeitslosenversicherung, Erlaß über
die 326
Reichsarbeitsdienst-gesetz 318
Reichsarbeitsdienstverordnungs-gesetz 319
Reichsärzteordnung 364
Reichsautobahnen, Ges. üb. Errichtung
des Unternehmens „R.“ 87
Reichsbahngesetz 73
Reichsbank u. Reichsbahn, Neuregelung
der Verhältnisse der 74
Reichsbesoldungs-gesetz 311
Reichsbewertungs-gesetz 257
Reichsbürger-gesetz, B.D. 3. 296 ff.
Reichserbhof-gesetz 170
Reichsfremdenverkehrsverband, Durchf.-
B.D. 358
Reichsgrund-sätze üb. Vorausz., Art und
Maß der öff. Fürsorge 361
Reichshaftpflicht-gesetz 72
Reichsheinrichs-gesetz 154
Reichsjagd-gesetz 160, Ausf.B.D. 161
Reichsknappschaftsgesetz 324
Reichskostenordnung 111
ReichsLotteriegesetz 345
Reichsmarkteröffnungsbilanzen, Umstel-
lung in Österr. und Sudetenland 56, 57
Reichsmietengesetz 186
Reichsnährstand, 1. B.D. üb. vorläuf. Auf-
bau des 163
Reichsnotarordnung 101
Reichspost, Zuständigkeitsordnung der 77
Reichs-Rechtsanwaltsordnung 100
Reichs-sieblungs-gesetz 151, preuß. Ausf.G.
208
Reichsstatthalter-gesetz 294
Reichsstraßenverkehrsordnung 84
Reichstag, Ges. üb. Wahlperiode des 293
Reichsversicherungsordnung 321
Reichsverweisungen, Ges. üb. 300
Reisentfährdungen an mittellose Pa-
ren ufm. 117
Rentenversicherungsausbaugesetz 325
Revenue Act, amerikan. 284
Richtlinien z. Devisenbewirtschaftung 50,
zur landwirtsch. Entschuldung 178

- Roggenchuldbengetez 8
 Rumänisches Handelsgesetzbuch 229
 Saarland, Umstellung der Schuldbverhältnisse auf Reichsmark 19, vorläuf. Verwaltung des 328
 Sachsen, Begeordnung für Provinz 385
 Sammlungsgetez 344
 Schiedsgerichtsordnung f. Schiedsgerichte beim Reichsnährstand 164
 Schlachtviehverkehrsordnung 168
 Schriftleitergetez 196
 Schuldenbereinigungsgetez 23
 Schutz von Volk und Staat, B.D. z. 236
 Schweiz, Vollstreckungsabkommen mit 395
 Schweizer Zivilgetezbuch 233
 Schwerbeschädigtengetez 123
 Sicherung der Bauforderungen 24
 Sicherung der Einheit von Partei und Staat 290
 Sicherung des Kräftebedarfs für staatspolitisch bedeutende Aufgaben 127, Durchf.B.D. 128
 Sicherung der Landbewirtschaftung 158
 Sicherung der Reichsgrenze, Durchf.B.D. 157
 Siedlungsgetez, einstweiliges 153
 Sondergerichte, B.D. über Bildung von 244, Erweiterung der Zuständigkeit 245
 Sparkassenverordnung, preuß. 383
 Spinnstoffgetez 148
 Subetenland: Einf. des großdeutich. Eherechts 32, UmstellungsB.D. 57, Einf. handelsrechtlicher Vorschriften 59, Gerichtszugliederung 93, Überleitung der Rechtspflege 94, Mietverhältn. mit Juden 192, Erlaß üb. die Verw. 329, Zweigniederlassungen ausländischer Unternehmen im S. 350
 Süßstoffsteuergesetz 280
 Städte-Neugestaltung, R.Ges. üb. die 333
 Steuerabzug von Aufsichtsratsvergütungen 265
 Steueranpassungsgetez 256
 Straffreiheitsgetez 1932: 247, 1938: 248 ff.
 Strafgesetzbuch 234
 Strafprozessordnung 241, österr. 255
 Strafvollstreckungs- und Gnadenrecht, preuß. 254
 Strafvollstreckungsordnung 251
 Straßenverkehrsordnung 85
 Straßenverkehrszulassungsordnung 86
 Straßenwesen und Straßenverwaltung, Ges. über Neuregelung des 83
 Testamentsgetez 39
 Tierkörperbeseitigungsgetez 372
 Titel, Orden und Ehrenzeichen, Ges. über 238
 Tschechische Zivilprozessordnung 232
 Typenbeschränkung im Bau von Lastkraftwagen 348
 Überleitung der Rechtspflege in Österreich und Subetenland 94
 Überleitung im Einzelhandel, B.D. z. Beilegung der 353 f.
 Übertragbare Krankheiten, Ges. zur Bekämpfung der 371
 Umsatzsteuergesetz 275, Durchf.Best. 276
 Umstellung der Schuldbverhältnisse im Saarland auf Reichsmark 19, u. von Reichsmarkeroöffnungsanlagen in Österr. und Subetenland 56, 57
 Umwandlungssteuerdurchführungsordnung 272
 Ungarisches Ehegetez 228
 Unlauteres Wettbewerbsgetez 67
 Unterstützung der einberufenen Wehr- u. Arbeitsdienstpflichtigen 316
 Unterwerfung im Strafverfahren 242, gem. § 410 ABG.D. 283
 Urkundensteuergesetz 274
 Verbilligung des Warenverkehrs 146
 Vereinfachung u. Verbilligung der Verwaltung 327
 Vereinheitlichung des Strafrechts für Wehrmachtangehörige 240, B. des Gesundheitswesens 362
 Vereinigte Staaten, Neutralitätsgesetz 390, Revenue Act 284
 Verfassung, Weimarer 285
 Vergleichsordnung 106
 Verlagsgesetz 69
 Vermessungsingenieure, BerufsB. der öffentlich bestellten 342
 Vernehmung d. Angehörigen d. R.D.M.B. usw. 102
 Versailler Vertrag 396
 Versicherungsaufsichtsgesetz 71
 Versicherungsvertragsgesetz 70, österr. 217
 Vertretung vor den preuß. Verwaltungsgerichten 382
 Verwaltung des Saarlands 328, der subdetendischen Gebiete 329
 Vermundete u. Kranke im Felde, Genfer Abf. betr. 394
 Vierjahresplan, Durchf.B.D. 138 ff., 183 f.
 Völkerbundsatzung 397
 Volksabstimmung, Ges. über 292
 Vollstreckungsabkommen, Dtsch.-Schweiz. 395
 Vollstreckungsmißbrauchsgesetz 110
 Vollstreckungsschutzverordnung 107
 Waffengesetz 347
 Warenzeichengesetz 65
 Wassergesetz, preuß. 209
 Wechselgesetz 44
 Wegeordnung f. d. Prov. Sachsen 385
 Wehereinigungsgetez, preuß. 386
 Wehrgetez 313
 Wehrmachtangehörige, Vereinheitl. des Strafrechts für 240
 Wehrmachtsfürsorge- u. Versorgungsgesetz 317
 Wehrmachtübungen, B.D. üb. Einberufung zu 314
 Wehrpflicht von Offizieren und Wehrmachtbeamten, B.D. über 316
 Weimarer Verfassung 285
 Westfalen, ehel. Güterrecht in 199
 Wirtschaftsaufbaugesetz, 1. Durchf.B.D. 133
 Wohnung in Einfamilienhaus, Bemessung des Nutzungswerts der 259
 Wohnungsbeschaffung für kinderreiche Familien 359 f.
 Wohnungsziedlungsgetez 152
 Young Persons empoyment Act 227
 Zeugen- und Sachverständigengebührenordnung 116
 Zivilgesetzbuch, Schweiz. 233
 Zivilprozessordnung 90, österr. 221, jugoslaw. 230, poln. 231, tschech. 232
 Zusammenschluß der Milch- und Fettwirtschaft 166, der Holz- u. Forstwirtschaft 167
 Zuständigkeit, erweiterte, für Sondergerichte 245
 Zuständigkeitsgetez, preuß. 373
 Zuständigkeitsordnung der Deutschen Reichspost 77
 Zwangsversteigerung, Zurückweisung v. Geboten in der 104
 Zwangsversteigerung 103
 Zwangsvollstreckung, B. B.D. auf d. Gebiete der 108
 Zweigniederlassungen ausländischer Untern. im Subetenland 350

III.

Gesetzesregister

A. Zivilrecht

I. Reichsrecht

a) Bürgerliches Recht

1. B.G.B. v. 18. Aug. 1896: 919

§§ 4, 5: 237¹²§ 7: 246¹⁹§ 8: 246¹⁹§ 11: 246¹⁹§ 12: 438³§§ 21 ff.: 1077²¹§ 31: 882¹³§ 89: 882¹³§§ 106 ff.: 237¹²§ 114: 237¹²

§ 119: 422

§ 123: 1156¹³§ 125: 371²⁹§ 133: 930¹⁴§ 134: 495 598 900 967 1078²³§ 138: 371²⁹ 391⁴⁵ 490 598 852930¹³ 1158¹⁴ 1230 1262²¹§ 139: 600 799³⁰§ 157: 347 930¹⁴§ 158: 769¹§ 164: 238¹³§§ 164 ff.: 371²⁹ 1077²¹§ 166: 238¹³§ 177: 238¹³§ 196: 165⁸§ 198: 769²§ 201: 165⁸§ 203: 1013³⁴ 1241⁴§ 209: 892²⁵§ 211: 892²⁵

§ 222: 478

§ 242: 183²⁹ 347 431¹ 575¹ 630¹¹631¹² 799³⁰ 871⁴ 874⁶1002²¹ 1004²⁵§ 249: 165⁸ 940¹⁹ 980 1237¹

§§ 249 f.: 141

§ 254: 183²⁸ 214 224 256²⁹ 612630¹¹ 745 784¹⁹ 1079²³ 11441237¹

273: 769³
 276: 167⁹ 223 347 631¹² 867²
 1004²⁵
 278: 167⁹ 223
 279: 799³⁰
 280 II: 799³⁰
 284: 1044
 286: 165⁸
 313: 309³ 546 891²⁴
 322: 1005²⁸
 325: 799³⁰
 326: 575¹ 799³⁰
 328: 32
 346: 406 799³⁰
 356: 799³⁰
 364: 631¹²
 366 II: 411 918
 367: 918
 394: 1093³⁶
 419: 316⁹ 941²¹ 1053
 426: 256²⁹ 326¹⁴
 432: 930¹⁴
 433: 210 368¹⁸
 437: 210
 446: 211
 455: 1044
 § 459 ff.: 211 799³⁰
 460: 799²⁹
 469 §. 2: 799³⁰
 493: 213
 518: 707
 535: 643²¹
 538: 167⁹
 541: 167⁹
 544: 642¹⁸
 545: 642¹⁷
 549: 967
 552: 515
 556: 643²¹ 874⁶
 557: 404 642¹⁹
 564: 168¹⁰ 374³⁰
 565: 168¹⁰ 374³⁰
 568: 168¹⁰ 404 1080²⁴
 570: 401
 581: 874⁶
 611: 347 1237¹
 § 611 ff.: 769⁴ 1159¹⁵
 615: 515
 618: 239¹⁴ 374³¹
 671: 1005²⁷
 674: 584⁹
 709: 930¹⁴
 714: 238¹³ 930¹⁴
 § 741 ff.: 934¹⁵ 1005²⁷
 749 II: 1005²⁷
 761: 769²
 779: 761
 812: 642¹⁹ 1156¹⁹
 817 §. 2: 770⁵
 818 II: 406
 818 III. IV: 634¹³
 § 823: 168¹¹ 224 259³⁰ 316⁹
 770⁶ 803³² 882¹³
 § 823 II: 256²⁹ 431¹ 677 867²
 824: 438³
 826: 220 316⁹ 377³² 438³ 473
 698 700 771⁷ 772⁸⁹ 802³¹
 803³² 825 882¹³ 959⁴⁵ 1081²⁵
 1083²⁶
 § 830: 256²⁹
 § 831: 145 168¹¹ 374³¹ 442⁷ 746
 867² 882¹³ 1238²
 §§ 833, 834: 746
 835: 746
 § 839: 53 139 168¹² 241¹⁵ 243¹⁶
 244¹⁷ 630¹¹ 659³⁴ 784¹⁹
 940¹⁹ 1007²³ 1084²⁷ 1241³
 § 840: 256²⁹ 746
 844 II: 239¹⁴
 845: 979
 852: 141

873: 461³² 740 1205
 875: 461³²
 877: 740 1012³¹
 878: 180²³ 1205 1207
 883: 170¹³
 § 891, 892: 410
 906: 378³³ 743 1010²⁹ 1011³⁰
 § 912 ff.: 1159¹⁶
 918 II: 1159¹⁶
 927: 157
 932: 381³⁴ 920
 952: 410
 1004: 378³³ 1010²⁹
 1018: 463³³
 1061: 461³²
 1090: 461³²
 1092: 461³² 1012³¹
 1093: 1012³¹
 1094: 1206
 1098: 1206
 1132: 935¹⁶
 1144: 410
 1147: 170¹⁴
 1154: 742 1207
 1155: 742
 1163: 409
 1164: 409
 1172: 935¹⁶
 1178: 409
 1179: 742
 1181: 412
 1183: 410
 1191: 170¹⁴
 1192: 170¹⁴ 1207
 1197 II: 412
 1229: 852
 1273: 852
 1282: 852
 1300: 1012³²
 1333: 778¹³
 1339: 778¹³
 1353: 27
 1356: 979
 1360: 102
 1361: 1189⁴⁷
 § 1363 ff.: 1049
 1387: 1013³³
 § 1426 ff.: 1050
 § 1437 ff.: 1050
 1446: 371²⁹
 § 1519 ff.: 1050
 1565: 478
 1567: 28 177²⁰ 305¹ 1071¹⁵
 1568: 780¹⁵ 1071¹⁵
 1573: 178²¹
 1578: 468 478
 § 1584: 1194⁵⁸
 1591: 576² 773¹⁰ 775¹¹
 1593: 338
 1594: 339 407 1013³⁴ 1241⁴
 1594a: 353
 1595a: 75 407 1014³⁵
 1601: 102
 1604: 589¹⁵
 1617: 979
 1630 II: 623²
 1635: 199 577³
 1639: 339
 1676: 237¹²
 1685: 237¹²
 1708: 102 408 748
 1712: 578⁴
 § 1717: 74 135 578⁴ 748 1243⁵
 1718: 136 408 1156¹³
 1719: 74
 1720: 74
 1766: 102
 1768: 422
 1795: 127
 1886: 154
 1973: 569

§§ 1989 ff.: 569
 2013: 381³⁵
 2065: 310⁴
 §§ 2066 ff.: 936¹⁷
 2069: 1085²⁸
 2100: 936¹⁷ 1205
 §§ 2100 ff.: 776¹²
 2113: 635¹⁴ 1205
 2130: 1205
 2139: 1085²⁸
 § 2147 ff.: 776¹²
 2197: 171¹⁵
 § 2197 ff.: 250²³
 2227: 580⁵
 2242: 311⁵
 § 2274 ff.: 312⁶
 2336: 382³⁶
 § 2363: 1085²⁸
 2. GGB. v. 18. Aug. 1896:
 Art. 2: 676
 Art. 11: 1001²³
 Art. 13, 15: 938¹⁸
 Art. 18: 246^{18 19} 247²⁰
 Art. 19: 246¹⁹ 869³
 Art. 29: 247²⁰
 Art. 30: 869³ 1012³²
 Art. 31: 532
 Art. 80: 1249¹¹
 Art. 105: 214
 Art. 113: 930¹⁴
 Art. 139: 248²¹
 Art. 142: 707
 Art. 164: 930¹⁴
 Art. 167: 409
 Art. 181: 930¹⁴
 Art. 184: 891²⁴
 Art. 200: 249²²
 Art. 208: 667³⁸
 Art. 213: 250²³ 635¹⁴
 3. GBD. i. b. Fass. v. 5. Aug. 1935: 862
 § 12 a. F.: 940¹⁹
 § 19: 741
 § 22: 157 410 741
 § 26: 1207
 § 27: 1174²⁶
 § 28: 445¹⁰
 § 29: 157 410 718¹⁸ 1174²⁷ 1207
 § 30: 447¹¹
 § 47: 463³³
 § 79: 445¹⁰
 4. Ausf. B. d. z. GBD. v. 8. Aug. 1935:
 § 5: 543
 5. BD. über Aufassungen v. 11. Mai 1934: 546
 6. Aufw. v. 16. Juli 1925:
 §§ 28, 29: 413
 7. GVBereins. v. 18. Juli 1930:
 §§ 5, 15: 445¹⁰
 8. Roggen Schulden. v. 16. Mai 1934:
 § 1: 445¹⁰
 9. BD. über Eintragung von Hypotheken
 in ausländ. Währung v. 13. Febr.
 1920 i. b. Fass. v. 12. März 1931:
 445¹⁰
 10. 1. KapVerf. v. 20. Dez. 1933:
 § 1: 202
 11. 2. KapVerf. v. 20. Dez. 1934:
 § 9: 202
 12. 3. KapVerf. v. 13. Dez. 1935:
 § 1: 202
 13. BD. zur Regelung der Aufwertungs-
 fähigkeiten v. 21. Dez. 1936: 203
 14. BD. zur Regelung der Fälligkeit alter
 Hypotheken v. 22. Dez. 1938: 80
 §§ 7, 9 ff.: 203
 § 26: 202
 15. BD. über den Einfluß des jüdischen
 Vermögens v. 3. Dez. 1938: 709
 § 1: 716¹⁷
 § 6: 1203
 § 7: 140 181²⁴ 582⁷ 1203

- § 8: 180²³ 181²⁴ 1169^{21 22} 1203
1251¹² 1252¹³
§ 9: 716¹⁷
§ 12: 716¹⁷
§ 15: 1203
16. Durchf. v. 16. Jan. 1939 zur B.D. über den Einfaß des jüdischen Vermögens: 709
17. Durchf. v. 6. Febr. 1939: 1203
III 1 II: 1207
18. Anordnung auf Grund der B.D. über die Anmeldung des Vermögens von Juden v. 26. April 1938:
§§ 2, 4, 5, 6: 1204
19. B.D. über die Umstellung der Schulverhältnisse im Saarland vom französischen Franken auf Reichsmark v. 22. Febr. 1935: 854
20. Gef. über den Ausgleich bürgerlich-rechtlicher Ansprüche vom 13. Dez. 1934: 51
21. 14. Durchf. und ErgänzungsB.D. v. 18. März 1939: 278
22. AbzG. v. 16. Mai 1894: 843
§ 1: 1044
§ 2: 616
§ 3: 1044
§§ 4, 5: 1044
23. SchulbVerord. v. 17. Aug. 1938: 360 593
§ 1 I: 263³⁴ 264³⁵ 280 449^{15 16}
450¹⁷ 594 655^{27 28} 657^{29 30}
658³¹ 1096³⁹ 1097⁴¹ 1253^{14 15}
1254^{16 17}
§ 1 II: 284 450¹⁷ 1095³⁸
§ 1 III: 1095³⁸ 1254¹⁶
§ 1 IV: 264³⁶ 279 451¹⁸ 658²²
1097⁴⁰
§ 2: 284
§ 3: 286 288 452¹⁹ 1254¹⁸
§ 5: 355 596 657³⁰
§ 5 III: 285 355
§ 6: 1098⁴²
§ 7: 596
§ 8: 286 659³³ 949²⁶
§ 9: 286
§ 10: 452²⁰ 658³¹ 1254¹⁶
§ 11: 658³¹ 949²⁶ 1095³⁸
§ 12: 355 452^{20 21} 1256¹⁹
§ 14: 287
§ 15: 287
24. Gef. zur Sicherung der Bauforderungen v. 1. Juni 1909:
§§ 2, 6: 362²
25. Gef. zum Schutz des deutschen Wlutes und der deutschen Ehre v. 15. Sept. 1935:
§ 1: 711¹
§ 2: 163⁵ 164⁶ 482
§ 5: 163⁵ 711¹ 925⁸
26. 1. Ausf. B.D. z. BlutschutzG. v. 14. Nov. 1935:
§ 6: 1062
27. EhegesundhG. v. 18. Okt. 1935:
§ 1 Ziff. 1a: 736³⁹
28. Durchf. B.D. zum EhegesundhG. v. 29. Nov. 1935:
§ 20 IV, V: 1137
29. Gef. über die Änderung familienrechtlicher Vorschriften und über die Rechtsstellung der Staatenlosen v. 12. April 1938:
Art. 3: 1128
§ 5: 75
§ 8: 246¹⁸
§ 9: 134 407
§ 12: 422
§ 21: 423
§§ 26, 27: 75
30. Gef. zur Vereinheitlichung des Rechts der Eheschließung und der Ehescheidung im Lande Österreich und im übrigen Reichsgebiet v. 6. Juli 1938: 860
§ 35: 21
§ 37: 173¹⁷ 778¹³
§ 37 II: 172¹⁶
§ 47: 1015³⁸
§ 49: 27 174¹⁸ 177²⁰ 178²¹ 305¹
382³⁷ 779¹⁴ 1015³⁸ 1071¹⁵
1244⁶
§ 50: 383³⁸ 469 1072¹⁶
§ 51: 469
§ 52: 469
§ 53: 469 639¹⁵
§ 54: 1072¹⁶
§ 55: 24 174^{18 19} 177²⁰ 182²⁷
382³⁷ 469 470 639¹⁵ 640¹⁶
779¹⁴ 780¹⁵ 783¹⁷ 996¹⁸
997¹⁹ 1073¹⁷ 1074¹⁸ 1215⁷
§ 56: 383³⁸ 780¹⁵
§ 58: 639¹⁵
§ 59: 178²¹
§ 60: 20 782¹⁶ 998²⁰
§ 61: 779¹⁴ 780¹⁵ 782¹⁶
§ 66: 344 468 478 1246⁸
§§ 66 ff.: 589¹⁵
§ 67: 469
§ 68: 469
§ 69: 1072¹⁶
§ 78: 1072¹⁶
§ 80: 190³⁴ 306² 470 605 999²¹
§ 81: 179²² 199 577⁸ 1000²²
1076¹⁹
§ 84: 1194⁵⁸
§ 93: 997¹⁹
§§ 93—95: 174¹⁸
§ 95: 639¹⁵
§ 96: 470 999²¹ 1246⁸
§ 97: 577⁸ 1000²²
§ 112: 174¹⁸
§ 118: 173¹⁷
31. 1. Durchf. und ErgänzungsB.D. zum EheG. v. 27. Juli 1938:
§ 13: 22
§ 17: 21
§ 18: 22
§ 19: 21
§ 54: 173¹⁷
32. B.D. z. Einführung des großdeutschen Eherechts in den sudeten-deutschen Gebieten v. 22. Dez. 1938:
§ 31: 1077²⁰
33. Gef. über die Haftung des Reichs für seine Beamten v. 22. Mai 1910:
§ 3, 5: 53
34. ZugWohlfG. v. 9. Juli 1922: 919
§ 63 III: 1177³⁰
§ 66: 873⁵ 1178³¹
§ 67: 873⁵ 1177³⁰ 1178³¹
§ 72: 1179³²
35. ÄnderungsG. zum ZugWohlfG. v. 1. Febr. 1939: 123
36. PersStG. v. 3. Nov. 1937: 230
§ 29: 1234
§ 30: 136 448¹³ 1234
§ 45: 448¹³
§ 47: 422
§ 48: 448¹⁸
§ 49: 448¹⁸
37. 1. Ausf. B.D. z. PersStG. v. 19. Mai 1938:
§ 60: 1235
§ 61 IV: 136
§ 62 II: 448¹³
38. 2. B.D. über die Einführung des deutschen Personenstandsrechts im Lande Österreich v. 23. Dez. 1938
§§ 1, 2: 448¹³
39. Gef. über die Errichtung von Testamenten und Erbverträgen v. 31. Juli 1938:
§ 16: 311⁶ 384³⁹
§ 48: 313⁷ 384³⁹
§ 51: 313⁷
- b) Handelsrecht, gewerbliches Urheberrecht und Privatversicherungsrecht**
40. StGB. v. 10. Mai 1897:
§ 1 II Ziff. 2: 238¹³
§ 4 II: 238¹³
§ 7: 685 716¹⁷
§ 17: 718¹⁸
§ 18 II: 441⁵ 1165¹⁷
§ 19: 1165¹⁷
§ 22: 720²¹ 1165¹⁷
§ 25: 316⁹
§ 29: 718¹⁸
§ 40: 393⁴⁷
§ 63: 392⁴⁶
§ 84: 957⁴²
§ 85: 393⁴⁷
§ 88: 393⁴⁷
§ 241: 316⁹
§ 313 Ziff. 3: 316⁹
§§ 366, 367: 920
§ 377: 1078²²
41. BankG. v. 30. Aug. 1924:
§ 8: 707
42. Gef. über das Kreditwesen v. 5. Dez. 1934: 861
43. BörsenG. v. 8. Mai 1908:
§ 57: 723²⁴
44. StGB. v. 21. Juni 1933:
Art. 10: 724²⁵
Art. 16: 920
Art. 17: 724²⁵
45. DevB.D. v. 23. Mai 1932:
§ 18: 716¹⁴
§ 36: 716¹⁴
46. Gef. zur Änderung der DevB.D. v. 16. Febr. 1934: 1208
47. DevG. v. 4. Febr. 1935:
§ 9: 926⁹
§ 42: 926⁹ 944²³
§§ 42—44: 366¹⁶ 927¹⁰
§ 45: 944²³
48. Durchf. B.D. v. 4. Febr. 1935:
§ 1: 926⁹
§§ 9 ff., 20: 366¹⁶ 927¹⁰
§ 27: 944²³
49. Gef. über die Devisenbewirtschaftung v. 12. Dez. 1938: 34 359 1063
§ 5 III: 969
§ 8: 1209
§ 14 Ziff. 4: 943²²
§§ 16, 17: 970
§ 22: 970
§ 28: 970
§§ 29, 30: 971
§ 46: 366¹⁶ 927¹⁰
§ 54: 970
§§ 55, 56: 972
§ 57: 969
§ 58: 970
§ 65: 140
§ 69—71: 366¹⁶ 927¹⁰
§ 70: 1209
§ 71: 1209
§ 87: 1208
§ 88: 1208 1211
§ 89: 1210
§ 91: 1208
50. Richtlinien für die Devisenbewirtschaftung v. 22. Dez. 1938: 81
51. Durchf. B.D. zum Gef. über die Devisenbewirtschaftung v. 23. Dez. 1938: 81
§§ 1 ff.: 366¹⁶ 927¹⁰
§ 19: 366¹⁶ 927¹⁰

52. Handelsregisterverordnung v. 12. Aug. 1937:
§ 5: 543
53. AltG. v. 30. Jan. 1937: 430 1141
§ 29: 685
§ 39: 431¹
§ 84: 316⁹
§ 86 I: 314⁸
§ 92: 314⁸ 718¹⁹
§ 136 IV: 719²⁰
§ 148: 686 718¹⁹
§§ 203, 205: 461³²
§§ 263 ff.: 720²¹
§ 295 Ziff. 3: 316⁹
54. EinfG. z. AltG.:
§ 5: 316⁹
55. 3. DurchfB.D. zum AltG. v. 21. Dez. 1938: 80
56. B.D. über Reichsmarkteröffnungsbilanzen und Umstellungsmaßnahmen im Lande Österreich v. 2. Aug. 1938: 1142
57. B.D. über Reichsmarkteröffnungsbilanzen und Umstellungsmaßnahmen in den sudeten deutschen Gebieten v. 9. Febr. 1939 (UmstellungsB.D.): 124
58. 2. B.D. zur Einführung handelsrechtlicher Vorschriften im Lande Österreich: 1142
59. 2. B.D. zur Einführung handelsrechtlicher Vorschriften in den sudeten deutschen Gebieten v. 9. Febr. 1939: 124
60. GmbHG. v. 20. Mai 1898: 358
§ 3: 720²²
§§ 3—8: 720²¹
§ 5 IV: 431¹
§ 8: 685
§ 15: 1001³³
§ 24: 431¹
§§ 35 ff.: 769³
§ 41: 362²
§ 43: 769³
§ 47: 720²²
§ 60 Ziff. 2: 1166¹⁸
§ 65 II: 1167¹⁹
§ 66 III: 1166¹⁸
§ 73: 1167¹⁹
61. GenG. v. 1. Mai 1889 u. 20. Mai 1898: 710
§§ 38 ff.: 723²³
62. Gef. über Auflösung und Löschung von Gesellschaften v. 9. Okt. 1934:
§ 2: 1167¹⁹
63. PatG. v. 5. Mai 1936:
§§ 1 ff.: 251²⁴
§ 52 II: 727²⁷
64. B.D. über das Berufungsverfahren in Patentsachen v. 30. Sept. 1936:
§ 6: 670⁴³
65. WZG. v. 5. Mai 1936:
§ 4: 253²⁶
§ 11 II Ziff. 3: 727²⁸
§ 15: 728²⁹
§ 16: 253²⁶
§ 24: 255²⁷ 728²⁹
§ 25: 253²⁶ 255²⁷
§ 31: 255²⁷
66. GewerMusfG. v. 5. Mai 1936:
§ 8: 730³⁰
§ 9: 958⁴⁴
§ 24: 730³⁰
67. UmWZG. v. 7. Juni 1909:
§ 1: 253²⁶ 437² 438³ 439⁴ 441⁵
676 802³¹ 1170²³ 1172²⁴
§ 3: 253²⁶ 255²⁷ 256²⁸ 438³ 439⁴
441⁵ 442⁶ 802³¹
§ 12: 137
68. ZitiUrhG. v. 19. Juni 1901:
§ 3: 1222
§ 15: 252²⁵

69. Gef. über das Verlagsrecht v. 19. Juni 1901 i. d. Fassung v. 22. Mai 1910:
708 725²⁶
§ 28: 1223
70. WZG. v. 30. Mai 1908: 644²²
§§ 49 ff.: 871⁴
§ 62: 871⁴
§ 149: 645²³
71. VerMusfG. v. 6. Juni 1931 u. 5. März 1937:
§ 81 a: 740
§ 112: 740
- c) Verkehrsrecht**
72. HaftpfG. v. 7. Juni 1871:
§ 1: 183²⁸ 613
73. RBahnG. i. d. Fassung v. 13. März 1930: 917
74. Gef. zur Neuordnung der Verhältnisse der Reichsbank und der Deutschen Reichsbahn v. 10. Febr. 1937: 917
75. EisenbVerfB.D. v. 16. Mai 1928 und 8. Sept. 1938: 360
§ 3: 220
§ 4: 298
§§ 31, 32: 299
§ 36: 299
§ 63: 221
§ 74 Ziff. 7: 221
§ 82: 221
§ 83: 299
§ 88: 221
§ 94: 299
76. B.D. über die staatlichen Hoheits- und Aufsichtsbefugnisse über die Eisenbahnen in Österreich v. 9. Febr. 1939: 124
77. Zuständigkeitsordnung der Deutschen Reichspost v. 13. März 1928: 156
78. KraftG. v. 3. Mai 1909 i. d. Fassung v. 13. Dez. 1933: 445⁹ 786²⁰ 788²¹ 1091³⁴ 1144
§ 4: 400⁵⁸ 1107^{53 54}
§ 7: 113 259³⁰ 442⁷ 444⁸ 613
745 783¹⁸ 1092³⁵
§ 8 Ziff. 1: 213
§ 9: 747 784¹⁹
§ 10: 798²⁸
§ 12: 798²⁸
§ 17: 215 256²⁹ 745 784¹⁹ 1093³⁸
§ 18: 224
§ 22: 113 713⁷
§ 24: 856
§ 27: 784¹⁹ 856
79. B.D. über den Betrieb von Kraftfahr- unternehmen im Personenverkehr v. 13. Febr. 1939: 121
80. ÄnderungsB.D. zur Bekämpfung der Notlage des Kraftdroschfengewerbes v. 3. Febr. 1939: 121
81. DurchfB.D. v. 27. März 1936 zum Gef. über den Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen:
§ 23: 687
82. B.D. über Garagen und Einstellplätze v. 17. Febr. 1939: 121
83. Gef. über die einstweilige Neuordnung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung v. 26. März 1934:
§ 3: 221
84. RStraßVerfB.D. v. 28. Mai 1934:
§ 25: 323¹¹ 786²⁰
§ 27 III: 1094³⁷
85. StraßVerfB.D. v. 13. Nov. 1937: 574
624³ 715¹² 768
§ 1: 323¹¹ 714¹⁰ 1152⁷
§ 7: 445⁹
§ 8: 714¹⁰
§ 9: 235⁹
§ 11 I: 715¹¹

- § 13 II: 1153⁸
§ 13 IV: 714¹⁰
§ 16: 1068¹¹
§ 24: 1152⁷
§ 26 VI: 259³¹
§ 48 III: 1154⁹
§ 49: 1152⁷
86. StraßVerfZusf.D. v. 13. Nov. 1937:
§ 1: 1107⁵³
§ 2: 1152⁷
§ 3: 1107⁵³
§ 4: 856
§ 10: 1107⁵³
§ 14: 1067⁸
§ 67: 856
§ 71: 856 1152⁷
87. Gef. über die Errichtung eines Unter-nehmens „Reichsautobahnen“ i. d. Fassung v. 25. Juni 1938:
§ 1: 1174²⁷
§ 8: 296 378³³
§§ 8 a, 9: 296
§ 8 b: 297
88. B.D. über Luftverkehr v. 21. Aug. 1936:
§ 19: 867²
§ 40: 687
§ 70: 867²
89. LuftMusfG. v. 1. Febr. 1939: 122
- d) Verfahren einschließlich Kosten**
90. ZB.D. i. d. Fassung der Bef. v. 8. Nov. 1933: 38 159 1144
§ 3: 332²² 456²⁵ 764 884¹⁵
1182^{34 35}
§ 4: 1182³⁶
§ 6: 1182³⁴ 1187⁴⁴
§ 9: 764 884¹⁵
§ 10: 578⁴
§ 13: 984
§ 16: 984
§ 23: 983
§ 38: 453²²
§ 50 II: 876⁸
§ 78: 977
§ 81: 447¹
§ 83: 976
§ 84: 977
§ 91: 181²⁵ 182²⁶ 325¹² 877¹⁰
890²² 1138 1182³⁷ 1183³⁸
1184³⁹ 1185⁴¹ 1189⁴⁸ 1190⁵⁰
1193⁵⁷
§§ 91 ff.: 1135
§ 92: 1122 1184⁴⁰
§ 93 a: 182²⁷ 1184⁴⁰
§ 100: 326¹⁴
§ 100 II: 325¹³
§ 103: 876⁹
§ 104: 877¹⁰ 1185⁴¹
§ 106: 326¹⁴
§ 110: 154
§ 114: 532 793²³ 794²⁴
§§ 114 ff.: 1192⁵³
§ 115: 331¹⁹ 583⁸ 793²³
§ 118 a: 1184³⁹
§ 119: 331^{19 20} 1014³⁶ 1181³³
§ 122: 584⁹
§ 125: 794²⁵
§ 129: 1181³³
§ 139: 1156¹³
§ 141: 1124
§ 146: 879¹¹
§ 148: 328¹⁶ 749 879¹¹
§ 154: 747
§ 160: 1124
§ 161: 795²⁶ 1124
§ 176: 977
§ 198: 877¹⁰
§ 233: 881¹²
§ 251 a: 662³⁵

- § 256: 132 422 459³¹ 578⁴ 585¹⁰
 686^{36 37} 667³⁸ 720²² 795²⁷
 798²⁸ 1243⁶ 1258²⁰
- § 263: 749
 § 264: 578⁴
 § 265: 666³⁶
 § 271: 183²⁹ 1131
 § 272 a: 1186⁴²
 § 272 b: 1014³⁷
 § 276: 950³⁰ 1188⁴⁵
 § 280: 459³¹ 879¹¹
 § 282: 374³¹
 § 286: 183²⁸ 185³⁰ 374³¹ 769⁴
 799²⁹ 1126 1262²¹
 § 287: 32 611 769⁴ 799²⁹
 § 297: 662³⁵
 § 299: 420
 § 300: 879¹¹
 § 301: 329¹⁶
 § 303 a. F.: 1134
 § 313: 1126
 § 319: 765
 § 320: 1126
 § 322: 799³⁰ 802³¹
 § 323: 470 594 1246⁸
 § 328: 869³ 1015³⁸
 § 329 III: 1186⁴³
 § 331 a: 662³⁶
 § 371 ff.: 1128
 § 383: 850
 § 384: 851
 § 385: 851
 § 391: 185³⁰ 697
 § 401: 1129
 § 402: 185³⁰
 § 418: 1127
 § 444: 1262²¹
 § 445 ff.: 1125
 § 495: 1135
 § 499 e: 1132
 § 511 a: 1187⁴⁴
 § 515 III: 333²⁴
 § 519 VI: 583⁸ 668³⁹
 § 519 b: 662³⁵
 § 522: 329¹⁶
 § 525: 1187⁴⁴
 § 528 c. 2: 1188⁴⁵
 § 536 f.: 1187⁴⁴
 § 539: 879¹¹
 § 547 Ziff. 1: 950³⁰
 § 547 Ziff. 2: 882¹³
 § 549: 803³²
 § 554 VII: 583⁸
 § 567: 332²²
 § 569: 1189⁴⁶
 § 580 Ziff. 3: 476
 § 580 Ziff. 4: 476 698
 § 580 Ziff. 5: 700
 § 580 Ziff. 6: 697
 § 580 Ziff. 7 b: 408 749
 § 586: 476 700
 § 599: 265³⁷
 § 600: 265³⁷
 § 606: 174¹⁸ 187³¹ 267³⁸ 454²³
 1015³⁹
 § 608: 978
 § 614 a: 187³³ 457²⁸ 1130
 § 616: 25 178²¹ 778¹³ 783¹⁷
 998²⁰
 § 618: 187³²
 § 619: 1124
 § 627: 225 330¹⁷ 332²¹ 352 605
 609 976 1014³⁶ 1121 1189^{47 48}
 § 627 b: 331²⁰ 352 605 669⁴¹ 976
 1121
 § 628: 578⁴
 § 640: 132 246¹⁹ 578⁴
 § 640 ff.: 886¹⁷ 1258²⁰
 § 643: 749
 § 644: 74 132 578⁴ 669⁴⁰
 § 694 I: 1132
- § 704 II: 578⁴
 § 707: 456²⁵ 853
 § 708 Ziff. 7: 578⁴
 § 713: 578⁴
 § 724: 225
 § 750: 225 979
 § 751: 803³³
 § 766: 587¹³ 1046 1232
 § 767: 456²⁵ 586¹¹ 643²¹ 1046
 1182³⁵ 1189⁴⁹
 § 770: 456²⁵
 § 788: 333²⁵
 § 794 Ziff. 3: 225 974
 § 794 Ziff. 5: 1135
 § 800: 1206 1251¹²
 § 802: 983
 § 803: 974
 § 805: 853
 § 811: 586¹² 1045
 § 811 Ziff. 5: 418
 § 812: 418
 § 821: 708
 § 828: 454²⁴ 587¹³ 983
 § 828 f.: 268³⁹
 § 834: 1232
 § 836: 985
 § 845: 1190⁵⁰
 § 850: 219 587¹⁴ 589¹⁵ 602 670⁴²
 1231 1233
 § 850 II: 118
 § 850 III: 1191⁵¹
 § 850 b: 118 219 587¹⁴ 589^{15 16}
 602 670⁴² 1191⁵¹ 1233
 § 850 e: 587¹⁴ 602
 § 850 g: 604 1093³⁶
 § 851: 454²⁴
 § 857: 884¹⁴
 § 883: 363⁴
 § 887—890: 973
 § 891: 973
 § 892: 973
 § 901: 118
 § 927: 888²⁰
 § 929: 1206
 § 932: 1206
 § 937: 609
 § 945: 874⁶ 888²⁰
 § 1048: 855
91. GG. i. b. Faff. v. 22. März 1924:
 § 13: 51 260³³ 378³³ 659³⁴ 679
 § 23: 748
 § 71 II: 1249¹¹
 § 71 III: 882¹³
92. BD. zur einheitlichen Regelung der
 Gerichtsverfassung v. 20. März 1935:
 546
93. 1. BD. über die Gliederung der Ge-
 richte in den sudeten-deutschen Gebieten
 v. 10. Febr. 1939: 124
94. BD. zur weiteren Überleitung der
 Rechtspflege im Lande Österreich und
 in den sudeten-deutschen Gebieten v.
 28. Febr. 1939:
 §§ 2, 34: 425
95. BD. über Maßnahmen auf dem Gebiet
 der Rechtspflege und Verwaltung v.
 14. Juni 1932:
 1. Teil Kap. I Art. 2 § 1 Ziff. 1: 1069¹³
 § 1 Ziff. 4: 1155¹²
 Art. 7: 1069¹³
1. Teil Kap. II Art. 1: 300
96. FGG. v. 20. Mai 1898: 304
 § 7: 985
 § 12: 286 1167¹⁹
 § 14: 1181³³
 § 20: 237¹² 448¹⁴ 1181³³
 § 21: 1179³²
 § 22 II: 949²⁶
 § 46: 1179³²
 § 56 II: 237¹²
- § 60 I Ziff. 6: 237¹²
 § 126: 321¹⁰
 §§ 176, 177: 940¹⁹
97. HinterlegungsD. v. 10. März 1937:
 § 2: 543
98. JustizausbildungsD. v. 4. Jan. 1929:
 556 986
99. BD. über die Befähigung zum Richter-
 amt, zur Staatsanwaltschaft, zum No-
 tariat und zur Rechtsanwaltschaft v.
 4. Jan. 1939: 80
100. RM.D. i. b. Faff. der Bef. v. 21. Febr.
 1936:
 § 3: 424
101. NotarD. v. 13. Febr. 1937: 555
102. Gef. über die Vernehmung von An-
 gehörigen der NSDAP. und ihrer
 Gliederungen v. 1. Dez. 1936: 401
103. Zwangsverf. v. 30. Mai 1898:
 § 10 I Ziff. 5: 411
 § 10 I Ziff. 8: 742
 § 12: 412
 §§ 30, 31: 617
 §§ 41, 42: 73
 § 43: 139
 § 44: 72
 § 63: 421
 § 70: 140
 § 71: 143
 § 72: 140, 143
 § 79: 73
 § 81: 140
 § 84: 421
 § 118: 411
 § 128: 411
 § 155: 412 742
 § 156: 412
 § 157: 412 950²⁸
 § 158: 412
104. BD. über die Zurückweisung von Ge-
 boten in der Zwangsversteigerung v.
 6. April 1938: 141
105. RD. v. 10. Febr. 1877:
 § 59: 887¹⁸
 § 68: 1182³⁵
 § 148: 1182³⁵
 § 181 c. 3: 597
 § 240 I Ziff. 1: 365¹⁵
 § 240 I Ziff. 3, 4: 924⁶
 § 241: 924⁶
 § 244: 365¹⁶
106. VerglD. v. 26. Febr. 1935:
 § 8 III: 597
107. BD. über Maßnahmen auf dem Ge-
 biet der Zwangsvollstreckung v. 26. Mai
 1933:
 § 1: 72
 § 3: 72
 § 4: 72
 § 5: 617
 § 9 a: 143 334²⁶
108. 3. BD. auf dem Gebiete der Zwangs-
 vollstreckung v. 28. Jan. 1939: 124
109. BD. v. 7. April 1938 zur Ergänzung
 der Vorschriften über die Pfändung
 der Arbeitsvergütung: 670⁴²
110. Gef. zur Verhütung mißbräuchlicher
 Ausnutzung von Vollstreckungsmöglich-
 keiten v. 13. Dez. 1934: 772⁸
111. RM.D. v. 25. Nov. 1935:
 § 15: 452²¹ 1256¹⁹
 § 24: 1137
 § 26: 356 1135
 § 29: 1135
 § 31 I Ziff. 5 a: 1135
 § 38: 754
 § 99 II: 227
 § 122: 356 452²⁰ 1256¹⁹

112. B. über die Gebührenbefreiung beim
Kleinwohnungsbau v. 27. Aug. 1936:
425

113. G. i. d. Faſſ. v. 5. Juli 1927: 986
§ 4: 629¹⁰
§ 9: 884¹⁵
§ 10 II, III: 884¹⁶ 885¹⁶
§ 10 IV: 608 669⁴¹
§ 11: 886¹⁷
§ 14: 754
§ 16: 332²²
§ 17: 765
§ 18: 765 1191⁵²
§ 20: 670⁴³ 794²⁴
§ 20 Ziff. 2: 334²⁷ 1014³⁷
§ 23: 888¹⁹
§ 33 a: 352
§ 34 Ziff. 1: 456²⁵
§ 36: 671⁴⁴
§ 38: 1184³⁹
§ 74: 457²⁶ 583⁸
§ 77: 671⁴⁴ 887¹⁸
§ 79: 887¹⁸ 888¹⁹
§ 90: 457²⁶

114. M. u. G. i. d. Faſſ. v. 5. Juli 1927:
986
§ 1: 629¹⁰
§ 3: 326¹⁴
§ 10: 754
§ 12: 332²²
§ 13: 794²⁴
§ 13 Ziff. 1: 669⁴¹
§ 13 Ziff. 2: 1193⁵⁵
§ 13 Ziff. 3: 187³³ 190³⁴ 457²⁷
§ 13 Ziff. 4: 1193⁵⁷
§ 13 Ziff. 4: 333²³ 334²⁷ 1014³⁷
§ 1193⁵⁶
§ 14: 457²⁶ 1186⁴³ 1193⁵⁴
§ 16: 333²⁴
§ 17: 1193⁵⁶
§ 23 Ziff. 18: 333²⁵ 849²¹ 1190⁵⁰
§ 25: 888²⁰
§ 28: 888²⁰
§ 28 a: 331²⁰ 352 669⁴¹
§ 31: 334²⁶ 889²¹
§ 44: 672⁴⁵ 890²² 1193⁵⁷
§ 51: 326¹⁴
§ 63: 165⁷ 629¹⁰ 1042
§ 67: 1042
§ 73: 1042
§ 89: 187³³

115. Arm. u. M. u. G. v. 20. Dez. 1928:
§ 1: 330¹⁸ 332²¹ 584⁹ 1191⁵²
§ 1192⁵³ 1193⁵⁴

116. Z. u. G. v. 21. Dez. 1925:
§ 2: 1129
§ 3: 458²⁹ 891²³
§ 16: 458²⁹
§ 20: 335²⁸ 29

117. Allgemeine Verfügung des R. M. v.
12. Aug. 1935 betr. Bewilligung von
Reiſenſchädigungen an mittelſte Par-
teien und Beſchädigte uſw.: 335²⁹

e) Arbeitsrecht

118. Arb. u. G. v. 20. Jan. 1934:
§ 2 II: 220
§ 4 III: 950³⁰
§ 10: 391⁴⁵
§ 11: 391⁴⁵
§ 14: 391⁴⁵
§ 28: 348
§ 30: 907
§ 32: 906 950³⁰ 951³¹
§ 33: 950³⁰
§ 56: 35
§ 58: 35
§ 72: 909 952³²

119. Gef. zur Ordnung der Arbeit in öffent-
lichen Verwaltungen und Betrieben v.
23. März 1934:
§ 16: 908

120. 5. Durchf. B. zum Arb. u. G. in öffent-
lichen Verwaltungen und Betrieben v.
7. Febr. 1939: 123

121. Arb. u. G. v. 30. April 1938: 1062
§ 7 III: 909

122. Gef. über die Arbeitszeit in Bäckereien
und Konditoreien v. 29. Juni 1936:
1062
§ 15: 756

123. Gef. über die Beſchäftigung ſchwer-
beſchädigter i. d. Faſſ. v. 12. Jan.
1923
§ 21 III: 908

124. B. über die Lohngeſtaltung vom
25. Juni 1938: 906

125. B. über die Beſchäftigung Jugend-
licher in bergbaulichen Betrieben v.
20. Jan. 1939: 123

126. Gef. über Kinderarbeit und über die Ar-
beitszeit der Jugendlichen v. 30. April
1938 (Zug. u. G.): 125 304 1062
§ 11: 760
§ 20: 757
§ 24: 756

127. B. zur Sicherſtellung des Kräftebe-
darfs für Aufgaben von besonderer
ſtaatspolitiſcher Bedeutung v. 13. Febr.
1939: 122 621 899
§ 7: 899 905

128. Durchf. B. v. 10. März 1939: 899
§§ 3, 4: 905
§ 11: 903 905
§ 12: 905

129. Arbeitsbuch. v. 26. Febr. 1935:
§§ 2, 4, 5: 904

130. 1. Durchf. B. v. 16. Mai 1935:
§ 5: 904 956⁴¹
§ 18: 904

131. Allgemeine Dienſt. für nichtbeamtete
Geſellſchaftsmitglieder bei öffentlichen
Verwaltungen und Betrieben v. 19. Dez.
1938: 81

132. Arb. u. G. i. d. Faſſ. v. 10. April 1934:
§ 2: 957⁴²
§ 5: 957⁴²
§ 12: 765
§ 48: 950³⁰
§ 61: 764
§ 69: 764
§ 72: 958⁴³
§ 100: 950³⁰

f) Wirtschaftsrecht

a) Allgemeines

133. 1. Durchf. B. zum Wirtschaftsaufbau. v.
27. Nov. 1934:
§§ 16, 17: 678

134. B. über Preisbindungen v. 11. Dez.
1934:
§ 3: 652²⁵

135. Preisüberwachungs. v. 11. Dez.
1934:
§ 15: 1031

136. Preisbildungs. v. 29. Okt. 1936:
§ 4: 994¹⁵
§ 6: 496

137. Preisstop. v. 26. Nov. 1936: 807³⁷
994¹⁵ 1078²²
§ 1: 496 650²⁴ 652²⁵
§ 2: 495
§ 3: 496
§ 4: 1031

138. B. zur Durchführung des Vierjahres-
plans v. 18. Okt. 1936: 277 621

139. 2. Vierjahresplan. Durchf. B. v. 5. Nov.
1936:
Ziff. II: 906

140. 4. Vierjahresplan. Durchf. B. i. d. Faſſ.
v. 23. Juli 1937: 1065¹

141. 7. Vierjahresplan. Durchf. B. v. 22.
Dez. 1936: 905

142. Anordnung zur Durchführung des Vier-
jahresplans über die Lohnzahlung an
Feiertagen v. 3. Dez. 1937: 391⁴⁴

143. 2. B. über eine allgemeine Preis-
ſenkung im Lande Oſterreich v. 3. Febr.
1939: 124

144. B. über die Preisermittlung auf
Grund der Selbſtkoſten bei Leiſtungen
für öffentliche Auftraggeber v. 15. Nov.
1938: 33

145. B. über Strafen und Strafverfahren
bei Zuwiderhandlungen gegen Preis-
vorſchriften v. 3. Juni 1939:
§ 1: 1030
§ 3: 1031
§§ 5, 6, 7: 1031
§§ 9, 10: 1032
§ 13, 14: 1032
§§ 15 ff.: 1032
§ 39: 1030

146. B. zur Verbilligung des Warenver-
kehrs v. 29. Okt. 1937:
§§ 3, 4: 652²⁵

147. B. über einen Marktschutz für die
öſterreichiſche Wiſtſchaft v. 27. Sept.
1938: 678

148. Spinnſtoff. v. 6. Dez. 1935:
§ 22 II: 1031

149. B. zur Ausſchaltung der Juden aus
dem deutſchen Wiſtſchaftsleben vom
12. Nov. 1938: 1230

150. Durchf. B. v. 23. Nov. 1938 zur B.
zur Ausſchaltung der Juden aus dem
deutſchen Wiſtſchaftsleben: 1168²⁰
§ 3: 581⁶

β) Landwirtschaftsrecht

151. R. Siebl. v. 11. Aug. 1919:
§ 22: 876⁷

152. Wohn. Siebl. v. 22. Sept. 1933:
§ 4: 447¹²

153. Einſtweiliges Sieblungs. v. 3. Juli
1934: 399⁶⁷

154. R. Heimſt. i. d. Faſſ. v. 25. Nov.
1937:
§§ 5, 10: 1175²⁸
§ 25 III: 1176²⁹

155. Bef. über den Verkehr mit Landwirt-
ſchaftlichen oder fortwirtschaftlichen
Grundſtücken v. 26. Jan. 1937: 39
230
§ 2 II: 143
§ 3: 421
§ 5: 941²⁰

156. Gef. über Landbeſchaffung für Zwecke
der Wehrmacht v. 29. März 1935:
803³⁴

157. 1. Durchf. B. zum Gef. über die Siche-
rung der Reichsgrenze und über Ver-
geltungsmaßnahmen v. 17. Aug. 1937:
230 532

158. B. zur Sicherung der Landbewirt-
ſchaftung v. 23. März 1937: 704

158 a. Durchf. B. v. 22. April 1937: 704

159. Glasſtätten. v. 23. Dez. 1938: 81

160. R. Jagd. v. 3. Juli 1934: 863 1236
§ 30: 370²⁰
§ 60 Ziff. 6: 370²⁰

161. Ausf. B. zum R. Jagd. v. 27. März
1935:
Zu § 30 R. Jagd.: 370²⁰

162. BD. über die deutsche Pelztierzucht v. 20. Jan. 1939: 122
163. 1. BD. über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes i. d. Fass. v. 26. April 1935: § 7: 956⁴⁰
164. SchiedsgerichtsBD. für die Schiedsgerichte beim Reichsnährstand für Lieferstreitigkeiten v. 18. Juli 1935: § 2: 855
165. BD. zur Ordnung der Getreidewirtschaft v. 14. Juli 1934 und 10. Juli 1935: § 49 II: 1031
166. BD. über den Zusammenschluß der deutschen Milch- und Fettwirtschaft v. 29. Juli 1938: § 4: 652²⁵
167. BD. über den Zusammenschluß der Holz- und Forstwirtschaft v. 20. Okt. 1936: § 5: 244¹⁷
168. SchlachtviehverkehrsBD. v. 27. Febr. 1935: § 32: 994¹⁵
169. BD. über Erzeugung von Küken in Brittereien v. 27. Jan. 1939: 122
170. ErbhofG. v. 29. Juni 1933: 574
§ 1: 386⁴⁰
§ 2: 388⁴¹
§ 6 II: 389⁴²
§ 7 I: 389⁴²
§ 8 I: 389⁴²
§ 12: 532
§ 13: 840
§ 15: 386⁴⁰ 590¹⁷
§ 20: 841
§ 21: 841 945²⁴
§ 22: 591¹⁸
§ 23: 250²³
§ 24: 389⁴²
§ 25: 250²³ 841
§ 30: 227 1051
§ 31: 227 1051
§ 32: 842
§ 34: 227 1051
§ 35: 1051
§ 37: 70 803³⁴ 946²⁵ 1055
§ 40 II: 946²⁵
§ 57: 1188⁴⁵
171. ErbhofrechtsBD. v. 21. Dez. 1936: § 1: 804³⁵
§ 5: 532 804³⁵
§ 6 a: 840
§ 9 a: 841
§ 11: 806³⁶
§ 15 II: 227
§ 26: 946²⁵
§ 30: 70 807³⁷ 842
§ 36: 809³⁸ 842 1055 1188⁴⁵
§ 43: 227
§ 47 II: 945²⁴
§ 48: 841
§ 51: 810⁴⁰
172. Erbhofverfahrensordnung v. 21. Dez. 1936: § 23 a: 842
§ 27: 985
§ 52: 227
§ 62: 591¹⁸
§ 74: 812⁴¹
§ 76: 812⁴¹
§ 77: 812⁴¹
§ 84: 812⁴¹
173. BD. über Erbhofrecht v. 26. April 1939: 840
174. BD. über die Einführung des Erbhofrechts im Memelland v. 29. April 1939: 842
175. Gef. zur Regelung der landwirtschaftlichen Schulverhältnisse v. 1. Juni 1933: § 16: 795²⁷
§ 34: 599
§ 35: 596
§ 81: 601
176. 6. DurchfBD. zum landwirtschaftlichen EntschußG. v. 7. Juli 1934: Art. 7: 597
Art. 8: 597
Art. 26 II: 598
177. 9. DurchfBD. zum landwirtschaftlichen EntschußG. v. 24. Nov. 1937: Art. 39: 950²⁷
178. Gemeinschaftliche Richtlinien Nr. 80 zu B 4b: 804³⁵
Nr. 87: 950²⁷
Nr. 79: 1100⁴³
179. BD. über die Behandlung der Mitschuldner und Bürgen im Schuldenregelungsverfahren v. 16. Febr. 1937: Art. 2: 596
180. PächterentschuldungsBD. v. 12. März 1935: Art. 23: 1047 1100⁴³
Art. 24: 1100⁴³
- γ) Handwerksrecht**
181. Gef. über den vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks v. 29. Nov. 1933: 683
182. 3. BD. über den vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks v. 18. Jan. 1935: § 3, 4: 683
§ 10, 20: 680
183. BD. über die Durchführung des Bierjahresplanes auf dem Gebiet der Handwerkswirtschaft v. 22. Febr. 1939: 420
184. 1. Anordnung z. BD. über Durchführung des Bierjahresplanes auf dem Gebiete der Handwerkswirtschaft v. 22. Febr. 1939: § 4, 5, 6: 420
§ 19: 355
185. Gef. über die Altersversorgung für das deutsche Handwerk v. 21. Dez. 1938: 80 836
- g) Miet- und Pachtrecht**
186. RMietG. i. d. Fass. v. 20. April 1936: § 2 III—V: 1086²⁹
187. MietSchG. i. d. Fass. v. 17. Febr. 1928 und 27. April 1933: § 2: 145 1086³⁰
§ 4: 146 1215
§ 4 III: 498 919
§ 5 a IV: 404
§ 6 II: 405
§ 12: 1182³⁷
§ 49: 643²¹
§ 52 c: 643²¹
188. 1. AusführungsBD. zur RündSchBD. v. 4. Dez. 1937: § 4: 495
189. RündSchBD. v. 19. April 1939: 495
§ 1: 497 1213
§ 3: 497
§ 4: 497 1214
§ 5, 6, 8: 498
§ 7: 498 1213
§ 9: 497
§ 11: 498
190. DurchfBD. zur RündSchBD. vom 24. Juni 1939: § 2: 1213
§ 3: 1214
§ 4, 5: 1214
- § 7: 1214
§ 8: 1216
§ 11: 1214
§ 15 ff.: 1217
191. Gef. über die Mietverhältnisse mit Juden v. 4. Mai 1939: § 1: 966
§ 2: 967
§ 3, 4: 967
§ 7: 966
§ 8: 966
§ 9: 968
§ 10: 965
§ 12: 968
§ 13: 968
192. BD.en über Einführung des Gef. über Mietverhältnisse mit Juden in der Ostmark und in den sudeten deutschen Gebieten v. 10. Mai 1939: 968
193. PächterSchG. i. d. Fass. v. 28. Juni 1935: 876⁷
§ 1: 205
194. 4. Gef. zur Änderung des Gef. über Pächterschutz v. 28. Juni 1935: § 2: 874⁶
195. Gef. über Weitergeltung und Ergänzung des Pächtnotrechts v. 30. Sept. 1937: 204 ff.
§ 2: 205 874⁶
- h) Kulturreisen**
196. SchriftleiterG. v. 4. Okt. 1933: § 9: 532
- II. Landrecht**
- a) Preußen**
197. MR. v. 5. Sept. 1794: § 75 Einleitung: 378³³
§ 312, 313, 316, 317 I 11: 891²⁴
§ 468, 469 I 12: 635¹⁴
§ 53, 55 II 10: 517
§ 88—91 II 10: 1249¹¹
§ 11 II 15: 1022⁴⁶
§ 50 ff. II 19: 248²¹
198. MGBGB. v. 20. Sept. 1899: Art. 21: 409
Art. 38: 447¹²
Art. 51 §§ 4, 6: 249²²
199. Gef. betr. das eheliche Güterrecht in der Provinz Westfalen v. 16. April 1860: § 7, 10: 171¹⁵
200. Hofreskript betr. Erbrecht v. 2. Juli 1801: 248²¹
201. MZugwobstG. v. 29. März 1924: § 21: 1179⁸²
202. AusfG. zum GVB. i. d. Fass. v. 29. Aug. 1933: § 22: 546
§ 39: 1249¹¹
203. FGB. v. 21. Sept. 1899: 304
204. EisenbahnG. v. 3. Nov. 1838: 214
205. KleinbahnG. v. 28. Juli 1892: 214
206. EnteigG. v. 11. Juni 1874: § 7, 8: 185³⁰
§ 30: 297
207. Gef. betr. die Rechtsverhältnisse des Stein- und Braunkohlenbergbaus v. 22. Febr. 1869: 447¹²
208. AusfG. zum RSieblG. v. 15. Dez. 1919: § 12, 13: 876⁷
209. WassG. v. 7. April 1913: § 41 Riff. 1, 2: 892²⁵
§ 156, 157: 892²⁵
§ 172: 892²⁶

B. Strafrecht

I. Reichsrecht

1. Materielles Recht

234. StGB. i. b. Fass. der Bef. v. 26. Febr. 1876 und der Novellen: 1063
§ 2: 113 362² 482 623² 713⁸
825 921¹ 1152⁷
§ 2a: 486
§ 20a: 161¹² 233¹ 482 987¹
1150⁶
§ 27a: 762
§ 27b: 233²
§ 27c: 679 1152⁷
§ 28: 918
§ 29: 233³
§ 32: 486
§ 42: 711²
§ 42b: 1033
§ 42e: 161¹² 987¹ 1150⁶
§ 42k: 161¹
§ 43: 363⁶
§ 51: 161¹ 712³ 987²³ 1066²
1070¹⁴
§ 52: 988⁴
§ 59: 759 1033
§ 60: 362³ 988⁵
§ 61: 996¹⁷
§ 67: 233⁴
§ 68: 233⁴ 1145¹
§ 73: 763 924⁶ 1032
§ 78: 233²
§ 132: 88
§ 153: 363⁴
§ 153 f.: 1066³
§ 156: 988⁷
§ 163: 988⁶
§ 164: 623¹ 988⁶
§ 169: 921²
§ 172: 479
§ 173: 623²
§ 174 I. Biff. 1: 363⁵
§ 175: 483
§ 175a: 363⁶
§ 175a Biff. 3: 364⁷
§ 175b: 162³
§ 176: 712³
§ 176 I. Biff. 2: 364⁸
§ 176 I. Biff. 3: 233⁵
§ 180: 1145² 1146³
§ 181: 989⁸ 1145² 1146³
§ 183: 364⁹ 10
§ 185: 233⁶ 364¹⁰ 623¹
§ 186: 219
§ 200: 364¹⁰
§ 211: 1066⁴
§ 212: 364¹¹
§ 213: 364¹²
§ 218: 712⁴ 922³
§ 222: 624³ 856 929¹¹ 989⁹ 1066⁵
1148⁴
§ 222 ff.: 365¹³
§ 230: 989⁹ 1066⁶ 1148⁵
§ 243: 921¹
§ 257: 1067⁷
§ 259: 361¹ 368¹⁸
§ 263: 157 712⁵ 921²
§ 266: 137 803³² 989¹⁰ 990¹¹
994¹⁴
§ 267: 162⁴
§ 267 ff.: 924⁴ 1567⁸
§ 268: 712⁵
§ 300: 767
§ 330a: 992¹² 1033 1150⁶
§ 330c: 713⁷ 1041
§ 332: 994¹³
§ 348: 989¹⁰
§ 350: 994¹⁴
§ 352: 713⁸
§ 354: 924⁵

- § 356: 714⁹
§ 359: 625⁴ 1068⁹
§ 360 Biff. 11: 1068¹⁰
§ 361 Biff. 3: 365¹⁴
§ 361 Biff. 10: 62 301
§ 363: 162⁴ 924⁴
235. NotB.D. v. 8. Dez. 1931:
8. Teil Kap. III § 1: 219
236. B.D. zum Schutze von Volk und Staat
v. 28. Febr. 1933:
§ 1: 222
237. HeimtückeG. v. 20. Dez. 1934:
§ 4: 361¹
238. Gef. über Titel, Orden und Ehren-
zeichen v. 7. April 1933:
§ 61a: 370²¹
239. Gef. gegen gefährliche Gewohnheits-
verbrecher und über Maßregeln der
Sicherung und Besserung v. 24. Nov.
1933:
Art. 5 Biff. 2 u. 3: 711²
240. B.D. zur Vereinheitlichung des Straf-
rechts für Wehrmachtangehörige v.
13. Jan. 1939: 124

2. Verfahren

241. StPD. i. b. Fass. v. 22. März 1924:
1064
§§ 22, 24: 929¹¹
§ 74: 929¹¹
§ 113: 301
§ 150: 165⁷
§ 152: 76
§ 153: 76
§ 153 III: 1038
§ 161: 1032
§§ 230 ff.: 1154¹⁰
§ 240 II: 370²²
§ 241: 110
§ 241 II: 370²²
§ 243: 110
§ 245: 929¹² 1069¹²
§ 246: 1069¹²
§ 250: 716¹⁵
§ 261: 370²³
§ 263: 698
§ 264: 370²³
§ 265: 370²⁴
§ 302: 370²⁵ 850
§ 304: 629¹⁰
§ 312: 1069¹³
§ 313: 1069¹³
§ 338 Biff. 5: 627⁸
§ 338 Biff. 6: 236¹⁰
§§ 341 ff.: 1154¹¹
§ 345: 208 1069¹³
§ 359 Biff. 5: 236¹¹ 1070¹⁴
§ 364: 236¹¹
§ 370: 1070¹⁴
§§ 374 ff.: 716¹⁶
§ 377: 761
§ 380: 761 1043
§ 391: 761
§ 404: 628⁹
§§ 413 ff.: 995¹⁶
§ 429a: 371²⁶ 996¹⁷
§§ 458—460: 29
§ 465: 371²⁶
§ 467: 371²⁶
242. B.D. über die Unterwerfung im Straf-
verfahren v. 1. Nov. 1921: 1211
243. NotB.D. v. 6. Okt. 1931:
Teil 6 Kap. I § 7: 761
244. B.D. über die Bildung von Sonder-
gerichten v. 21. März 1933:
§ 6: 629¹⁰
245. B.D. über die Erweiterung der Zu-
ständigkeit der Sondergerichte vom
20. Nov. 1938: 33

210. Komm. BauernD. v. 15. Mai 1916:
249²²
211. Patent zur BauernD. v. 12. Nov.
1804: 249²²
212. PachtsD. v. 19. Sept. 1927:
§ 6: 1087³¹
§ 25: 876⁷ 1087³¹
§ 28: 1087³¹
§ 47a: 1087³¹

b) Bayern

213. AusfG. zum GVG.
Art. 26: 882¹³
214. B.D. die Gebühren der Rechtsanwölfe
in den Angelegenheiten der Rechts-
pflege betr. v. 26. März 1902:
Art. 4, 11: 1042

c) Hamburg

215. Gef. zur Anpassung Hamburger Gesetze
an die GVG. v. 16. Juni 1937:
Art. 7: 463³³

III. Österreich

216. ABGB. v. 1. Juni 1811:
§§ 901, 1247: 1194⁵⁸
217. VerfVertrG.:
§§ 32, 120 ff.: 1195⁵⁹
218. KraftfG. v. 1937:
§ 4: 213
219. KraftfB.D.:
§§ 57 ff.: 1195⁵⁹
220. LuftfG.:
§ 16: 213
221. BPD.:
§ 85c: 1264²²
§ 502: 1016⁴⁰
§ 530 Biff. 7: 700 701
222. Jurisdiktionsnorm v. 1. Aug. 1895:
§ 31: 454²³

IV. Ausländisches Recht

a) England

223. Domestic Proceeding Act: 915
224. Inheritance-Family-Provision-Act
1938: 916
225. Hire Purchase Act 1939: 916
226. Evidence Act v. 1938: 916
227. Young Persons employment Act
1939: 916

b) Ungarn

228. EheG.:
§ 89: 1194⁵⁸

c) Rumänien

229. KGB. Karl II v. 1939: 910

d) Jugoslawien

230. BPD.:
§ 623 Biff. 6: 701

e) Polen

231. BPD.:
Art. 445 § 2: 701

f) Tschechoslowakei

232. BPD.:
§ 530 Biff. 7: 701

g) Schweiz

233. ZivGB.: 360

246. JugVerfG. v. 16. Febr. 1923:
§ 3: 115
§ 9: 115
247. StraffreihG. v. 20. Dez. 1932:
§§ 5, 7: 626⁶
248. StraffreihG. v. 30. April 1938: 28
§ 1: 371²⁷ 627⁷
249. 1. DurchfVd. zum StraffreihG. 1938:
§ 6 II: 761
250. 2. DurchfVd. zum StraffreihG. 1938:
370²¹
§ 1: 761
251. Strafvollstreckungsordnung v. 7. Dez. 1935:
§ 6: 543
252. Allgemeine Verfügung über die Einforderung und Beitreibung von Vermögensstrafen und Kosten v. 28. Mai 1937:
§§ 1, 13, 16: 918

II. Landesrecht

Preußen

253. Gef. zur Aufhebung veralteter Polizei- und Strafgesetze v. 23. Mai 1931:
1109⁵⁶
254. Strafvollstreckungs- und Gnadenrecht v. 1. Aug. 1933:
Ziff. 11: 17

III. Österreich

255. StPD.: 116

C. Finanz- und Steuerrecht

I. Reichsrecht

1. Materielles Recht

256. StAnpG. v. 16. Okt. 1934:
§ 1: 482 490
257. RVerfG. v. 16. Okt. 1934:
§ 22 I: 1101⁴⁶
§ 29 V: 1019⁴²
§ 52 II: 294
§ 53: 894²⁶
§ 54: 1019⁴²
258. Vd. zur Einheitsbewertung der gewerblichen Betriebe usw. v. 28. Jan. 1939: 123
259. Vd. über Bemessung des Nutzungswerts der Wohnung im eigenen Einfamilienhaus v. 26. Jan. 1937:
§ 2: 350
§ 3: 351
260. EinkStG. 1925:
§ 14: 1016⁴¹
§ 20 I: 895²⁷
§ 37: 1016⁴¹
261. EinkStG. v. 16. Okt. 1934:
§ 2 II: 270⁴¹ 272⁴²
§ 2 III: 146
§ 3 Ziff. 10: 1102⁴⁷
§ 4: 216 350 1104⁵¹
§ 5: 191³⁵ 393⁴⁷ 1104⁵¹ 1196⁵¹
§ 6: 394⁴⁸ 895²⁷ 1196⁵¹
§ 7: 350 1196⁵¹
§ 8: 191³⁵ 1016⁴¹
§ 9: 350
§ 12: 191³⁵ 1104⁵¹
§ 15: 191³⁵ 398⁵³
§ 16: 146
§ 18: 397⁵² 398⁵³ 1199⁵³
§ 19: 191³⁵ 1198⁵²
§ 20: 1016⁴¹
§ 21: 350 1104⁵⁰
§ 22 Ziff. 1: 1104⁵⁰
§ 22 Ziff. 3: 147
§ 26: 1104⁵⁰
§ 34: 147
262. Gef. zur Änderung des EinkStG. v. 17. Febr. 1939:
§ 3: 690
263. EinkStG. i. d. Fass. v. 27. Febr. 1939:
§ 27: 689
§ 32: 688
§ 39: 688
§ 40: 689
§ 50: 691
264. DurchfVest. zum EinkStG. v. 17. März 1939:
§ 8: 691
§ 10: 689
§ 13: 692
§ 18 II: 688
265. Vd. über den Steuerabzug von Aufwandsersatzvergütungen v. 31. März 1939: 688
266. LohnStDurchfVest. v. 10. März 1939:
§ 2 III 2: 689 1198⁵²
§ 8: 688 692
§ 18: 692
§ 25: 688
§ 26: 689
§ 35: 689
267. Gef. über die Finanzierung nationalpolitischer Aufgaben des Reiches (Neuer Finanzplan) v. 20. März 1939: 1236
§ 2: 708
§ 3: 690
§ 7: 690
268. DurchfVd. zum Neuen Finanzplan v. 26. April 1939: 708
269. KörperStG. 1925:
§ 13: 895²⁷
270. KörperStG. v. 16. Okt. 1934:
§ 1 I Ziff. 5: 396⁴⁹
§ 3: 396⁴⁹
§ 4 I Ziff. 6: 270⁴⁰
§ 6 S. 1: 270⁴¹ 272⁴² 895²⁷
1102⁴⁷
§ 8: 396⁴⁹
§ 9 I S. 1: 415
§ 11 Ziff. 2: 397⁵⁰
§ 11 Ziff. 4: 1102⁴⁷
§ 14: 270⁴¹ 272⁴²
§ 15: 270⁴¹ 272⁴²
271. 1. KörperStDurchfVd. v. 6. Febr. 1935:
§ 27 II: 397⁵⁰
272. 2. UmwandlStDurchfVd. v. 8. März 1935:
§ 7 I Ziff. 1, III: 270⁴¹ 272⁴²
§ 8 II: 149
273. ErbschaftG. v. 22. Aug. 1925:
§ 14 I Ziff. 2: 397⁵¹
§ 21: 397⁵¹
§ 22: 397⁵¹
274. UrkStG. v. 5. Mai 1936:
§§ 22, 24: 1103⁴⁹
§ 36 II, IV Ziff. 1: 1019⁴³
275. UmfStG. v. 16. Okt. 1934:
§ 2: 464³⁴ 1102⁴⁸
§ 10: 891²³
276. UmfStDurchfVest. 1934:
§ 3 I: 464³⁴
§ 3 IV: 1102⁴⁸
277. RVerfStG. v. 1. Dez. 1936:
§ 2: 397⁵² 398⁵³ 1102⁴⁷ 1199⁵³
§ 7: 1102⁴⁷
§ 8 Ziff. 1: 398⁵⁴ 55 1102⁴⁶
§ 12 II Ziff. 1: 398⁵⁴ 55 1102⁴⁶
§ 12 II Ziff. 2: 399⁵⁶
§ 36 I: 235⁸ 369¹⁹
278. 1. GewStDurchfVd.:
§ 17: 192³⁶
279. GewStG. v. 1. Dez. 1936: 304
280. SüßstoffStG. v. 1. Febr. 1939: 123
281. FeuerchutzStG. v. 1. Febr. 1939: 122

2. Verfahren

282. RAbgD. v. 13. Dez. 1919:
§§ 88, 89: 1210
§§ 102 f.: 715¹³
§ 225 a I Ziff. 1: 1101⁴⁵
§ 248: 1100⁴⁴
§ 330: 941²¹
§ 396: 762
§ 401: 368¹⁷
§ 403: 368¹⁸
§ 407: 762
§ 410: 762
§ 416: 715¹³
§ 419: 1210
§ 420: 1209
§ 421: 1209
§ 426: 1209
§ 428: 1208
§ 429: 1210
§§ 430 ff.: 1209
§ 441: 1209 1210
§ 442: 1210
§ 443: 1211
§ 444: 1211
§ 448: 1211
§ 454: 1212
283. Vd. über das Unterwerfungsverfahren gemäß § 410 RAbgD. v. 1. Nov. 1921:
§ 6: 1210

II. Ausländisches Recht

Vereinigte Staaten von Nordamerika

284. Revenue Act v. 1936:
Art. 131: 149

D. Sonstige Gebiete des öffentlichen Rechts

I. Reichsrecht

a) Verfassungsrecht

285. Weimarer Verfassung v. 11. Aug. 1919:
Art. 131: 52 241¹⁵ 659³⁴ 882¹³
950²⁹
Art. 153: 222
286. Gef. zur Behebung der Not von Volk und Reich v. 24. März 1933: 121 276
287. Gef. über den Neuaufbau des Reiches v. 30. Jan. 1934:
Art. 2: 426
288. 1. Vd. über den Neuaufbau des Reiches v. 2. Febr. 1934: 426
289. 3. Vd. über den Neuaufbau des Reiches v. 28. Nov. 1938: 33
290. Gef. zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat v. 1. Dez. 1933:
§§ 3, 4: 505
291. GleichschaltungsG. v. 31. März 1933:
§§ 1, 2: 426
292. Gef. über Volksabstimmungen v. 14. Juli 1933: 276
293. Gef. über die Wahlperiode des Reichstags v. 30. Jan. 1939: 121
294. ReichstatthalterG. v. 30. Jan. 1935: 823
§§ 6, 10: 426
295. Gef. über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den damals regierenden Fürstenthümern v. 1. Febr. 1939: 123
296. 1. Vd. zum RWürgerG. v. 14. Nov. 1935:
§ 6: 924⁷ 965
297. 3. Vd. zum RWürgerG. v. 14. Juni 1938:
§§ 1—6: 966

298. 5. WD. zum RWürgerG. v. 27. Sept. 1938:
§ 1412: 1138
299. 8. WD. zum RWürgerG. v. 17. Jan. 1939: 123
300. Gef. über Reichsverweisungen vom 23. März 1934:
§§ 7 Ziff. 3, 111: 161²
301. 2. Erlaß des Führers über die Einführung deutscher Reichsgefeße in Österreich v. 17. März 1938: 426
302. Gef. über die Hitlerjugend v. 1. Dez. 1936: 505
§§ 1, 2, 3: 506
§ 4: 505
303. 2. DurchfWD. zum Gef. über die HJ.: § 6: 532
304. JugenddienstWD. v. 25. März 1939: 506

b) Beamtenrecht

305. DBeamtG. v. 26. Jan. 1937:
§ 61: 1247⁹
§ 71: 1227
§ 139: 1248¹⁰
§ 146: 1247⁹
§ 178: 1247⁹
§ 184: 1248¹⁰
306. BeamtRundG. v. 30. Juni 1933:
§§ 40, 48: 654²⁶
§ 64 Ziff. 5: 265³⁷
§§ 79, 80: 265³⁷
307. Anstellungsgrundsätze v. 16. Juli 1930: § 50: 788²²
308. Erlaß über Ernennung der Beamten und die Beendigung des Beamtenverhältnisses im Geschäftsbereich des Rechnungshofes des Deutschen Reiches v. 23. Nov. 1938: 33
309. Gef. über die besonderen Rechtsverhältnisse der beamteten Lehrer an den wissenschaftlichen Hochschulen v. 9. April 1938: 836
310. 1. WD. zur Ergänzung der vorläufigen DurchfWD. zum DPolBeamtG. v. 13. Dez. 1938: 81
311. RWesofG. v. 16. Dez. 1927: 710
312. WD. über die Umschulung der Beamten im Lande Österreich v. 16. Febr. 1939: 620

c) Wehrrecht

313. WehrG. v. 21. Mai 1935:
§§ 1, 2: 532
§§ 15, 18: 532
314. WD. über die Einberufung zu Übungen der Wehrmacht v. 25. Nov. 1935:
§ 3: 392⁴⁶
§ 6: 424
315. WD. v. 28. Jan. 1939 über die Wehrpflicht von Offizieren und Wehrmachtsbeamten: 121
316. Gef. über die Unterstützung der einberufenen Wehrpflichtigen und Arbeitsdienstpflichtigen v. 30. März 1936: 425
317. Wehrmachtsfürsorge u. VersorgungG. v. 26. Aug. 1938: 232
§§ 109, 198: 1072¹⁶
318. ReichsarbeitsdienstG. v. 26. Juni 1935: 950²⁹
319. ReichsarbeitsdienstversorgungG. vom 29. Sept. 1938: 836
320. LuftschutzG. v. 26. Juni 1935: 864

d) Öffentliches Versicherungsrecht

321. RWB. i. d. Fass. v. 15. Dez. 1924: 1144 1236
§ 29: 464⁸⁶

- § 384: 272⁴³
§ 899: 260³² 1172²⁵
§ 1258: 357
§ 1265: 272⁴⁴
§§ 1414, 1426: 243¹⁶
§ 1459: 260³³
322. AngVerfG. a. F.
§ 9: 260³³
323. AngVerfG. i. d. Fass. der Bef. v. 28. Mai 1924:
§ 194: 260³³
324. RKnappsG. i. d. Fass. v. 1. Juli 1926: 304
§ 35: 464³⁵
§ 40: 464³⁶
§ 142: 464³⁶
325. RentenVersAusbaUG. v. 21. Dez. 1937:
§ 18: 172⁴⁴
§ 1171: 172⁴⁴
326. Erlaß über die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung v. 21. Dez. 1938: 80

e) Verwaltungsrecht

327. Gef. zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung v. 27. Febr. 1937:
§ 2: 155
328. 3. DurchfWD. zum Gef. über die vorläufige Verwaltung des Saarlandes v. 28. Sept. 1938: 854
329. Erlaß des Führers über die Verwaltung der sudeten deutschen Gebiete v. 1. Okt. 1938:
§ 51: 426
330. Gef. über Finanzmaßnahmen auf dem Gebiete der Polizei v. 19. März 1937: 46
331. DWemD. v. 30. Jan. 1935:
§ 107: 459³¹
332. DurchfWD. zur DWemD. v. 22. März 1935:
§ 33: 459³¹
333. RWes. über die Neugestaltung deutscher Städte v. 4. Okt. 1937: 1059
§ 10: 291
334. WD. über die Neugestaltung der Reichshauptstadt Berlin und der Hauptstadt der Bewegung München v. 8. Febr. 1939: 123
335. EigenbetriebsWD. v. 21. Nov. 1938: 33
§ 7: 14
336. WD. über gemeindefreie Grundstücke und Gutsbezirke v. 15. Nov. 1938: 33
337. Gef. über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen v. 28. März 1938: 1077²¹
338. 1. DurchfWD. z. Gef. über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen v. 30. Jan. 1939: 124
339. Gef. zur Förderung der Hitler-Jugendheimbeschaffung v. 30. Jan. 1939: 122
340. WD. über haupolizeiliche Behandlung von öffentlichen Bauten v. 30. Nov. 1938: 33
341. WD. über haupolizeiliche Maßnahmen zur Einsparung von Baustoffen v. 30. Juni 1937: 399⁵⁷
342. BerufsD. der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure v. 20. Jan. 1938:
§§ 1, 10, 15: 1174²⁷
343. PostspartassenD. v. 11. Nov. 1938: 33
344. SammlungsG. v. 5. Nov. 1934:
§§ 2—6, 13: 234⁷
345. Gef. über die Deutsche Reichs-Lotterie v. 21. Dez. 1938: 81
346. Gef. über das Feuerlöschwesen vom 23. Nov. 1938: 33
347. WaffenG. v. 18. März 1938: 360

348. WD. über die Typenbeschränkung im Bau von Lastkraftwagen v. 30. Nov. 1938: 33
349. RWemD. i. d. Fass. der Bef. v. 26. Juli 1900: 430 1236
§ 26: 378³³
§ 35: 959⁴⁷
§ 42 b: 234⁷
§ 44 a: 244¹⁷
§ 55: 234⁷
§ 104 r: 680
§ 123 Ziff. 6: 348
§ 134 b: 348
§ 146 a: 234⁷
§ 151: 760
§ 174: 757
350. WD. über Betriebe und Zweigniederlassungen ausländischer Unternehmen in den sudeten deutschen Gebieten v. 20. Jan. 1939: 124
351. GaststättenG. v. 28. April 1930: 231
§ 2: 1053
§ 12: 1021⁴⁵ 1054
§ 19: 1053
§ 22: 1020⁴⁴
352. EinzelhandelSchG. v. 12. Mai 1933:
§§ 2, 5: 1008²³
§ 7 II: 231
353. WD. zur Beseitigung der Überfetzung im Einzelhandel v. 16. März 1939: 417
354. 1. DurchfWD. v. 16. März 1939:
§§ 1, 2: 418
§ 6: 418
§ 7: 419
§§ 9, 10, 11, 12: 419
§ 13: 420
§§ 14, 15: 419
355. WD. über Handelsbeschränkungen v. 13. Juli 1923:
§§ 20, 22: 1008²⁸
357. FreizügigkeitsG. v. 1. Nov. 1867: 622
358. DurchfWD. zum Gef. über den Reichsfremdenverkehrsverband v. 14. Dez. 1938: 81
359. WD. über die Erleichterung der Wohnungsbeschaffung für kinderreiche Familien v. 20. April 1939: 1218
360. DurchfWD. v. 15. Juni 1939: 1218
361. Reichsgrundbesätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge v. 4. Dez. 1924:
§ 8: 104
§ 12: 103
§ 13: 105
§ 14: 105
§ 15: 105
§ 17: 102
§ 19: 102
§ 25 a: 102
362. Gef. über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens v. 3. Juli 1934: 1137
363. WD. über die Gebührenrecherche der Gesundheitsämter v. 28. März 1935: 1137
364. ReichsärzteD. v. 13. Dez. 1935:
§ 1: 31
§ 12: 31
§ 13: 767
§ 19: 31
365. WD. über die kassenärztliche Vereinigung Deutschlands v. 2. Aug. 1933: 1084²⁷
366. Gef. über die berufsmäßige Ausübung der Heilkunde ohne Bestallung (HeilpraktikerG.) v. 17. Febr. 1939: 121 690 692
367. 1. DurchfWD. zum HeilpraktikerG. v. 18. Febr. 1939: 692

368. ErbkNachwGes. v. 14. Juli 1933:
§ 1: 731³¹
§ 1 II Ziff. 1: 732³²
§ 1 II Ziff. 4: 733^{33 34}
§ 1 II Ziff. 7: 734³⁵
§ 1 II Ziff. 8: 734³⁶
§ 2: 1054
§ 8: 735³⁷
369. 1. AusfBD. zum ErbkNachwGes. v.
5. Dez. 1933:
Art. 4 II: 735³⁸
370. 4. AusfBD. zum ErbkNachwGes. v.
18. Juli 1935:
Art. 5: 626⁵
Art. 14: 626⁵
371. BD. zur Bekämpfung übertragbarer
Krankheiten v. 1. Dez. 1938: 33
372. TierkörperbeseitigungsG. v. 1. Febr.
1939: 123

II. Landesrecht

a) Preußen

373. ZuständigkeitsG. v. 1. Aug. 1883:
§ 55: 813⁴²
§ 56: 813⁴² 1022⁴⁶
374. LZG. v. 30. Juli 1883:
§ 70: 1022⁴⁶
§ 87: 1022⁴⁶
§ 95: 1022⁴⁶
375. PolVerwG. v. 1. Juni 1931: 864
§ 14: 1112⁵⁸
§ 19: 814⁴³
§ 20: 814⁴³ 1112⁵⁸
§ 33: 814⁴³
376. Gef. über die Geheime Staatspolizei
v. 10. Febr. 1936: 45

377. KommBeamtG. v. 30. Juli 1899:
§§ 1, 2: 789²²
§§ 7, 12, 13, 15: 459³¹
§ 10: 789²²
§ 13: 1249¹¹
378. PersMöbNbwG. v. 25. März 1926:
1249¹¹
379. Gef. betr. die Gebühren der Medizinal-
beamten v. 14. Juli 1909: 1137
380. Vorschriften des Ministers für Handel
und Gewerbe über die Anstellung der
mittleren und unteren Beamten bei der
Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung
v. 29. März 1912: 1247⁹
381. VGemD. für die sieben östlichen Pro-
vinzen v. 3. Juli 1891:
§§ 2, 3: 460³²
382. Gef. über die Vertretung vor den Ver-
waltungsgerichten v. 25. Mai 1926:
§ 1: 1106⁵²
383. SparkassenBD. v. 4. Aug. 1932:
§ 9: 955³⁹
384. DotationsG. v. 8. Juli 1875:
§§ 18, 22: 1022⁴⁶
385. Wegeordnung für die Provinz Sachsen
v. 11. Juli 1891:
§ 16: 1022⁴⁶
386. WegereinigungsG. v. 1. Juli 1912:
§§ 1, 3: 1108⁵⁵
387. Gef. über baupolizeiliche Zuständig-
keiten v. 15. Dez. 1933:
§ 2: 1111⁵⁷
388. BauD. der Stadt Berlin v. 9. Nov.
1929:
§ 7 Ziff. 6 V: 1111⁵⁷
389. BauD. der Stadt Breslau v. 30. Mai
1868: 1109⁵⁶

III. Ausländisches Recht

- a) Vereinigte Staaten von Nord-
amerika
390. NeutralitätsG. v. 1. Mai 1937: 513
- b) Estland
391. VGemD. v. 1. April 1939: 119

E. Internationale Verträge und Recht zum Vertrag von Versailles

392. Haager LandkriegsD. 1907:
Art. 3: 515
Art. 8: 518
393. Abkommen über die Behandlung der
Kriegsgefangenen v. 27. Juli 1929:
Art. 45: 518
Art. 50 II: 517
Art. 52 III: 519
394. Genfer Abkommen zur Verbesserung
des Loses der Verwundeten und Kran-
ken der See im Felde v. 27. Juli
1929:
Art. 7, 8, 9: 516
395. Deutsch-schweizerisches Vollstreckungsab-
kommen v. 2. Nov. 1929:
Art. 3: 267³⁸
396. WB. v. 28. Juni 1919: 961
• Art. 8: 964
Art. 42, 43: 965
Art. 49: 49
Art. 110: 49
Art. 119: 49
Art. 257: 50
397. Völkerbundsatzung: 961
Art. 22: 48

IV.

Alphabetisches Verzeichnis der Verfasser von Abhandlungen, kleineren Beiträgen und Entgegnungen (mit Ausnahme der Anmerkungen)

- Adami, StA. Friedrich Wilhelm, Berlin:
Das Programm der NSDAP. und die
Rechtspredung 486
- Das Gesetz über Mietverhältnisse mit
Juden 965
- Bading, Assessor Arnold, Berlin: Die Er-
höhung von Darlehens- und Hypothe-
kenzinßen im Rahmen der Baupar-
reform 740
- Barth, Reichsamtsleiter Heinrich, Mün-
chen: Rationeller Arbeitseinsatz in der
Rechtspflege 193
- Die Erfahrungen mit § 55 EheG. und
ihre rechtspolitischen Lehren 470
- Die Berufung des Rechtswahrers zur
rechtspolitischen Arbeit 1026
- Bauer, Justizinsp. Hellmuth, Wuppertal:
Die Zwangs Vollstreckung aus Schuld-
titeln der ehemals saarländischen Ge-
richte 854
- Die Unpfändbarkeit der Umzugsko-
stenvergütung 919
- Baur, GerAß. Dr. Fritz, Tübingen: Die
Zulässigkeit des Rechtswegs bei politi-
schen Streitigkeiten 51

- Bepler, AGN., Hamburg: Die Erörte-
rung der Vorstrafen des Angekl. in der
Hauptverhandlung 763
- Berchholz, Justizinsp., Berlin: Eintra-
gung der Einheitshypothek 225
- Bergentrot, AGN. Dr., Osnabrück: Ist
die Ehe-Gerstellungsfrage gegenstands-
los geworden? 27
- Bergmann, RA. und Notar Dr. Hans,
Frankfurt a. M.: Das Handelsregister
in der gesteuerten Wirtschaft 685
- Berner, Rechtspfleger Wilhelm, Bremen:
Zuständigkeitsmängel bei Pfändungs-
und Überweisungsbeschlüssen, insbes.
bei Seelenen 983
- Zweckmäßige Gestaltung der Lohn-
pfändungsbeschlüsse im Zeichen der
Nationalisierung 1232
- Best, H-Oberführer MinDirig. Dr. Ber-
ner, Berlin: Die Schutzstaffel der NS-
DAP. und die Deutsche Polizei 44
- Die strafrechtliche und polizeiliche Be-
kämpfung der Amtsannahme 88
- Kritik und Apologie des „Juristen“
196
- Die Nachwuchsfrage 501

- Rechtsbegriff und Gesetzgebung 673
- Kameradschaftliches Treffen der Alten
Bundesmitglieder 818
- Rechtsbegriff und Verfassung 1201
- Wesen und verfassungsrechtliche Stel-
lung des Richters 1227
- Beß, Dipl.-Vollswirt Assessor Dr., Refe-
rent im Reichsrechtsamt der NSDAP.,
München: Prüfung der politischen Zu-
verlässigkeit auch bei Konzeptionsertei-
lung für Gastwirte 1053
- Bilke, Landrat Dr. Manfred, Berlin: Zur
Frage der Mittel- und Kräftenökonomie
in der Verwaltung 550
- Billich, Reichsgruppenleiter Junge
Rechtswahrer im NSRB. Heinz:
Rechtsreform und Junger Rechtswah-
rer 556
- Binder, Prof. Julius, Göttingen: Zur
Erbrechtsreform 107 566
- Böhle-Stanschräder, AGN. Dr., Bochum:
Pfändungsschutz bei verschiedenen Ein-
kommensquellen 602
- Boldt, Prof. Dr., Königsberg i. Pr.: Zur
Handlung des Zurechnungsunfähigen
in § 330 a StGB. 1035

- Bormann, Dr. jur. Hans Ulrich, Berlin: Erleichterung der Wohnungsbeschaffung für kinderreiche Familien 1218
- Brand, Referent im Reichsrechtsamt der RSDAP, Assessor Hans, München: Bestellung von Ehegatten als Pfleger in Erbgesundheitsfällen 1054
- Bräb, AGN. Dr., Köln: Das Lügerecht des Angeklagten 849
- Brettle, ObReichsanw. b. RG., Leipzig: Volksnahe Rechtspflege 480
- Brüggemann, Synd. der Handwerkskammer Hamburg Dr. Walter: Handwerk und Industrie. Versuch einer Abgrenzung 680
- Bruniedt, AGN., Aschersleben: Gibt es ein Ruhen des Zwangsversteigerungsverfahrens? 617
- Fragwürdige Abzahlungsgeäfte. Gegen das Borgunwesen 843
- Überstundenvergütung muß unpfändbar sein 1231
- Bubbe, LGN. Dr., Hamburg: Fragen zur Fahrerflucht 113
- Bubinski, ObAmtsrichter, Gehlenburg i. Ostpr.: Vormundschaftsgerichtliche Genehmigung der Auswanderung von Minderjährigen? 154
- Bühler, Prof. Dr., Münster: Probleme des internationalen Steuerrechts. Zur Gründung der Internat. Vereinigung für Finanz- und Steuerrecht im Haag (1938) 149
- Bull, AGN. Dr., Lübben: Die Erbhöfrolle 985
- Claussen, RA. Dozent Dr. jur. habil. Hans-Kurt, Kiel: Das neue deutsche Recht und die Rechtsgeschichte 846
- Dahn, Prof., Leipzig: Wissenschaft und Praxis 824
- Danbauer, RegMedR. a. D. Prof. Dr., Berlin: „Unfallneurose“ und Reichsgericht 613
- v. Dassel, RegR. a. D. Dr., Berlin: Hat der durch § 3 Gef. über die einstweilige Neuregelung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung v. 26. März 1934 in seiner Rechtsstellung beeinträchtigte Straßeneigentümer einen Entschädigungsanspruch? 221
- Didermann, RegR. Dr. Harald, Berlin: Wirken die früheren Lohnarbeitsverträge noch heute nach? 907
- Diener, Roger: Reichsproblem und Hegemonie 561
- Dietrich, RA. und Notar Dr. jur. et rer. pol. Hugo, Berlin: Das neue rumänische GGB. 910
- Dieh, Dr. Georg W., Paris: Die Patentanwaltschaft in Frankreich 618
- Dieke, Dr. jur. habil. S.-S., Kiel: Die verfassungsrechtliche Stellung der Hitler-Jugend 506
- Politische Völkerrechtswissenschaft. Ein kritischer Rückblick auf die mit der 25-Jahr-Feier des Kieler Instituts für Politik und Internat. Recht verbundene Tagung der Arbeitsgemeinschaft Völkerrecht der Reichsfachgruppe Hochschullehrer im RSNB. 703
- Döring, AGN. Dr., Zangerhausen: Einwirkungen der GrundstücksVerf. auf die Zwangsversteigerung 420
- Dollinger, GerRef. Dr. jur. Karl: Zur Handlung des Zurechnungsunfähigen in § 330 a StGB. 1033
- Dombois, StA., Potsdam: Gerichtsverfassung und Landschaft 78
- Donke, RA. Dr. Wolf, Berlin: Der Umbau des englischen Rechtssystems 915
- Donaubauer, AGN., Altdorf (Ob.-Bay.): Beschuldigter oder Zeuge? 29
- Droege, Reichsgruppenwarter Rechtsanwältin im RSNB. Dr. S.: Wahrheitsuche und Rechtsuche — die wirksamsten Waffen des Rechtsanwalts 548
- Gegenwartprobleme der Anwaltschaft 1113
- Ebers, Dr., Berlin: Vollständige und leichtverständliche Fassung der Grundstücksveräußerungsverträge 706
- Eckhardt, Prof. Dr. Karl August, Bonn: Eile von Neptun 499
- Eckhardt, MinR. Dr., Berlin: Das Völkerrecht als anglo-amerikanisches Kampfmittel 512
- Emge, Prof. Dr. C. A., stellv. Präf. der Akad. f. Deutsches Recht: Die wissenschaftliche Arbeit in der Akademie für Deutsches Recht 539
- Engert, Vizepräf. des Volksgerichtshofs Karl, Berlin: Stellung und Aufgaben des Volksgerichtshofs 485
- Euler, Prof. Dr. Georg S. J., Göttingen: Liberalismus und Demokratie in der Theorie und Praxis der französischen Kolonialpolitik 519
- Ernst, RA. und Notar Dr.: Die bevölkerungspolitische Lage und die Rechtspflege 76
- Eßer, Stadtaffessor Dr. Josef, München-Grabbach: Neuregelung der Haftpflicht der Eisenbahn für Sachschäden 213
- Feldmann, Assessor Dr., Allenstein: Bedarf der Antrag auf Eintragung des Eigentümers auf Grund eines Ausschlußurteils (§ 927 BGB.) der Form des § 29 GBD.? 157
- Fiedler, Dr. jur. Eberhard, Berlin: Untreue oder unlauterer Wettbewerb? 137
- Fischer, LGN. Dr., Düsseldorf-Oberkassel: Das Verhältnis zwischen der Abstammungsfrage und der Unterhaltsklage unehelicher Kinder 748
- Fisau, RA. und Notar C., Torgau a. E.: Zum Pachtnotrecht 204
- Frank, Reichsführer des RSNB. Reichsleiter RMIn. Dr. Hans: Zum 50. Geburtstag des Führers 273
- Frank, RegObZusp. Alfred, Leipzig: Der Wert des Streitgegenstands im arbeitsgerichtlichen Verfahren 764
- v. Freytagh-Loringhoven, Staatsrat Prof. Dr. Freiherr, Breslau: 20 Jahre nach Versailles 961
- Fritsch, RegR., Stuttgart: Die Übernahme einer Anwaltspraxis und das Einkommensteuerrecht 750
- Fritzsche, RA. und Notar Dr. S., Leipzig: Die Aufgaben des Strafverteidigers 1118
- Fücksel, AGN. R., Berlin: Gesamtvollstreckung 859
- Gaebele, RGN. Dr., Berlin: Unterhaltsvergleiche im Eheprozeß 605
- Besteht eine Entschädigungspflicht der Reichskasse gegenüber Personen, die im Rechtsstreit erb- und rasstendlich untersucht werden? 1128
- Gauweiler, Reichsamtseiter, Leiter des Amtes für Rechtsschulung im Reichsrechtsamt der RSDAP, München: Nat.-soz. Rechtswahrerschulung 556
- Geffroh, Reichsgruppenwarter Richter und Staatsanwälte im RSNB. Vicepräf. Dr.: Erziehung und Führung 540
- George, Dr. Heinz, Berlin: Die steuerlichen Folgen des Übergangs zur ordnungsmäßigen Buchführung 216
- Gilgan, Rechtspfleger, Mitgl. des Reichsgruppenrats Rechtspfleger im RSNB.: Ein Weg zur volkshenen Justiz. Ein Beitrag zu den amtsgerichtlichen Zweigstellen 545
- Gonnell, Anwaltsassessor Dr.: Die Aufgaben des Verteidigers vor den Kriegengerichten 226
- Grachl, StA. Dr.: Rechtskräftiges Unrecht? 28
- Grosch, AGN. Dr., Worms: Strafrechtlicher Schutz des Unterhaltsanspruchs 300
- Großmann-Doerth, Mitgl. des GmB.-Ausschusses der Akademie für Deutsches Recht Prof., Freiburg: Kampf um die Einmanggesellschaft mbH. 9. Nachwort 106
- Gruber, LGDir. Dr., Leipzig: Ist die Aufhebung von Kindesannahmeverträgen jetzt nur nach den Bestimmungen des Gef. v. 12. April 1938 möglich? 422
- Gürtner, RMIn. Dr. Franz: Über den Unterhaltsanspruch der geschiedenen Frau 467
- Haag, 1. StA. Dr., Köln: Die Zustimmung des Beschuldigten zur Rücknahme eines zu seinen Gunsten eingeleiteten Rechtsmittels 850
- Haegeler, Justizrat, Ulm: Fragen aus dem erbhofrechtlichen Verfahren 227
- Der Einfluß des Erbhofrechts auf ehe- und güterrechtliche Erbschaftforderungen 1049
- Hahn, Dr. Oscar, Berlin: Strafrechtlicher Schutz des Unterhaltsanspruchs 300
- Haftler, RegR. Dr. Hanns, Leiter des Arbeitsamts Tetschen/Elbe: Das Arbeitsrecht aus den Kündigungsbeschränkungen des Arbeitseinstiegrechts 905
- Heining, Arnold, Berlin-Königs-Lutter: Arztrechtliche Entscheidungen 31
- Die Verpachtung des Erbhofes 70
- Mietvertrag und Hausgemeinschaft in der Rechtsprechung 144
- Ein Franzose über die nat.-soz. Rechtsauffassung 158
- Mißbrauch alter Schuldtitel 983
- Henlein, Reichsstatthalter Konrad: Eubetendischer Rechtskampf 529
- Hense, GerAff. Dr. Franz, Regensburg: Die Beurkundung der Aussagen von Zeugen und Sachverständigen sowie der vernommenen Parteien im Zivilprozeß 1124
- Hering, RegAff. bei der RVerfAnst. für Angestellte, Mitgl. der kolonialrechtlichen Arbeitsgemeinschaft des RSNB. Dr. Friedrich, Berlin: Besitzt Deutschland nach dem Versailler Diktat noch die Souveränität über seine Kolonien? 48
- Heymann, GehR. Prof. Dr. Ernst, Berlin: Bismarcks Reichsidee 130
- Hilrichs, AnwAff. Hermann, Emden: Zur Frage der standesrechtlichen Zulässigkeit offenkundig aussichtsloser Revisionsbegründungen 753
- Hoffmann, RA. Dr. Wilh., Leipzig: Die Neugestaltung des deutschen Urheberrechts. Eine Einführung zu den Vorschlägen des Sachausschusses für Ur-

- heber- und Verlagsrecht der Akademie für Deutsches Recht 1221
- Höhn, Prof. Dr. Reinhard, Berlin: Der erste großdeutsche Rechtswahrertag 737
- Hoffmann, Dr. Horst, Berlin: Neues italienisches Verfassungsrecht 30
- Höber, RGR. Dr., Berlin: Grundbuchamt und Entjudung des deutschen Grundbesitzes 1203
- Huber, Prof. Dr. Ernst Rudolf, Leipzig: Der Führer als Gesetzgeber 275
- Janßen, GerAff. Dr., Berlin: Die Armenrechtsbewilligung im Eheprozeß und im Verfahren über einstweilige Anordnungen gemäß § 627 ZPO. 352
- Jessen, Prof. Dr. Jens, Berlin: Reichsgedanke und Wirtschaftspolitik 492
- Kallfelz, UGR. Dr. Walter, Cottbus: Zum Gesetz über die berufsmäßige Ausübung der Heilkunde ohne Bestallung (Heilpraktikergesetz) vom 17. Febr. 1939 692
- Kaempf, Dr. Christoph, Löbau: Japan, das Götterreich. Ein Beitrag zum Verständnis der japanischen Staatsauffassung 533
- Kanial, UGR. Dr. Gustav, St. Pölten: Die Berufung des Strafprozeßkennurfs in der Erfahrung der österreichischen ZPO. 116
- Kapp, RegR. Dr. Reinhard, Berlin: Die einkommensteuerliche Behandlung der bei Grundstücksenteignungen gewährten Entschädigungen 146
- Die einkommensteuerliche Behandlung der für ein neu erworbenes Grundstück aufgewendeten Instandsetzungskosten 350
- Karlowa, GenKonful z. D. Rudolf, Berlin: Die Pflichten der Kolonialnationen 508
- Kattenstroth, Mitgl. der Geschäftsführung der Reichsgruppe Industrie, Berlin, AnwAff. Ludwig: Rechtscharakter und Nachprüfbarkeit von Anordnungen der Wirtschaftsgruppen 676
- Klemm, Referent im Reichsrechtsamt der NSDAP., München: Genügt das Schuldverhältnis? 593
- Sind besondere Reisekosten jüdischer Konsulenten erstattungsfähig? 1138
- Klitz, RegR. Alfred, Leiter der Justizpressestelle Berlin: Darf man Verbrechen totschweigen? 63
- Koch, Rechtspfleger O., Mannheim: Amtsanwaltslaufbahn und Verwaltungsakademie 838
- Koch, UGR. Dr. Walter, Bad Eolz: Zur Frage der Erlangung eines Vollstreckungstitels über die Kosten des Güteverfahrens, wenn der Güteanspruch sich nach übereinstimmender Erklärung der Parteien während des Güteverfahrens erledigt hat 1134
- v. Kopp, GerAff. Dr., Berlin: Über das Zeugnisverweigerungsrecht der unehelichen Mutter 850
- Kriedt, Prof. Ernst, Heidelberg: Grundsätze einer politischen Gemeinschaftslehre 3
- Volk unter dem Schicksal 42
- Kronig, VGR. Dr., Hamburg: Einstweilige Anordnungen im Eheprozeß. Praktische Erfahrungen und Folgerungen 609
- Einstellung der Zwangsvollstreckung unter Beschränkung auf Sicherungsmassnahmen 853
- Die Wiedereinführung des Zwischenurteils über selbständige Angriffs- und Verteidigungsmittel 1134
- Krug, Assessor Dr. Josef, München: Der nichteheliche Mensch 119
- Küchler, UGR., Mitarbeiter des Rassenpolitischen Amtes Otto, Darmstadt: Steht die rechtskräftige Abweisung einer Ehelebensanfechtungsklage oder die rechtskräftige Feststellung einer Zahlvaterschaft der Erhebung einer neuen Klage unter Benutzung der erbbiologischen Abstammungsprüfung entgegen? 407
- Die Verfahrenskosten bei einer Anordnung nach § 28 StGB. 919
- Richter und Volkspflege 1133
- Kundt, Abgeordn. Ernst, Prag: Zum Jahreswechsel an die Schriftleitung „Deutsches Recht“ 1
- Der Frieden im böhmisch-mährischen Raum — Grundlage einer vernünftigen mitteleuropäischen Ordnung 129
- Lampe, DGR. Dr., Berlin: Die RündschVO. des Reichskommissars für die Preisbildung 1212
- Lange, Leiter der Reichsfachgruppe Rechtswissenschaft der Reichsstudentenfürsorge Dr. Karl: Die Erziehung des Rechtswahernachwuchses 3
- Lange, VGR. Dr., Kiel: Die Verfallklausel bei Sicherungsübereignung und Sicherungsabtretung 851
- Lehmann, Prof. Dr. Heinrich, Köln: Die Verfallklausel bei Sicherungsübereignung und Sicherungsabtretung 852
- Lehmann, Konstantin, Tübingen: Zur bevölkerungspolitischen Befolungsreform 96
- Leppin, Schriftleiter AnwAff. Rudolf: Der Tag des deutschen Rechts 619
- Verfahrenseinstellung statt Freisprechung 1040
- Nationalsozialistische Strafrechtspolitik 1225
- Liebig, UGR. Werner, Leipzig: Zur Rechtsfindung in Abzahlungssachen 616
- Liese, Rechtspfleger Fritz, Abt.-Leiter in der Reichsdiensstelle des NSRB.: Rechtsprechung und Rechtspflege. Arbeitsteilung zwischen Richter und Rechtspfleger 542
- Linthorst, UGR. Dr., Lieberose: Urteilsbegründung aus dem Gemeinschaftsgebanken 114
- Ein Schuldner und 30 Haftbefehle! 117 424
- Wohnanständigkeit eine rein persönliche Empfindung? Zur Wandlung eines Rechtsbegriffs (§ 263 StGB.) 156
- Klare Recht — klare Sprache 617
- Auflagen zu Lasten des Erbhofs 1054
- Loos, Assessor Dr. Volker, Darmstadt: Die Eigentümergrundschuld bei Abtragung der Tilgungshypothek 409
- Luxenberg, Dr. Lothar, Berlin: Gefangen- und Straftatklaffenensfürsorge 17
- Martens, Berlin: Recht und Pflicht der Landbewirtschaftung 704
- Maunz, Prof. Dr. Theodor, Freiburg i. Br.: Steuertatbestand und natürlicher Wirtschaftsverlauf 414
- Recht und Verwaltung 845
- May, I. StM. Dr.: Verhängnisvolle Folgen der Verleihung eines Kleinkraftwagens an Ungeübte 956
- Meyer, GerAff. Dr. Ulrich Lothar, Berlin: Rechtsicherheit oder Gerechtigkeit. Ein kritischer Beitrag zur Lehre vom Wiederaufnahmeverfahren im Zivilprozeß 696
- Meyer, GerAff. Dr. Wolfgang, Berlin: Darf der Rechtsanwalt, ohne seine Berufspflichten zu verletzen, eine offenkundig aussichtslose Revision begründen (§ 345 StPO.)? 208
- Kann das Gericht den Parteien beschreiben, daß das Scheidungsurteil durch Zurücknahme der Klage wirkungslos geworden ist (§ 614a ZPO.)? 1130
- Mezger, UGR., Schneidemühl: Ein unerwünschter Antrag mit unerwünschten Folgen 73
- Mirbt, Prof. Dr. Hermann, Göttingen: Arbeitsbeschäftigung und unzulässige Einstellung 899
- Modest, Dr. Werner, Berlin: ZD. zur Beseitigung der Übersehung im Einzelhandel v. 16. März 1939 417
- Mönch, UGR., Berlin: Die Festsetzung des Grundstückswerts im Zwangsversteigerungsverfahren und ihre Bedeutung 72
- Möndmeier, Reichsgruppenwarter Wirtschaftsprüfer im NSRB. Dr. Otto: Die Wirtschaftsberatung als Berufsaufgabe 552
- Moser, Postrat Dr. Artur, Berlin: Die Vertretung der Deutschen Reichspost als Fiskus 155
- Moos, JN. Prof. Dr., Berlin: Die Altersversorgung der Rechtsanwälte 833
- Debite, Assessor Dr. Burkhard, Münster i. W.: Schadenersatzansprüche bei Verlust und Beschädigungen von Gütern im Gepäckverkehr nach der Eisenb. VerfO. v. 8. Sept. 1938 298
- Ostmann, UGR. Dr., Berlin: Die Regelung der Fälligkeit alter Hypotheken, ein Beitrag zur Deutschen Rechtserneuerung 201
- Pauder, Georg, Pressereferent des NSRB.: Das Recht als Brücke zwischen den Völkern 1025
- Paul, Fakultätsassistent Assessor Dr. Willy, Frankfurt a. M.: Zum Ausgleich von Schäden durch Immissionen aus öffentlichen Betrieben 743
- v. Pestalozza, Graf Dr.: Die Erörterung der Vorstrafen des Angekl. in der Hauptverhandlung 111
- Peter, RA. Rechtsanwalt für Steuerrecht Dr. Karl, Berlin: Schuldennachlaß und Schenkungssteuer 355
- Peters, Prof. Dr. Hans, Berlin: Die Rechtsnatur der Landesgesetze 426
- Peters, DGR., Hamm i. Westf.: Der Ausgleich zwischen einer mitwirkenden Betriebsgefahr und einer Verschuldenshaftung 745
- Proß, RA. Dr. Gustav, Lindau i. B.: Schadenersatzpflicht des „Beschäftigten“, besonders des Autoführers 346
- Püschel, VGR., Berlin: Die Rechte des Abzahlungsverkäufers beim Zahlungsverzuge des Abzahlungskäufers 1044
- Rauber, Assessor Wilhelm, Berlin: Neues im Erbhofrecht 840
- Redöhl, Hans, Berlin, Rassenpolit. Amt der NSDAP.: Nochmals: Staatsan-

- walt, Ehelechtsanfechtung und öffentliches Interesse 353
- Reu, Dozent Assessor Dr. Fritz, München: Zum Neubau des Internat. Privatrechts 228
- Niebel, Referent im Reichsrechtsamt der RSDAP. Assessor Wolfgang, München: Pensionsverträge mit Juden 1230
- Riemes, Gerd, Ratibor: Volkszugehörigkeit und Rechtsordnung 532
- Riffe, Alice, Berlin: Die Homosexualität der Frau und die Frauenbewegung 65
- Römer, LGDir. Dr., Berlin: Die PreisstrafrechtsVO. v. 3. Juni 1939 1030
- Roquette, RA. und Notar Dr., Königsberg i. Pr.: Schuldfeststellung und Schuldbewährung im Ehecheidungs- und Eheaufhebungs Urteil 19
- Vertraglose Mietverhältnisse 404
- Die Prozeßbevollmächtigten im Verfahren der einstweiligen Anordnungen 976
- Die Kostenentscheidung in einstweiligen Anordnungen 1121
- Roestel, Assessor, Berlin: Das Recht der Familienunterstützung und das Unterhaltsrecht des BGB. 102
- Roth, RA. Dr. Alfons, Berlin: Sach- oder Rechtskauf? 210
- Rothberger, LGPräs. Senator Dr., Hamburg: Die Stellung des Richters im Führerstaat 831
- v. Rozhdil-v. Hoewel, Dr., Magdeburg: Strafrechtlicher Schutz des Unterhaltsanspruchs 301
- Ein Beitrag zur Methode der Rechtsfindung am Beispiel der landwirtschaftlichen Schuldenregelung 1047
- Rühling, LGRA. Dr. Horst, Dresden: Aus der Praxis der VersteigerungsstopVO. v. 6. April 1938 141
- Rutkowski, AnwAss. Dr., Berlin: Die Rechtspredung des RG. zu dem normativen Schuldenelement und das unechte Unterlassungsdelikt 1041
- Schaefer, Reichsbahnrat Dr., Essen: Die rechtliche Bedeutung der Sperren im Güterverkehr der Eisenbahn 220
- Schaefer, Dr. jur. Hans-Ulrich, Essen: Schadensregelung beim Bau der Reichsautobahnen 296
- Schaffstein, Prof. Dr., Kiel: Die Befreiung des Strafrechts vom zivilistischen Denken 68
- Schefold, Reichsrichter beim RG. Dr., München: Die neuesten Änderungen im Einkommensteuerrecht 688
- Schinnerer, Dozent Dr. Erich, Berlin: Die Strafbestimmungen des JugSchG. 756
- Schlichting, LGRA. Dr., Berlin: Die Sorge für die Person gemeinschaftlicher Kinder nach dem neuen EheG. 199
- Schlosser, Dr. W., München: Sondervereinbarungen im Entschuldungsverfahren 596
- Schlotmann, LGRA. Dr., Offenbach a. M.: Wirkungen des Strafrechts auf einen gerichtlichen Vergleich im Privatklageverfahren 761
- Schmidt-Mlebenow, Dr. Kurt, Berlin: Die Bindung des Richters an das Gesetz 337
- Über das Zeugnisverweigerungsrecht der unehelichen Mutter 851
- Schmitt, Preuß. Staatsrat Prof. Carl, Berlin: Der Reichsbegriff im Völkerrecht 341
- Schneider, RA. Herbert, Karlsruhe: Neugestaltung des Vollstreckungsrechts 61
- Erweiterung der Wiederaufnahmegründe und Rechtsficherheit 700
- Scholl, RegRA. Dr. Albert, Berlin: Kündigung und Mietpreisstop 495
- Schreiter, RA. Dr., Dresden: Leistungssteigerung und Rationalisierung der deutschen Firmen durch Zusammenarbeit mit der deutschen Rechtsanwaltschaft in Beitreibungsfällen 353
- Schubart, LGRA. Dr., Berlin: Verfahrenseinstellung statt Freisprechung 1038
- Schulze-Beloh, Oberamtsanwalt, Halle a. S.: Strafrechtlicher Schutz des Unterhaltsanspruchs 301
- Schulz, RegRA. Dr. F. J., Berlin: Die Rechtsstellung des Auswanderers im Devisenrecht 969
- Schode, LGRA. Dr., Berlin: Pfändung und Verwertung von Steuergutscheiden 708
- Die Erzwingung von Handlungen und Unterlassungen (§§ 887—890 ZPO.) 973
- Seeliger, RegRA. Hans, Troppau: Das Devisenstraßverfahren vor der Devisenstelle 1208
- Seidel, LGRA. Dr. Willi, Berlin: Der Einsatz des Rechtswahrsers für die Schulungsarbeit der Partei 90
- Seiffert, RA. Dr. Dr., Berlin: „Anfallneurose“ und Reichsgericht 611
- Siebert, Prof. Dr. Wolfgang, Berlin: Rechtssystem und Studienordnung. Ein Beitrag zur Berufserziehung des Rechtswahrernachwuchses 829
- Staup, RA. Dr. Walther, Berlin: Wann ist die geschiedene Frau nach dem neuen EheG. zur Übernahme einer Erwerbstätigkeit verpflichtet? 344
- Specht, GerAss. Dr. F., Hamburg: Die Schadenshaftung bei Vorführfahrten von Kraftfahrzeugen 223
- Sperlein, GerAss. Dr., Nürnberg: Die Gebühr des Rechtsanwalts bei Abschluß eines Vergleichs im Privatklageverfahren 1042
- Spott, RA. und Notar Dr., Halle: Die Grundzüge des § 55 EheG. 24
- Staege, RA. J.R. Dr., Berlin: Die Befolgung der Probe- und Anwaltsassessoren 424
- Stahl, LGRA., Stuttgart: Gefängnisstrafe für Jugendliche? 115
- Stark, RA. Dr. Wilhelm, Berlin: Die Feststellung der angemessenen Entschädigung in der Enteignungspraxis 291
- Steffen, RA. u. Notar Walther, Berlin: Schiedsgerichtsklauseln in Lieferungsbedingungen der Gliederungen des Reichsnährstandes 855
- Stellrecht, Obergesellschaftsführer Helmuth, Berlin: Gesetz und Recht 2
- Storz, Alfred, Berlin: Gemeindefürsorge in Ostland auf politischem Hintergrund 119
- Studart, H-Brigadeführer StSekr. Dr., Berlin: Neubau des Reichs 819
- Sturm, Dr. Friedrich, Hagenow: Rechtsmittel im Strafverfahren 55
- Suchsland, RA. und Notar R., Halle a. S.: Ein überflüssiger Antrag mit unerwünschten Folgen 357
- Swoboda, Prof. a. d. Dt. Univ. in Prag Dr. jur. Dr. rer. pol. h. c. Ernst: Die demokratischen Irrwege der Tschechoslowakei und ihre Gesundung 525
- Tegtmeyer, Reichsstellenleiter, Reichsrechtsamt der RSDAP. Dr. Werner, München: Die Anwendung beamtenrechtlicher Vorschriften auf Parteiamts-träger 401
- Thiede, Assessor R., Hamburg: „Ein Schuldner und 30 Haftbefehle“ 423
- Thiemann, Dr. Hans, Berlin: Staatsanwaltschaft, Ehelechtsanfechtung und „öffentliches Interesse“ 75
- Tillburg, Friedrich, Berlin: Die Staatsideologie der baltischen Staaten 530
- Toop, RA. am RG. Dr., Berlin: Mitwirkendes Verschulden von Richter und Rechtsanwalt im Grundstücksvollstreckungsrecht 139
- von der Trend, RA. Dr., Berlin: Prozeßgebühr bei Mehrvergleich 754
- Vogel, LGRA. Dr. Hermann, Hamburg: Die Gebühr bei der Zurücknahme eines Antrags aus § 5 SchuldBereinigG. 355
- Vormschlag, Wolfgang, Bremen: Über die Vollstreckbarkeit der einstweiligen Anordnung in Ehefällen nach § 627 ZPO. 225
- Waechter, Assessor Heinz, Wuppertal: Pfändung der Kinderzulagen nach § 850 b ZPO. 118
- Wagner, GehKriegsrat Dr. M., MinRA. z. B. im Oberkommando der Wehrmacht: Fragen des Kriegsvölkerrechts 515
- Weg, LGRA. Dr. Albert, Berlin: Schutz gegen Mißbrauch formalen Rechts. Ein Beitrag zur Frage der Anwendbarkeit des § 826 BGB. gegenüber rechtskräftigen Schuldtiteln 473
- Die Klagen auf Feststellung der bluts-mäßigen Abstammung 132
- Weiß, LGRA. Dr. H., Dresden: Die Bereinigung alter Schulden 279
- Wenz, Justizrat a. D. Peter, Köln: Die kostenrechtliche Behandlung der Unterwerfungsklausel 1135
- Weyl, LGRA., Hamm: Zur Frage der Erstattungsfähigkeit der Auslagen für Gutachten, die im Erb- und Ehegesundheitsverfahren auf eigene Kosten eingeholt worden sind 1137
- Wogack, LGRA. Dr. Hans, Hamburg: § 30 PersEtG. n. F., Rude im Unehelichenrecht 1234
- Wolpers, Reichsgruppenwalter Notare im RSDAP. Notar Justizrat: Der Reichsnotar 554
- Wussow, RA. Dr. Werner, Berlin: Die Anrechnung des ersparten Unterhalts im Falle des § 845 BGB. 979
- Zöller, LGRA. Dr., Nürnberg: Der Mitverpflichtete im Schuldenbereinigungsverfahren 288
- Zumpf, Mitarbeiter des Rassenpolitischen Amtes der RSDAP. Dr. F.: Die Eingeborenenrechtspflege im britischen Mandatsgebiet Tanganika und ihre praktische Auswirkung 537

V.

Verfasser der Anmerkungen zu den Entscheidungen

Ordentliche Gerichte

A. Reichsgericht

a) Zivilsachen

Bach, RA. Dr. P., Freiburg i. Br.: 1157¹³
Baur, LGRA. Dr. F., Gedingen-Lüdingen: 661³⁴

Boock, RAhN. im RAVerfMin. Dr. G., Berlin: 786¹⁹

Boesebeck, RA. Dr. Ernst, Frankfurt am Main: 320⁹ 434¹ 1164¹⁸

Brand, Ass., Referent im Reichsrechtsamt der RSAP., Hans, München: 782¹⁵ 998¹⁹

Delbrück, RA. u. Notar, Fachanw. für Steuerrecht, Stettin: 943²¹

Groschuff, OGRA., Berlin: 722²²

Gülde, RA. u. Notar Dr., Dresden: 323¹¹ 443⁷

Herchel, Prof. Dr. Wilhelm, Köln: 377²¹ 1003²⁴ 1009²⁸

Kerfing, SenPräs., Berlin: 262³³ 872⁴

Koffka, RA. Otto, Berlin: 868²

Küchler, OGRA., Darmstadt: 776¹¹

Lange, LGDir. Dr., Kiel: 866¹

Larenz, Prof. Dr. R., Kiel: 634¹² 1158¹⁴ 1241⁴

Bindemann, MinDir. a. D., Berlin: 186³¹ 453²²

Möhrner, RA. Dr. Ferd., München: 308²

Nebel, RA., Dozent b. ArbVerf RSAP. Dr. Ostar: 664³⁵

Riff, RA. u. Notar Dr., Berlin: 1071¹⁵ 1075¹⁸

Roquette, RA. u. Notar Dr., Königsberg i. Pr.: 881¹¹

Schiedermair, Prof. Dr. Gerhard, Königsberg i. Pr.: 266²⁷ 373²⁰ 937¹⁷

Süß, Prof. Dr. Theodor, Berlin: 1089³²

Vogels, MinR. Dr., RZM., Berlin: 310⁴ 638¹⁴ 949²⁵

Weg OGRA. Dr., Berlin: 1260²⁰

Wittland, MinR. Dr., Berlin: 790²²

b) Strafsachen

Sahlitzky, RA. Dr., Forst (Sausitz): 713³

Gülle, ORegR., Oberkommando der Wehrmacht, Dr.: 628⁸

Seppin, Anwaltsassessor Schriftleiter Rudolph, Berlin: 361¹

Megow, RA. u. Notar Dr. Dr., Fachanwalt für Steuerrecht, Berlin: 369¹⁸ u.¹⁹

Richter, Postrat, RPostMin., Berlin: 924⁵

Schulz, RegR. Dr. G. F., Berlin: 927⁹ 10 von Weber, Prof. Dr., Bonn: 993¹² 1152⁶

Wolf, Prof. Dr., Freiburg i. Br.: 1146² 3

B. Erbhofgerichte

a) Reichserbhofgericht

Rostofsky, OGRA. Dr., Allenstein: 591¹⁷

b) Landeserbhofgerichte

Vogels, MinR. Dr., RZM., Berlin: 809³⁸

C. Erbgesundheitsobergerichte

Lemme, Assessor, Berlin: 732³¹

D. Oberlandesgerichte

a) Zivilsachen

Bach, RA. Dr. P., Freiburg i. Br.: 327¹⁴ 794²⁵ 886¹⁶

Carl, RA., Düsseldorf: 258²⁰

Dietrich, RA. u. Notar Dr. jur. et rer. pol. Hugo, Berlin: 315⁹

Gaedele, OGRA. Dr., Berlin: 330¹⁸ 336²⁰ 887¹⁸ 1184³⁹ 1186⁴³ 1187⁴⁴

Groschuff, OGRA., Berlin: 239¹³ 322¹⁰

Gülde, RA. u. Notar Dr., Dresden: 789²¹

Herchel, Prof. Dr. Wilhelm, Köln: 1239²

Hoffmann, RA. Dr. Willy, Leipzig: 253²⁵

Hobb, OGRA. im RZM. Dr., Berlin: 1188⁴⁵

Kerfing, SenPräs., Berlin: 1173²⁵

Kubisch, RA., Lübben i. Spreewald: 585⁹ 672⁴⁴

Küchler, OGRA., Mitarbeiter im RPA., Darmstadt: 580⁴

Santerbach, OGRA. Dr.: 870³

Lemme, AbtLeiter im Reichsausschuß für Volksgesundheitsdienst, Assessor, Berlin: 576²

Oppermann, RA. Dr. W., Dresden: 958⁴²

Pohle, LGDir. Dr. Rudolf, RZM. Berlin: 588¹⁴

Reddöhl, Hans, Berlin: 668³⁸

Reu, Prof. Dr. Fritz, Breslau: 939¹⁸

Ripfel, RA. Dr. Franz, Karlsruhe-Durlach: 385³⁹

Römer, LGDir. Dr., Berlin: 1079²²

Schwanhäußer, OGRA. Dr., München: 1255¹⁸

Vogels, MinR. i. RZM. Dr., Berlin: 314⁷

b) Strafsachen

Barnstedt, OGRA. Dr., Oldenburg: 1150⁵

Barth, Reichsamtsleiter Heinrich, München: 922³

Doerner, ORegR. im RZM. Dr., Berlin: 1156¹²

Gülde, RA. u. Notar Dr., Dresden: 1068¹¹ 1154⁹

Schaffstein, Prof. Dr., Kiel: 629⁹

E. Landgerichte

Zivilsachen

Epping, OGRA., Berlin: 656²⁸ 1099⁴² 1257¹⁹

Groschuff, OGRA., Berlin: 717¹⁷ 1165¹⁷ 1168¹⁹

Herchel, Prof. Dr. Wilhelm, Köln: 1263²¹

Lemme, Abteilungsleiter im Reichsausschuß für Volksgesundheitsdienst, Ass., Berlin: 774¹⁰

Mill, RA. Dr. jur. Otto, Berlin: 1247⁸

Roquette, RA. u. Notar Dr., Königsberg i. Pr.: 1081²⁴ 1087³⁰

Sebode, OGRA. Dr., Berlin: 455²⁴

Sommer, OGRA. Dr., Stolberg (Harz): 269³⁹

Legtmeyer, Dr., Reichsrechtsamt der RSAP.: 242¹⁵

F. Reichsarbeitsgericht

Oppermann, RA. Dr. W., Dresden: 954³⁵

G. Reichsfinanzhof

Delbrück, RA. u. Notar Dr., Fachanwalt für Steuerrecht, Stettin: 192³⁵ 272⁴¹

895²⁶ 896²⁷ 1019⁴² 1101⁴⁴ 1104⁵⁰ 1106⁵¹ 1199⁶² 1200⁶³

Fürnrohr, RA. Dr., München: 1017⁴¹ 1198⁶¹

Peters, Prof. Dr. Hans, Berlin: 396⁴⁸

VI.

Alphabetisches Verzeichnis des besprochenen Schrifttums

A. Nach den Namen der Verfasser geordnet

- Abderhalden, Dr. Hildegard: Vormund und Mündel im englischen Recht, verglichen mit französischem und deutschem Recht 864
- Abraham, RegR. am ZentralfinA. Berlin, Johannes: Praktischer Führer durch das Gewerbesteuerrecht 304
- Akademie für Deutsches Recht, Erbrechtsausschuß: Zeitschrift „Die Regelung der Erbenhaftung“ von Prof. Dr. Heinrich Lange, Breslau 859
- Sachausschuß für Urheber- und Verlagsrecht der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht: Die Neugestaltung des deutschen Urheberrechts 1235
- Arbeitsfront, Deutsche, Arbeitswissenschaftliches Institut: Jahrbuch 1938 I. und II. Band 1060
- Bandmann vgl. unter Krieg
- Baumbach, SenPräs. beim RG. a. D. Dr. Adolf: Gesetz betr. die Gesellschaften m.b.H. 358
- Beckche Verlagsbuchhandlung: Reichserbhofgesetz 574
- Beamtengeese 710
- BrVoVerwG. 864
- Justizausbildungsordnung 986
- GPD. 1064
- GewD. f. das Deutsche Reich 1236
- RZagdG. 1236
- Behrens, Dr. Friedrich, Dr. Eugen Eberhardt, Dr. Walther Kolbe, Assessor Hans Marzloff: Die Preisbildung bei öffentlichen Aufträgen 861
- Behrens, Amtsrat D., vgl. unter Krug
- von Berg vgl. unter Pfau
- Bertelsmann vgl. unter Wohlfahrt
- Böhm vgl. unter Burgdörfer
- Boschan, Dr.: Der Nachschlichter und seine Abteilung 38
- Brönner, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Dr. jur. et rer. pol. Herbert, Berlin: Die Besteuerung der Gesellschaften 359
- Buchholz vgl. unter Birwas
- Bühler, Prof. a. d. Univ. Münster, Dr. u. Prof. a. d. Hochschule für Welthandel in Wien Dr. Leopold Mayer: Steuertafel Ausg. f. d. Land Österreich 864
- Bußh, Dir. der UnivAnst. f. gerichtl. Medizin und naturwissenschaftliche Kriminalistik in Jena, Prof. Dr. Gerhard: Der Verkehrsunfall 768
- Bunge vgl. unter Palandt
- Burgdörfer-Böhm-Frieße-Linden: Grundlagen der Erb- und Rassenpflege 127
- Carl, RA. Hermann, Düsseldorf: Straßenverkehrs- und Verkehrspflichtrecht 574
- Charlé, Dr. jur. Klaus: Die Eiserne Garde 858
- Dandelmann vgl. unter Palandt
- Darlow-Müller-Nicolaus: Kommentar z. Luftschutzesetz 864
- Deiß, RA. Dr. Robert, München: Das Recht der Kasse 1062
- Demmer, Bizeid. der Österr. Creditanst. — Wiener Bankverein Dr. Karl: Die Umstellung Österreichischer Aktiengesellschaften 1142
- Eberhardt vgl. unter Behrens
- Egger vgl. unter Escher
- Eher, Zentralverlag der NSDAP., Franz: Deutsche Rechtsenernung 864
- Ehm, SenPräs. des RG. a. D. Kurt: Jahrbuch für Entscheidungen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und des Grundbuchrechts. 18. Bd. Heft 1 und 2 232
- Eichelsbacher, RegR. I. M. im BayStMin. f. Wirtschaft Dr. Franz: RVO. 1236
- Esler, Verlagsdir. Dr. jur. Alexander, Berlin: Gesetz über das Verlagsrecht 708
- Enig, ORegR. Dr. Kurt, Berlin: Personenstandsrecht 230
- Escher, Prof. Dr. A., Prof. Dr. A. Egger, Prof. Dr. Haab, Prof. Dr. A. Homberger, Bundesrichter Dr. S. Dser (+), Prof. Dr. W. Schönenberger und Prof. Dr. A. Siegwart: Kommentar zum SchweizZGB. III Bd.: Das Erbrecht v. gew. Prof. a. d. Univ. Zürich Dr. Arnold Escher 360
- Fischbach, MinDirig. im RZM. Dr. Oskar Georg: Fürsorge- und Versorgungsgesetz 232
- Fischer, Assessor Dr. jur. Hans-Detlev: Gefälligkeitsfahrt und vorvertragliche Haftung 1142
- Floegel, Rechtsanwalt beim RG. Johannes: Straßenverkehrsrecht 768
- Frank, RMin. Dr. Hans: Recht und Verwaltung 857
- und Staatsrat Dr. R. Graf v. d. Goltz: Nationalsozialistischer Ehrenschutz 83
- Fränk, Magistrat, Rechtsreferent des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt Berlin Dr. Gerhard, und RA. u. Notar in Berlin, Mitgl. der Akademie für Deutsches Recht Dr. Werner Gempfinger: Die Neugestaltung deutscher Städte 1059
- Freisler, StSchr., Preuß. Staatsrat Dr. Roland: Nationalsozialistisches Recht und Rechtsdenken 83
- Einführung zu „Verkehr mit land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken“ von EGH. und OGH. Dr. Karl Hopp im RZM., Mitgl. des RGH. 230
- StSchr. i. e. R., PrStaatsrat Ludwig Grauert, unter Mitwirkung von StA. im RZM. Dr. Karl Krug: Das neue Recht in Pr. Bief. 39 232
- u. StSchr. i. RZM. Prof. Dr. Dr. Schlegelberger: Römischer Kongreß für Kriminologie 767
- vgl. auch unter Schlegelberger
- Friedrich, Dr. Paul-Moritz: Kriminalpolizei und Strafverfahrensrecht 229
- Frieße vgl. unter Burgdörfer
- Friedrich vgl. unter Palandt
- Gilgan, Rechtspfleger Paul: Das Registergericht 1235
- v. der Goltz vgl. unter Frank
- Grauert vgl. unter Freisler
- de Gruyter, Verlag Walter: GewD. 430
- Gündel, RegR. im RZM. Dr. Herbert, und ORegR. im RZM. Dr. Hans Höll: Der Steuergutschein 1236
- Günther, RegR. Dr. Hermann: Die Gesetze des Reichs und Preußens über die freiwillige Gerichtsbarkeit 304
- Günzert, Vortrag. Legationsrat, Mitglied der Akademie f. Deutsches Recht, Theodor: Die Rechtsentwicklung in Deutsch-Ostafrika unter britischem Mandat 573
- Gurski, RegR. b. d. Debisenstelle Wien Hans, und RegR. b. d. Debisenstelle Berlin Dr. Heinz Friedrich Schulz: Devisengesetz 1063
- Haab vgl. unter Escher
- Hahn, Dr. jur. Georg: Grundfragen europäischer Ordnung 1140
- Gempfinger vgl. unter Fränk
- Heder, Landesrat Walther, und Dr. Erika Müller, wissenschaftl. Hilfsreferentin b. d. Rhein. Provinzialverwaltung: Jugendhilfe- und Gesundheitsfürsorgerecht 919
- Henke vgl. unter Palandt
- Hoche vgl. unter Schlegelberger
- Hoffmann, RegR. im RMin. f. Volksaufklärung u. Propaganda Dr. Horst, unter Mitwirkung des Reichsbunds der Kinderreichen Deutschlands zum Schutze der Familie: Was jeder Kinderreiche wissen muß 709
- Höll vgl. unter Gündel
- Holtkamp, RGA. Franz: Vereinigung alter Schulden 360
- Homberger vgl. unter Escher
- Hopp, EGH., und OGH. Dr. Karl im RZM., Mitglied des RGH.: Verkehr mit land- u. forstwirtschaftlichen Grundstücken 230
- Inhof, RegR. I. M. in München Dr. Wilhelm, 4. Aufl. des Kommentars zur GVO., begründet von Georg Meißel 862

- Institut international de Rome pour l'unification du droit privé: L'exécution à l'étranger des obligations. Etudes II: Dettes Alimentaires 920
- Jonas, SenPräs. beim RG., Mitglied der Akademie für Deutsches Recht Dr. Martin, unter Mitwirkung von ODir. im RMZ. Dr. Rudolf Pohle: Die ZPD. 159
- Kersten, Notar F.: Formularbuch und Praxis der Freiwilligen Gerichtsbarkeit 861
- Kolbe vgl. unter Behrens
- Kolbe, Dr. J.: Behördenfeindliche Verwaltungsjustiz 39
- Kollmann, Staatsrat, Präs. der Bayer. Versicherungskammer Dr. Ottmar: Die Österreichische Verwaltung 160
- Kochler vgl. unter Leichmann
- Kohlhammer, Verlag W.: RVD. 1144
- Köstler, o.ö. UnivProf. in Wien Dr. Rudolf: Die Ehevorschriften im Lande Österreich und in den sudetendeutschen Gebieten 860
- Kramer, UGR. Wolfgang: Böltischer Staat und deutsche Gotteskenntnis 128
- Kried, Prof. Dr., Heidelberg: Volk im Werden Heft 1/1939 302
- Krieg-Bandmann: Mietrecht 40
- Krug, OStA. Dr. K., OGR. Dr. K. Schäfer, ODir. Dr. F. W. Stolzenburg, unter Mitwirkung von Amtsrat D. Behrens, sämtlich im RMZ.: Strafrechtliche Verwaltungsvorschriften 863
- vgl. auch unter Freisler
- Kühne, RegR. Rudolf: Grundriß des Devisenrechts 359
- Kutscher, Dr. Hans: Eigentum und Enteignung 303
- Lammers, RMin. Dr., Berlin: Reich und Ostmark 125
- Lange, Prof. Dr. Heinrich, Breslau: Boden, Ware und Geld I. Teil: Grundfragen, II. Teil: Boden 36
- Die Regelung der Erbenhaftung. 3. Denkschrift des Erbrechtsausschusses der Akademie für Deutsches Recht 859
- Lauterbach vgl. unter Palandt
- Leers: Geschichtliche Grundlagen des Nationalsozialismus 84
- Leistritz Dr. Hans Karl: Deutsches Volksrechtshandbuch 573
- Lengemann, RA. Dr. jur. Klaus, Berlin: Importeur und Devisenrecht 861
- Leppin, AmtAss. Schriftleiter Rudolf: Neues Recht im Dritten Reich 302
- Linde vgl. unter Burghörfer
- Lux, Dr. Karl: Die Entwicklung des Gutgläubenschutzes im 19. und 20. Jahrhundert mit besonderer Berücksichtigung des Wechselrechts 920
- Mannlicher vgl. unter Pfundtner
- Manteuffel vgl. unter Riede
- Marxmann, ObBürgermeist. Dr. Fritz: Zur Geschichte des Magdeburger Rechts 622
- Markloff vgl. unter Behrens
- Mattern, RegR. b. ObFinPräsidium Graz Dr. Gerhard: Steuervollstreckungsrecht 710
- Mayer vgl. unter Bühler
- Medicus vgl. unter Pfundtner
- Meitel vgl. unter Jinhof
- Mein, Dr. jur. Helmut: Die unbestimmte Beurteilung im Jugendstrafrecht 1063
- Meyer, RA., Vorstandsmittgl. der Dresdener Bank, HonProf. a. d. Wirtschaftshochschule Berlin Dr. Dr. E. S.: Reichsgesetz betr. die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften 710
- Michel, MinDirig. i. RMZ. Dr. jur. Elmar: Das Gaststättenrecht 231
- Mischke, MinR. im RMZ., Mitglied des Ragsrats Dr. G. und OGR. im RMZ. Dr. R. Schäfer: Kommentar zum RAgbG. 863
- Müller, Dr. Erila vgl. unter Heder
- Müller, RGR. Dr. Hans: Elterliche Gewalt und Vormundschaft 127
- Müller vgl. unter Darlow
- Neefe, Gottfried: Leitfäden für ein deutsches Jugendrecht 37
- Neubert vgl. unter Pfundtner und unter Schlegelberger
- Nicolaus vgl. unter Darlow
- Noad, RA. u. Notar Prof. Dr. Erwin, Berlin: Quer durch das Bürgerliche Recht 230
- Nser vgl. unter Escher
- Palandt, Präs. d. RPräs., Mitglied d. Akademie für Deutsches Recht Dr. Otto, RGR. Dr. Johannes Friesede, RGR. Dr. Wolfgang Lauterbach, RGR. Dr. Fritz Henke, ODir. Dr. Kurt Bunge, OGR. Dr. Claus Seibert, OGR. Heinz Radtke, RA. Dr. Eberhard Binzger und OGR. Dr. Bernhard Dandermann: BGB. 919
- Pfau, OGR., Notariatsreferent a. D. Dr. Friedrich, und RA. am RG. Notar Dr. Carl vom Berg, Berlin, unter Mitwirkung von Bezirksnotar Thomas Renner, Stuttgart: Hilfsbuch für das Notariat 574
- Pfundtner, StSekt. im RMdZ. Hans, Berlin, JRA., Präs. der RRA. Dr. Reinhard Neubert, unter Mitwirkung von MinDirig. im RMdZ. Dr. F. A. Medicus und Sektionschef der österreichischen Landesregierung Dr. E. Mannlicher, z. Zt. im RMdZ., Berlin: Das neue Deutsche Reichsrecht (Ausgabe Österreich) Bief. 16 232 Bief. 17 768
- Binzger vgl. unter Palandt
- Pohle vgl. unter Jonas
- Prohl, Preuß. Provinzialrat, Verbandsvorsteher des Ostpreuß. Spartassen u. Giroverbandes, Landesobmann der Reichsgruppe Banken für den Wirtschaftsbezirk Ostpreußen, Mitglied des Spartassenausschusses der Akademie für Deutsches Recht Dr. jur. Hans: Reichsgesetz über das Kreditwesen 861
- Radtke vgl. unter Palandt
- Rehm, Verlag für Verwaltungspraxis Franz: BesoldG. 710
- Renner vgl. unter Pfau
- Rentrop vgl. unter Wohlhaupt
- Rhode, Reg. u. GewR. am Polizeipräsidium Berlin Wilhelm: Arbeitszeitordnung, Jugendschutzgesetz, Bäckereiarbeitszeitgesetz 1602
- Riede-Manteuffel: Der ländliche Grundstücksverkehr 39
- Ritter, Vizepräs. des HansRG. a. D. Dr. Carl, und OGR. in Hamburg Dr. Justus Ritter: Aktiengesetz 430
- Ritterbusch, Mitglied der Wissenschaftl. Akademie des NSD-Dozentenbunds der Christian-Albrechts-Univ. zu Kiel, Mitglied der Akademie für Deutsches Recht Prof. Dr. jur. Paul: Demokratie und Diktatur 857
- Rohlfing, UGR. und Mitglied des Ausschusses für Arbeitsrecht b. d. Akademie für Deutsches Recht, Vors. b. ArbG. Berlin Dr. Theodor, und ORegR. a. D. Dir. b. Deutsch. Spartassen- und Giroverb., Mitglied der Akademie für Deutsches Recht Rudolf Schraut: Jugendschutzgesetz 304
- Röschinger, Dr. Leonhard: Der Ausschluß der Strafbarkeit im englischen Recht im Vergleich mit dem deutschen Strafrecht 1064
- Roefel, Ass. Dr. Günther: Das Recht der Freizügigkeit 622
- Schäfer, OGR. Dr. K. vgl. unter Krug und unter Mischke
- Schäfer, Geh. RegR. MinDirig. i. RMZ. Dr. jur. et rer. pol. Leopold: StGB. 1063
- Schlegelberger, Dr. Franz, und Dr. Roland Freisler, StSekt. im RMZ., JRA. RA. und Notar Präs. der RRA. Dr. Reinhard Neubert, MinR. im RMdZ. Dr. Werner Hode und MinR. im RMZ. Eberhard Staud: Jahrbuch des Deutschen Rechts 222
- vgl. auch unter Freisler
- Schmidt, Prof. Dr. Eberhard, Leipzig: Der Arzt im Strafrecht 767
- Schmidt, Verlag Dr. Otto: Schnellkartei der Reichsteuergesetze. Teil I: Die gesamten Reichsteuergesetze. 64. Ers. u. Ergänzungslieferung 430
- Schmüder, Bezirksreferent Justizinsp. Werner, Magdeburg: Deutsches StGB. und deutsche RMinGebD. 866
- Scholl, RegR. Hauptreferent der Preisbildungsstelle des Stadtpräs. d. Reichshauptstadt Dr. Albert: Die Entfaltung des deutschen Grundbesitzes 709
- Scholz, Geh. JRA. SenPräs. des PrRG. Dr. Franz: Kommentar zum Grundsteuergesetz 304
- Schönberger vgl. unter Escher
- Schönfelder, UGR. Dr. Heinrich, Dresden: Deutsche Reichsgesetze 10. Aufl. 863
- Schönke, Adolf: Zivilprozeßrecht 38
- Schraut vgl. unter Rohlfing
- Schulz vgl. unter Gurski
- Schulze, Robert: Waffenrecht 360
- Schwabe, Helmut: Richter im Werden 127
- Seibert vgl. unter Palandt
- Siebert, oö. Prof. Dr. Wolfgang, Berlin: Jugendschutzgesetz 125
- Sieglwart vgl. unter Escher
- Spöhr, Dr. Werner: Handbuch des Verwaltungs-zwangsverfahrens 159
- Statistisches Reichsam: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 160
- Staud vgl. unter Schlegelberger
- Stodte, Hermann: Das Nibelungenlied 858
- Stölzel, RegPräs. a. D. HonProf. a. d. Univ. Marburg, Dr. Otto: Namenrecht 622
- Stolzenburg vgl. unter Krug
- Strup, StSekt. i. RMdMin., Dr. Friedrich: Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung 621

Leichmann, RGR. i. R. Dr. Robert, und
 RA. am LG. in Mannheim Dr. Wal-
 ter Koehler: Aktiengesetz 1141
 Thielmann, SenPräs. im RVerf., Kom-
 missar für die Reichsnappschafft Prof.
 Hans: Reichsnappschafftgesetz 304
 Voigt, Dr. rer. pol. Dr. jur. Fritz: Die
 Selbstverwaltung als Rechtsbegriff und
 juristische Erscheinung 1060
 Volkhardt, RA. Dr. Georg, München:
 Deutscher Gesetzesanzeiger 160
 Wehler, Geschäftsführender Direktor des
 Deutschen Instituts für Jugendhilfe,
 Dr. Heinrich, Berlin: Jahrbuch des
 Jugendrechts. Bd. X für das Jahr
 1937 574
 Weigelt, Dr. jur.: Kraftverkehrsrecht von
 A—Z 1144

Weimar, RA. b. AG. und LG. Köln,
 Dozent b. Arbeitswerk NERB. Dr.
 Wilhelm: Führer durch die Rechts-
 gebiete:
 Heft 2: Freiwillige Gerichtsbarkeit 710
 Heft 3: Anfechtungsrecht 710
 Heft 4: Gewerbliches Urheberrecht 710
 Heft 5: Reichserbhofgesetz 710
 Heft 6: Wehrrecht 710
 Heft 7: Gemeindeverfassungs- und Ge-
 meindefinanzrecht 710
 Heft 9: Staatsrecht 710
 Heft 1: Verfahrensrecht 863
 Weirauch, Dir. d. Deutschen Reichsbahn,
 Dr. jur. W.: Eisenbahn-Verkehrsord-
 nung v. 8. Sept. 1938 360
 Wenz, Peter: Zwangsvollstreckung in das
 unbewegliche Vermögen 38
 Wirtschaftsprüfer, Institut der: Wirt-
 schaftsprüferverzeichnis 1939 622

Wohlhaupt, MinR. Dr. Wilhelm Ren-
 trop, ORegR. Abteilungsleiter beim
 Reichskommissar für die Preisbildung,
 und RegR. Martin Bertelsmann, Re-
 ferent beim Reichskommissar für die
 Preisbildung: Die gesamten Preisbil-
 dungsvorschriften 920

Zimmerle, ORegR. im RArbM. Dr. Lud-
 wig: ZPD. 1144
 Zipperer, Falk W.: Das Haberfeldtreiben
 573
 Zirpins, Dr. jur. Walter: Strafrecht —
 leicht gemacht! 862
 Zirwas, Verbandsdirektor. Wirtschafts-
 prüfer Dr., und Geschäftsprüfer des
 Instituts der Wirtschaftsprüfer Dr. P.
 Buchholz: Das Genossenschaftliche Prü-
 fungswesen 359

B. Nach den Namen der Besprecher geordnet

Bähr, Hans, Berlin: 302
 Bechert, RGR. Dr. Rudolf, Rosenheim:
 83 125 127
 Bergmann, RA. u. Notar Dr., Frankfurt
 a. M.: 1141
 Best, H-Brigadeführer MinDirig. Dr.
 Werner, Berlin: 857 858 862
 Boschan, RGR., Dr., Berlin: 864

Carl, RA., Düsseldorf: 159 768
 Caesar, Dir. b. d. Reichsbank, Berlin:
 861
 Christaller, Dr. habil. Walter: Freiburg
 i. Br.: 1060

Dietrich, RA. u. Notar Dr. Hugo, Ber-
 lin: 430
 Diehe, Dr. jur. habil. F.-F., Kiel: 37
 1140

Emig, ORegR. Dr., Berlin: 160
 Ernst, RA. u. Notar Dr. jur. F., Lüne-
 burg: 709

Fider, MinR. Dr., Berlin: 860

von Gleispach, Prof. Dr. Graf, Berlin:
 767
 von Graefe, RGR. Dr. A., Berlin: 863
 Greiser, RGR. Dr., Berlin: 622
 Großhuff, OAR., Berlin: 358
 Großmann-Dorthe, Prof., Freiburg: 36
 Güldé, RA. u. Notar Dr., Dresden: 1143

Hastler, RegR. Dr., Tetschen (Elbe):
 1062
 Henke, RGR. Dr., Berlin: 304
 Herfurth, RGR. Dr. jur., Dresden: 38
 Herchel, Prof. Dr. Wilhelm, Köln: 302

Hoffmann, RA. Dr. Willh., Leipzig: 708
 Höhn, Prof. Dr. R., Berlin: 473 621
 Hörner, Wirtschaftsprüfer J., Berlin: 359
 Horstmann, Dr. Horst, Berlin: 35

Jenne, Volksgerichtsrat, Berlin: 128

Kaden, Prof. Dr. Erich-Hans, Genf: 360
 Kallfelz, RGR. Dr., Cottbus: 574 768
 Kaemmel, ORegR., Berlin: 359
 Klapp, RegR. Dr., Berlin: 1236
 Klappeffer, RA. Dr. Erich, Hamburg: 231
 Kersten, RA. u. Notar F., Berlin: 574
 Kersting, SenPräs., Berlin: 304
 Kirchmann, Notariatsassessor Dr. Hanns,
 München: 230

Klee, SenPräs. Prof. Dr., Berlin: 1064
 Koffka, RA. Otto, Berlin: 864
 Krug, Ass. Dr., München: 160

Leppin, Assessor Schriftleiter Rudolf, Ber-
 lin: 573 862 986 1063
 Leuchs-Mad, RA. Dr., Frankfurt a. M.:
 1063
 Lindenmaier, SenPräs. a. RG. Dr., Leip-
 zig: 919 920
 Linkhorst, RGR. Dr., Lieberose: 38

Marowski, RGR., Berlin: 1235
 Meilide, RA. Dr. Heinz, Berlin: 1142
 Muth, Dr. F., Berlin: 39

Mabe, ORegR. Dr., Berlin: 573
 Nicolai, Berlin: 39

Oppermann, RA. Dr. W., Dresden: 1060

Peter, Fachanwalt f. Steuerrecht, RA.
 Dr. Karl, Berlin: 710
 Pohl, Magistrat Werner, Berlin: 1059

Quaas, Assessorin, Referentin im Haupt-
 amt für Volkswohlfahrt Berlin, Dr.
 Herta: 622

Reuß, RA., Berlin: 159
 Rhode, Prof. Dr. Heinz, Münster i. W.:
 125

Riff, RA. Dr. Otto, Berlin: 229 710
 Ritter, RA. Dr. Wilhelm, Berlin: 1235
 Roquette, RA. u. Notar Dr., Königs-
 berg i. Pr.: 40 230 859
 Roestel, Dr., Berlin: 919
 Ruth, Prof. Dr., Frankfurt a. M.: 622
 710

Scheuermann, RA. Dr., Berlin: 709
 Schmidt, LGDir. Dr., Berlin: 767
 Schmidt-Klebenow, Dr., Rasse- und Sied-
 lungshauptamt Berlin: 127 1062
 Schneider, RA. Herbert, Karlsruhe: 38
 Scholl, RegR. Dr. Albert, Berlin: 861
 Schünke, Prof. Dr., Freiburg i. Br.: 863
 920
 Schulze, RA. u. Notar, Jena: 861
 Schulz, RegR. Dr. F., Berlin: 359
 861
 Schuster, RGR. Dr., Berlin: 360
 Seybold, Notar Dr., Sulzbach-Rosen-
 berg: 862
 Seydel, RA. Dr. Helmut, Berlin: 127

Silmann, RGR. Dr., Werder (Havel):
 360

Wagner, Geh. Kriegsrat Dr. M., MinR.
 z. B. im Oberkommando der Wehr-
 macht: 232
 Wedmann, Carl-Herbert, Berlin: 84
 Wiedner, Prof., Leipzig: 303

VII.

Verzeichnis der abgedruckten Entscheidungen

A. Reichsgericht

a) Zivilsachen

1935

*17. Okt.: IV 171/35: 144
12. Dez.: VI 277/35: 615

1936

12. März: VI 373/35: 614
3. April: V 266—269/35: 140
8. " V 314/35: 139
*28. Juli: III 329/35: 426
29. Sept.: III 46/36: 32
24. Nov.: III 23/36: 32
24. " III 84/36: 32

1937

21. April: III 201/36: 32
*3. Mai: VI 333/36: 473
23. Juli: VI 11/38: 746
14. Okt.: IV 92/37: 132 408

1938

7. Jan.: III 89/37: 31
*3. März: IV 224/37: 476
24. April: III 136/37: 32
24. Aug.: II 26/38: 676
14. Okt.: III 23/38: 459 31
8. Nov.: III 21/38: 745
8. " III 30/38: 1034 27
*30. " II 39/38: 316 9
*30. " VI 131/38: 611
5. Dez.: V 130/38: 799 30
9. " III 62/38: 769 4
10. " II 38/38: 442 6
10. " VI 118/38: 183 28
*13. " VII 45/38: 644 22
16. " III 51/38: 243 18
17. " VI 196/38: 259 31
*19. " IV 179/38: 408
*20. " III 46/38: 229 14
22. " IV 114/38: 776 12
22. " V 94/38: 892 25

1939

4. Jan.: II 116/38: 256 38
4. " VI 205/38: 323 11
5. " V 172/38: 169 12
*6. " III 26/38: 374 31
6. " III 60/38: 654 26
6. " III 122/38: 784 19
7. " II 101/38: 253 26
*9. " IV 132/38: 260 33
*9. " V 154/38: 378 33 743
10. " VII 46/38: 185 30
11. " VI 185/38: 786 20
12. " IV 171/38: 177 20
12. " IV 193/38: 246 18
13. " I 123/38: 251 24
*13. " III 89/38: 265 37
13. " III 153/38: 244 17
*16. " V 75/38: 460 32
18. " II 111/38: 255 27
18. " II 127/38: 439 4
18. " II 144/38: 165 8
*23. " IV 195/38: 306 2 605
*25. " II 94/38: 431 1
25. " II 146/38: 728 29
26. " IV 203/38: 381 35
*26. " IV 212/38: 178 21
*27. " III 86/38: 659 34
28. " II 92/38: 1170 23

28. Jan.: II 122/38: 438 3
*31. " VII 112/38: 329 10
2. Febr.: IV 189/38: 172 10
2. " IV 226/38: 311 5
*3. " III 81/38: 789 22
3. " III 91/38: 1159 15
3. " III 120/38: 950 20
*3. " VII 122/38: 645 23
4. " II 93/38: 441 5
4. " II 113/38: 943 22
4. " II 156/38: 437 2
4. " VI 172/38: 259 30
*6. " IV 188/38: 310 4
*6. " IV 220/38: 183 29
8. " II 107/38: 727 28
10. " III 105/38: 950 30
10. " III 106/38: 666 30
11. " II 164/38: 650 24
13. " II 133/38: 723 23
*13. " IV 229/38: 174 19
13. " V 203/37: 930 14
14. " I 162/38: 723 24
*16. " IV 201/38: 453 22
*16. " IV 221/38: 305 1
*17. " I 90/38: 730 30
*18. " VI 228/38: 442 7
20. " V 146/38: 940 19
20. " V 176/38: 950 28
*21. " VII 129/38: 631 12
22. " II 62/38: 879 11
23. " IV 178/38: 382 30
*23. " IV 209/38: 383 39
*23. " V 174/38: 662 35
24. " I 182/38: 727 27
*24. " VII 138/38: 871 4
*24. " VII 145/38: 865 1
25. " II 123/38: 720 22
*28. " VII 140/38: 575 1
*2. März: IV GB 26/39: 454 23
*2. " IV 240/38: 371 29
*2. " VB 2/39: 445 10
2. " V 103/38: 790 29
2. " V 136/38: 630 11
3. " I 144, 145/36: 670 43
3. " I 178/38: 634 13
3. " III 126/38: 1247 9
*3. " VII 132/38: 941 21
3. " VII 148/38: 882 13
4. " II 145/38: 652 25
*6. " V 194/38: 635 14
*7. " VII 162/38: 1088 32
8. " II 143/38: 1002 24
*8. " VI 239/38: 1092 35
*8. " VI 258/38: 1094 37
*9. " IV 230/38: 778 13
*11. " VI 244/38: 867 2
*11. " VI 6/39: 884 15
*13. " IV 241/38: 779 14
*13. " IV 251/38: 382 37
14. " VII 279/38: 803 32
*15. " II 80/38: 802 31
15. " II 151/38: 769 3
15. " VI 160/38: 798 28
*16. " V 214/38: 946 23
17. " III 92/38: 1249 11
20. " V 167/38: 935 10
20. " V 203/38: 795 20
*22. " II 137/38: 1001 23
22. " VI 246/38: 783 18
23. " IV 205/38: 999 21
*23. " IV 250/38: 640 10
24. " III B 2/39: 1189 40
24. " VII 147/38: 769 1

25. März: II 162/38: 769 2
*27. " IV B 40/38: 782 10
27. " IV 274/38: 770 5
*27. " IV 275/38: 930 13 1158 14
*29. " VI 231/38: 1005 27
*30. " IV 207/38: 874 6
*30. " IV 214/38: 997 19
*30. " IV 254/38: 1013 34 1241 4
*30. " IV 263/38: 775 11
*30. " V 121/38: 1159 10
30. " V 163/38: 1011 30
30. " V 187/38: 1005 28
*30. " V 190/38: 795 27
*1. April: VI 179/38: 1093 36
1. " VI 284/38: 1079 23
*3. " IV 165/38: 936 17
*3. " IV 253/38: 639 15
*3. " IV 257/38: 780 15
4. " III 135/38: 1007 28
*4. " VII 169/38: 1004 25
4. " VII 272/38: 1182 35
5. " VI 271/38: 1081 25
*17. " IV 210/38: 1156 13
*17. " IV 259/38: 1074 18
*17. " IV 269/38: 1071 15
17. " V 218/38: 1083 26
18. " VII B 19/39: 881 12
*24. " IV 268/38: 1072 10
27. " IV 235/38: 1244 9
27. " IV 255/38: 1245 7
27. " V 217/38: 1241 3
28. " VII B 20/39: 1182 30
*4. Mai: IV B 17/39: 998 20
*4. " IV B 20/39: 996 18
*4. " VIII B 6/39: 1195 59
4. " VIII B 15/39: 1194 58
*6. " VI A 75/39: 1248 10
8. " IV 291/38: 1264 22
8. " IV 5/39: 1073 17
8. " IV B 16/39: 1016 40
8. " IV 53/39: 1077 20
11. " IV 227/38: 1186 42
17. " VIII GB 14/39: 1196 60
*15. Juni: IV 256/38: 1258 20

b) Strafsachen

1935

14. Febr.: 2 D 1242/34: 138

1938

*22. März: 1 D 827/37: 477
29. " 4 D 498/37: 137
25. Juli: 2 D 290/38: 138
25. Nov.: 1 D 765/38: 1033
8. Dez.: 5 D 524/38: 1041
*9. " 1 D 926/38: 208

1939

6. Jan.: 4 D 701/38: 162 4
10. " 1 D 821/38: 366 10 927 10
13. " 4 D 716/38: 235 8 369 19
26. " 2 D 769/38: 233 0
*26. " 5 D 922/38: 162 3
31. " 1 D 947/38: 364 9
31. " 1 D 14/39: 161 2
*2. Febr.: 2 D 817/38: 163 5
3. " 1 D 1027/38: 164 0
3. " 1 D 1069/38: 365 13
3. " 4 D 897/38: 365 14
*6. " 2 D 793/38: 362 2
6. " 2 D 852/38: 233 3
7. " 1 D 32/39: 236 10

*7. Febr.: 4 D 68/39: 161¹
 9. " 2 D 906/38: 370²⁴
 9. " 3 D 1022/38: 364¹¹
 10. " 1 D 958/38: 371²⁷
 10. " 1 D 1001/38: 235⁹
 *10. " 1 D 1015/38: 368¹⁸
 10. " 1 D 57/39: 363⁴
 10. " 2 D 74/39: 627⁸
 13. " 3 D 966/38: 233¹
 13. " 2 D 4/39: 370²³
 14. " 1 D 64/39: 233⁵
 *14. " 4 D 870/38: 626⁵
 16. " 2 D 819/38: 370²²
 16. " 2 D 3/39: 362³
 20. " 2 D 755/38: 364¹⁰
 20. " 2 D 776/38: 363⁰
 20. " 3 D 92/39: 371²⁰
 21. " 1 D 874/38: 370²⁵
 21. " 1 D 1050/38: 363¹
 21. " 1 D 66/39: 364⁷
 *24. " 1 D 20/39: 368¹⁷
 24. " 1 D 59/39 u. 1 D 61/39: 364⁸
 *24. " 4 D 607/38: 625⁴
 24. " 4 D 53/39: 624³
 27. " 3 D 990/38: 371²⁸
 *27. " 3 D 38/39: 623²
 *28. " 1 D 650/38: 365¹⁵
 *28. " 1 D 100/39: 361¹
 28. " 4 D 82/39: 712⁴
 3. März: 1 D 115/39: 370²¹
 *3. " 4 D 7/39: 926⁹
 6. " 2 D 813/38: 623¹
 6. " 2 D 73/39: 364¹²
 7. " 1 D 114/39: 1145²
 *9. " 2 D 498/39: 715¹³
 9. " 5 D 629/38: 626⁰
 13. " 3 D 39/39: 712⁰
 *14. " 1 D 76/39: 992¹²
 16. " 2 D 14/39: 711²
 16. " 3 D 913/38: 716¹⁴
 17. " 4 D 947/38: 714⁹
 17. " 4 D 985/38: 929¹¹
 20. " 3 D 922/38: 716¹⁰
 21. " 4 D 772/38: 924⁰
 *23. " 2 D 902/38: 713⁸
 23. " 2 D 117/39: 924⁷
 *23. " 3 D 782/38: 994¹⁵
 27. " 2 D 119/39: 712⁵
 *27. " 3 D 157/39: 711¹
 28. " 4 D 130/39: 715¹²
 30. " 2 D 871/38: 921²
 30. " 3 D 1015/38: 1146³
 30. " 5 D 997/38: 712³
 31. " 1 D 199/39: 929¹²
 31. " 4 D 157/39: 715¹¹
 3. April: 2 D 804/38: 716¹⁵
 *4. " 1 D 98/39: 988⁷
 4. " 4 D 202/39: 924⁴
 6. " 2 D 157/39: 713⁷
 6. " 5 D 55/39: 924⁵
 6. " 2 D 68/39: 925⁸
 17. " 5 D 147/39: 988⁴
 17. " 4 D 166/39: 990¹¹
 *18. " 4 D 168/39: 987²
 18. " 4 D 121/39: 988⁶
 21. " 4 D 203/39: 1150⁰
 *21. " 4 D 281/39: 988⁵
 21. " 3 D 97/39: 994¹³
 24. " 4 D 237/39: 989⁹
 25. " 2 D 49/39: 989¹⁰
 27. " 2 D 162/39: 987³
 27. " 2 D 165/39: 987¹
 *27. " 3 D 71/39: 989⁹
 27. " 3 D 105/39: 1068⁹
 27. " 5 D 991/38: 1066⁵
 27. " 4 D 119/39: 994¹⁴
 28. " 3 D 30/39: 1069¹²
 4. Mai: 3 D 144/39: 1068¹⁰
 4. " 3 D 150/39: 1065¹

4. Mai: 3 D 224/39: 996¹⁷
 4. " 5 D 19/39: 1066³
 5. " 1 D 89/39: 1067⁷
 5. " 4 D 257/39: 1148⁴
 8. " 2 D 198/39: 1066²
 15. " 3 D 333/39: 1066⁴

B. Obergericht Danzig

Zivilsachen

1939

6. April: W 11/39 Befchl.: 783¹⁷

C. Reichserbhofgericht

1938

23. Sept.: 1 RB 605/38: 809³⁹
 18. Okt.: 2 RB 509/37: 804³⁵
 28. " 3 RB 490/37: 810⁴⁰
 28. " 3 B 850/37: 807³⁷
 28. " 3 RB 192/38: 803³⁴
 28. " 3 RB 232/38: 591¹⁸
 17. Nov.: 2 RB 184/37: 388⁴¹
 22. " 1 RB 461/37: 386⁴⁰
 30. " 1 RB 613/37: 590¹⁷
 30. " 2 RB 785/36: 389⁴²
 20. Dez.: 3 RB 811/37: 806³⁶

1939

11. Jan.: 1 RB 743/38: 812⁴¹
 18. " 3 We 558/38: 809³⁸

D. Erbgesundheitsobergerichte

1938

25. Aug.: Wg 279/38 Berlin: 735³⁷
 3. Okt.: 543/38 Berlin: 736³⁹
 12. " Wg 16/38 Jena: 733³³
 3. Nov.: Wg 783/38 Berlin: 735³⁸
 23. " Wg 672/38 Jena: 733³⁴
 13. Dez.: Wg 172/38 Jena: 732³²
 14. " Wg 135/38 Jena: 734³⁸

1939

25. Jan.: Wg 824/38 Jena: 731³¹
 25. " Wg 819/38 Ettlin: 734³⁵

E. Oberlandesgerichte

a) Zivilsachen

1937

25. Juni: 1 a Wx 655/37 RG.: 1135
 17. Dez.: 1 a Wx 1567/37: 1136

1938

4. April: 13 U 5568/37 RG.: 267³⁸
 9. Mai: 8 U 2266/37 Breslau: 809³
 24. " 8 W 2084/38 RG.: 133
 13. Juli: 6 W 255/38 Dresden: 587¹⁴
 18. Aug.: 13 W 4050/38 RG.: 247²⁰
 1. Sept.: 13 U 6742/37 RG.: 246¹⁹
 5. Okt.: 17 U 858/38 RG.: 642¹⁸
 19. " 17 U 3646/38 RG.: 643²⁰
 21. " 6 W 167/38 Naumburg: 133
 24. " 23 U 3528/38 RG.: 168¹¹
 27. " 9 U 260/38 Düsseldorf: 133
 2. Nov.: 17 U 3795/38 RG.: 642¹⁹
 5. " 17 U 3486/38 RG.: 642¹⁷
 7. " 13 W 4774/38 RG.: 187³¹
 8. " 5 W 271/38 Hamm: 794²⁵
 9. " 30 U 4022/38 RG.: 256²⁹
 14. " 13 U 4324/38 RG.: 187³²
 28. " 13 U 1666/38 RG.: 174¹⁸
 30. " 14 W 348/38 Dresden: 754
 5. Dez.: 14 W 479/38 Dresden: 888²⁰
 8. " 3 U 157/37 Kiel: 667³⁹

1939

4. Jan.: 17 U 5346/38 RG.: 374³⁰
 11. " 13 W 488/39 RG.: 1012³²
 12. " 4 U 66/37 Dresden: 725²⁰
 12. " 4 U 107/38 Dresden: 252²⁵
 13. " 8 U 4792/38 RG.: 666³⁷
 16. " 13 W 5548/38 RG.: 173¹⁷
 19. " 1 Wx 642/38 RG.: 891²⁴
 20. " 3 U 251/38 Breslau: 1010²⁹
 20. " 1 W 2/39 Düsseldorf: 335²⁹
 23. " 14 W 8/39 Dresden: 889²¹
 23. " 13 U 4752/38 RG.: 1015³⁸
 26. " 1 Wx 345/38 RG.: 170¹³
 26. " 1 Wx 714/38 RG.: 384³⁹
 26. " 1 Wx 25/39 RG.: 180²³ 1205
 27. " 7 U 151/38 Düsseldorf: 170¹⁴
 30. " 14 W 29/39 Dresden: 891²³
 31. " 11 U 218/38 Dresden: 788²¹
 1. Febr.: 1 W 386/38 Düsseldorf: 334²⁰
 2. " 1 Wx 678/38 RG.: 263³⁴
 2. " 1 Wx 33/39 RG.: 172¹⁵
 2. " 1 Wx 63/39 RG.: 447¹²
 3. " 1 a Wx 1376/38 RG.: 1179³²
 3. " 6 W 206/38 Naumburg: 326¹⁴
 6. " 1 U 1615/38 Breslau: 333²⁴
 6. " 14 W 30/39 Dresden: 888¹⁹
 7. " 4 W 27/39 Celle: 330¹⁸
 8. " 20 W 400/39 RG.: 182²⁰
 8. " 20 W 490/39 RG.: 187³³
 8. " 20 W 598/39 RG.: 456²⁵
 8. " 17 Y 1/39 RG.: 876⁷
 8. " 13 W 14/39 Dresden: 182²⁷
 9. " 1 Wx 674/38 RG.: 463³³
 9. " 1 Wx 46/39 RG.: 447¹¹
 9. " 1 Wx 60/39 RG.: 321¹⁰
 10. " 1 a Wx 33/39 RG.: 179²²
 10. " 1 b Wx 13/39 RG.: 237¹²
 10. " 8 W 469/39 RG.: 589¹⁶
 11. " 20 W 354/39 RG.: 332²²
 11. " 20 W 582/39 RG.: 335²⁸
 14. " 3 W 30/39 Breslau: 930¹⁷
 14. " 11 U 42a/38 Düsseldorf: 238¹³
 14. " 7 U 173/38 Naumburg: 260³²
 15. " 3 W 9/39 Darmstadt: 886¹⁷
 15. " 20 W 606/39 RG.: 181²⁵
 15. " 20 W 607/39 RG.: 325¹²
 16. " 9 U 102/38 Dresden: 1091³⁴
 16. " 14 W 28/39 Dresden: 887¹⁸
 16. " 1 Wx 34/39 RG.: 249²²
 16. " 1 Wx 39/39 RG.: 1207
 16. " 1 Wx 43/39 RG.: 313⁷
 17. " 1 b Wx 20/39 RG.: 448¹³
 20. " 3 U 1290/38 München: 578⁴
 23. " 1 Wx 708/38 RG.: 449¹⁵
 23. " 1 Wx 13/39 RG.: 250²³
 23. " 1 Wx 38/39 RG.: 314⁸
 23. " 1 Wx 47/39 RG.: 718¹⁸
 23. " 1 W 43/39 RG.: 332²¹
 25. " 20 W 5726/38 RG.: 458³⁰
 25. " 20 Wa 28/39 RG.: 457²⁰
 25. " 20 W 563/39 RG.: 831¹⁹
 25. " 20 W 649/39 RG.: 325¹³
 25. " 20 W 746/39 RG.: 328¹⁵
 25. " 20 W 756/39 RG.: 333²³
 25. " 20 W 792/39 RG.: 190³⁴
 28. " 3 U 348/38 Hamburg: 957⁴²
 28. " 8 W 5372/38 RG.: 589¹⁵
 1. März: 20 W 853/39 RG.: 334²⁷
 1. " 20 W 860/39 RG.: 458²⁹
 1. " 20 W 872/39 RG.: 333²⁵
 2. " 1 Wx 585/38 RG.: 449¹⁶
 2. " 1 Wx 42/39 RG.: 450¹⁷
 2. " 1 Wx 52/39 RG.: 718¹⁹
 2. " 3 U 386/38 Gnetzbrunn: 381³⁴
 3. " 1 a Wx 127/39 RG.: 1178³¹
 3. " 1 a Wx 142/39 RG.: 873⁵
 3. " 1 a Wx 173/39 RG.: 577³
 4. " 1 b Wx 29/39 RG.: 448¹⁴
 4. " 20 Wa 20/39 RG.: 671⁴⁴

4. März: 20 Wa 27/39 R.G.: 588⁸
 4. " 20 W 902/39 R.G.: 584⁹
 4. " 20 W 905/39 R.G.: 331²⁰
 6. " 5 U 173/38 Hamm: 885¹⁸
 7. " 2 U 282/38 Hamburg: 724²⁵
 9. " 1 Wx 16/39 R.G.: 657²⁹
 9. " 1 Wx 66/39 R.G.: 657³⁰
 9. " 1 Wx 70/39 R.G.: 959²⁶
 9. " 1 Wx 136/39 R.G.: 945²⁴
 10. " 1 U 232/38 Hamburg: 309³
 10. " 1 Wx 190/39 R.G.: 1207¹
 11. " 20 Wa 25/39 R.G.: 668³⁹
 11. " 20 W 1034/39 R.G.: 457²⁸
 13. " 6 U 254/38 Düsseldorf: 1090³³
 14. " 4 U 419/38 Hamburg: 445⁹
 16. " 3 U 283/37 Hamburg: 576²
 16. " 1 Wx 74/39 R.G.: 580⁵
 16. " 1 Wx 80/39 R.G.: 655²⁷
 16. " 1 Wx 91/39 R.G.: 944²³
 16. " 1 Wx 105/39 R.G.: 582⁷ 1207¹
 17. " 2 W 25/39 Darmstadt: 672⁴⁰
 17. " 20 W 1173/39 R.G.: 877¹⁰
 17. " 7 W 65/39 Köln: 457²⁷
 20. " 13 W 5378/38 R.G.: 938¹⁸
 20. " 4 U 1276/38 München: 1189⁴⁸
 21. " 4 U 1/39 Hamburg: 444⁸
 22. " 3 W 14/39 Darmstadt: 1193⁵⁶
 22. " 4 W 761/39 R.G.: 1013³³
 23. " 1 Wx 111/39 R.G.: 1174²⁷
 25. " 20 W 1249/39 R.G.: 890²²
 30. " 2 W 28/39 Darmstadt: 581⁶
 30. " 1 Wx 134/39 R.G.: 1205¹
 30. " 1 Wx 160/39 R.G.: 1096³⁹
 30. " 1 Wx 161/39 R.G.: 1181³³
 30. " 1 Wx 207/39 R.G.: 719²⁰
 30. " 2 a W 15/39 Kiel: 1014³⁸
 31. " 20 W 1406/39 R.G.: 669⁴⁰
 3. April: 6 W 64/39 Hamburg: 1172²⁴
 4. " 7 W 74/39 Köln: 794²⁴
 5. " 1 U 54/38 Karlsruhe: 1172²⁵
 6. " 1 Wx 57/39 R.G.: 1097⁴¹
 6. " 1 Wx 115/39 R.G.: 1095³⁸
 6. " 1 Wx 133/39 R.G.: 1012²¹
 6. " 1 Wx 150/39 R.G.: 1175²⁸
 6. " 1 Wx 180/39 R.G.: 1174²⁶
 6. " 8 W 1510/39 R.G.: 1191⁵¹
 12. " 20 W 1375/39 R.G.: 876⁹
 12. " 20 W 1505/39 R.G.: 669⁴¹
 12. " Reg 8 Wx 152/39 München: 1254¹⁷
 13. " 9 W 46/39 Köln: 1193⁵⁵
 14. " 1 a Wx 344/39 R.G.: 1000²²
 14. " 6 W 44/39 Naumburg: 1192⁶³
 16. " 6 W 35/39 Naumburg: 1186⁴³
 17. " 7 U 26/39 Naumburg: 1184³⁹
 18. " 3 U 226/38 Celle: 1078²²
 18. " 7 AR II 17/39 Köln: 1193⁵⁴
 19. " 1 Wx 58/39 R.G.: 1176²⁹
 19. " 1 Wx 184/39 R.G.: 1085²⁸
 19. " 20 W 1569/39 R.G.: 1191⁵²
 19. " 20 W 1640/39 R.G.: 793²³
 21. " 1 a Wx 300/39 R.G.: 1076¹⁹
 21. " 1 a Wx 348/39 R.G.: 1177³⁰
 24. " 3 W 30/39 Zweibrücken: 1182³⁴
 26. " 1 U 24/39 Naumburg: 1188⁴⁵
 27. " 1 Wx 186/39 R.G.: 1253¹⁴
 27. " 1 Wx 29/39 R.G.: 1166¹⁸
 28. " 10 U 235/38 Düsseldorf: 1237¹
 29. " 20 W 1372/39 R.G.: 1185⁴¹
 29. " 20 W 1747/39 R.G.: 1014³⁷
 3. Mai: 3 U 16/39 Darmstadt: 1184⁴⁰
 3. " 17 Y 2/39 R.G.: 1086²⁹
 3. " 20 W 1769/39 R.G.: 1183³⁸
 3. " 20 W 1828/39 R.G.: 1190⁵⁰
 4. " 3 W 66/39 Naumburg: 1243⁵
 4. " 1 Wx 188/39 R.G.: 1097⁴⁰
 4. " 1 Wx 258/39 R.G.: 1169²¹ 1206¹
 4. " 1 Wx 264/39 R.G.: 1254¹⁶
 4. " 1 Wx 270/39 R.G.: 1077²¹
 6. Mai: 8 U 177/38 Naumburg: 1187⁴⁴
 8. " 1 U 272/38 Düsseldorf: 1238²
 10. " 17 Y 3/39 R.G.: 1087³¹
 11. " 1 Wx 183/39 R.G.: 1169²² 1205¹
 11. " 1 Wx 269/39 R.G.: 1206¹² 1251¹²
 13. " 20 W 1967/39 R.G.: 1189⁴⁷
 17. " 1 Wx 250/39 R.G.: 1253¹⁵
 17. " 20 W 2062/39 R.G.: 1193⁵⁷
 17. " 8 Wx 246/39 München: 1254¹⁸
 25. " 1 Wx 324/39: 1206¹
 8. Juni: 1 Wx 288/39: 1206 1252¹³
- b) Strafsachen**
 1938
 9. Dez.: 18 Ss 248/38 Breslau: 1154⁹
- 1939**
 4. Febr.: Ws 38/39 Naumburg: 236¹¹
 17. " 1 Ss 252/38 R.G.: 234⁷
 18. " Ss 128/38 Naumburg: 233²
 18. " Ss 22/39 Naumburg: 1069¹³
 22. " Ss 154/38 Naumburg: 233⁴
 24. " 1 Ss 28/39 München: 627⁷
 25. " Ws 44/38 Düsseldorf: 628⁹
 3. März: Ss 38/39 Hamburg: 1068¹¹
 3. " 1 Ss 19/39 München: 370²⁰
 8. " 2 Ss 5/39 R.G.: 1155¹²
 11. " 2 Ws 2/39 Darmstadt: 629¹⁰
 17. " 1 Ss 19/39 R.G.: 995¹⁶
 24. " 1 Ss 14/39 R.G.: 714¹⁰
 28. " 18 Ss 68/39 Breslau: 1153⁸
 31. " Ss 28/39 Jena: 922³
 12. April: Ss 28/39 Düsseldorf: 1145¹
 13. " Ss 7/39 Oldenburg: 1066⁶
 14. " 1 Ss 76/39 München: 1154¹¹
 21. " Ss 38/39 Jena: 1067⁸
 21. " 1 Ss 34/39 R.G.: 1152⁷
 22. " WS 66/39 Naumburg: 1070¹⁴
 22. " Ss 43/39 Stuttgart: 1148⁵
- F. Sondergerichte**
 1939
 11. Febr.: Sg 98/38 Nürnberg: 165⁷
- G. Landgerichte**
 a) Zivilsachen
 1937
 9. April: 10 T 4/37 Halle: 1047
 15. Okt.: 247 S 3877/37 Berlin: 168¹⁰
 1938
 13. Aug.: 247 S 3078/38 Berlin: 167⁹
 27. Sept.: 3 O 164/37 Stendal: 772⁹
 15. Nov.: 247 S 4196/38 Berlin: 1080²⁴
 6. Dez.: 247 S 4549/38 Berlin: 643²¹
 6. " 18 T 1158/38 Dresden: 587¹³
 6. " 18 T 1161/38 Dresden: 586¹¹
 13. " 18 T 1193/38 Dresden: 586¹²
 14. " S 133/38 Aurich: 337³²
 16. " 5 S 52/38 Weimar: 241¹⁵
 30. " 18 T 1201/38 Dresden: 454²⁴
 1939
 4. Jan.: 1 T 703/38 Hamburg: 451¹⁸
 17. " 3 R 126/38 Lübeck: 773¹⁰
 26. " 203 T 11307/38/809 Berlin: 248²¹
 3. Febr.: 408 T 804/39 Berlin: 716¹⁷
 3. " 4 T 44/39 Potsdam: 268³⁹
 4. " 218 T 7/39 Frankfurt a. M.: 452²¹
 22. " 1 T 81/39 Hamburg: 181²⁴
 23. " 3 T 63/39 Schneidemühl: 264³⁵
23. Febr.: 3 T 69/39 Schneidemühl: 264³⁶
 28. " 7 T 483/38 Halle: 876⁴
 3. März: 10 O 246/38 Köln: 585¹⁰
 9. " 218 T 29/39 Frankfurt a. M.: 452¹⁹
 9. " 7 T 290, 291/38 Halle: 1100⁴³
 13. " 209 T 1449/39 Berlin: 772⁸
 14. " 247 S 466/39 Berlin: 1086³⁰
 17. " 1 T 18/38 Frankenthal: 659³³
 17. " 1 T 34/39 Hamburg: 452²⁰
 17. " 3 T 175/39 Königsberg: 1256¹⁹
 20. " 7 T 81/39 Halle: 884¹⁴
 24. " 210 O 21/39 Berlin: 1168²⁰
 24. " 408 T 672—676/39 Berlin: 720²¹
 25. " 1 T 7/39 Frankenthal: 950²⁷
 28. " 241 R 56/39 Berlin: 1014³⁵
 31. " 408 T 1329/39 Berlin: 1167¹⁰
 11. April: 1 T 162/39 Hamburg: 658³²
 11. " 1 T 180/39 Hamburg: 655²⁸
 12. " 1 S 183/38 Greifswald: 1189¹⁹
 13. " 3 T 90/39 Kiel: 1098⁴²
 15. " 253 S 485/39 Berlin: 771⁷
 15. " 1 T 230/39 Hamburg: 658³¹
 17. " 1 T 260/39 Hannover: 803³³
 19. " 248 S 987/39 Berlin: 934¹⁵
 22. " 241 R 130/39 Berlin: 1015³⁹
 25. " 12 O 197/38 Hamburg: 1262²¹
 27. " 253 S 809/39 Berlin: 1246⁸
 5. Mai: 408 T 2585/39 Berlin: 1165⁷¹
- b) Strafsachen**
 1939
 19. April: 3 K Ls 10/39 Leipzig: 921¹
 25. " Ns 4/39 Deggendorf: 1154¹⁰
- H. Amtsgerichte**
 Zivilsachen
 1939
 3. März: 47 C 1/39 Köln: 770⁶
 14. " 1 M 891/39 Neubrandenburg: 670⁴²
 24. " 3 a W AußenBl. 1604/56 Wiesbaden: 941²⁰
 27. Mai: 2 C 155/38 Karlsruhe-Durlach: 1182³⁷
- J. Arbeitsgerichte**
 a) Reichsarbeitsgericht
 1929
 26. Jan.: RAG 535/28: 764
 1938
 26. Okt.: RAG 60/38: 390⁴³
 3. Dez.: RAG 85/38: 952³²
 1939
 *4. Jan.: RAG 128/38: 956⁴¹
 11. " RAG 238/38: 953³⁷
 11. " RAG 257/38: 391⁴⁴
 *18. " RAG 122/38: 956⁴⁰
 18. " RAG 129/38: 951³¹
 25. " RAG 131/38: 391⁴⁵
 1. Febr.: RAG 139/38: 392⁴⁶
 8. " RAG 142/38: 955³⁹
 *15. " RAG 135/38: 953³⁵
 *15. " RAG 144/38: 955³⁸
 15. " RAG 147/38: 958⁴³
 *22. " RAG 154/38: 954³⁰
 *22. " RAG 156/38: 953³⁴
 *1. März: RAG 132/38: 952³³
 b) Arbeitsgerichte
 1939
 17. Jan.: Ca 681/38 Rassel: 1230

K. Verwaltungsgerichte und Verwaltungsbehörden

a) Reichsbehörden

Reichsfinanzhof

1937

13. April: I A 112/37: 351
29. Juni: I A 179/37: 351

1938

*21. Dez.: VI 803/38: 191 ³⁵

1939

*17. Jan.: I 91/38: 270 ⁴¹
*17. " I 262/38: 272 ⁴²
*25. " VI 41/39: 397 ⁵²
*26. " III 94/38: 1019 ⁴²
*27. " V 515/37 S: 464 ³⁴
*28. " VI a 53/38: 270 ⁴⁰
*1. Febr.: VI 743/38: 1016 ⁴¹
*3. " II 468/38 S: 1019 ⁴³
*4. " GrS 7/38: 394 ⁴⁸
*8. " III e 2/39: 397 ⁵¹
*10. " II 455/38 S: 1103 ⁴⁰
*10. " V 421/38 S: 1102 ⁴⁸
14. " I 61/38: 396 ⁴⁰
*14. " I 268/38: 192 ³⁸
*14. " I 321/38: 1102 ⁴⁷
*15. " VI 840/38: 393 ⁴⁷
*21. " I 119/38: 397 ⁵⁰

*21. Febr.: I 464/38: 1102 ⁴⁶
*21. " I 468/38: 399 ⁵⁰
*22. " VI 822/38: 398 ⁵³
22. " VI 13/39: 398 ⁵⁴
*22. " VI 108/39: 398 ⁵⁵
*23. " III 24/38: 1101 ⁴⁵
*23. " III 82/38: 894 ²⁶
*23. " I 155/38: 895 ²⁷
*1. März: VI 125/39: 1196 ⁶¹
*8. " VI 568/38: 1199 ⁶³
*8. " VI 175/39: 1104 ⁵¹
*9. " IV 352/38: 1104 ⁵⁰
*30. " IV 93/39: 1198 ⁶²
5. April: VI 157/39: 1100 ⁴⁴

Reichspatentamt

1939

12. Jan.: Gm 1 351 059 L6/38: 958 ⁴⁴

Reichsversicherungsamt

1938

19. Okt.: II K 54/38 B S: 272 ⁴³
4. Nov.: III a Kn 128/38³: 464 ³⁵
10. " III a Kn 308/37³: 464 ³⁶
13. Dez.: II a 1874/38⁷: 272 ⁴⁴
15. " III a Kn 282/38⁶: 959 ⁴⁵

1939

7. Febr.: III a Kn 13/38²: 959 ⁴⁶

b) Landesbehörden

Preussisches Oberverwaltungsgericht

1937

25. Nov.: IV C 117/37: 488
20. Dez.: IV C 24/37: 488

1938

15. Sept.: IV C 130/37: 1111 ⁵⁷
3. Nov.: IV C 146/38: 400 ⁵⁸
8. Dez.: IV C 38/37: 814 ⁴³
15. " Pr ID 14/6: 1106 ⁵²

1939

5. Jan.: IV C 131/37: 813 ⁴²
5. " IV C 203/37: 960 ⁴⁸
12. " IV C 136/38: 399 ⁵⁷
19. " IV C 176/37: 1022 ⁴⁶
26. " IV C 69/37: 1109 ⁵⁶
26. " IV C 62/38: 1112 ⁵⁸
2. Febr.: IV C 173/38: 1107 ⁵³
9. " IV C 89/37: 1108 ⁵⁵
2. März: III C 233/38: 1020 ⁴⁴
9. " III C 39/38: 959 ⁴⁷
9. " III C 8/39: 1021 ⁴⁵
9. " IV C 3/39: 1107 ⁵⁴

Sächsisches Oberverwaltungsgericht

1939

25. Jan.: 24 II 1938: 464 ³⁷

VIII.

Sundstellenverzeichnis der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen. Band 159

RGZ. 159, 1: 25. Okt. 1938, I 13/38, Beschränkung des Patentschutzes: **ZW.** 1939, 112 ³⁴
RGZ. 159, 11: 25. Okt. 1938, I 15/38, Alteres, aber nicht vorherveröffentlichtes Patent: **ZW.** 1939, 239 ²⁷
RGZ. 159, 12: 17. Nov. 1938, V 168/38, Berufungsbegründung: **ZW.** 1939, 246 ³⁹
RGZ. 159, 16: 25. Nov. 1938, VII 95/38, Haftpflichtversicherung. Versicherungsschutzbereich: **ZW.** 1939, 297 ²⁶
RGZ. 159, 21: 30. Nov. 1938, VI 122/38, Entschädigung unterhaltsberechtigter Hinterbliebener. Sozialabgaben: **ZW.** 1939, 305 ⁴¹
RGZ. 159, 25: 8. Dez. 1938, V B 4/38, Zustellung: **ZW.** 1939, 246 ³⁸
RGZ. 159, 27: 15. Dez. 1938, IV 197/38, Miete. Erfüllungsgehilfen des Vermieters: **ZW.** 1939, 557 ²⁰ (m. Anm.: Dahmann)
RGZ. 159, 33: 29. Okt. 1938, II 178/37, Zwischenstaatliches Privatrecht. Verschulden bei Vertragsverhandlungen: **ZW.** 1939, 110 ³³ (m. Anm.: Dietrich)
RGZ. 159, 58: 19. Dez. 1938, IV 179/38, Abstammung. Verneinende Feststellungsklage: **ZW.** 1939, 313 ⁴⁷

RGZ. 159, 65: 11. Nov. 1938, III 42/38, Leihe. Haftung für Verlust der Leihsache: **ZW.** 1939, 413 ¹⁹
RGZ. 159, 68: 15. Dez. 1938, V 125/38, Raucheinwirkung auf Bienen: **ZW.** 1939, 414 ²⁰
RGZ. 159, 76: 15. Dez. 1938, IV A 282/38, Scheidung von Tisch und Bett: **ZW.** 1939, 353 ²²
RGZ. 159, 80: 20. Dez. 1938, III 55/38, Berufsbeamtentumsgesetz. Landesrecht: **ZW.** 1939, 432 ³⁴
RGZ. 159, 83: 20. Dez. 1938, III 70/38, Zulässigkeit der Berufung. Berufsbeamtentumsgesetz. Landesrecht: **ZW.** 1939, 499 ²⁶
RGZ. 159, 86: 17. Dez. 1938, II 100/38, Genossenschaft. Gesamthaftung. Ausgleichspflicht: **ZW.** 1939, 567 ³⁰
RGZ. 159, 92: 3. Jan. 1939, VII 121/38, Schiedsspruch. Unzulässiges Verfahren: **ZW.** 1939, 501 ²⁹
RGZ. 159, 99: 10. Dez. 1938, VI 150/38, Preistreiber. Rechtswidrigkeit übermäßiger Vergütung. Verwirkung: **ZW.** 1939, 692 ⁴
RGZ. 159, 109: 9. Jan. 1939, IV 200/38, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand: **ZW.** 1939, 569 ³²

RGZ. 159, 111: 12. Jan. 1939, IV 171/38, Ehescheidung. Widerspruchrecht: **DR.** 1939, 177 ²⁰
RGZ. 159, 115: 12. Jan. 1939, IV 211/38, Ehescheidung. Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft: **ZW.** 1939, 637 ²⁹
RGZ. 159, 121: 16. Jan. 1939, IV 168/38, Haftung des Entleiher (Mieters, Pächters) für Brandschäden: **ZW.** 1939, 695 ⁶
RGZ. 159, 129: 9. Jan. 1939, V 154/38, Reichsautobahn im Nachbarrecht: **DR.** 1939, 378 ³³ (vgl. Auff. Paul: **DR.** 1939, 743); **DR.** 1939, 246 ¹³⁰
RGZ. 159, 141: 9. Jan. 1939, IV 132/38, Rechtsweg. Streit über Versicherungspflicht: **DR.** 1939, 260 ³² (m. Anm.: Kerfing)
RGZ. 159, 147: 13. Jan. 1939, VII 120/38, Anhängerversicherung: **ZW.** 1939, 640 ³³
RGZ. 159, 151: 19. Jan. 1939, IV 198/38, Siedlungsrecht. Vorzeitige Pachtkündigung: **ZW.** 1939, 631 ²³
RGZ. 159, 157: 23. Jan. 1939, IV 195/38, Unterhaltsabkommen bei Ehescheidung: **DR.** 1939, 306 ² (m. Anm.: Mößner)
RGZ. 159, 167: 12. Jan. 1939, IV 193/38, Ehelichkeitsanfechtung. Österreich. Gerichtsstand: **DR.** 1939, 246 ¹⁸

- RGZ. 159, 173:** 13. Jan. 1939, III 89/38, Urkundenprozeß. **DR. 1939, 265** ³⁷ (m. Anm.: Schiedermaier); **DM. 1939, 183** ³⁷
- RGZ. 159, 180:** 26. Jan. 1939, IV 212/38, Ehescheidung. Verzeihene Verfehlung: **DR. 1939, 178** ²¹
- RGZ. 159, 183:** 2. Febr. 1939, IV 189/38, Eheaufhebungsfrage: **DR. 1939, 172** ¹⁶
- RGZ. 159, 186:** 6. Febr. 1939, IV 220/38, Verpflichtung zur Klagerücknahme: **DR. 1939, 183** ²⁹; **DM. 1939, 181** ³⁵
- RGZ. 159, 193:** 16. Jan. 1939, V 75/38, Eingemeindungsvertrag. Beschränkte persönliche Dienstbarkeit: **DR. 1939, 460** ³²
- RGZ. 159, 211:** 30. Nov. 1938, II 39/38, Firmenfortführung. Aktiengesellschaft. Schadensersatzpflicht: **DR. 1939, 316** ⁹ (m. Anm.: Voesebeck)
- RGZ. 159, 235:** 23. Sept. 1938, III 20/38, Amtshaftung. Nachtwächter. Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme: **ZB. 1939, 693** ⁵
- RGZ. 159, 243:** 13. Dez. 1938, VII 45/38, Feuerversicherung. Wissenvertreter: **DR. 1939, 644** ²²
- RGZ. 159, 247:** 27. Jan. 1939, III 86/38, Staatshaftung. Rechtsweg: **DR. 1939, 659** ³⁴ (m. Anm.: Brandt)
- RGZ. 159, 254:** 16. Febr. 1939, IV 201/38, Vereinbarung ausländischen Gerichtsstandes: **DR. 1939, 453** ²² (m. Anm.: Lindemann)
- RGZ. 159, 257:** 30. Nov. 1938, VI 131/38, Unfallneurose: **ZB. 1939, 346** ¹³
- RGZ. 159, 264:** 16. Dez. 1938, VII 160/38, Vergleich: **ZB. 1939, 481** ⁷
- RGZ. 159, 268:** 20. Dez. 1938, III 46/38, Werkvertrag. Vertragsverletzung. Schadensersatzansprüche Dritter: **DR. 1939, 239** ¹⁴
- RGZ. 159, 272:** 23. Dez. 1938, II 102/38, Gesellschaft mbH. Abtretung von Geschäftsanteilen: **ZB. 1939, 758** ¹³
- RGZ. 159, 283:** 6. Jan. 1939, III 26/38, Dienstvertrag. Fürsorgepflicht. Verkehrsicherung: **DR. 1939, 374** ³¹ (m. Anm.: Herschel)
- RGZ. 159, 293:** 31. Jan. 1939, VII 112/38, Unselbständige Berufung und Teilurteil: **DR. 1939, 329** ¹⁶
- RGZ. 159, 296:** 6. Febr. 1939, IV 188/38, Erbenauswahl durch einen Dritten: **DR. 1939, 310** ⁴ (m. Anm.: Vogels)
- RGZ. 159, 300:** 9. Febr. 1939, IV B 1/39, Beschwerderecht in Vormundschaftsachen. Blutprobe: **ZB. 1939, 756** ¹²
- RGZ. 159, 305:** 13. Febr. 1939, IV 229/38, Ehescheidung. Überwiegende Schuld. Widerspruch: **DR. 1939, 174** ¹⁹
- RGZ. 159, 312:** 18. Febr. 1939, VI 228/38, Entlastungsbeweis des Kraftfahrzeughalters: **DR. 1939, 442** ⁷ (m. Anm.: Gülbe)
- RGZ. 159, 315:** 23. Febr. 1939, IV 209/38, Ehescheidung. Geistige Störung: **DR. 1939, 383** ³⁸; **DM. 1939, 242** ¹⁰⁴
- RGZ. 159, 319:** 2. März 1939, IV GB 26/39, Delegation an ein anderes Gericht: **DR. 1939, 454** ²³
- RGZ. 159, 321:** 25. Jan. 1939, II 94/38, Gesellschaft mit beschränkter Haftung: **DR. 1939, 431** ¹ (m. Anm.: Voesebeck)
- RGZ. 159, 337:** 3. Febr. 1939, VII 122/38, Vererblichkeit der Haftpflichtversicherung: **DR. 1939, 645** ²³
- RGZ. 159, 353:** 16. Febr. 1939, IV 221/38, Ehescheidung wegen bösslicher Verlassung: **DR. 1939, 305** ¹
- RGZ. 159, 357:** 23. Febr. 1939, V 174/38, Zulässigkeit der Revision: **DR. 1939, 662** ³⁵ (m. Anm.: Rebel); **DM. 1939, 247** ¹³⁷
- RGZ. 159, 363:** 2. März 1939, IV 240/38, Allgemeine Gütergemeinschaft. Generalvollmacht: **DR. 1939, 371** ²⁹ (m. Anm.: Schiedermaier)
- RGZ. 159, 369:** 17. Febr. 1939, I 90/38, Erlösene Gebrauchsmuster: **DR. 1939, 730** ³⁰; **DM. 1939, 244** ¹¹⁸
- RGZ. 159, 374:** 28. Febr. 1939, VII 140/38, Filmgeläch: **DR. 1939, 575** ¹
- RGZ. 159, 379:** 2. März 1939, V B 2/39, Umwandlung von Goldmark in Reichsmarkhypothek: **DR. 1939, 445** ¹⁰; **DM. 1939, 250** ¹⁵⁵
- RGZ. 159, 385:** 6. März 1939, V 194/38, Befreite Vorerbschaft. Unentgeltliche Verfügung: **DR. 1939, 635** ¹⁴ (m. Anm.: Vogels); **DM. 1939, 315** ¹⁸⁴
- RGZ. 159, 395:** 16. März 1939, V 214/38, Belastung eines Erbhofs: **DR. 1939, 946** ²⁵ (m. Anm.: Vogels)

Richtlinien für die Mitarbeit an der Zeitschrift „Deutsches Recht“

I. Inhalt und Aufgabe des „Deutschen Rechts“.

Aufgabe des „Deutschen Rechts“ ist die Darstellung, Erläuterung, Pflege und Förderung des gesamten deutschen Rechts und des Rechtsschrifttums.

1. Der Aufsatzteil soll zuverlässige Erläuterungen neuer Gesetze und Abhandlungen über praktisch bedeutsame Fragen der Rechtsentwicklung, richtungsweisende Beiträge für die Neugestaltung des Rechts und Kurzbeiträge zu aktuellen Fragen bringen. Theoretische Aufsätze ohne praktischen Wert werden nicht veröffentlicht.

2. Die Besprechung des Schrifttums ist eine wissenschaftliche und politische Aufgabe von hoher Bedeutung. Es werden daher nur solche Besprechungen veröffentlicht, die von der Schriftleitung in Auftrag gegeben, sachlich-kritisch, wissenschaftlich einwandfrei und verantwortungsbewußt geschrieben sind. Unverlangt eingesandte Buchbesprechungen werden nicht angenommen.

3. Der Entscheidungsteil soll dem Benutzer die für seine Praxis notwendige schnelle und lückenlose Übersicht über den Stand der Rechtsprechung bieten, die Entscheidungen möglichst bald nach ihrer Rechtskraft bringen und durch die Auswahl und kritische Besprechung der Entscheidungen in Anmerkungen die Weiterentwicklung des Rechts fördern. Es werden daher nur Entscheidungen aufgenommen, die eine über den Einzelfall hinausgehende grundsätzliche Bedeutung haben und rechtskräftig sind. Anmerkungen von Personen, die an dem Verfahren in irgendeiner Weise beteiligt sind, z. B. als Partei, Prozeßbevollmächtigter, Richter, Gutachter, Anklagebehörde usw., und unverlangt eingesandte Anmerkungen werden in keinem Falle angenommen.

II. Form der Beiträge.

Sämtliche Beiträge müssen einseitig und mit Schreibmaschine leserlich geschrieben sein. Zwischen den Zeilen und am Rande ist genügend Platz zu lassen. Es ist stets die Erstschrift (also kein Durchschlag) einzureichen, etwaige handschriftliche Änderungen müssen deutlich lesbar ausgeführt sein.

Schreibfehler sind stets zu berichtigen, Jahreszahlen auszuschreiben (also 1939, nicht 39), nur die gebräuchlichen Abkürzungen zu verwenden und Zitate auf ihre Richtigkeit zu prüfen.

Entscheidungen sind möglichst druckfertig, d. h. für die Veröffentlichung gekürzt und mit Paragraphenangabe und Rechtsatz versehen, einzureichen. Dabei ist stets Gericht, Aktenzeichen und Datum mit anzugeben und die Rechtskraft zu versichern. Gekürzten Entscheidungen ist stets eine Abschrift der Entscheidung beizufügen.

III. Annahme der Beiträge.

Mit der Annahme eines Beitrages durch die Schriftleitung erhält der Verlag das ausschließliche Recht zur Vervielfältigung und zur Verbreitung. Die Verpflichtung zum Abdruck übernimmt der Verlag damit nicht, unbeschadet der Pflicht der Honorarzahlung. Der Verfasser darf gemäß § 42 Abs. 2 des Verlagsgesetzes über den Beitrag erst anderweit verfügen, wenn seit dem Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Beitrag veröffentlicht worden ist, ein Jahr verstrichen ist. Bei Nachweis eines berechtigten Interesses an früherer Verwertung muß zuvor die Zustimmung des Verlages eingeholt werden.

Der Verlag hat das Recht, einen für das „Deutsche Recht“ angebotenen Beitrag (Aufsatz, Buchbesprechung, Entscheidung, Anmerkung usw.) entweder in der Wochen- oder in der Monatsausgabe oder auch in beiden Ausgaben zu veröffentlichen, ohne daß dadurch ein höheres Honorar fällig wird.

IV. Änderungen durch die Schriftleitung.

Formelle, stilistische und Titel-Änderungen werden ohne Rücksprache beim Verfasser vorgenommen, desgleichen sachliche Änderungen und Kürzungen geringerer Bedeutung; diese sind aus den Korrekturfahnen ersichtlich. Nach dem Satz vorgenommene und umfangreichere Änderungen werden dem Verfasser vor Veröffentlichung zur Genehmigung mitgeteilt. Das Lesen der 1. Korrektur erfolgt in der Druckerei auf Kosten des Verlages. Der Verfasser selbst hat ohne besondere Vergütung auf den ihm übersandten Abzügen Korrektur zu lesen und die Druckerlaubnis zu erteilen. Änderungen des Satzes sind dem Verfasser nur gestattet, wenn sie verhältnismäßig unerheblich und durch inzwischen eingetretene Umstände gerechtfertigt sind. Umfangreichere Änderungen und sogen. schwere Korrekturen geschehen auf Kosten des Verfassers.

Der Verfasser erklärt sich damit einverstanden, daß das Manuskript bzw. die Korrekturbogen denjenigen Dienststellen des Staates und der Partei, die für die Prüfung bzw. Begutachtung in Frage kommen, vorgelegt werden. Der Verfasser wird etwaigen Wünschen der betreffenden Dienststellen auf Abänderung des Manuskriptes nachkommen. Weigert sich der Verfasser, eine als notwendig erachtete Änderung vorzunehmen, so berechtigt dies den Verlag zum Rücktritt vom Vertrage.

V. Honorar.

Für Aufsätze, Buchbesprechungen und Anmerkungen wird eine Vergütung von 10.— *RM* je Druckspalte für Bearbeitung von Entscheidungen 6.— *RM* je Druckspalte, jedoch höchstens 15.— *RM* je Entscheidung bezahlt. Für die Übersendung von einfachen Entscheidungsabschriften ohne Bearbeitung derselben wird kein Honorar und auch kein Unkostenersatz gezahlt. Eine Verpflichtung des Verlages zur Honorarzahlung entsteht erst mit der ausdrücklichen Annahmeerklärung seitens der Schriftleitung (auch bei „ständiger Geschäftsverbindung“).

Der Verlag leistet die Zahlung etwa zwei bis drei Wochen nach Erscheinen des Heftes, in dem der Beitrag veröffentlicht ist. Wird Zahlung im bargeldlosen Verkehr gewünscht, so ist dies unter Angabe der Postchecknummer oder des Bankkontos auf der Korrektur zu vermerken.

Jedem Verfasser eines Aufsatzes, einer Buchbesprechung oder Anmerkung wird alsbald nach Erscheinen des Heftes ein Belegstück des vollständigen Heftes zugesandt. Wünsche um Sonderdrucke sind spätestens bei Rücksendung der Korrekturfahnen unmittelbar an den Verlag zu richten.

VI. Hinweise.

Das „Deutsche Recht“ bringt nur

Allein- oder Erstdrucke von Aufsätzen, angeforderte Buchbesprechungen,
rechtskräftige Entscheidungen.

Es ist daher zwecklos, Zweitdrucke oder Beiträge einzusenden, die gleichzeitig an anderer Stelle angeboten oder zur Veröffentlichung angenommen sind.

Der gesamte Schriftwechsel, der den Inhalt des Deutschen Rechts betrifft, ist ausschließlich mit der Schriftleitung Berlin W 35, Lübowufer 18, Fernruf 21 37 18 (also nicht mit dem NSRB, dem Verlage oder den Reichsgruppen) zu führen.

Alle Schreiben, die den Anzeigenteil, das Abonnement und die Versendung der Zeitschrift betreffen, sind ausschließlich an den Deutschen Rechts-Verlag, Berlin W 35, Hildebrandstraße 8, zu richten.

Weder die Schriftleitung noch der Verlag des „Deutschen Rechts“ erteilen Rechtsauskunft, ebensowenig erfolgt die Namhaftmachung von Schrifttum oder Entscheidungen zu bestimmten Einzelfragen usw.

Dien^r
mer
,

Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig
